

Description and Number	Subject	Mil. Gov. Gazette Number	Remarks
Mil. Gov. Regulations:	Information Control Regulation No. 1 . . . . .	5	
	Regulation No. 1 (Pursuant to Control Council Law No. 25). Control of Scientific Research . . . . .	11	
	Regulation No. 1. (Pursuant to Mil. Gov. Ord. No. 20) . . . . .	10	
	Regulation No. 1. (Pursuant to Control Council Law No. 7) . . . . .	10	
	Information Control Regulation No. 2. (Pursuant to Control Council Order No. 4) . . . . .	12	
Notices:	Reporting and Surrender of Firearms . . . . .	5	
	Property of the Allied Forces . . . . .	5	
	Carrying of Identity Cards . . . . .	5	
	Carrying of Passengers in Goods Vehicles . . . . .	5	
	German Army Forests . . . . .	5	
	Movement of Persons and Civilian Vehicles . . . . .	5	
	Registration of Non-German Displaced Persons . . . . .	5	
	Use of Cameras, Binoculars and Telescopes . . . . .	5	
	Regulations concerning the use of Motor Vehicles . . . . .	5	
	Registration and Discharge of Members of the German Armed Forces and Para-Military Organisations . . . . .	6	
	Restriction on movement of animals . . . . .	6	
	Surrender of German Police Uniforms and Equipment . . . . .	6	
	Delivery of sheep wool . . . . .	6	
	Control of Machine Tools . . . . .	6	
	Foreign Exchange and External Assets . . . . .	7	
	Notice to Parents and Guardians . . . . .	7	
	Census of Machine Tools . . . . .	7	
	Misuse of Certificates and Discharge from the Wehrmacht . . . . .	7	
	Regulations for the operation of Omnibus and Tramway Services . . . . .	7	
	Motor Vehicle Permits . . . . .	7	
	Control and Allocation of Consumer Goods . . . . .	8	
	Regulation — Stocktaking of Non-Ferrous metals . . . . .	9	
	Control of Non-Ferrous Metals . . . . .	9	
	Formation of Co-operative Societies . . . . .	9	
	Curfew and Summer Time . . . . .	9	
	Registration of former Members of the German Armed Forces . . . . .	9	
	Unaccompanied children . . . . .	10	
	Road Vehicle Registrations . . . . .	11	
	German Navy and Air Force Forests . . . . .	11	
	Registrations of former Members of the German Armed Forces and of persons formerly employed in Civil Aviation . . . . .	12	
	Census of Sea Shipping . . . . .	12	
	Census of Inland Water Shipping . . . . .	12	
	Withdrawal of Restriction on movement of animals . . . . .	12	

It should be noted that not all legislation sponsored or authorised by the Military Government of the British Zone of Germany for the purpose of amending German Law, is published in the Military Government Gazette.

For legislation not published in this Gazette, reference should be made to the following publications from Regions:—

Justizblatt für den Oberlandesgerichtsbezirk . . . . .	KOLN
Justizblatt für den Oberlandesgerichtsbezirk . . . . .	DUSSELDORF
Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt . . . . .	HAMBURG
Justizblatt für den Oberlandesgerichtsbezirk . . . . .	BRAUNSCHWEIG
Hannoversche Rechtspflege, Verordnung und Mitteilung für den Oberlandesgerichtsbezirk . . . . .	CELLE
Justizblatt für den Oberlandesgerichtsbezirk . . . . .	HAMM und LIPPE
Amtsblatt der Justizverwaltung für den Bezirk des Oberlandesgerichts . . . . .	KIEL
Justizblatt für den Oberlandesgerichtsbezirk . . . . .	AURICH,
	OLDENBURG und
	OSNABRUCK

## Führer zu der im Amtsblatt der Militärregierung bisher veröffentlichten Gesetzgebung des Kontrollrats

Beschreibung und Nummer	Sachverzeichnis	Nummer des Amtsblattes	Bemerkungen
Proklamationen des Kontrollrates:			
Nr. 1	Aufstellung des Kontrollrates . . . . .	5	
Nr. 2	Zusätzlich an Deutschland gestellte Forderungen . . .	5	
Nr. 3	Grundsätze für die Umgestaltung der Rechtspflege . . .	5	
Kontrollratsgesetz:			
Nr. 1	Aufhebung von Nazi-Gesetzen . . . . .	5	
Nr. 2	Auflösung und Liquidierung der Nazi-Organisationen . .	5	
Nr. 3	Erhöhung von Steuersätzen . . . . .	5	
Nr. 4	Umgestaltung des deutschen Gerichtswesens . . . . .	5	
Nr. 5	Übernahme und Erfassung des deutschen Vermögens im Ausland . . . . .	5	Vergl. Anordnung des Kontrollrats Nr. 1 (Nr. 11 im Amtsblatt).
Nr. 6	Aufbewahrung von Schriftstücken und Ausfertigung von beglaubigten Abschriften . . . . .	5	Abgeändert durch Gesetz Nr. 29 des Kontrollrats.
Nr. 7	Rationierung von Elektrizität und Gas . . . . .	5	Abgeändert durch Gesetz Nr. 19 des Kontrollrats.
Nr. 8	Ausschaltung und Verbot der militärischen Ausbildung .	5	
Nr. 9	Beschlagnahme und Kontrolle des Vermögens der I. G. Farbenindustrie . . . . .	5	
Nr. 10	Bestrafung von Personen die sich Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben . . . . .	5	
Nr. 11	Aufhebung einzelner Bestimmungen des deutschen Strafrechts . . . . .	7	
Nr. 12	Anderung der Gesetzgebung in bezug auf Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Gewinnabführung . .	7	
Nr. 13	Anderung der Vermögenssteuergesetze . . . . .	7	
Nr. 14	Anderung der Kraftfahrzeugsteuergesetze . . . . .	7	
Nr. 15	Anderung der Umsatzsteuergesetze . . . . .	7	
Nr. 16	Ehegesetz . . . . .	7	
Nr. 17	Anderung der Erbschaftsteuergesetze . . . . .	8	
Nr. 18	Wohnungsgesetz . . . . .	8	
Nr. 19	Rationierung von Elektrizität und Gas . . . . .	8	Anderung des Gesetzes Nr. 7 des Kontrollrats.
Nr. 20	Erhöhung der Fernsprech- und Telegraphen-Gebühren . .	8	
Nr. 21	Deutsches Arbeitsgerichtsgesetz . . . . .	9	
Nr. 22	Betriebsrätegesetz . . . . .	9	Vergl. Berichtigung des Amtsblattes Nr. 11.
Nr. 23	Verbot militärischer Bauten in Deutschland . . . . .	9	
Nr. 24	Aufhebung des Gesetzes vom 30. September 1936 . . .	10	
Nr. 25	Gesetz zur Regelung und Überwachung der naturwissenschaftlichen Forschung . . . . .	11	
Nr. 26	Tabaksteuer . . . . .	10	
Nr. 27	Branntweinsteuer . . . . .	10	
Nr. 28	Biersteuer und Zündholzsteuer . . . . .	10	
Nr. 29	Ausfertigung beglaubigter Abschriften von Schriftstücken (Aufhebung des Kontrollrats-Gesetzes Nr. 6) . . . . .	11	
Nr. 30	Zuckersteuer . . . . .	11	
Nr. 31	Polizeibüros und Agenturen politischen Charakters . . .	12	

Beschreibung und Nummer	Sachverzeichnis	Nummer des Amtsblattes	Bemerkungen
Kontrollratsgesetz:			
Nr. 32	Beschäftigung von Frauen bei Bau- und Wiederaufbauarbeiten . . . . .	12	
Nr. 33	Volkszählung in Deutschland . . . . .	12	
Kontrollratsbefehl:			
Nr. 1	Uniformverbot für ehemalige Wehrmachtangehörige . .	6	
Nr. 2	Einziehung und Ablieferung von Waffen und Munition .	6	
Nr. 3	Registrierung der im arbeitsfähigen Alter stehenden Bevölkerung . . . . .	6	
Nr. 4	Einziehung von Literatur und Werken nationalsozialistischen und militaristischen Charakters . . . . .	10	
Kontrollratsanordnung:			
Nr. 1	Kommission für das deutsche Auslandsvermögen . . . .	11	

### Führer zu der bisher im Amtsblatt der Militärregierung veröffentlichten Gesetzgebung in der britischen Zone

Beschreibung und Nummer	Sachverzeichnis	Nummer des Amtsblattes	Bemerkungen
Proklamation der Militärregierung: Nr. 1	Einsetzung der Militärregierung . . . . .	2	
Gesetze der Militärregierung:			
Nr. 1	Aufhebung des nationalsozialistischen Rechts . . . . .	3	
Nr. 2	Deutsche Gerichte . . . . .	3	
Nr. 3	Vereinigte Nationen . . . . .	3	
Nr. 4	Amtsblatt der Militärregierung . . . . .	4	(Abgeändert.)
Nr. 5	Auflösung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei . . . . .	3	
Nr. 6	Befreiung von Vorschriften des deutschen Rechts durch Anordnung der Militärregierung . . . . .	3	
Nr. 7	Entfernung nationalsozialistischer Abzeichen von Amtssiegeln . . . . .	3	
Nr. 51	Währung . . . . .	3	
Nr. 52	Sperre und Kontrolle von Vermögen . . . . .	3	(Abgeändert 1.) Vergl. Verordnung Nr. 38 Allgemeine Verfügungen Nr. 6.
Nr. 53	Devisenbewirtschaftung . . . . .	3	
Nr. 76	Post, Fernsprech-, Telegraphen- und Rundfunkwesen . .	3	(Abgeändert.)
Nr. 77	Schließung einzelner Organisationen und Dienststellen auf dem Gebiete der Arbeit . . . . .	3	
Nr. 153	Deutsche Kriegsgerichte . . . . .	3	
Nr. 161	Grenzkontrolle . . . . .	3	
Nr. 191	Kontrolle über Druckschriften, Rundfunk usw. . . . .	3	



Beschreibung und Nummer	Sachverzeichnis	Nummer des Amtsblattes	Bemerkungen
Verordnungen der Militärregierung:			
Nr. 1	Verbrechen und andere strafbare Handlungen . . . . .	2	
Nr. 2	Gerichte der Militärregierung . . . . .	2	
Nr. 3	Amtssprache . . . . .	2	(Abgeändert.)
Nr. 4	Bestätigung der bisher erlassenen Gesetze der Militärregierung . . . . .	4	
Nr. 5	Strafbare Handlungen britischer Zivilpersonen in Deutschland . . . . .	4	
Nr. 7	Übertragung der Amtsgewalt der Reichstreuhand der Arbeit . . . . .	4	
Nr. 8	Regelung öffentlicher Aussprachen und anderer öffentlicher Tätigkeiten . . . . .	4	
Nr. 9	Öffentliche unpolitische Versammlungen . . . . .	4	
Nr. 10	Politische Versammlungen . . . . .	12	Abgeändert (2).
Nr. 11	Öffentliche Umzüge . . . . .	4	
Nr. 12	Bildung von politischen Parteien . . . . .	6	1. Abänderung.
Nr. 13	Uniformen und Abzeichen . . . . .	8	1. Abänderung.
Nr. 14	Gesetzliche Anordnungen des Kontrollrats . . . . .	5	
Nr. 15	Strafverfahren . . . . .	5	
Nr. 16	Wohnungswechsel-Verbot . . . . .	7	1. Abänderung.
Nr. 17	Bewohnerlisten . . . . .	7	1. Abänderung.
Nr. 18	Einsetzung eines Reichsbankvorstandes und einer Reichsbankleitstelle in der Britischen Zone . . . . .	5	
Nr. 19	UNRRA-Personal . . . . .	5	
Nr. 20	Gerichtbarkeit deutscher Gerichte betr. Zuwiderhandlungen gegen Rechtssatzungen der Militärregierung . . . . .	5	
Nr. 21	Abänderung der Deutschen Gemeindeordnung . . . . .	7	
Nr. 22	Postzensur (Verhinderung einer Umgehung) . . . . .	8	
Nr. 23	Errichtung einer Zonen-Geschäftsstelle des Reichsaufsichtsamtes für das Versicherungswesen . . . . .	8	
Nr. 24	Errichtung einer Leitstelle für die Finanzverwaltung in der Britischen Zone . . . . .	8	
Nr. 25	Versorgungsanwärter . . . . .	8	Vergl. Berichtigung des Amtsblattes Nr. 12.
Nr. 26	Wahlbezirke . . . . .	8	Abgeändert durch Verordnung Nr. 36.
Nr. 27	Gerichte der Militärregierung — Zivilmitglieder . . . . .	8	
Nr. 28	Die Registrierung der Wähler . . . . .	9	Abgeändert durch Verordnung Nr. 35.
Nr. 29	Beschränkung der Zuständigkeit deutscher Gerichte . . . . .	9	
Nr. 30	Abänderung der Verordnung über die Registrierung der Wähler (Verordnung Nr. 28 der Militärregierung) . . . . .	10	
Nr. 31	Die Wahl von Vertretern . . . . .	10	
Nr. 32	Das Verfahren bei den Gemeindewahlen . . . . .	10	
Nr. 33	Übertragung von notariellen Vollmachten auf bestimmte britische Offiziere . . . . .	11	
Nr. 34	Vergnügungssteuer . . . . .	11	
Nr. 35	Die Registrierung der Wähler . . . . .	12	Ergänzt Verordnung Nr. 28.
Nr. 36	Abänderung Nr. 1 der Verordnung „Wahlbezirke“ . . . . .	12	Ergänzt Verordnung Nr. 26.
Nr. 37	Sondergutscheine der britischen Besatzungsmacht . . . . .	12	
Nr. 38	Abänderung des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung (Sperrung und Kontrolle von Vermögen) . . . . .	12	
Nr. 39	Konsum-Vereine . . . . .	12	



Beschreibung und Nummer	Sachverzeichnis	Nummer des Amtsblattes	Bemerkungen
Allgemeine Verfügungen:			
Nr. 1	Sperre und Kontrolle von Vermögen . . . . .	5	
Nr. 2	I. G. Farbenindustrie A.G. . . . .	5	
Nr. 3	Firma Friedrich Krupp . . . . .	5	
Nr. 4	Sperre und Kontrolle von Vermögen . . . . .	5	
Nr. 5	Kohlenbergwerke und angegliederte Betriebe im Britischen Kontrollgebiet . . . . .	5	
Nr. 6	Zur Ausführung des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung — Sperre und Kontrolle von Vermögen — . . . . .	9	
Anordnungen der Militärregierung:			
	Bestimmungen über die Nachrichtenkontrolle . . . . .	5	
	Anordnung Nr. 1 (Zur Ausführung des Gesetzes Nr. 25 des Kontrollrats) Regelung und Überwachung der naturwissenschaftlichen Forschung . . . . .	11	
	Anordnung Nr. 1 (Zur Ausführung der Verordnung Nr. 20 der Militärregierung) . . . . .	10	
	Anordnung Nr. 1 (Zur Ausführung des Gesetzes Nr. 7 des Kontrollrats) . . . . .	10	
Bekanntmachungen:			
	Anmeldung und Ablieferung von Schußwaffen . . . . .	5	
	Eigentum der Alliierten Streitkräfte . . . . .	5	
	Tragen der Ausweiskarte . . . . .	5	
	Mitnehmen von Fahrgästen in zum Gütertransport bestimmten Fahrzeugen . . . . .	5	
	Heeresforste . . . . .	5	
	Bewegungsbeschränkungen für nichtmilitärische Kraftfahrzeuge . . . . .	5	
	Anmeldepflicht nichtdeutscher verschleppter Personen . . . . .	5	
	Benutzung von Kameras, Feldstechern und Fernrohren . . . . .	5	
	Anordnung über die Benutzung von Kraftfahrzeugen . . . . .	5	
	Eintragung und Entlassung Angehöriger der deutschen Wehrmacht und der militärähnlichen Organisationen . . . . .	6	
	Beschränkungen im Tiertransport . . . . .	6	
	Ablieferung deutscher Polizeiuniformen und Ausrüstungsgegenstände . . . . .	6	
	Ablieferung von Schafwolle . . . . .	6	
	Sicherstellung von Werkzeugmaschinen . . . . .	6	
	Devisenwerte und Auslandsvermögen . . . . .	7	
	Bekanntmachung für Eltern und Vormünder . . . . .	7	
	Zählung von Werkzeugmaschinen . . . . .	7	
	Mißbrauch von Wehrmachtentlassungsscheinen . . . . .	7	
	Anordnung über den Betrieb von Omnibussen und Straßenbahnen . . . . .	7	
	Benutzungsbescheinigung für nichtmilitärische Kraftfahrzeuge . . . . .	7	
	Kontrolle und Verteilung von Verbrauchsgütern . . . . .	8	
	Anordnung — Die Erfassung der Nichteisen-Metallbestände . . . . .	9	
	Kontrolle von Nichteisen-Metallen . . . . .	9	
	Gründung von Genossenschaften . . . . .	9	
	Ausgangsbeschränkung und Sommerzeit . . . . .	9	

Beschreibung und Nummer	Sachverzeichnis	Nummer des Amtsblattes	Bemerkungen
Bekanntmachungen:	Registrierung früherer Angehöriger der deutschen Wehrmacht . . . . .	9	
	Getrennt lebende Kinder . . . . .	10	
	Anordnungen für den Straßenfahrzeugverkehr . . . . .	11	
	Deutsche Marine- und Luftwaffenforste . . . . .	11	
	Registrierung früherer Mitglieder der deutschen Wehrmacht und der früher in der Zivil-Luftfahrt beschäftigten Personen . . . . .	12	
	Zählung von Seeschiffen . . . . .	12	
	Zählung von Binnenwasser-Fahrzeugen . . . . .	12	
	Aufhebung der Beschränkungen im Tiertransport . . . . .	12	

Es ist zu bemerken, daß nicht alle von der Militärregierung für die Britische Zone Deutschlands eingeleiteten oder genehmigten gesetzlichen Maßnahmen und sonstigen Verfügungen zur Abänderung des deutschen Rechts im Amtsblatt der Militärregierung verlautbar werden.

Hinsichtlich solcher Verfügungen, die nicht im genannten Amtsblatt enthalten sind, wird auf folgende Bezirksverordnungsblätter verwiesen:

Justizblatt für den Oberlandesgerichtsbezirk . . . . .	KÖLN
Justizblatt für den Oberlandesgerichtsbezirk . . . . .	DUSSELDORF
Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt . . . . .	HAMBURG
Justizblatt für den Oberlandesgerichtsbezirk . . . . .	BRAUNSCHWEIG
Hannoversche Rechtspflege, Verordnungen und Mitteilungen für den Oberlandesgerichtsbezirk . . . . .	CELLE
Justizblatt für den Oberlandesgerichtsbezirk . . . . .	HAMM und LIPPE
Amtsblatt der Justizverwaltung für den Bezirk des Oberlandesgerichts . . . . .	KIEL
Justizblatt für den Oberlandesgerichtsbezirk . . . . .	AURICH,
	OLDENBURG und
	OSNABRUCK

## **PART I**

LEGISLATION OF THE CONTROL COUNCIL FOR GERMANY

# **LAW No. 31**

## **Police Bureaus and Agencies of a political Nature**

The Control Council enacts as follows:—

### **ARTICLE I**

All German Police Agencies and Bureaus, which have as their purpose the supervision or control of the political activities of persons within Germany, are abolished. This provision applies to all such Police Agencies and Bureaus, whether they are organised within legally constituted German Police Forces or placed under the control of the local authorities.

### **ARTICLE II**

Any new organisation or any activity of Police Agencies or Bureaus of the type specified in Article I is prohibited.

### **ARTICLE III**

Any person violating or attempting to violate any of the provisions of this law shall be liable to criminal prosecution before a Military Government Court and to such punishment as the Court may direct.

### **ARTICLE IV**

Any provision of German legislation inconsistent with this Law is hereby repealed.

### **ARTICLE V**

This Law shall come into force on the date of its publication.

Done at Berlin, 1 July, 1946

P. KOENIG, Général de Corps d'Armée

V. SOKOLOVSKY, Marshal

ROBERT W. HARPER, Major General

SHOLTO DOUGLAS, Marshal of the Royal Air Force

## **TEIL I**

GESETZE USW. DES KONTROLLRATS IN DEUTSCHLAND

# **GESETZ Nr. 31**

## **Polizeibüros und -agenturen politischen Charakters**

Der Kontrollrat erläßt das folgende Gesetz:

### **ARTIKEL I**

Alle deutschen Polizeibüros und -agenturen, die die Überwachung oder Kontrolle der politischen Betätigung von Personen zum Zweck haben, werden hiermit für ganz Deutschland aufgelöst.

Diese Bestimmung ist auf alle Polizeibüros und -agenturen anwendbar, die entweder gesetzmäßig eingesetzten deutschen Polizeistellen unterstehen oder unter die Kontrolle von Ortsbehörden gestellt sind.

### **ARTIKEL II**

Jede Neueinrichtung sowie jede Tätigkeit von Polizeibüros oder -agenturen der in Artikel I näher bezeichneten Art wird hierdurch verboten.

### **ARTIKEL III**

Wer einer der Bestimmungen dieses Gesetzes zuwiderhandelt, setzt sich strafrechtlicher Verfolgung vor einem Gericht der Militärregierung und gegebenenfalls einer Strafe aus, die das Gericht für angemessen erachtet.

Der Versuch ist strafbar.

### **ARTIKEL IV**

Jede Bestimmung der deutschen Gesetzgebung, die im Widerspruch zu diesem Gesetz steht, wird hierdurch aufgehoben.

### **ARTIKEL V**

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Ausgefertigt in Berlin, den 1. Juli 1946.

(Die in den drei offiziellen Sprachen abgefaßten Originaltexte dieses Gesetzes sind von P. Koenig, General der Armee, V. Sokolowsky, Marschall der Sowjetunion, Robert W. Harper, Generalmajor, Sholto Douglas, Marschall der Royal Air Force, unterzeichnet).

# **LAW No. 32**

## **Employment of Women on Building and Reconstruction Work**

In view of the shortage of able-bodied men in certain parts of Germany, the Control Council enacts as follows:—

### **ARTICLE I**

The appropriate German authorities may employ, or authorise the employment of female labour on building and reconstruction work, including rubble clearance.

### **ARTICLE II**

The provisions of the Ordinance concerning working hours (Arbeitszeitordnung) of 30th April 1938 (RGBl 1938 I/447) and all other enactments inconsistent with this Law are repealed or amended in accordance with this Law.

# **GESETZ Nr. 32**

## **Beschäftigung von Frauen bei Bau- und Wiederaufbauarbeiten**

In Anbetracht des großen Mangels an tauglichen männlichen Arbeitskräften in gewissen Teilen Deutschlands, erläßt der Kontrollrat das folgende Gesetz:

### **ARTIKEL I**

Die zuständigen deutschen Behörden dürfen weibliche Arbeitskräfte bei Bau- und Wiederaufbauarbeiten einschließlich Aufräumarbeiten beschäftigen beziehungsweise ihre Beschäftigung genehmigen.

### **ARTIKEL II**

Die Bestimmungen der Verordnung vom 30. April 1938 über die Arbeitszeit (Arbeitszeitordnung) (R.G.Bl. 1938 I. 447) und alle sonstigen gesetzlichen Bestimmungen, die im Widerspruch zu diesem Gesetz stehen, werden hiermit aufgehoben oder im Sinne dieses Gesetzes abgeändert.



### ARTICLE III

This law shall come into force on the date of publication.

V. SOKOLOVSKY, Marshal of the Soviet Union  
JOSEPH T. McNARNEY, General  
SHOLTO DOUGLAS, Marshal of the Royal Air Force  
P. KOENIG, Général d'Armée

Done at Berlin the 10th day of July, 1946.

### ARTIKEL III

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Ausgefertigt in Berlin, den 10. Juli 1946.

(Die in den drei offiziellen Sprachen abgefaßten Originaltexte dieses Gesetzes sind von V. Sokolowsky, Marschall der Sowjetunion, Joseph T. McNarney, General, Sholto Douglas, Marschall der Royal Air Force, und P. Koenig, General der Armee, unterzeichnet).

## LAW No. 33

### Census of the German Population

The Control Council enacts as follows:—

#### ARTICLE I

A census will take place of the entire population located in the American, British, French and Soviet Zone of Occupation and in Berlin on the basis of the situation existing at 2400 hours on Tuesday 29th of October, 1946.

#### ARTICLE II

The following persons will be excluded from the census:

1. Members of the Armies of Occupation, of Military Governments, of Control Commissions, and Military Missions accredited to the Allied Control Authority.
2. Civilians who are not Germans nationals and who are affiliated to, and in possession of identity papers issued by, the Occupational Forces.
3. Civilians who are not German nationals and who had been admitted into a Zone or into Berlin by Military Government and are in possession of identity papers exempting them from German registration and do not receive their ration cards from German sources; such as members of International Delegations, non-German barge crews and non-German bargemen whose home port is not located in Germany.

#### ARTICLE III

The following persons will be subject to census by Occupational and not by German authorities:

1. Prisoners of war.
2. Displaced persons who are in possession of displaced persons' identity cards and are located in camps placed under the responsibility of any of the Allied Military Authorities.
3. Civilian internees.

#### ARTICLE IV

The fourteen (14) mandatory questions appearing in Appendix 'A' of this law are to be included in the Household List for all four Zones.

#### ARTICLE V

Zone Commanders shall have discretion to determine the format of the Household List and to add any additional questions thereto.

#### ARTICLE VI

Subject to the provisions of Article III the local German authorities will be responsible under the control of Military Government for the implementation of the present Law and are given full power for the preparation and execution of the census.

#### ARTICLE VII

1. It shall be the duty of all persons when required by any person authorized to do so under this Law to answer correctly all questions on the census schedules applying to themselves and to persons under legal or physical disability for whom they are answerable.

## GESETZ Nr. 33

### Volkszählung in Deutschland

Der Kontrollrat erläßt das folgende Gesetz:

#### ARTIKEL I

Eine Zählung der Gesamtbevölkerung in der amerikanischen, britischen, französischen und sowjetischen Besetzungszone sowie in Berlin, hat nach dem Stande von Dienstag, dem 29. Oktober 1946, 24 Uhr zu erfolgen.

#### ARTIKEL II

Folgende Personen werden von der Zählung nicht erfaßt:

1. Angehörige der Besetzungsarmeen, der Militärregierungen, der Kontrollkommissionen sowie der bei der Alliierten Kontrollbehörde beglaubigten Militärmissionen.
2. Zivilpersonen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, die den Besetzungstruppen angegliedert sind und von diesen ausgestellte Ausweispapiere besitzen.
3. Zivilpersonen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, die von der Militärregierung in eine Zone oder in die Stadt Berlin zugelassen sind, Ausweispapiere besitzen, die sie von der für Deutsche bestehenden Meldepflicht ausnehmen und die ihre Lebensmittelkarten nicht von deutschen Stellen erhalten; dazu gehören unter anderen Angehörige internationaler Delegationen, nichtdeutsche Schiffsmannschaften sowie nichtdeutsche Schiffer, deren Heimathafen sich nicht in Deutschland befindet.

#### ARTIKEL III

Folgende Personen unterliegen der Zählung durch die Besetzungs- und nicht durch die deutschen Behörden:

1. Kriegsgefangene.
2. Verschleppte, die sich im Besitz von Ausweispapieren für Verschleppte befinden und in Lagern untergebracht sind, für die eine Alliierte Militärbehörde die Verantwortung übernommen hat.
3. Internierte Zivilpersonen.

#### ARTIKEL IV

Die vierzehn im Anhang „A“ dieses Gesetzes aufgeführten obligatorischen Fragen sind in allen vier Zonen in alle Zählkarten aufzunehmen.

#### ARTIKEL V

Die Zonenbefehlshaber können nach ihrem Ermessen zusätzliche Fragen hinzufügen. Sie bestimmen gleicherweise die Form und Ausführung der Zählkarte.

#### ARTIKEL VI

Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels III obliegt den örtlichen deutschen Behörden unter der Kontrolle der Militärregierung jeder Zone die Ausführung dieses Gesetzes. Sie haben alle zur Vorbereitung und Durchführung der Zählung erforderlichen Vollmachten.

#### ARTIKEL VII

1. Jeder hat auf Aufforderung einer durch dieses Gesetz dazu befugten Person alle in dem Fragebogen enthaltenen Fragen genau zu beantworten und zwar sowohl für sich selbst als auch für geschäftsunfähige oder körperlich behinderte Personen, für die er verantwortlich ist.

2. Any person who shall wilfully refuse or neglect to answer any of these questions, or shall wilfully give answers that are false, shall be prosecuted in Military Government or German courts and shall be punished by imprisonment for a term not exceeding six months or by a fine of not less than 100.— and not more than 1000.— RM, or both.

3. Any official or other person employed in connection with the taking of the census who:—

- (a) Wilfully makes or is privy to the making of an inaccurate return of information, or
- (b) Wilfully makes or is privy to the making of any omission or false statement in any document issued or prepared under this law or any order made pursuant thereto, or
- (c) Wilfully suppresses, defaces, alters, or makes away with any such document

shall be prosecuted in Military Government or German courts and shall be punished by imprisonment for a term not exceeding five (5) years or by a fine of not less than 1000.— and not more than 20,000.— RM, or both.

### ARTICLE VIII

This Law shall come into force on the date of publication.

Done at Berlin on the 20th day of July, 1946.

P. A. KUROCHKIN, Colonel-General  
JOSEPH T. McNARNEY, General  
B. H. ROBERTSON, Lieutenant General  
R. J. NOIRET, General de Division

#### Census of the German Population Standard Questionnaire for the Four Zones

1. Christian names.
2. Surname.
3. Relation to head of family or household.
4. Sex.
5. Year, month, date and place of birth.
6. Family particulars:
  - (a) single,
  - (b) married,
  - (c) widowed,
  - (d) divorced,
  - (e) living apart.
7. "Staatsangehörigkeit" (See explanation 1)
  - (a) present citizenship,
  - (b) how was it acquired,
  - (c) from what date,
  - (d) country of origin.
8. National Origin (literally, "nation from which you stem") (Greek, Rumanian, Russian, Italian, etc.) (see explanation 2).
9. Mother tongue.
10. Religions affiliation:
  - Roman Catholic,
  - Protestant,
  - Jewish,
  - Non-believer,
  - Other religions.
11. Education:
  - (a) illiterate, literate (see explanation 3),
  - (b) has he or she received any university or technical education,
  - (c) if so, state in what university or technical institution final or professional examinations were passed.
12. Trade or profession:
  - (a) Nature of present occupation (employment) or other means of subsistence (peasant, metal turner, electrical engineer, pensioner, etc.),
  - (b) social position (independent contractor or skilled worker, additional member of family, workman, employee, etc.),
  - (c) place where working (where employed).
    - (i) Name and trade name of firm, or of administrative department, e.g., S. Müller, Builders.
    - (ii) Firm's address (or of administrative department).
13. (a) Present residence,  
(b) Permanent residence 1 September 1939.

2. Wer die Beantwortung einer dieser Fragen absichtlich verweigert oder unterläßt oder sie absichtlich wahrheitswidrig beantwortet, setzt sich der strafrechtlichen Verfolgung durch Gerichte der Militärregierung oder deutsche Gerichte aus und wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und einer Geldstrafe von 100 bis 1.000 RM. oder mit einer dieser beiden Strafen bestraft.

3. Beamte oder andere mit der Durchführung der Zählung beschäftigte Personen, die

- a) absichtlich ungenaue Angaben weitergeben oder dabei mitwirken, oder
- b) in einer Urkunde, die auf Grund dieses Gesetzes oder einer hierzu ergangenen Verordnung ausgegeben oder hergestellt wurde, absichtlich eine Angabe unterlassen oder eine wahrheitswidrige Angabe machen oder dabei mitwirken, oder
- c) absichtlich eine solche Urkunde unterdrücken, entstellen, abändern oder beiseite schaffen,

setzen sich der strafrechtlichen Verfolgung durch Gerichte der Militärregierung oder deutsche Gerichte aus und werden mit Gefängnis bis zu fünf Jahren und mit Geldstrafe von 1.000 bis 20.000 RM. oder einer dieser beiden Strafen bestraft.

### ARTIKEL VIII

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Ausgefertigt in Berlin, den 20. Juli 1946.

(Die in den drei offiziellen Sprachen abgefaßten Originaltexte dieses Gesetzes sind von P. A. Kurochkin, Generaloberst, Joseph T. McNarney, General, B. H. Robertson, Generalleutnant, R. J. Noiret, Divisionsgeneral, unterzeichnet).

#### Census of the German Population Standard Questionnaire for the Four Zones Official German Text of Questionnaire

1. Vorname.
2. Familienname.
3. Stellung zum Haushaltsvorstand.
4. Geschlecht.
5. Geburts — Tag — Monat — Jahr und Ort.
6. Familienstand:
  - a) ledig,
  - b) verheiratet,
  - c) verwitwet,
  - d) geschieden,
  - e) getrennt lebend.
7. Staatsangehörigkeit (siehe Erläuterung 1):
  - a) gegenwärtige Staatsangehörigkeit,
  - b) wie erworben,
  - c) seit wann (Datum),
  - d) Land des Ursprungs.
8. Nationale Abstammung (Griechen, Rumäne, Russe Italiener usw. siehe Erläuterung 2).
9. Muttersprache.
10. Religionszugehörigkeit:
  - römisch-katholisch,
  - evangelisch,
  - israelitisch,
  - glaubenslos,
  - andere Glaubensbekenntnisse.
11. Bildungsgrad:
  - a) des Lesens und Schreibens kundig oder unkundig (siehe Erläuterung 3),
  - b) wurde Hochschule- oder Fachausbildung abgeschlossen?
  - c) wenn ja, angeben, in welcher Hochschule bzw. Fachanstalt die Staats- oder Abschlußprüfung abgelegt wurde.
12. Beruf:
  - a) gegenwärtiger Beruf (Beschäftigung) oder andere Erwerbsquellen (Landwirt, Eisendreher, Elektroingenieur, pensioniert usw.),
  - b) Berufsstand (selbständiger Unternehmer oder gelernter Arbeiter, mithelfender Familienangehöriger, Arbeiter, Angestellter usw.),
  - c) Arbeitsstätte:
    - I. Firmenname und Branche, z. B., S. Müller — Bauunternehmen,
    - II. Firmenanschrift und Abteilung.
13. a) Gegenwärtiger Wohnort,  
b) Ständiger Wohnort am 1. September 1939.



14. Have you served in the Wehrmacht (Army, Navy or Air Force), or in a para-military organization? If so, from what date to what date, and in what rank?

#### Explanations

(1) Staatsangehörigkeit: Citizens of Germany should answer "Deutschland". Those who are not citizens of Germany acquire German citizenship by naturalization only (routine procedure for naturalization), women by marriage with a citizen of Germany. Children of foreigners do not acquire German citizenship by reason of their birth within the country. Persons possessing another citizenship in addition to German citizenship should also indicate this. Stateless persons, i.e., those having no citizenship of any country, should put "Staatenlos".

(2) These questions shall be answered by those persons whose national origin from which they stem differs from their citizenship (Staatsangehörigkeit) (question 7).

(3) Only to be filled out by persons who were born before 1 January, 1932.

14. Haben Sie in der Deutschen Wehrmacht (Heer, Kriegsmarine, Luftwaffe) oder in irgendeinem militärischen Verband gedient? Wenn ja, von wann bis wann. Angabe des Dienstgrades.

#### Erläuterungen

1. Staatsangehörigkeit: Deutsche Staatsangehörige tragen ein: „Deutschland.“ Ausländer erwerben die deutsche Staatsangehörigkeit nur durch Einbürgerung (behördlich erfolgte Naturalisation). Frauen durch Verheiratung mit einem deutschen Staatsangehörigen. Kinder von Ausländern sind nicht schon durch Geburt im Inland deutsche Staatsangehörige geworden. Personen, die neben der deutschen Staatsangehörigkeit noch eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, geben auch diese an. Staatenlose, d. h. Personen, die keine Staatsangehörigkeit besitzen, tragen „Staatenlos“ ein.

2. Diese Frage wird von denjenigen Personen beantwortet, deren nationale Abstammung mit ihrer Staatsangehörigkeit (Frage 7) nicht übereinstimmt.

3. Nur auszufüllen von Personen, die vor dem 1. Januar 1932 geboren sind.



## PART II

BRITISH MILITARY GOVERNMENT ORDINANCES  
APPLICABLE TO THE WHOLE OF THE BRITISH ZONE

# ORDINANCE No. 10

(Amended (2))

## Political Meetings

Military Government Ordinance No. 10 (Amended (1)) is amended to read as follows:—

### ARTICLE I

#### Application for Military Government Permit

1. Any person or group of persons desirous of holding a political meeting may submit to Military Government an application for a permit to hold such meeting.
2. Such an application will be submitted not less than 48 hours before the date of the proposed meeting and will state:—
  - (a) The names and addresses of the persons actually organising the meeting and the title of any political association, sponsoring it; and
  - (b) the place, date and time at which it is desired to hold the meeting.
3. No political meeting may be held until a written permit for such meeting has been granted by Military Government.
4. The provisions of this Article shall not apply to political meetings sponsored by nominated candidates for election and held during the period intervening between nomination day and the date of a municipal or other election authorised by Military Government, in the area in which such election is to take place.

### ARTICLE II

#### Name and addresses of speakers

5. The person or group of persons to whom a permit has been granted under the foregoing provisions will submit to Military Government within 7 days after the holding of the political meeting a statement containing the names and addresses of all persons who addressed such meeting.

### ARTICLE III

#### Registration and Licensing

6. Nothing in this Ordinance shall be deemed to affect the necessity for complying with the rules as to registration and licensing contained in Military Government Law No. 191 and Information Control Regulation No. 1 issued thereunder, where any of the activities referred to therein are to be undertaken as part of or incidental to a political meeting.

### ARTICLE IV

#### Penalties

7. Any person who violates or fails to comply with any of the provisions of this Ordinance or any of the terms or conditions contained in a Military Government permit shall, upon conviction by a Military Government Court, suffer such punishment (other than death) as the Court may determine.
8. Any person who, at or in the course of preparation for any political meeting authorised by or under the provisions of this Ordinance, is guilty of any act or conduct prohibited by any law, ordinance, notice or order of Military Government shall, upon conviction by a Military Government Court, suffer such punishment as is prescribed in such law, ordinance, notice or order.

## TEIL II

VERORDNUNGEN DER MILITÄRREGIERUNG  
DIE IM GANZEN BRITISCHEN KONTROLLGEBIET  
GELTUNG HABEN

# VERORDNUNG Nr. 10

(Zweite Abänderung)

## Politische Versammlungen

Die Verordnung Nr. 10 (Erste Abänderung) der Militärregierung wird abgeändert und wie folgt gefaßt:

### ARTIKEL I

#### Antrag für eine Militärregierungsgenehmigung

1. Jede Person oder jede Gruppe von Personen, die eine politische Versammlung abzuhalten wünscht, muß der Militärregierung einen Antrag auf Genehmigung zur Abhaltung einer solchen Versammlung unterbreiten.
2. Dieser Antrag muß mindestens 48 Stunden vor dem Datum der geplanten Versammlung unterbreitet werden und folgende Angaben enthalten:
  - a) die Namen und Anschriften der Personen, die für die Veranstaltung der Versammlung verantwortlich sind, sowie die Namen jeder politischen Vereinigung, die sie unterstützt;
  - b) Ort, Datum und Zeit der geplanten Versammlung.
3. Eine politische Versammlung darf erst abgehalten werden, nachdem eine schriftliche Genehmigung der Versammlung von der Militärregierung erteilt ist.
4. Die Bestimmungen dieses Artikels finden keine Anwendung auf politische Versammlungen, die von aufgestellten Wahlkandidaten unterstützt und im Zeitraum zwischen dem Tag der Aufstellung und dem Tag einer Gemeinde- oder einer anderen von der Militärregierung angeordneten Wahl in einem Gebiet durchgeführt werden, in dem eine solche Wahl ausgeschrieben ist.

### ARTIKEL II

#### Mitteilung von Rednern

5. Die Person oder Personengruppe, der eine Genehmigung nach den vorstehenden Vorschriften erteilt ist, hat der Militärregierung binnen sieben Tagen nach der Abhaltung der politischen Versammlung eine Liste mit den Namen und Adressen aller Personen einzureichen, die in der Versammlung das Wort ergriffen haben.

### ARTIKEL III

#### Eintragung und Zulassung

6. Die Bestimmungen dieser Verordnung befreien nicht von der Notwendigkeit, die Vorschriften über Eintragung und Zulassung zu befolgen, welche in dem Gesetz Nr. 191 der Militärregierung und der gemäß diesem Gesetz erlassenen Nachrichtenkontrollvorschrift Nr. 1 enthalten sind, soweit die darin erwähnten Handlungen im Laufe oder anläßlich einer politischen Versammlung vorgenommen werden sollen.

### ARTIKEL IV

#### Strafen

7. Wer gegen die Vorschriften dieser Verordnung oder gegen die Auflagen und Bedingungen einer von der Militärregierung erteilten Genehmigung verstößt oder ihnen nicht nachkommt, wird, wenn er von einem Gericht der Militärregierung für schuldig befunden ist, mit einer von diesem Gericht zu bestimmenden Strafe bestraft. Die Todesstrafe kann nicht verhängt werden.
8. Wer sich während einer politischen Versammlung oder im Laufe der Vorbereitung einer solchen Versammlung, die gemäß den Vorschriften dieser Verordnung zugelassen ist, einer Handlung oder eines Verhaltens schuldig macht, welche durch Gesetze, Verordnungen, Bekanntmachungen oder Befehle der Militärregierung verboten sind, wird von einem Gericht der Militärregierung mit der in den verletzten Gesetzen, Verordnungen, Bekanntmachungen oder Befehlen vorgesehenen Strafe bestraft, wenn er von diesem Gericht für schuldig befunden ist.

## ARTICLE V

### Definition

9. "Political meeting" means any public gathering, whether indoors or out of doors (including a public demonstration but not including a public procession), held for political purposes.

## ARTICLE VI

10. This Ordinance shall become effective on 1st August, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

## ARTIKEL V

### Begriffsbestimmung

9. Eine „politische Versammlung“ ist jedes öffentliche Zusammentreffen, das zu politischen Zwecken abgehalten wird, gleichwohl ob in geschlossenen Räumen oder unter freiem Himmel. Der Ausdruck schließt politische Kundgebungen ein, jedoch nicht öffentliche Umzüge.

## ARTIKEL VI

### Zeitpunkt des Inkrafttretens

10. Diese Verordnung tritt am 1. August 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.

## ORDINANCE No. 35

### Second Amendment of Registration of Electors Ordinance

## ARTICLE I

### Amendment

1. Paragraph 4 of Ordinance No. 28 is hereby amended by the insertion therein of the words "or were evacuated from a Prohibited Frontier Zone under Military Government Law No. 161," after the words "political repatriates."

## ARTICLE II

### Effective Date

2. This Ordinance shall be deemed to have come into force as from the date of the coming into force of Military Government Ordinance No. 28.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT

## VERORDNUNG Nr. 35

### Zweite Abänderung der Verordnung Betr.: Die Registrierung der Wähler

## ARTIKEL I

### Abänderung

1. Ziffer 4 der Verordnung Nr. 28 wird hiermit abgeändert durch Einfügung der Worte „oder evakuiert waren aus einer verbotenen Grenzzone gemäß Gesetz Nr. 161 der Militärregierung“ hinter den Worten „politische Rückkehrer.“

## ARTIKEL II

### Zeitpunkt des Inkrafttretens

2. Diese Verordnung gilt als zum gleichen Zeitpunkt in Kraft getreten wie die Verordnung Nr. 28 der Militärregierung.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.

## ORDINANCE No. 36

### Amendment No. 1 of Electoral Divisions Ordinance Military Government Ordinance No. 26

## ARTICLE I

1. Paragraph 1 of Ordinance No. 26 is hereby amended as follows:—

- (a) by the substitution, opposite the words "Hansestadt Hamburg," of the figures "110" for the figures "81."
- (b) By the substitution, opposite the words "Land Bremen" of the figures "80" for the figures "60."

## ARTICLE II

2. This Ordinance shall take effect as from 13th April 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

## VERORDNUNG Nr. 36

### Abänderung Nr. 1 der Verordnung „Wahlbezirke“ (Verordnung der Militärregierung Nr. 26)

## ARTIKEL I

1. Ziffer 1 der Verordnung Nr. 26 wird hiermit wie folgt geändert:

- a) hinter den Wörtern „Hansestadt Hamburg“ tritt an die Stelle der Zahl „81“ die Zahl „110“;
- b) hinter den Wörtern „Land Bremen“ tritt an die Stelle der Zahl „60“ die Zahl „80“.

## ARTIKEL II

2. Diese Verordnung hat Wirksamkeit vom 13. April 1946 an.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.

## ORDINANCE No. 37

### British Armed Forces' Special Vouchers

## ARTICLE I

1. Except as hereinafter provided, no person shall acquire, dispose of or have in his possession any sterling vouchers

## VERORDNUNG Nr. 37

### Sondergutscheine der britischen Besatzungsmacht

## ARTIKEL I

1. Mit Ausnahme der Sonderbestimmungen in Artikel III dieser Verordnung darf niemand Gutscheine in Pfundwährung



known as British Armed Forces' Special Vouchers (BAFSV), enabling the lawful bearer thereof to make authorised purchases in British official or officially sponsored canteens, clubs, messes, shops or other institutions or to gain admittance to theatres, cinemas or other places of entertainment under British official or officially sponsored control.

## ARTICLE II

2. Any person violating the provisions of this Ordinance shall, upon conviction by Military Government Court, be liable to any lawful punishment, other than death, as the Court may determine.

## ARTICLE III

3. The prohibition laid down in Article I does not extend to:—

- (a) Any member of the Armed Forces of the Occupying Powers or civilians in the employ of one of those Powers
  - (i) who is entitled to make purchases in, or to gain admittance to, the institutions and places of entertainment described in Article I or
  - (ii) who is required to handle and be in possession of British Armed Forces' Special Vouchers in the course of his official duties;
- (b) Any civilian who has been authorised to travel in the British Zone of Occupation and has received such vouchers from an official source for any or all of the purposes specified in Article I;
- (c) Service or civilian personnel:—
  - (i) of any Government or mission accredited to the Control Council for Germany, or
  - (ii) of any association or institution sponsored by the Control Commission for Germany (British Element), any of the Occupying Powers, Headquarters British Army of the Rhine or any other British authority, and authorised to make purchases in or to gain admittance to the institutions and places of entertainment described in Article I;
- (d) Any other person whom Military Government may from time to time authorise to acquire, dispose of, or have in his possession such vouchers.

## ARTICLE IV

4. For the purpose of this Ordinance "Person" shall mean any natural or juristic person.

## ARTICLE V

5. This Ordinance shall come into force on 1st August, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

# ORDINANCE No. 38

## Amendment of Military Government Law No. 52 (AMENDED 1)

### Blocking and Control of Property

In order to extend the effect of Article I, paragraph 2 of Military Government Law No. 52 (Amended 1) to include property which has been subject to any of the wrongful acts specified in the said paragraph committed inside Germany as well as in territories outside Germany.

IT IS HEREBY ORDERED as follows:—

## ARTICLE I

1. Paragraph 2 of Article I of Military Government Law No. 52, (Amended 1), entitled "Blocking and Control of Property" is amended to read as follows:—

— bekannt als Sondergutscheine der britischen Besatzungsmacht (BAFSV) — erwerben, in Zahlung geben oder in seinem Besitz haben. Diese Gutscheine berechtigen den rechtmäßigen Inhaber, genehmigte Einkäufe in offiziellen britischen oder von offizieller britischer Seite geförderten Kantinen, Clubs, Messen, Läden oder anderen Einrichtungen zu tätigen oder Theater, Kinos oder andere Vergnügungsstätten, die unter offizieller britischer Kontrolle stehen oder von offizieller britischer Seite gefördert werden, zu besuchen.

## ARTIKEL II

2. Wer die Vorschriften dieser Verordnung verletzt, kann nach Schuldigsprechung durch ein Gericht der Militärregierung mit jeder gesetzlichen Strafe belegt werden, wie dieses Gericht entscheidet. Die Todesstrafe ist ausgeschlossen.

## ARTIKEL III

3. Das Verbot gemäß Artikel I findet keine Anwendung auf:  
a) Mitglieder der Streitkräfte der Besatzungsmächte oder auf Zivilangestellte einer dieser Mächte:

- I. wenn die in Frage kommenden Personen berechtigt sind, Einkäufe zu tätigen in den in Artikel I genannten Einrichtungen oder berechtigt sind, die in Artikel I genannten Einrichtungen und Vergnügungsstätten zu besuchen, oder
- II. wenn sie aus dienstlichen Gründen sich mit Sondergutscheinen der britischen Besatzungsmacht befassen müssen und sie im Besitz haben müssen;

b) eine Zivilperson, die die Erlaubnis hat, in der britischen Besatzungszone zu reisen und solche Gutscheine von offizieller Seite für einen oder alle der in Artikel I genannten Zwecke erhalten hat;

c) Heeres- oder Zivilpersonen

- I. einer Regierung oder einer Mission, die bei dem Kontrollrat für Deutschland akkreditiert sind oder
- II. einer Vereinigung oder Einrichtung, die von der Kontrollkommission für Deutschland (British Element), einer der Besatzungsmächte, dem Hauptquartier der Britischen Rheinarmee oder einer anderen britischen Behörde gefördert werden

und die Genehmigung haben, in den in Artikel I genannten Einrichtungen Einkäufe zu tätigen oder die in Artikel I genannten Einrichtungen und Vergnügungsstätten zu besuchen;

d) andere Personen, denen die Militärregierung von Fall zu Fall die Erlaubnis gibt, solche Gutscheine zu erwerben, in Zahlung zu geben oder in ihrem Besitz zu haben.

## ARTIKEL IV

4. Für den Zweck dieser Verordnung bedeutet „Person“ entweder eine natürliche oder eine juristische Person.

## ARTIKEL V

5. Diese Verordnung tritt am 1. August 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.

# VERORDNUNG Nr. 38

## Abänderung des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung (Erste Abänderung)

### Sperre und Kontrolle von Vermögen

Um die Anwendung des Art. I, Abs. 2 des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung (Erste Abänderung) auf solches Vermögen auszudehnen, das Gegenstand einer der im genannten Absatz näher bezeichneten rechtswidrigen Maßnahmen entweder in Deutschland oder in Gebieten außerhalb Deutschlands gewesen ist.

wird hiermit folgendes verordnet:

## ARTIKEL I

1. Artikel I, Abs. 2 des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung (Erste Abänderung) mit der Überschrift „Sperre und Kontrolle von Vermögen“ wird abgeändert und wie folgt gefaßt:



"2. Property which has been the subject of duress, wrongful acts of confiscation, dispossession or spoliation committed either in Germany or in territories outside Germany, whether pursuant to legislation or by procedure purporting to follow forms of law or otherwise, is hereby declared to be equally subject to seizure of possession or title, direction, management, supervision or otherwise being taken into control by Military Government."

#### ARTICLE II

2. References to the provisions of paragraph 2 of Article I of Military Government Law No. 52 (Amended 1), in Articles II, III and VI or any other provisions of the said Law or in any other enactments of Military Government shall be construed as references to the appropriate provisions of that paragraph as amended by this Ordinance.

#### ARTICLE III

3. This Ordinance shall come into force on 3rd July, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

"2. Der Beschlagnahme hinsichtlich Besitz oder Eigentumsrecht, der Weisung, Verwaltung, Aufsicht oder sonstigen Kontrolle durch die Militärregierung ist Vermögen unterworfen, das Gegenstand von Zwang, rechtswidriger Maßnahmen der Beschlagnahme, Besizentziehung oder Plünderung entweder in Deutschland oder in Gebieten außerhalb Deutschlands gewesen ist, gleichgültig, ob dies auf Grund von Gesetzgebung, von angeblich rechtmäßigen Verfahren oder auf andere Weise geschehen ist."

#### ARTIKEL II

2. Hinweise auf Bestimmungen des Art. I, Abs. 2 des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung (Erste Abänderung) in den Artikeln II, III und VI oder in anderen Bestimmungen besagten Gesetzes oder in anderen Verordnungen der Militärregierung sind als Hinweise auf die zugehörigen Bestimmungen dieses Absatzes in der durch diese Verordnung abgeänderten Fassung auszulegen.

#### ARTIKEL III

3. Diese Verordnung tritt am 3. Juli 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG

### ORDINANCE No. 39

#### Consumers' Co-operative Societies

##### ARTICLE I

1. The Law of 21st May, 1935 concerning Consumer Co-operative Societies (RGBl. I. 681) and the Ordinance for adapting Consumer Co-operative institutions to wartime conditions of the 18th February, 1941 (RGBl. I. 206) are repealed together with all their Executive Decrees and Orders.

##### ARTICLE II

2. The first sentence of paragraph IV of Section 8 of the Law concerning Purchasing and Trading Co-operative Societies of the 20th May, 1898 (RGBl. I. 810) will not be applicable until 1st January, 1948.

##### ARTICLE III

3. Section 5 of the Law on Price Reductions of 25th November, 1933 (RGBl. I. 1011) is repealed.

##### ARTICLE IV

4. Paragraph III of the Ordinance for the execution of the Law for the Protection of Retail Trade of the 23rd July, 1934 (RGBl. I. 726) and Section 7 of the Law for the Protection of Retail Trade of the 12th May, 1933 (RGBl. I. 262) are repealed.

##### ARTICLE V

5. No. 4 in the Executive Decree to the Law concerning the Sale of Goods from Automatic Machines of the 14th August, 1934 (RGBl. I. 814) is cancelled.

##### ARTICLE VI

6. The Consumer Co-operative Societies will take over all those rights of the Gemeinschaftswerk der D.A.F. which it exercised by virtue of the Law for the Protection of Retail Trade of the 12th May, 1933 (RGBl. I. 262) the Law concerning Catering Establishments, of 28th April, 1930 (RGBl. I. 146) and the Order for the Protection of Wholesale Trade of the 15th January, 1940 (Reichsanzeiger No. 13).

##### ARTICLE VII

7. The Consumer Co-operative Societies will succeed to the rights and obligations arising out of the renting and leasing

### VERORDNUNG Nr. 39

#### Konsum-Vereine

##### ARTIKEL I

1. Das Gesetz über Verbrauchergenossenschaften vom 21. 5. 1935 (RGBl. I, 681) und die Verordnung zur Anpassung der verbrauchergenossenschaftlichen Einrichtungen an die kriegswirtschaftlichen Verhältnisse vom 18. 2. 1941 (RGBl. I, 206) werden mit allen Durchführungsverordnungen und Anordnungen aufgehoben.

##### ARTIKEL II

2. § 8 Abs. 4, Satz 1, des Gesetzes betr. die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 20. 5. 1898 (RGBl. I, 810) ist bis zum 1. 1. 1947 nicht zur Anwendung zu bringen.

##### ARTIKEL III

3. § 5 des Gesetzes über Preisnachlässe (Rabattgesetz) vom 25. 11. 33 (RGBl. I, 1011) wird aufgehoben.

##### ARTIKEL IV

4. Abs. III der VO. zur Durchführung des Gesetzes zum Schutze des Einzelhandels vom 23. 7. 1934 (RGBl. I, 726) und § 7 des Gesetzes zum Schutze des Einzelhandels vom 12. 5. 1933 (RGBl. I, 262) werden aufgehoben.

##### ARTIKEL V

5. In der Ausführungsverordnung zum Gesetze über den Verkauf von Waren aus Automaten vom 14. 8. 1934 (RGBl. I, 814) wird die Ziffer 4 aufgehoben.

##### ARTIKEL VI

6. Die Konsumgenossenschaften übernehmen alle Rechte des Gemeinschaftswerks der Deutschen Arbeitsfront, die diesem bisher im Rahmen des Gesetzes zum Schutze des Einzelhandels vom 12. 5. 1933 (RGBl. I, 262) und des Gaststättengesetzes vom 28. 4. 1930 (RGBl. I, 146) sowie der Anordnung zum Schutze des Großhandels vom 15. 1. 1940 (Reichsanzeiger Nr. 13) zustanden.

##### ARTIKEL VII

7. Die Konsumgenossenschaften treten in die vom Gemeinschaftswerk der DAF. abgeschlossenen Miet- und Pacht-

contracts concluded by the Gemeinschaftswerk der D.A.F. The transfer of such rights and obligations will not constitute a new lease.

#### ARTICLE VIII

8. Claims arising from contracts made between the Gemeinschaftswerk of the D.A.F. and salaried employees or workers will be taken over by the Consumer Co-operative Societies. The conditions of service shall not be considered to have been interrupted. This provision is not applicable to persons who have been dismissed by virtue of an order from Military Government or a Denazification Committee.

#### ARTICLE IX

9. Any entries made in public books or registers by virtue of this Ordinance shall be free of charge. Publication of such entries may be omitted if not considered necessary in the public interest.

#### ARTICLE X

10. This Ordinance shall come into force on the 31st July, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT

verträge ein. Der Übergang der Rechte und Pflichten gilt nicht als neue Vermietung oder Verpachtung.

#### ARTIKEL VIII

8. Ansprüche aus Dienstverträgen zwischen dem Gemeinschaftswerk der DAF. und Angestellten oder Arbeitern gehen auf die Konsumvereine über. Die Beschäftigungsverhältnisse gelten als nicht unterbrochen. Diese Bestimmungen finden keine Anwendung bei solchen Personen, die in Anwendung einer Anordnung der Militärregierung oder eines Entnazifizierungsausschusses entlassen werden.

#### ARTIKEL IX

9. Eintragungen in öffentliche Bücher oder Register, die auf Grund dieser Verordnung erfolgen, sind gebührenfrei. Von einer Veröffentlichung der Eintragungen kann abgesehen werden, wenn sie nicht im öffentlichen Interesse erforderlich ist.

#### ARTIKEL X

10. Diese Verordnung tritt am 31. Juli 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG



### PART III

MILITARY GOVERNMENT NOTICES REGULATIONS ETC.  
APPLICABLE TO THE WHOLE OF THE BRITISH ZONE

## REGULATION

### Information Control Regulation No. 2

(Pursuant to Control Council Order No. 4)

1. Owners of establishments specified in paragraph 1 of Control Council Order No. 4 will, within two months of the date of this Regulation, deliver all matter falling within the categories enumerated in sub-paragraph (a) and (b) of that paragraph to the Oberbürgermeister or Landrat of the Kreis in which their establishments are situated, who will notify the Local Military Government Detachment Commander of the precise location of all matter delivered to them and will hold it at the disposal of such Detachment Commander.

2. The heads, directors or presidents of the institutions referred to in paragraph 2 of Control Council Order No. 4 will allocate in their establishments a place capable of being locked and sealed and having collected therein all Nazi and Military literature will hand the same over within two months of the date of this Regulation in accordance with the provisions of paragraph 2 of the above-mentioned Control Council Order to the Military Government Detachment Commanders of the Kreis in which their institutions are situated. Access to such places will thereafter be permitted only on the instructions of such Military Government Detachment Commanders.

3. Any person who fails to comply with the provisions of these Regulations, shall, upon conviction by a Military Government Court, suffer such punishment, other than death as the Court may determine.

Dated 30th July, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

## NOTICE

### Registration of Former Members of the German Armed Forces and of persons formerly employed in Civil Aviation

1. The following persons will register at any German Police Station between 7th and 21st August, 1946:—

- (a) all former regular career officers of the German Army, Navy and Air Forces.
- (b) All former Pilots, Observers/Navigators and auxiliary Observers/Navigators irrespective of rank.
- (c) All former technical N.C.O.s. of the German Air Force of the rank of Feldwebel and Oberfeldwebel and technical instructors of all ranks in the following trades:—
  - (i) Mechanics, Aircraft
  - (ii) Draughtsman Technical
  - (iii) Radar operators of all kinds
  - (iv) Link Trainer Instructors
- (d) All personnel formerly employed in German Civil Aviation who held an equivalent rank or an equivalent technical occupation to those persons specified in paragraph 1 (b) and (c).

2. Every person specified in paragraph 1 who enters the British Zone of occupation at any time after the publication

### TEIL III

BEKANNTMACHUNGEN, VERFUGUNGEN USW.  
DER MILITARREGIERUNG DIE IM GANZEN BRITISCHEN  
KONTROLLGEBIET GELTUNG HABEN

## ANORDNUNG

### Bestimmungen über die Nachrichtenkontrolle Nr. 2

(Gemäß Befehl Nr. 4 des Kontrollrats)

1. Die Inhaber der in Ziffer 1 des Befehls Nr. 4 des Kontrollrats genannten Unternehmungen haben innerhalb zweier Monate nach Veröffentlichung dieser Vorschrift alles Material, das unter die in Absatz a) und b) dieser Ziffer aufgeführten Kategorien fällt, an den Oberbürgermeister oder den Landrat des Kreises, in welchem ihre Unternehmungen liegen, abzuliefern. Der Oberbürgermeister oder der Landrat haben dem Kommandanten der örtlichen Militärregierung eine genaue Beschreibung der Örtlichkeit zu geben, wo sich alles abgelieferte Material befindet; und es zur Verfügung des Kommandanten bereit zu halten.

2. Die Vorstände, Direktoren oder Leiter der in Ziffer 2 des Befehls Nr. 4 des Kontrollrats genannten Einrichtungen haben in ihren Räumlichkeiten einen Raum auszusuchen, der verschlossen und versiegelt werden kann und wo sämtliche nazistische und militaristische Literatur gesammelt werden soll. Diese Literatur ist innerhalb zweier Monate nach Veröffentlichung dieser Vorschrift gemäß den Bestimmungen von Ziffer 2 des obengenannten Befehls des Kontrollrats dem Kommandanten der Militärregierung der Kreise, in denen die Einrichtungen liegen, auszuhändigen. Zutritt zu den erwähnten Räumen ist späterhin nur noch mit Genehmigung des Kommandanten der Militärregierung gestattet.

3. Wer gegen die Vorschriften dieser Verordnung verstößt, wird nach Schuldigsprechung durch ein Gericht der Militärregierung mit einer von diesem Gericht zu bestimmenden Strafe belegt. Die Todesstrafe ist ausgeschlossen.

30. Juli 1946.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.

## BEKANNTMACHUNG

### Registrierung früherer Mitglieder der deutschen Wehrmacht und der früher in der Zivil-Luftfahrt beschäftigten Personen

1. Zwischen dem 7. und dem 21. August 1946 müssen sich folgende Personen auf ihrer zuständigen Polizeidienststelle registrieren lassen:

- a) alle früheren Berufsoffiziere des deutschen Heeres, der deutschen Marine und der deutschen Luftwaffe;
- b) alle früheren Piloten, Beobachter, Orter und Hilfsbeobachter bzw. Hilfsortler ohne Rücksicht auf ihren Rang;
- c) alle früheren Unteroffiziere der technischen Laufbahnen der deutschen Luftwaffe im Range eines Feldwebels und Oberfeldwebels und alle technischen Lehrer jeden Dienstgrades folgender Laufbahnen:
  - I. Mechaniker
  - II. technische Zeichner
  - III. Luftnachrichten aller Art
  - IV. Lehrer für Blindfluglehrgerät
- d) alle früher in der deutschen Zivil-Luftfahrt beschäftigten Personen, die einen gleichwertigen Rang oder eine gleichartige technische Beschäftigung wie die unter 1 b) und 1 c) aufgeführten Personen hatten.

2. Alle unter § 1 aufgeführten Personen, die die britische Besatzungszone nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung



of this Notice will register at the German Police Station of the place where they intend to reside within 48 hours after his arrival at such place.

3. Failure to comply with the provisions of this Notice is punishable by a Military Government Court.

4. The obligation to register under this Notice does not affect the obligation of former members of the German Armed Forces to register with the German Civil Authorities by virtue of the Military Government Notice of 1st May, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT

betreten, müssen sich innerhalb 48 Stunden nach Ankunft auf der Polizei-Dienststelle des Ortes registrieren lassen, an dem sie ihren Wohnsitz begründen wollen.

3. Die Nichtbefolgung von Bestimmungen dieser Bekanntmachung wird durch ein Gericht der Militärregierung bestraft.

4. Die Verpflichtung zur Registrierung im Sinne dieser Bekanntmachung hebt nicht die Verpflichtung früherer Mitglieder der deutschen Wehrmacht auf, sich bei den deutschen Behörden gem. der Bekanntmachung der Militärregierung vom 1. Mai 1946 eintragen zu lassen.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG

## NOTICE

### Census of Sea Shipping

1. Every person who is the owner or at any time after the 7th May, 1945 has been the owner of any vessel to which this Notice applies and any Manager or Agent acting for any such owner in respect of any such vessel shall submit, in respect of every such vessel, a return to Headquarters, Shipping Branch, Transport Division, Ferdinandstrasse 56-58, Hamburg.

2. The said return shall be made in triplicate on or before 31st July, on Form TD/SH/38591 which can be obtained from:-

(a) Offices of Shipping Branch, Transport Division, Control Commission for Germany (B.E.), or;

(b) German Sea Shipping Board (Seeschiffahrtsamt).

Members of the German Shipowners' Association and the German Coastal Shipping Association will obtain forms from their Association.

3. The vessels of which the Notice applies are all vessels which are classified or are eligible for classification with Germanischer Lloyd, but do not include Inland Water Craft.

4. The owners of vessels of which the ownership is established to the satisfaction of Military Government after submission of the duly completed forms will be advised of the fact and will be allotted an official number in respect of each such vessel.

5. On or before 15th August, 1946, the owner to whom an official number has been allotted will cause the same to be painted in white or other distinguishable colour in figures not less than 40 centimetres in height on the port and starboard bows of the vessel in respect of which the number has been allotted.

6. The Harbour Master or other Local Authority concerned will report to Shipping Branch, Transport Division, on or before the 21st August, 1946, the names of all vessels in respect of which the provisions of the preceding paragraph have not been complied with. In respect of vessels which are at sea on the 15th August, 1946, such report must be made within 48 hours of their returning to port or on the 21st August, 1946, whichever is the later.

7. The date of this Notice is 22nd July, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT

## BEKANNTMACHUNG

### Zählung von Seeschiffen

1. Jeder Eigentümer und jedermann, der zu irgendeinem Zeitpunkt nach dem 7. Mai 1945 Eigentümer eines Seeschiffes gewesen ist, auf das sich diese Bekanntmachung bezieht, und jeder Geschäftsführer oder Vertreter, der für einen solchen Eigentümer hinsichtlich eines Seeschiffes handelt, hat für jedes Seeschiff dem Headquarter, Shipping Branch, Transport-Division, Ferdinandstraße 56, Hamburg 58, einen Fragebogen vorzulegen.

2. Diese Fragebogen sind am oder vor dem 31. Juli 1946 in dreifacher Ausfertigung auf dem Formblatt TD/SH/38591 vorzulegen. Die Formblätter können abgeholt werden:

a) bei den Dienststellen der Shipping Branch, Transport-Division, Control Commission for Germany (B.E.) oder

b) beim deutschen Seeschiffahrtsamt.

Mitglieder des deutschen Reederverbandes und der deutschen Küstenschiffahrtsgesellschaft erhalten diese Formblätter bei ihren Organisationen.

3. Diese Bekanntmachung bezieht sich auf alle Seeschiffe, die im Seeschiffsregister eingetragen sind oder dort eingetragen werden können. Binnenwasserfahrzeuge sind nicht einbegriffen.

4. Die Eigentümer solcher Seeschiffe, deren Eigentum der Militärregierung hinreichend nachgewiesen erscheint, werden nach Vorlage der ordnungsgemäß ausgefüllten Formblätter darüber unterrichtet. Ihnen wird für jedes solche Seeschiff eine amtliche Nummer zugeteilt werden.

5. Die Eigentümer, denen eine solche amtliche Nummer zugeteilt ist, haben am oder vor dem 15. August 1946 zu veranlassen, daß diese Nummer in weißer oder anderer deutlich erkennbarer Farbe in mindestens 40 cm hohen Buchstaben auf der Backbord- und Steuerbordseite des Bugs jedes Schiffes aufgemalt wird, für das die Nummer zugeteilt wurde.

6. Der Hafenmeister oder andere dafür zuständige Behörden haben am oder vor dem 21. August 1946 der Shipping Branch, Transport-Division, die Namen aller Schiffe zu melden, für die die Bestimmungen des vorstehenden Absatzes noch nicht durchgeführt sind. Für alle Seeschiffe, die am 15. August 1946 auf See sind, muß die Meldung innerhalb 48 Stunden nach ihrer Rückkehr in den Hafen oder am 21. August 1946 erfolgen. Der spätere Zeitpunkt ist maßgebend.

7. Als Tag der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung gilt der 22. Juli 1946.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG

## NOTICE

### Census of Inland Water Shipping

1. This Notice applies to all vessels of the following categories, in ports or inland waterways, irrespective of whether such vessels are afloat, damaged or sunk:-

(a) All cargo vessels whether self-propelled or dumb

## BEKANNTMACHUNG

### Zählung von Binnenwasser-Fahrzeugen

1. Diese Bekanntmachung bezieht sich auf alle Schiffe folgender Kategorien in Häfen oder auf inländischen Wasserstraßen ohne Rücksicht darauf, ob diese Schiffe schwimmend, beschädigt oder gesunken sind:

a) alle Frachtschiffe mit eigenem oder ohne eigenen Antrieb,

irrespective of horsepower, of which the carrying capacity is 20 tons or more.

- (b) All self-propelled vessels of more than 50 h.p. irrespective of carrying capacity.
- (c) All tugs and towing craft of more than 50 h.p. irrespective of carrying capacity.
- (d) All floating cranes, dredgers, floating grain elevators and other floating equipment.
- (e) All ferries and passenger craft of 350 h.p. or more or of which the carrying capacity is 50 tons or more or capable of carrying 100 passengers or more.
- (f) All other port or inland vessels previously registered under German law irrespective of carrying capacity or h.p.

2. The owner, master, caretaker or other person in control as at 1200 hrs. on 15th August, 1946, of any vessel to which this Notice applies, shall submit in respect of every such vessel a return as follows:—

- (a) Forms of questionnaire (Form IWT. DTPT./P.(46)172) will be obtained from any Wasserstrassenamt or lock-master between the 8th and 15th August, 1946.
- (a) The Form IWT. DTPT./P.(46)172 will be completed in duplicate giving all particulars required therein concerning the vessel as at 1200 hrs. on 15th August, 1946.
- (c) One copy of the completed Form IWT. will be delivered between the 15th and 22nd August, 1946 to the Wasserstrassenamt controlling the port or waterway in which the vessel is situated between those dates. Returns in respect of vessels in movement may be submitted to the nearest Wasserstrassenamt but should state the exact location of the vessel as at 1200 hrs. on 15th August, 1946.
- (d) The duplicate copy will be signed and stamped by the Wasserstrassenamt to which the original is delivered and then handed back to the person making the return who shall hold it available for inspection by any duly authorised person.
- (e) The ship's papers, (Binnenschiffsbrief) and gauging certificate (Schiffsseichschein) shall in all cases be handed to the Wasserstrassenamt together with the Form IWT. DTPT./P.(46)172 but will be returned immediately after they have been checked. The Wasserstrassenamt may also require further documentary proof of ownership if necessary.

3. Any person responsible for making a return as required by this Notice who fails to do so within the requisite time or who submits information which is false or incomplete shall, on conviction by a German Court or by a Military Government Court, be liable to a fine not exceeding 250 RM. or imprisonment not exceeding two months, or both such fine and imprisonment. In addition to such penalties the Court may order the confiscation of any vessel to which the offence relates.

4. The effective date of this Notice is 1st August, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT

## NOTICE

### Withdrawal of Restriction on Movement of Animals

- 1. The Military Government Notice of the 25th January, 1946, restricting the movement of animals is hereby cancelled.
- 2. This Notice comes into effect on 1st August, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT

unabhängig von der PS-Stärke, deren Tragfähigkeit über 20 to beträgt;

- b) alle Schiffe mit eigenem Antrieb über 50 PS, unabhängig von der Tragfähigkeit;
- c) alle Schlepper und Schleppbote über 50 PS, unabhängig von der Tragfähigkeit;
- d) alle Schwimmkräne, Bagger, schwimmende Getreideheber und andere schwimmende Ausrüstung;
- e) alle Fähren und Passagierdampfer über 350 PS, deren Tragfähigkeit über 50 to beträgt oder die über 100 Passagiere befördern können;
- f) alle anderen Hafen- oder Flußschiffe, die bisher nach deutschem Recht registriert waren, unabhängig von der Tragfähigkeit oder der PS-Stärke.

2. Der Eigentümer, Schiffsführer, Verwalter oder jede andere Aufsichtsperson über ein Schiff, auf das sich diese Bekanntmachung bezieht (Stichtag ist der 15. August 1946 12 Uhr mittags), hat für jedes Schiff dieser Art einen Berichtsbogen nach folgender Vorschrift vorzulegen:

- a) Berichtsbogen (Vordruck IWT. DTPT./P. (46) (172) sind beim Wasserstraßenamt oder Schleusenmeister zwischen dem 8. und dem 15. August 1946 erhältlich.
- b) Der Vordruck (IWT. DTPT./P. (46) (172) ist in doppelter Ausfertigung mit allen verlangten Angaben auszufüllen, die das Schiff betreffen. Stichtag ist der 15. August 1946, mittags 12 Uhr.
- c) Eine Ausfertigung des ausgefüllten Berichtsbogens IWT. ist zwischen dem 15. und 22. August 1946 dem Wasserstraßenamt vorzulegen, das die Aufsicht über den Hafen oder die Wasserstraße führt, wo sich das Schiff zwischen diesen Daten befindet. Berichtsbogen über Schiffe, die sich auf Fahrt befinden, können dem nächsten Wasserstraßenamt vorgelegt werden. Sie müssen den genauen Standort des Schiffes am 15. August 1946, 12 Uhr mittags, angeben.
- d) Die zweite Ausfertigung wird von dem Wasserstraßenamt unterschrieben und unterstempelt, dem die erste Ausfertigung vorgelegt wird. Sie wird demjenigen zurückgegeben, der den Berichtsbogen abliefern und muß von ihm zur evtl. Kontrolle durch eine dazu bevollmächtigte Person bereitgehalten werden.
- e) Der Schiffsbrief und der Schiffs-Eichschein sollen in allen Fällen dem Wasserstraßenamt zusammen mit dem Vordruck IWT. DTPT./P. (46) (172) vorgelegt werden. Diese Papiere werden sofort nach der Kontrolle zurückgegeben. Das Wasserstraßenamt kann nötigenfalls weitere Dokumente zur Einsicht verlangen, die das Eigentumsrecht beweisen.

3. Wer für die Einreichung der vorgeschriebenen Berichtsbogen nach dieser Bekanntmachung verantwortlich ist und sie nicht innerhalb der vorgeschriebenen Zeit vorlegt oder falsche oder unvollständige Angaben macht, kann durch Urteil eines deutschen Gerichts oder eines Gerichts der Militärregierung mit einer Geldstrafe bis RM. 250,— oder Gefängnisstrafe bis zu zwei Monaten oder mit Gefängnis und Geldstrafe bestraft werden. Außerdem kann das Gericht über diese Strafen hinaus die Beschlagnahme des Schiffes anordnen, hinsichtlich dessen gegen die Vorschriften verstoßen wurde.

4. Diese Bekanntmachung tritt am 1. August 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG

## BEKANNTMACHUNG

### Aufhebung der Beschränkungen im Tiertransport

- 1. Die Bekanntmachung der Militärregierung vom 25. Januar 1946 betreffend die Beschränkungen im Tiertransport wird hiermit aufgehoben.

2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. August 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG

**MILITARY GOVERNMENT GAZETTE**

**GERMANY**

**BRITISH ZONE OF CONTROL**

---

**AMTSBLATT DER MILITÄRREGIERUNG**

**DEUTSCHLAND**

**BRITISCHES KONTROLLGEBIET**

---



## CONTENTS

### PART I

#### LEGISLATION OF THE CONTROL COUNCIL FOR GERMANY

Date		Page
20. 8. 46	LAW No. 34 — Dissolution of the Wehrmacht . . . . .	295
20. 8. 46	LAW No. 35 — Conciliation and Arbitration Machinery in Labour Conflicts . . . . .	296

### PART II

#### MILITARY GOVERNMENT ORDINANCES APPLICABLE TO THE WHOLE OF THE BRITISH ZONE

30. 5. 46	ORDINANCE No. 40 — Amendment of Procedure at Municipal Elections Ordinance (Military Government Ordinance No. 32) . . . . .	299
1. 10. 46	ORDINANCE No. 41 — Establishment of a Central Legal Office for the British Zone . . . . .	299
30. 5. 46	ORDINANCE No. 43 — Amendment of Election of Councillors Ordinance (Military Government Ordinance No. 31) . . . . .	301
30. 5. 46	ORDINANCE No. 44 — Elections in Hamburg and Bremen . . . . .	303
21. 8. 46	ORDINANCE No. 45 — Registration of Electors . . . . .	303
23. 8. 46	ORDINANCE No. 46 — Abolition of the Provinces in the British Zone of the Former State of Prussia and Reconstitution thereof as a separate Länder . . . . .	305
30. 8. 46	ORDINANCE No. 47 — Crimes against Humanity . . . . .	306
25. 9. 46	ORDINANCE No. 48 — Importation of Literature . . . . .	307

### PART III

#### MILITARY GOVERNMENT NOTICES, REGULATIONS, ETC., APPLICABLE TO THE WHOLE OF THE BRITISH ZONE

	REGULATION No. 1 — (Pursuant to Mil. Gov. Ordinance No. 31) — Retirement of Councillors . . . . .	308
	REGULATION No. 1 — (Pursuant to Mil. Gov. Ordinance No. 24) — . . . . .	308
20. 8. 46	GENERAL ORDER No. 7 — Iron and Steel Undertakings . . . . .	308
14. 9. 46	NOTICE — Control of Iron and Steel Stocks . . . . .	309
	NOTICE — Communication with Military Government by Private Persons or Firms . . . . .	311
1. 10. 46	NOTICE — Obligation to Report of Members and Ex-Members of the German Armed Forces . . . . .	311

## INHALT

### TEIL I

#### GESETZE USW. DES KONTROLLRATS IN DEUTSCHLAND

Tag		Seite
20. 8. 46	GESETZ Nr. 34 — Auflösung der Wehrmacht . . . . .	295
20. 8. 46	GESETZ Nr. 35 — Ausgleichs- und Schiedsverfahren in Arbeitsstreitigkeiten . . . . .	296

### TEIL II

#### VERORDNUNGEN DER MILITARREGIERUNG, DIE IM GANZEN BRITISCHEN KONTROLLGEBIET GELTUNG HABEN

30. 5. 46	VERORDNUNG Nr. 40 — Ergänzungsbestimmungen zum Verfahren bei den Gemeindewahlen (Militärregierungsverordnung Nr. 32) . . . . .	299
1. 10. 46	VERORDNUNG Nr. 41 — Errichtung eines Zentraljustizamtes für die Britische Zone . . . . .	299
30. 5. 46	VERORDNUNG Nr. 43 — Abänderung der Verordnung „Die Wahl von Vertretern“ (Betrifft Verordnung Nr. 31 der Militärregierung) . . . . .	301
30. 5. 46	VERORDNUNG Nr. 44 — Die Wahlen in Hamburg und Bremen . . . . .	303
21. 8. 46	VERORDNUNG Nr. 45 — Die Registrierung der Wähler . . . . .	303
23. 8. 46	VERORDNUNG Nr. 46 — Auflösung der Provinzen des ehem. Landes Preußen in der Britischen Zone und ihre Neubildung als selbständige Länder . . . . .	305
30. 8. 46	VERORDNUNG Nr. 47 — Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Gesetz des Kontrollrats Nr. 10) . . . . .	306
25. 9. 46	VERORDNUNG Nr. 48 — Einfuhr von Literatur-Erzeugnissen . . . . .	307

### TEIL III

#### BEKANNTMACHUNGEN, VERFUGUNGEN USW. DER MILITARREGIERUNG, DIE IM GANZEN BRITISCHEN KONTROLLGEBIET GELTUNG HABEN

	ANORDNUNG Nr. 1 — (Gem. Verordnung Nr. 31 der Militärregierung) Rücktritt von Vertretern . . . . .	308
	ANORDNUNG Nr. 1 — (Auf Grund der Verordnung Nr. 24 der Militärregierung) . . . . .	308
20. 8. 46	ALLGEMEINE VERFUGUNG Nr. 7 — Eisen- und Stahlunternehmungen . . . . .	308
14. 9. 46	BEKANNTMACHUNG — Kontrolle der Vorräte an Eisen und Stahl . . . . .	309
	BEKANNTMACHUNG — Fühlungnahme deutscher Privatpersonen und Firmen mit Dienststellen der Militärregierung . . . . .	311
1. 10. 46	BEKANNTMACHUNG — Meldepflicht von Angehörigen und ehem. Angehörigen der Deutschen Wehrmacht . . . . .	311

## PART I

### LEGISLATION OF THE CONTROL COUNCIL FOR GERMANY

#### CONTROL COUNCIL

## LAW No. 34

### Dissolution of the Wehrmacht

The Control Council, in accordance with Proclamation No. 2, Section I paragraph 1, of 20th September, 1945, enacts as follows:—

#### ARTICLE I

The German War Ministries: Oberkommando der Wehrmacht (OKW), Oberkommando des Heeres (OKH), Reichsluftfahrtministerium (RLM), and Oberkommando der Kriegsmarine (OKM), all German land, naval and air forces, with all their organizations, staffs, and institutions, including the general staff, the officers corps, reserve corps, military schools, war veterans organizations, and all other military and quasi-military organizations, together with all clubs and associations which serve to keep alive the military tradition in Germany, are hereby considered disbanded.

#### ARTICLE II

The maintenance, formation and reconstitution of any of the agencies or organizations enumerated in Article I under any name or form whatsoever, and the taking over of all or any of the functions of such agencies or organizations in the future by other agencies is prohibited and declared illegal.

#### ARTICLE III

All legislation is hereby repealed concerning the organization of the armed forces and quasi-military organizations, and also all laws, orders, instructions, decrees, regulations, ordinances, military criminal and military criminal procedure codes and other legislative measures which concern military service, the registration of those liable thereto, training, administration, disciplinary rights, property, uniforms, decorations, the legal status and privileges of military and ex-military personnel and members of quasi-military organizations and their families.

#### ARTICLE IV

All property of whatever nature owned by the organizations enumerated in Article I of this Law is subject to confiscation by order of the Zone Commander.

#### ARTICLE V

Any person violating or attempting to violate any of the provisions of this Law shall be liable to criminal prosecution before a Military Government Court and such punishment, including the death penalty, as the court may direct.

#### ARTICLE VI

This Law becomes effective on the day of publication.

Done at Berlin the 20th day of August 1946.

JOSEPH T. McNARNEY, General  
SHOLTO DOUGLAS, Marshal of the Royal Air Force  
R. NOIRET, Général de Division  
for P. KOENIG, Général d'Armée  
V. SOKOLOVSKY, Marshal of the Soviet Union

## TEIL I

### GESETZE USW. DES KONTROLLRATS IN DEUTSCHLAND

#### KONTROLLRAT

## GESETZ Nr. 34

### Auflösung der Wehrmacht

Auf Grund des Abschnitts I, Absatz 1 der Proklamation Nr. 2 vom 20. September 1945 erläßt der Kontrollrat das folgende Gesetz:

#### ARTIKEL I

Die deutschen Kriegsämter: das Oberkommando der Wehrmacht (OKW), das Oberkommando des Heeres (OKH), das Reichsluftfahrtministerium (RLM) und das Oberkommando der Kriegsmarine (OKM), alle deutschen Streitkräfte zu Lande, zur See und in der Luft, mit allen ihren Gliederungen, Stäben und Einrichtungen, einschließlich des Generalstabes, des Offizierskorps, der Reservekorps, der Militärschulen, der Organisationen ehemaliger Kriegsteilnehmer und aller anderen militärischen und militärähnlichen Organisationen sowie aller Vereine und Vereinigungen, die der Aufrechterhaltung der militärischen Tradition in Deutschland dienen, werden hiermit als aufgelöst und völlig liquidiert betrachtet und für ungesetzlich erklärt.

#### ARTIKEL II

Die Aufrechterhaltung, Bildung und Wiedererrichtung irgend einer der in Artikel I aufgezählten Dienststellen oder Organisationen, gleichgültig unter welcher Bezeichnung und in welcher Form, sowie die zukünftige Übernahme aller oder einzelner Funktionen dieser Dienststellen oder Organisationen durch andere Dienststellen werden verboten und für gesetzwidrig erklärt.

#### ARTIKEL III

Sämtliche die Organisation der Wehrmacht und der militärähnlichen Verbände betreffenden gesetzlichen Vorschriften sowie alle Gesetze, Befehle, Dienstanweisungen, Erlasse, Anordnungen und Verordnungen, das Militärstrafgesetzbuch und die Militärstrafgerichtsordnung und sonstige gesetzliche Bestimmungen über Militärdienst, die Registrierung der Militärdienstpflichtigen, die Ausbildung, die Verwaltung, die Disziplinargewalt, die Uniformen, die Auszeichnungen, die rechtliche und wirtschaftliche Stellung und die Vorrechte von Angehörigen oder ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht, von Mitgliedern militärähnlicher Organisationen und deren Familien werden hiermit aufgehoben.

#### ARTIKEL IV

Das gesamte Vermögen jeglicher Art, das den in Artikel I dieses Gesetzes aufgezählten Organisationen gehört, unterliegt auf Befehl des Zonenbefehlshabers der Einziehung.

#### ARTIKEL V

Wer irgend eine Bestimmung dieses Gesetzes verletzt oder zu verletzen versucht, setzt sich strafrechtlicher Verfolgung durch ein Gericht der Militärregierung aus und denjenigen Strafen, einschließlich der Todesstrafe, welche das Gericht verhängt.

#### ARTIKEL VI

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Ausgefertigt in Berlin, den 20. August 1946.

(Die in den drei offiziellen Sprachen abgefaßten Originaltexte dieses Gesetzes sind von Lucius D. Clay, Generalleutnant, B. H. Robertson, Generalleutnant, Bapst, Generalmajor, und V. Sokolowsky, General der Armee, unterzeichnet.)



CONTROL COUNCIL  
**LAW No. 35**

**Conciliation and Arbitration Machinery in  
Labour Conflicts**

In order to make provision for the prevention and settlement of conflicts arising out of the relationship between employers (Arbeitgeber) and employees (Arbeitnehmer) or their organizations, the Control Council enacts as follows:—

**ARTICLE I**

1. The interested parties may agree as to the procedure to be followed in the prevention or settlement of labour conflicts. This procedure may be established by a collective agreement.
2. The interested parties may avail themselves of the services of the official agency established under Article III of this Law.

**ARTICLE II**

1. Where a labour conflict which is not within the jurisdiction of the Labour Courts has not been settled by conciliation or under any other agreed procedure, the parties thereto may refer it to the German Labour Administration of the Province or Land for submission to the Arbitration Commission appointed under Article IV of this Law.
2. If the conflict affects the interests of the Allied occupation, the Commander of the respective Zone may direct the German Labour Administration of the Province or Land to order the parties to submit the conflict to the Arbitration Commission.

**ARTICLE III**

The German Labour Administration of each Province or Land shall appoint from its staff a qualified person or persons whose functions shall be as follows:—

- (a) To consult with employers and employees or their organizations on questions of labour relations.
- (b) To promote the establishment of agreed machinery for concluding collective agreements and machinery for the settlement of labour conflicts between employers and employees or their organisations.
- (c) To intervene with the consent of the parties to the conflict with a view to settling labour conflicts either by conciliation or by resort to arbitration.

**ARTICLE IV**

Arbitration Commissions shall be established by the German Labour Administration of each Province or Land.

**ARTICLE V**

The Arbitration Commissions shall consist of a chairman and an equal number of assessors representing employers and employees and not exceeding five for each side.

**ARTICLE VI**

1. The chairman of the Arbitration Commission shall be selected and appointed by the German Labour Administration of the Province or Land from a panel of chairmen prepared for that purpose in accordance with paragraph 2 of this Article.
2. The panel of chairmen shall be prepared by the German Labour Administration of the Province or Land from persons
  - (a) having recognized democratic principles,
  - (b) sufficiently competent in problems of production, labour and labour relations, and
  - (c) acceptable to the representatives of Trade Unions as well as to the representative of the employers.
3. The panel of chairmen of Arbitration Commissions shall be appointed for three years. They shall be eligible for reappointment if they still satisfy the requirements of paragraph 2 of this Article.

KONTROLLRAT  
**GESETZ Nr. 35**

**Ausgleichs- und Schiedsverfahren in  
Arbeitsstreitigkeiten**

Zum Zwecke der Verhütung und der Schlichtung von Streitigkeiten, die zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern oder deren Organisationen entstehen, erläßt der Kontrollrat das folgende Gesetz:

**ARTIKEL I**

1. Die beteiligten Parteien können das zur Verhütung oder Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten einzuhaltende Verfahren vereinbaren. Dieses Verfahren kann in einem Tarifvertrage festgelegt werden.
2. Die beteiligten Parteien können sich auch der Dienste der gemäß Artikel III dieses Gesetzes errichteten speziellen Organe bedienen.

**ARTIKEL II**

1. Wenn eine Arbeitsstreitigkeit, die nicht der Zuständigkeit der Arbeitsgerichte unterliegt, weder im Ausgleichs- noch in einem anderen vereinbarten Verfahren beigelegt worden ist, so können die beteiligten Parteien diese der deutschen Provinzial- oder Landesarbeitsbehörde zur Unterbreitung vor dem gemäß Artikel IV dieses Gesetzes errichteten Schiedsausschuß übergeben.
2. Berührt die Streitigkeit die Interessen der Alliierten Besetzung, so kann der Befehlshaber der betreffenden Zone die Deutsche Provinzial- oder Landesarbeitsbehörde anweisen, den Parteien die Unterbreitung der Streitigkeit vor dem Schiedsausschuß aufzugeben.

**ARTIKEL III**

Jede Deutsche Provinzial- oder Landesarbeitsbehörde bestellt aus ihrem Personal eine oder mehrere geeignete Personen für folgenden Aufgabenkreis:

- a) Fragen über Arbeitsbeziehungen gemeinsam mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern oder deren Organisationen zu beraten.
- b) Die Schaffung eines vereinbarten Verfahrens zum Abschluß von Tarifverträgen und eines Verfahrens zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern oder ihren Organisationen zu fördern.
- c) Unter Zustimmung der streitigen Parteien als Vermittler mit dem Ziele einzugreifen, die Arbeitsstreitigkeiten durch Ausgleich mittels Schiedsverfahrens zu schlichten.

**ARTIKEL IV**

Die Schiedsausschüsse sind von jeder Deutschen Provinzial- oder Landesarbeitsbehörde zu errichten.

**ARTIKEL V**

Der Schiedsausschuß besteht aus einem Vorsitzenden und einer gleichen Zahl von Beisitzern, bis zu fünf von jeder Seite, als Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

**ARTIKEL VI**

1. Der Vorsitzende des Schiedsausschusses wird von der Deutschen Provinzial- oder Landesarbeitsbehörde aus einer zu diesem Behuf gemäß Absatz 2 dieses Artikels aufgestellten Vorsitzenden-Liste ausgewählt und bestellt.
2. Die Vorsitzenden-Liste wird von der Deutschen Provinzial- oder Landesarbeitsbehörde aufgestellt und soll aus Personen bestehen, die
  - a) anerkannt demokratische Grundsätze haben;
  - b) in Fragen der Produktion, Arbeit und Arbeitsbeziehungen eine ausreichende Sachkunde besitzen;
  - c) sowohl für die Vertreter der Gewerkschaften wie die der Arbeitgeber annehmbar sind.
3. Die Vorsitzenden-Listen der Schiedsausschüsse werden für die Dauer von drei Jahren aufgestellt. Die darin benannten Personen kommen für eine Wiederernennung in Betracht, falls sie noch die Erfordernisse des Absatzes 2 dieses Artikels erfüllen.



#### ARTICLE VII

1. Assessors of Arbitration Commissions shall be selected and appointed by the German Labour Administration of the Province or Land from panels of assessors prepared for that purpose. The panels shall consist of sufficiently competent persons arranged according to their occupational classifications.

2. The German Labour Administration of the Province or Land shall prepare two panels of assessors:

- (a) The employees' panel shall be selected on the basis of the proposals of the Trade Unions or their Federations in that Region.
- (b) The employers' panel shall be selected on the basis of the proposals of the employers or of recognized employers' associations in that Region.

#### ARTICLE VIII

Except as provided in paragraph 2 of Article II of this Law, the submission of a conflict for settlement by the Arbitration Commission shall take place only with the consent of the parties to the conflict.

#### ARTICLE IX

1. The rules of procedure to be followed by the Arbitration Commissions shall be established by the German Administration of the Province or Land.

2. The Chairman of the Arbitration Commission must be unbiased, independent of both parties to the conflict, and approved by them. Assessors must have the approval of the party whose interests they represent. Where a conflict is referred to arbitration under paragraph 2 of Article II of this Law, such approval shall not be required in the case of either the chairman or the assessors.

3. Arbitration Commissions may hear witnesses and experts and take such other evidence as they may deem necessary. They may request the appropriate court to take such evidence on oath as they consider necessary.

4. Arbitration Commissions shall hear the parties to the conflict before making the award, but are not otherwise bound by formal rules of evidence.

5. Decisions of Arbitration Commissions shall be made by majority vote. Awards shall be expressed in writing.

#### ARTICLE X

1. Subject to the provisions of paragraph 2 of this Article, an award made by an Arbitration Commission shall not be binding upon the parties to a conflict unless they both accept it.

2. The award shall be binding on the parties,

- (a) where they have agreed before the making of the award to accept it or
- (b) where the conflict was referred to arbitration under paragraph 2 of Article II of this law.

3. An award which is binding on the parties shall have the effect of a collective agreement and shall apply only to the parties to the conflict.

#### ARTICLE XI

1. No award of a properly constituted Arbitration Commission shall be set aside or modified by any German authority unless such award violates any enactment of the Allied Control Authority or Military Government or is in conflict with the objects of Allied occupation or is tainted with fraud or other violations.

2. The Commanders of the respective Zones shall have the right to review awards of Arbitration Commissions in order to ensure complete conformity of such awards with the enactments and objects set forth in this Law.

#### ARTICLE XII

The Allied Kommandatura of Berlin is charged with the duty of taking appropriate measures for the establishment of conciliation and arbitration machinery in Berlin in accordance with the principles of this Law.

#### ARTIKEL VII

1. Die Beisitzer der Schiedsausschüsse werden von der Deutschen Provinzial- oder Landesarbeitsbehörde aus den zu diesem Behuf aufgestellten Beisitzer-Listen ausgewählt und bestellt. Die Listen sollen genügend sachkundige Personen in der Reihenfolge ihrer Berufszugehörigkeit enthalten.

2. Die Deutschen Provinzial- oder Landesarbeitsbehörden stellen zwei Beisitzer-Listen auf:

- a) Die Arbeitnehmer-Liste ist auf Grund der Vorschläge der Gewerkschaften oder der Gewerkschaftsverbände aufzustellen.
- b) Die Arbeitgeber-Liste ist auf Grund der Vorschläge der Arbeitgeber oder der anerkannten Arbeitgeberverbände aufzustellen.

#### ARTIKEL VIII

Die Unterbreitung einer Streitigkeit zur Schlichtung durch den Schiedsausschuß darf, falls nicht die Voraussetzungen des Artikels II, Absatz 2 vorliegen, nur unter Zustimmung der streitigen Parteien erfolgen.

#### ARTIKEL IX

1. Die Deutsche Provinzial- oder Landesarbeitsbehörde setzt die von den Schiedsausschüssen anzuwendenden Verfahrensregeln fest.

2. Der Vorsitzende des Schiedsausschusses muß unparteiisch, von den beiden streitigen Parteien unabhängig und von ihnen gebilligt sein. Beisitzer bedürfen der Billigung der Partei, deren Interessen sie vertreten. Wurde eine Streitigkeit dem Schiedsverfahren in Anwendung des Artikels II Absatz 2 dieses Gesetzes zugewiesen, bedarf die Ernennung des Vorsitzenden oder der Beisitzer nicht der obigen Billigung.

3. Die Schiedsausschüsse können Zeugen und Sachverständige vernehmen und andere ihnen erforderlich erscheinende Beweise erheben. Sie können die zuständigen Gerichte um eidliche Vernehmungen ersuchen, die sie für notwendig erachten.

4. Die streitigen Parteien sind vor der Fällung des Schiedsspruchs von dem Schiedsausschuß zu hören; im übrigen ist dieser an Formvorschriften über Beweisaufnahmen nicht gebunden.

5. Die Entscheidungen der Schiedsausschüsse ergehen mit einfacher Mehrheit. Die Schiedssprüche sind schriftlich niederzulegen.

#### ARTIKEL X

1. Mit den in Absatz 2 dieses Artikels vorgesehenen Ausnahmen bindet ein von einem Schiedsausschuß gefällter Schiedsspruch die streitigen Parteien nur dann, wenn beide Parteien seine Annahme erklären.

2. Schiedssprüche haben bindende Wirkung unter den Parteien,

- a) wenn diese vor Fällung des Schiedsspruchs seine Annahme vereinbart haben, oder
- b) wenn eine Streitigkeit dem Schiedsverfahren in Anwendung des Artikels II Absatz 2 dieses Gesetzes zugewiesen wurde.

3. Ein die Parteien bindender Schiedsspruch hat die Wirkung eines Tarifvertrages; dieser wirkt nur zwischen den streitigen Parteien.

#### ARTIKEL XI

1. Kein Schiedsspruch eines ordnungsmäßig errichteten Schiedsausschusses kann von einer deutschen Behörde aufgehoben werden, es sei denn, daß ein Schiedsspruch gegen eine gesetzliche Bestimmung der Alliierten Kontrollbehörde oder der Militärregierung verstößt, oder im Widerspruch zu den Zielen der Alliierten Besetzung steht oder bei dessen Zustandekommen Betrug oder andere Gesetzesverletzungen mitgewirkt haben.

2. Die Zonenbefehlshaber haben das Recht, in ihrer Zone die Schiedssprüche nachzuprüfen, um sich davon zu überzeugen, daß sie nicht den Bestimmungen und den in diesem Gesetz dargelegten Zielen widersprechen.

#### ARTIKEL XII

Die Alliierte Kommandantur in Berlin wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Einführung von Ausgleichs- und Schiedsverfahren in Berlin gemäß den Grundsätzen dieses Gesetzes zu treffen.

#### ARTICLE XIII

All German legislation inconsistent with this Law is repealed or amended in accordance with the provisions of this Law.

#### ARTICLE XIV

This Law shall come into force on the day of its publication.

Done at Berlin the 20th day of August 1946.

JOSEPH T. McNARNEY, General  
SHOLTO DOUGLAS, Marshal of the Royal Air Force  
R. NOIRET, Général de Division  
for P. KOENIG, Général d'Armée  
V. SOKOLOWSKY, Marshal of the Soviet Union.

#### ARTIKEL XIII

Sämtliche deutschen gesetzlichen Bestimmungen, die mit diesem Gesetz unvereinbar sind, werden aufgehoben oder in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Gesetzes geändert.

#### ARTIKEL XIV

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Ausgefertigt in Berlin, den 20. August 1946.

(Die in den drei offiziellen Sprachen abgefaßten Originaltexte dieses Gesetzes sind von Lucius D. Clay, Generalleutnant, B. H. Robertson, Generalleutnant, Bapst, Generalmajor, und V. Sokolowsky, General der Armee, unterzeichnet.)

PART II

BRITISH MILITARY GOVERNMENT ORDINANCES  
APPLICABLE TO THE WHOLE OF THE BRITISH ZONE

ORDINANCE No. 40

Amendment of Procedure at Municipal  
Elections Ordinance  
(Military Government Ordinance No. 32)

ARTICLE I  
Amendments

1. Article III, paragraph 3, sub-paragraph (a) is amended by the insertion of the words "and the name of the political party to which they belong" between the words "trade or calling" and the words "as described in their nomination papers".
2. The schedule to Military Government Ordinance No. 32 is deleted and the schedule hereto substituted therefor.

ARTICLE II  
Effective Date

3. This Ordinance shall take effect as from 30th May, 1946.
- BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

THE SCHEDULE FORM OF BALLOT PAPER  
BALLOT PAPER  
for the

Direct election of ..... Councillors for the .....  
Division of the Gemeinde/Amt/Kreis of .....  
15th September, 1946/13th October, 1946.

1	HOEFFERT (Johann Friedrich Hoeffert, Hannover, Moltkestr. 23 — Arzt — CDU)	
2	KOCH (Thomas Hermann Koch, Hannover, Kronenplatz 4 — Korbmacher — KPD)	
3	SCHMIDT (Anna Brigitte Schmidt, Hannover, Kaiser-Wilhelm-Str. 19 — Hausfrau — UNAB)	
4	SCHMIDT (Kurt Anton Schmidt, Hannover, Berliner Str. 36 — Elektriker — SPD)	
5	WOLF (Karl Otto Wolf, Hannover, Brunnenweg 5 — Angestellter — FDP)	

ORDINANCE No. 41

Establishment of a Central Legal Office  
for the British Zone

Pending the establishment of Land Governments in the British Zone or of a Central Government for the whole of Germany, or of both such Land and Central Governments, with legislative and other powers, and in order as an interim measure to establish a Central Authority in the British Zone capable of exercising (subject to the approval of Military Government) certain powers formerly exercised by the Reich Ministry of Justice, IT IS HEREBY ORDERED AS FOLLOWS:—

TEIL II

VERORDNUNGEN DER MILITARREGIERUNG, DIE IM  
GANZEN BRITISCHEN KONTROLLGEBIET GELTUNG HABEN

VERORDNUNG Nr. 40

Ergänzungsbestimmungen zum Verfahren  
bei den Gemeindewahlen  
(Militärregierungsverordnung Nr. 32)

ARTIKEL I  
Ergänzungen

1. Artikel III, Ziffer 3, Abschnitt a) wird ergänzt durch Einschließen der Worte „sowie ihrer politischen Parteizugehörigkeit“ zwischen die Worte „ihres Gewerbes und ihres Berufes“ und die Worte „enthält, wie dies bereits in dem Wahlvorschlag angeführt wurde.“
2. Der Musterstimmzettel laut Militärregierungsverordnung Nr. 32 ist hinfällig und wird durch den im Anhang stehenden ersetzt.

ARTIKEL II  
Zeitpunkt des Inkrafttretens

Diese Verordnung tritt am 30. Mai 1946 in Kraft.  
IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.

Anhang.  
Musterstimmzettel  
Stimmzettel

für die direkte Wahl von Vertretern in dem .....  
Wahlbezirk der/des Gemeinde/Amts/Kreises .....  
am 15. September 1946/13. Oktober 1946.

1	HOEFFERT (Johann Friedrich Hoeffert, Hannover, Moltkestr. 23 — Arzt CDU)	
2	KOCH (Thomas Hermann Koch, Hannover, Kronenplatz 4 — Korbmacher — KPD)	
3	SCHMIDT (Anna Brigitte Schmidt, Hannover, Kaiser-Wilhelm-Str. 19 — Hausfrau — UNAB)	
4	SCHMIDT (Kurt Anton Schmidt, Hannover, Berliner Str. 36 — Elektriker — SPD)	
5	WOLF (Karl Otto Wolf, Hannover, Brunnenweg — Angestellter — FDP)	

VERORDNUNG Nr. 41

Errichtung eines Zentraljustizamtes  
für die Britische Zone

Bis zur Bildung von Landesregierungen in der britischen Zone oder einer Zentralregierung für ganz Deutschland oder sowohl von Landesregierungen als auch einer Zentralregierung mit gesetzgebender und sonstiger Gewalt wird hiermit folgendes verordnet, um als Zwischenlösung eine Zentralverwaltung in der britischen Zone zu errichten, der mit Genehmigung der Militärregierung bestimmte früher dem Reichsjustizminister zustehende Befugnisse übertragen werden können:



## ARTICLE I

### Establishment of Central Legal Office

1. A Central German Legal Authority for the British Zone (hereinafter called "The Central Legal Office") headed by a President and Vice-President is hereby established and shall have its seat in HAMBURG.

## ARTICLE II

### Staff

2. The President and Vice-President of the Central Legal Office shall be appointed by Military Government and they shall be the highest German Legal Civil Servants in the British Zone. They shall be known as "The President and Vice-President of Justice".

3. Subject to the approval of Military Government the President shall be responsible for appointing the staff of the Central Legal Office.

4. Subject to any general or special directions of Military Government the salaries and conditions of service of the President and Vice-President of Justice and of the staff of the Central Legal Office shall be in accordance with the provisions of existing German legislation relating to the employment of Civil Servants and in particular with the provisions of the Reichsbesoldungsordnung of the 12th April 1943.

## ARTICLE III

### Organisation

5. The Central Legal Office shall initially consist of the following departments:—

- (a) A Presidential or Central Department, Department I
- (b) A Criminal Department, Department II
- (c) A Civil Department, Department III

to which shall be assigned the several powers and functions specified in Article IV paragraph 11 hereof.

6. Subject to the approval of Military Government the President shall have power from time to time to enlarge the functions of any of these Departments or to create new Departments to deal with matters formerly dealt with by the Reich Ministry of Justice.

## ARTICLE IV

7. The Central Legal Office shall be responsible to Military Government for the efficient administration of Justice in the British Zone in accordance with the principles declared in Control Council Proclamation No. 3, Control Council Law No. 4, and Military Government legislation published pursuant thereto. In particular neither the President, Vice-President nor any subordinate member of the Central Legal Office shall, by any directive, instruction, or other written or oral communication, seek to control or influence or in any way to interfere with the independence of any judge in the performance of his judicial functions.

8. The legislative powers at present delegated by Military Government to the Central Legal Committee are hereby transferred to the Central Legal Office.

9. Subject to the approval of Military Government the Central Legal Office shall have power:—

- (a) to initiate, draft and promulgate legislation for the British Zone on those subjects (specified in the schedule hereto) which formerly fell within the province of the Reich Ministry of Justice; and on such other subjects as may from time to time be prescribed by Military Government;
- (b) to appoint all Oberlandesgerichtspräsidenten, Senatspräsidenten, Landgerichtspräsidenten, Amtsgerichtspräsidenten, Generalstaatsanwälte and Oberstaatsanwälte in the British Zone; and
- (c) to prescribe the jurisdiction and organise the efficient administration of the German Ordinary Courts.

10. The powers and functions contained in paragraph 9 above shall be exercised after consultation with the appropriate German advisory administrative or governmental authorities in accordance with instructions to be issued by Military Government.

## ARTIKEL I

### Errichtung eines Zentraljustizamtes

1. Hiermit wird ein deutsches Zentraljustizamt für die britische Zone (hierin künftig „Zentraljustizamt“ genannt) unter Leitung eines Präsidenten und Vize-Präsidenten errichtet. Es hat seinen Sitz in Hamburg.

## ARTIKEL II

### Personal

2. Der Präsident und der Vize-Präsident des Zentraljustizamtes werden von der Militärregierung ernannt. Sie sind die höchsten deutschen Justizbeamten in der britischen Zone. Sie führen die Amtsbezeichnung „Präsident und Vize-Präsident der Justizverwaltung“.

3. Der Präsident ernennt das Personal des Zentraljustizamtes mit Genehmigung der Militärregierung.

4. Die Gehälter und Dienststränge des Präsidenten und Vize-Präsidenten der Justizverwaltung und des Personals des Zentraljustizamtes werden in Übereinstimmung mit den Vorschriften des bestehenden deutschen Beamtenrechts, besonders mit den Bestimmungen der Reichsbesoldungsordnung vom 12. April 1943, festgesetzt. Die Militärregierung kann hierzu allgemeine oder besondere Weisungen geben.

## ARTIKEL III

### Aufbau

5. Das Zentraljustizamt besteht vorläufig aus folgenden Abteilungen:

- a) einer Präsidial- oder Zentralabteilung, Abt. I,
- b) einer Strafrechtsabteilung, Abt. II,
- c) einer Zivilrechtsabteilung, Abt. III.

Diesen Abteilungen werden die verschiedenen Aufgaben und Vollmachten übertragen, wie sie in Artikel IV Abs. 11 dieser Verordnung aufgeführt sind.

6. Der Präsident erhält Vollmacht, von Zeit zu Zeit die Aufgaben einer dieser Abteilungen zu erweitern oder neue Abteilungen zu schaffen, die früher dem Reichsjustizminister zustehende Aufgaben übernehmen. Seine Weisungen bedürfen der Genehmigung der Militärregierung.

## ARTIKEL IV

7. Das Zentraljustizamt ist der Militärregierung verantwortlich für eine leistungsfähige Justizverwaltung in der britischen Zone nach den Grundsätzen der Proklamation Nr. 3 des Kontrollrats, des Gesetzes Nr. 4 des Kontrollrats und aller anderen Gesetze der Militärregierung, die künftig hierzu noch erlassen werden. Weder der Präsident noch der Vize-Präsident oder ein nachgeordneter Beamter des Zentraljustizamtes dürfen durch eine Dienstvorschrift, Anweisung oder schriftliche oder mündliche Mitteilung versuchen, die Unabhängigkeit eines Richters hinsichtlich seiner richterlichen Aufgaben zu überwachen, zu beeinflussen oder sonstwie zu beeinträchtigen.

8. Die Vollmachten auf dem Gebiete der Gesetzgebung, die gegenwärtig von der Militärregierung dem Zentralrechtsausschuß übertragen sind, gehen hiermit auf das Zentraljustizamt über.

9. Mit Genehmigung der Militärregierung ist das Zentraljustizamt ermächtigt:

- a) innerhalb der britischen Zone auf solchen Gebieten (siehe Anhang zu dieser Verordnung), für die früher der Reichsjustizminister zuständig war, Gesetze vorzuschlagen, zu entwerfen und zu verkünden. Weitere Aufgaben können von Zeit zu Zeit durch die Militärregierung übertragen werden,
- b) alle Oberlandesgerichtspräsidenten, Senatspräsidenten, Landgerichtspräsidenten, Amtsgerichtspräsidenten, Generalstaatsanwälte und Oberstaatsanwälte in der britischen Zone zu ernennen,
- c) Vorschriften über die sachliche Zuständigkeit zu erlassen und eine leistungsfähige Verwaltung der deutschen ordentlichen Gerichte aufzubauen.

10. Die im Abschnitt 9 genannten Aufgaben und Zuständigkeiten sind nach Rücksprache mit den zuständigen deutschen Beratungsstellen oder Behörden gemäß den von der Militärregierung erteilten Weisungen auszuüben.

11. The powers and functions to be assigned to the departments established by Article III paragraph 5 hereof shall include but shall not be limited to the following matters:—

- (a) To the Presidential or Central Department, Department I:—
  - (i) Matters relating to the jurisdiction, organisation or administration of the German Ordinary Courts.
  - (ii) The appointment of all Legal Civil Servants referred to in Article IV paragraph 9 (b).
  - (iii) The promulgation of all legislation within the competence of the Central Legal Office.
  - (iv) The maintenance of liaison with senior members of the legal profession in other Occupied Zones of Germany.
- (b) To the Criminal Department, Department II:— The initiation and drafting of legislation on criminal law and procedure.
- (c) To the Civil Department, Department III:— The initiation and drafting of legislation on all matters other than criminal law and procedure contained in the schedule of this Ordinance.

12. The Central Legal Office shall exercise such other powers and functions and carry out such other duties as may from time to time be approved or specified by Military Government.

13. Notwithstanding anything contained in Article III of this Ordinance, the Central Legal Office shall have no power to deal with any question relating to penal administration, patents, trade marks, designs and petty patents.

#### ARTICLE V

14. This Ordinance shall come into force on 1 October, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

#### SCHEDULE TO MILITARY GOVERNMENT ORDINANCE No. 41 Legislative Subjects Reserved to Central Legal Office

- (i) Criminal Law and procedure;
- (ii) Civil Law and procedure;
- (iii) Post-graduate legal education;
- (iv) Constitution and jurisdiction of the German Ordinary Courts;
- (v) Company Law, including matters relating to partnership;
- (vi) Juvenile Law;
- (vii) Commercial Law;
- (viii) Land registration;
- (ix) Law of status;
- (x) Law of Trusts and Settlements;
- (xi) Bankruptcy Law;
- (xii) Law of Non-contentious Business;
- (xiii) Property Law.

11. Die Aufgaben und Zuständigkeiten der nach Art. III Abs. 5 dieser Verordnung errichteten Abteilungen umfassen, beschränken sich aber nicht auf folgende Gebiete:

- a) bei der Präsidial- oder Zentralabteilung, Abt. I:
  - I. alle Fragen hinsichtlich der sachlichen Zuständigkeit, des Aufbaues oder der Verwaltung der deutschen ordentlichen Gerichte.
  - II. Ernennung aller Justizbeamten gemäß Art. IV, Abs. 9 b).
  - III. Verkündung aller Gesetze im Rahmen der Zuständigkeit des Zentraljustizamtes.
  - IV. Aufrechterhaltung einer Zusammenarbeit mit führenden Juristen der anderen deutschen Besatzungszonen.
- b) Der Strafrechtsabteilung, Abt. II:  
Vorschläge und Entwürfe für die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Strafrechts und des Strafverfahrens.
- c) Der Zivilrechtsabteilung, Abt. III:  
Vorschläge und Entwürfe für die Gesetzgebung auf allen im Anhang dieser Verordnung genannten Rechtsgebieten mit Ausnahme des Strafrechts und des Strafverfahrens.

12. Das Zentraljustizamt übernimmt solche Zuständigkeiten und Vollmachten und führt solche Aufgaben durch, die ihm von Zeit zu Zeit von der Militärregierung grundsätzlich oder einzeln übertragen werden.

13. Ungeachtet der Bestimmungen in Art. III dieser Verordnung hat das Zentraljustizamt keine Ermächtigung, sich mit Fragen des Strafvollzugs, des Patent-, Warenzeichen-, Gebrauchsmuster- und Geschmacksmusterrechtes zu beschäftigen.

#### ARTIKEL V

14. Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.

#### Anhang zur Verordnung Nr. 41 der Militärregierung Rechtsgebiete, auf denen das Zentraljustizamt in der Gesetzgebung zuständig ist

- 1. Strafrecht und Strafprozeßrecht.
- 2. Bürgerliches Recht und Zivilprozeßrecht.
- 3. Justizausbildungswesen.
- 4. Gerichtsverfassung und sachliche Zuständigkeit der deutschen ordentlichen Gerichte.
- 5. Recht der Gesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit (einschließlich des Rechts der Handelsgesellschaften).
- 6. Jugendrecht.
- 7. Handelsrecht.
- 8. Grundbuchrecht.
- 9. Personenstandsrecht.
- 10. Recht der Familienstiftungen und Fideikomisse.
- 11. Konkursrecht.
- 12. Freiwillige Gerichtsbarkeit.
- 13. Liegenschaftsrecht.

## ORDINANCE No. 43

### Amendment of Election of Councillors Ordinance (Military Government Ordinance No. 31)

#### ARTICLE I

1. The following Article shall be substituted for Article V of Ordinance No. 31:

#### "ARTICLE V

##### Qualification of Councillors

7. A person (male or female) shall, unless disqualified by virtue of this Ordinance, be qualified to be elected and to be

## VERORDNUNG Nr. 43

### Abänderung der Verordnung „Die Wahl von Vertretern“ (Betrifft Verordnung Nr. 31 der Militärregierung)

#### ARTIKEL I

1. Artikel V der Verordnung Nr. 31 wird durch folgenden Artikel ersetzt:

#### „ARTIKEL V

##### Wählbarkeitsvoraussetzungen der Vertreter

7. Eine Person (männlich oder weiblich), die nicht auf Grund dieser Verordnung ausgeschlossen ist, kann gewählt werden



a councillor if such person has attained the age of twenty-five years on the day appointed in Article VII of this Ordinance as nomination day, and is of German nationality, and:

- (a) (i) is entitled to vote under Ordinance No. 28 for, and has been registered in the Melderegister or Lebensmittelkartei as resident for twelve months terminating on nomination day in the electoral area in question provided that this period may be reduced to three months if a candidate satisfies the Election Officer that he was released from political arrest or returned to the electoral area in question from compulsory evacuation therefrom less than twelve months before nomination day; or
- (ii) is entitled to vote under Ordinance No. 28 for, and has been registered in the Melderegister or Lebensmittelkartei as resident for any period of two consecutive years prior to nomination day in the electoral area in question; or
- (iii) has been appointed as a nominated councillor and is serving as such on nomination day.
- (b) Is not an undischarged bankrupt; and
- (c) is not in the employment of the council whose members are being elected or of an authority supervising or supervised by that council; and
- (d) was not an officer of the Regular (active) Armed Forces or a member of any of the following organisations:
  - (i) N.S.D.A.P.
  - (ii) S.A.
  - (iii) N.S.F.
  - (iv) N.S.K.K.
  - (v) N.S.F.K.
  - (vi) N.S.D.St.B.
  - (vii) Stahlhelm
  - (viii) Herren Club
  - (ix) Deutschvölkische Freiheitspartei
  - (x) Völkisch-Soziale Arbeitsgemeinschaft
  - (xi) Bund Völkischer Frontkämpfer
  - (xii) Tannenbergbund
  - (xiii) Wikingbund
  - (xiv) Bund "Werwolf"
  - (xv) Organisation Roszbach
  - (xvi) Bund Oberland

Provided that Military Government may approve the candidature of any person in the categories mentioned in this sub-paragraph if that person voluntarily left or was expelled for political reasons from any of such organisations or is otherwise deemed by Military Government to be capable of assisting in the promotion of democratic institutions in Germany."

## ARTICLE II

2. The second schedule to Military Government Ordinance No. 31 is amended as follows:

- (a) by the substitution, opposite the word "Bremen" of the figures 80, 64 and 16 for the figures 60, 48 and 12 respectively;
- (b) by the substitution, opposite the word "Hamburg" of the figures 110, 84 and 26 for the figures 81, 63 and 18 respectively.

## ARTICLE III

Effective Date

3. This Ordinance shall take effect as from 30th May 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

und kann Vertreter sein, sofern sie an dem in Artikel VII dieser Verordnung festgelegten Nennungstage 25 Jahre alt und deutscher Nationalität ist und:

- a) I. wahlberechtigt ist gemäß Verordnung Nr. 28 und am Nennungstage in dem betr. Wahlgebiet (Wahlkreis) seit 12 Monaten im Melderegister oder in der Lebensmittelkartei als wohnhaft geführt wurde. Dieser Termin kann auf 3 Monate herabgesetzt werden, wenn ein Kandidat dem Wahlleiter einwandfrei nachweisen kann, daß er vor weniger als 12 Monaten vor dem Nennungstage aus politischer Haft entlassen wurde oder in das in Frage kommende Wahlgebiet (Wahlkreis) aus der Zwangsevakuierung zurückgekehrt ist; oder
- II. wahlberechtigt ist gemäß Verordnung Nr. 28 und im Melderegister oder in der Lebensmittelkartei des in Frage kommenden Wahlgebietes (Wahlkreises) für eine Zeitdauer von zwei aufeinander folgenden Jahren vor dem Nennungstage als wohnhaft geführt wurde; oder
- III. zum Vertreter ernannt wurde und in dieser Eigenschaft am Nennungstage im Amt ist.
- b) sich nicht in einem Konkursverfahren befindet; und
- c) weder in Diensten der Vertretung, deren Mitglieder gewählt werden sollen, noch in Diensten einer Aufsichtsbehörde, noch in Diensten einer von der Vertretung beaufsichtigten Behörde steht; und
- d) nicht aktiver Offizier der Wehrmacht oder Mitglied einer der folgenden Organisationen war:
  - I. NSDAP.
  - II. SA.
  - III. NSF.
  - IV. NSKK.
  - V. NSFK.
  - VI. NSDStB.
  - VII. Stahlhelm
  - VIII. Herren-Club
  - IX. Deutschvölkische Freiheitspartei
  - X. Völkisch-Soziale Arbeitsgemeinschaft
  - XI. Bund Völkischer Frontkämpfer
  - XII. Tannenbergbund
  - XIII. Wikingbund
  - XIV. Bund „Werwolf“
  - XV. Organisation Roszbach
  - XVI. Bund Oberland

Es ist vorgesehen, daß die Militärregierung eine Person, die unter eine der in diesem Absatz genannten Gruppen fällt, zur Kandidatur zulassen kann, wenn diese Person aus einer der genannten Organisationen freiwillig ausgeschieden ist oder aus politischen Gründen ausgeschlossen wurde, oder wenn sie in anderer Weise nach Ansicht der Militärregierung fähig ist, den Aufbau demokratischer Einrichtungen in Deutschland zu fördern."

## ARTIKEL II

2. Der zweite Anhang der Verordnung Nr. 31 der Militärregierung wird wie folgt geändert:

- a) hinter dem Wort „Bremen“ werden die Zahlen 60, 48 und 12 entsprechend durch die Zahlen 80, 64 und 16 ersetzt,
- b) hinter dem Wort „Hamburg“ werden die Zahlen 81, 63 und 18 entsprechend durch die Zahlen 110, 84 und 26 ersetzt.

## ARTIKEL III

Tag des Inkrafttretens

3. Diese Verordnung tritt rückwirkend mit dem 30. Mai 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG



## ORDINANCE No. 44

### Elections in Hamburg and Bremen

WHEREAS the Freie- und Hansestädte of Hamburg and Bremen enjoy a constitutional status approximating to that of separate Länder and whereas it is expedient in view of their historic traditions and their importance as centres of commerce to make special provision for the election of members of the Bürgerschaft in each of the said Freie- und Hansestädte.

It is hereby ordered as follows:

#### ARTICLE I

##### Qualifications for Election

Any person (male or female) shall, unless disqualified by virtue of Military Government Ordinance No. 31 as amended by Military Government Ordinance No. 43, be qualified to be elected and to be a member of the Bürgerschaft in Hamburg or Bremen if such person has attained the age of 25 years on the day appointed in Article VII of the said Ordinance as nomination day and is of German nationality and either

- (a) possesses the qualifications for election as a councillor which are specified in sub-para (i), (ii) or (iii) of sub-section (a) of section 7 of Article V of the said Ordinance as amended, or
- (b) has been continuously or exclusively engaged in business or other occupation within the electoral area of Hamburg or Bremen (as the case may be) either on his own account or as an employee for a period of not less than three consecutive years ending on nomination day; provided nevertheless that such period shall be deemed to be continuous notwithstanding that the prospective candidate may have ceased to be so engaged or employed for any part or parts thereof not exceeding twelve months in the aggregate.

#### ARTICLE II

##### Effective Date

This Ordinance shall take effect as from 30th May 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

## VERORDNUNG Nr. 44

### Die Wahlen in Hamburg und Bremen

Mit Rücksicht darauf, daß die Freien und Hansestädte Hamburg und Bremen auf Grund ihrer Verfassung als selbständige Länder anzusehen sind und es im Hinblick auf ihre Tradition und ihre Wichtigkeit als Handelszentren angemessen erscheint, Sonderbestimmungen für die Wahl in die Bürgerschaft der genannten Freien und Hansestädte zu schaffen, wird hiermit folgendes verordnet:

#### ARTIKEL I

##### Wählbarkeitsvoraussetzungen

Eine Person (männlich oder weiblich), die nicht auf Grund der Verordnung Nr. 31 der Militärregierung, in der Abänderung auf Grund der Verordnung Nr. 43 der Militärregierung, ausgeschlossen ist, kann gewählt werden und Mitglied der Bürgerschaft in Hamburg oder Bremen sein, sofern sie an dem in Artikel VII der genannten Verordnung festgelegten Nennungstage 25 Jahre alt und deutscher Nationalität ist und entweder

- a) die Wählbarkeitsvoraussetzung als Vertreter gemäß Artikel V, Ziffer 7a I, II oder III der genannten abgeänderten Verordnung erfüllt oder
- b) in dem Wahlgebiet von Hamburg oder Bremen in einem Zeitraum von mindestens drei aufeinander folgenden Jahren, endend am Nennungstage, in selbständiger Stellung oder als Arbeitnehmer ununterbrochen oder ausschließlich geschäftlich tätig oder sonstwie beschäftigt war; es ist vorgesehen, daß auch dann der geforderte Zeitraum als nicht unterbrochen angesehen werden soll, wenn der in Aussicht genommene Kandidat seine Tätigkeit oder seine Beschäftigung zum Teil nicht mehr als 12 Monate in der Gesamtzeit aufgegeben hat.

#### ARTIKEL II

##### Tag des Inkrafttretens

Diese Verordnung tritt rückwirkend mit dem 30. Mai 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.

## ORDINANCE No. 45

### Registration of Electors

In order to make further provision for the election throughout the British Zone, of Councillors for Gemeinden, Ämter, Kreise, Hansestadt Hamburg and Land Bremen, IT IS HEREBY ORDERED AS FOLLOWS:—

#### ARTICLE I

1. In the case of political repatriates the requirements of sub-paragraphs (a) and (b) of paragraph 3 of Ordinance No. 28 (Registration of Electors) need not be satisfied if such persons have at any time resided for a continuous period of two years within the electoral area to which they have returned. Paragraph 4 of Ordinance No. 28 is amended to that extent.

2. The Election Officer shall prepare a special register for each electoral division. Political repatriates whose names do not appear in the general register of electors prepared under the provisions of Ordinance No. 28 may apply for registration in the special register.

#### ARTICLE II

3. Applications for registration shall be in the form set out in the schedule to this Ordinance. They must be made to the appropriate Election Officer on or before the 31st August, 1946.

## VERORDNUNG Nr. 45

### Die Registrierung der Wähler

Zur Vorbereitung der Wahl von Vertretern in der gesamten Britischen Zone für Gemeinden, Ämter, Kreise, die Hansestadt Hamburg und das Land Bremen, wird hiermit zusätzlich folgendes verordnet:

#### ARTIKEL I

1. Politische Heimkehrer brauchen den Erfordernissen der Absätze a) und b) Ziffer 3 der Verordnung Nr. 28 (Die Registrierung von Wählern) nicht zu genügen, wenn sie zu irgendeiner Zeit ununterbrochen zwei Jahre in dem Wahlgebiet (Wahlkreis), in das sie zurückgekehrt sind, gewohnt haben. Ziffer 4 der VO. Nr. 28 wird insoweit abgeändert.

2. Der Wahlleiter soll für jeden Bezirk ein Sonderregister anlegen. Politische Heimkehrer, deren Namen in dem gem. den Bestimmungen der VO. Nr. 28 angelegten allgemeinen Wahlregister nicht erscheinen, können einen Antrag auf Eintragung in das Sonderregister stellen.

#### ARTIKEL II

3. Die Anträge auf Eintragung in das Register sind in der im Anhang zu dieser Verordnung vorgeschriebenen Form bis zum 31. August 1946 bei dem zuständigen Wahlleiter einzureichen.

4. Copies of the special register shall, not later than 2nd September, 1946, be made available for inspection by the public at the places at which registers of electors are available for inspection under the provision of Ordinance No. 28.

### ARTICLE III

5. Any person who alleges that a name should be excluded from the special register may submit an objection in writing to the appropriate Election Officer on or before the 5th September, 1946; the grounds of such objection must be clearly stated.

6. On receipt of an objection, the Election Officer shall notify the person making the objection and the person objected to of the date, time and place when the objection will be heard and determined by the Reviewing Officer. All objections shall be determined on or before the 10th September, 1946. Sub-paragraph (c) of paragraph 13 of Ordinance No. 28 shall not apply.

7. The Reviewing Officer shall forthwith submit his findings to the Election Officer who shall revise the special register and all copies thereof by deleting every name to which a successful objection has been lodged.

### ARTICLE IV

8. The special register shall for all purposes be deemed to be part of the general register.

Provided that no person registered in the special register shall be entitled to exercise any right which, if his name had appeared in the general register, he could not have exercised on the date of the present Ordinance coming into effect.

### ARTICLE V

9. Any persons:—

- (a) who procures himself to be registered as an elector by means of a false statement; or
- (b) who registers as an elector any person whom he knows not to be entitled to such registration; or
- (c) otherwise violates or fails to comply with the provisions of this Ordinance

shall upon conviction by a Military Government Court suffer such penalty (other than death) as the Court may determine.

10. No election shall be declared invalid solely on account of a prosecution in accordance with this Article.

### ARTICLE VI

11. This Ordinance comes into effect on 21st August, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

#### Schedule

(Form of application for inclusion in the special register)

NAME (in full) \_\_\_\_\_ OCCUPATION \_\_\_\_\_  
(Surname in BLOCK Capitals)

ADDRESS \_\_\_\_\_ DATE OF BIRTH \_\_\_\_\_

1. I apply for my name to be entered in the special electoral register for the \_\_\_\_\_ (division of the \_\_\_\_\_) electoral area.

2. I declare that I am entitled to make the application for the following reasons:—

- (a) Having been a refugee abroad on account of my anti-Nazi convictions, I was repatriated from \_\_\_\_\_ and was registered on \_\_\_\_\_ at the above address.

4. Abschriften des Sonderregisters sind bis spätestens 2. September 1946 an denselben Plätzen, an denen die Wahlregister gem. den Vorschriften der Verordnung Nr. 28 zur Einsicht ausgelegt sind, der Öffentlichkeit zur Einsichtnahme vorzulegen.

### ARTIKEL III

5. Wer behauptet, daß ein Name aus dem Sonderregister zu streichen sei, kann bei dem zuständigen Wahlleiter bis zum 5. September 1946 in schriftlicher Form eine Einwendung erheben; die Begründung der Einwendung hat in klarer Form zu erfolgen.

6. Der Wahlleiter soll nach Empfang einer Einwendung demjenigen, der die Einwendung erhoben hat und demjenigen, gegen den die Einwendung erhoben wurde, Tag, Zeit und Ort bekanntgeben, an welchem die Einwendung gehört und über sie durch den überprüfenden Beamten entschieden werden soll. Über alle Einwendungen soll bis zum 10. September 1946 entschieden sein. Absatz c) Ziffer 13 der Verordnung Nr. 28 kommt nicht zur Anwendung.

7. Der überprüfende Beamte soll möglichst sofort seine Entscheidung dem Wahlleiter mitteilen, der das Sonderregister und alle Abschriften davon zu überprüfen und jeden Namen, gegen den eine erfolgreiche Einwendung erhoben wurde, zu streichen hat.

### ARTIKEL IV

8. Das Sonderregister ist in jedem Falle als Teil des allgemeinen Registers anzusehen.

Es ist Vorschrift, daß niemand, der im Sonderregister eingetragen ist, die Berechtigung hat, von einem Recht Gebrauch zu machen, von welchem er, wenn sein Name im allgemeinen Register erschienen wäre, am Tage des Inkrafttretens dieser VO. hätte keinen Gebrauch machen können.

### ARTIKEL V

- 9. a) Wer seine Eintragung als Wähler durch falsche Angaben erwirkt; oder
- b) wer einen anderen, von dem er weiß, daß er kein Recht auf Eintragung in das Register hat, als Wähler einträgt; oder
- c) wer in anderer Weise gegen die Vorschriften dieser Verordnung verstößt,

wird, wenn er von einem Gericht der Militärregierung für schuldig befunden wird, mit einer von diesem Gericht zu bestimmenden Strafe belegt. Die Todesstrafe kann nicht verhängt werden.

10. Eine Wahl kann nicht schon deshalb für ungültig erklärt werden, daß gem. den Vorschriften dieses Artikels eine Anklage erhoben wird.

### ARTIKEL VI

11. Die Verordnung tritt am 21. August 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.

#### Anhang

(Form des Antrags zur Aufnahme in das Sonderregister)

Name (vollständiger Name) \_\_\_\_\_ Beruf \_\_\_\_\_  
(Zuname in Blockschrift)

Anschrift \_\_\_\_\_ Geburtstag \_\_\_\_\_

1. Ich stelle hiermit den Antrag, daß mein Name in das Sonderwahlregister des \_\_\_\_\_ Wahlbezirks des \_\_\_\_\_ Wahlgebietes (Wahlkreises) aufgenommen wird.

2. Ich erkläre hiermit, daß ich aus folgenden Gründen berechtigt bin, diesen Antrag zu stellen:

- a) Ich war auf Grund meiner antinazistischen Überzeugung geflüchtet, bin heimgekehrt von \_\_\_\_\_ und bin am \_\_\_\_\_ unter obiger Adresse im Melderegister eingetragen worden.



(b) I previously resided for a continuous period of two years, namely, from ..... to ..... at ..... within the above-mentioned electoral area.

3. I have read the Schedule to Military Government Ordinance No. 28 and I declare that I am not disqualified from voting by reason of being a person to whom that Schedule applies.

4. The statements made by me in this application are true. I am aware that it is an offence for any person to procure himself to be registered as an elector by means of a false statement and that the offender is liable to such penalty (other than death) as a Military Government Court may determine.

Date .....

Signed .....

b) Ich wohnte vorübergehend für eine Dauer von zwei Jahren ununterbrochen und zwar vom ..... bis zum ..... in ..... in dem obengenannten Wahlgebiet (Wahlkreis).

3. Ich habe den Anhang zur Verordnung Nr. 28 gelesen und erkläre hiermit, daß ich aus keinem der in dem Anhang genannten Gründe vom Wahlrecht ausgeschlossen bin.

4. Meine Angaben in dem Antrag sind wahrheitsgemäß. Ich bin mir bewußt, daß ich mich strafbar mache, wenn ich meine Eintragung in das Register als Wähler durch falsche Angaben erwirke, und daß ich mich bei Verstoß gegen diese Bestimmung einer Bestrafung durch ein Gericht der Militärregierung nach dessen Ermessen (unter Ausschluß der Todesstrafe) aussetze.

Datum .....

Unterschrift .....

## ORDINANCE No. 46

### Abolition of the Provinces in the British Zone of the Former State of Prussia and Reconstitution thereof as Separate Länder

In order to effect the reorganisation of the former Prussian territories which lie within the British Zone of Occupation IT IS HEREBY ORDERED as follows:—

#### ARTICLE I

1. Without prejudice to any reorganisation which may hereafter be ordered, the Provinces of the State of Prussia or parts thereof in the British Zone (hereinafter called "the Province") named in Part I of the Schedule to this Ordinance are hereby abolished as such and for the time being shall assume the status of Länder and shall bear the names set out in Part II of the said Schedule.

#### ARTICLE II

2. As from the effective date of this Ordinance the Oberpräsidenten of the Provinces shall assume the title Ministerpräsidenten.

3. All officials or employees of the Provinces shall for the time being continue in their present office or employment.

#### ARTICLE III

4. Legislation to provide for titular, administrative, financial or other alterations rendered necessary or desirable by reason of the assumption by the Provinces of the status of Länder will be promulgated by Military Government or by the appropriate German authorities with the consent of Military Government.

#### ARTICLE IV

5. Subject to such alterations as may hereafter be made by any legislation promulgated by or with the consent of Military Government under Article III hereof or otherwise, the assumption by the Provinces of the status of Länder shall not affect:

- The powers, duties, rights or liabilities of any governmental, administrative or other official bodies or of any officials or employees serving therein, or
- the validity of any laws, ordinances, decrees, regulations or other provisions in force in the Provinces at the effective date of this Ordinance which are not inconsistent with the terms hereof.

## VERORDNUNG Nr. 46

### Auflösung der Provinzen des ehemaligen Landes Preußen in der Britischen Zone und ihre Neubildung als selbständige Länder

Zur Durchführung der Neubildung von Ländern aus den in der Britischen Zone liegenden ehemaligen preußischen Gebieten wird hiermit folgendes verordnet:

#### ARTIKEL I

1. Ohne die Möglichkeit, eine spätere Neugliederung auszuschließen, werden die Provinzen des Landes Preußen oder Teile davon in der Britischen Zone (in der Verordnung die „Provinzen“ genannt) — aufgeführt in Teil I des Anhangs zu dieser Verordnung — hiermit als solche aufgelöst, und erhalten vorläufig die staatsrechtliche Stellung von Ländern. Sie führen in Zukunft die Namen, wie sie in Teil II des genannten Anhangs aufgeführt sind.

#### ARTIKEL II

2. Vom Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung an führen die Oberpräsidenten der Provinzen die Amtsbezeichnung „Ministerpräsidenten“.

3. Sämtliche Beamten oder Angestellten der Provinzen bleiben vorläufig in ihren derzeitigen Ämtern oder Stellungen.

#### ARTIKEL III

4. Gesetzliche Bestimmungen zur Durchführung von Änderungen auf dem Gebiete der Behörden- und Amtsbezeichnungen, der Verwaltung, der Finanzen und sonstiger Art, soweit sie aus Gründen der Erhebung der Provinzen zu Ländern notwendig oder wünschenswert sind, werden von der Militärregierung oder von den zuständigen deutschen Behörden mit Genehmigung der Militärregierung verkündet.

#### ARTIKEL IV

5. Mit Ausnahme der Änderungen, die durch spätere von der Militärregierung oder mit deren Genehmigung gemäß Artikel III oder in anderer Weise verkündete Gesetze bestimmt werden, soll die Erhebung der Provinzen zu Ländern nicht berühren:

- die Vollmachten, Pflichten, Rechte oder Verantwortlichkeiten der Regierungs-, Verwaltungs- oder anderer Behörden oder der Beamten oder Angestellten, die bei einer Behörde tätig sind; oder
- die Gültigkeit von Gesetzen, Verordnungen, Vorschriften, Anordnungen oder anderen Bestimmungen, die in den Provinzen am Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung in Kraft sind und nicht im Gegensatz zu den Bestimmungen dieser Verordnung stehen.



## ARTICLE V

This Ordinance shall be deemed to have become effective on 23rd August, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

### The Schedule

#### PART I

1. Provinz Schleswig-Holstein,
2. Provinz Hannover,
3. Provinz Westfalen,
4. The Regierungsbezirk of Aachen, Düsseldorf and Köln in Rheinprovinz.

#### PART II

1. Land Schleswig-Holstein,
2. Land Hannover,
3. Land Nordrhein/Westfalen comprising numbers 3 and 4 in Part I mentioned above.

## ARTIKEL V

Diese Verordnung ist mit Wirkung vom 23. August 1946 in Kraft getreten.

IM AUFTRAGE DER MILITÄRREGIERUNG.

### Anhang

#### TEIL I

1. Provinz Schleswig-Holstein,
2. Provinz Hannover,
3. Provinz Westfalen,
4. Die Regierungsbezirke von Aachen, Düsseldorf und Köln in der Rheinprovinz.

#### TEIL II

1. Land Schleswig-Holstein,
2. Land Hannover,
3. Land Nordrhein/Westfalen, bestehend aus den unter Nr. 3 und 4, Teil I, aufgeführten Gebieten.

## ORDINANCE No. 47

### Crimes against Humanity (Control Council Law No. 10)

In accordance with Control Council Law No. 10, Article III, paragraph 1(d) it is HEREBY ORDERED AS FOLLOWS:—

#### ARTICLE I

##### Jurisdiction

1. The German Ordinary Courts are authorised to exercise jurisdiction in all cases of Crimes against Humanity as defined by Article II, paragraph 1(c) of Control Council Law No. 10 committed by persons of German nationality against other persons of German nationality or stateless persons.

2. In exercising jurisdiction in pursuance of paragraph 1 hereof the German Ordinary Courts shall apply the provisions of Article II, paragraphs 2, 3, 4 and 5 of Control Council Law No. 10.

#### ARTICLE II

##### Offences under German Law

3. If in any case the facts alleged, in addition to constituting a crime as defined by Article II, paragraph 1(c) of Control Council Law No. 10, also constitute an offence under ordinary German Law, the charge against the accused may be framed in the alternative and the provisions of Article II, paragraph 5 of Control Council Law No. 10 shall apply mutatis mutandis to the offence under ordinary German law.

#### ARTICLE III

##### Preliminary Proceedings etc.

4. German judges, prosecutors, police and other authorities responsible for the maintenance of law and order shall have the same powers with regard to all preliminary proceedings, arrests, investigations and other matters necessary for the implementation of this Ordinance as they exercise under ordinary German law.

#### ARTICLE IV

##### Effective Date

5. This Ordinance comes into effect on the 30th August, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

## VERORDNUNG Nr. 47

### Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Gesetz des Kontrollrats Nr. 10)

Gem. Ziffer d), § 1, Artikel III des Gesetzes Nr. 10 des Kontrollrats wird hiermit folgendes verordnet:

#### ARTIKEL I

##### Gerichtsbarkelt

1. Die ordentlichen deutschen Gerichte haben in allen Fällen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie sie in Ziffer c), § 1, Artikel II des Gesetzes Nr. 10 des Kontrollrats aufgeführt sind, die Gerichtsbarkelt, wenn das Verbrechen von deutschen Staatsangehörigen gegen deutsche Staatsangehörige oder Staatenlose begangen wurde.

2. In Ausübung der Gerichtsbarkelt gem. § 1 oben haben die ordentlichen deutschen Gerichte die Vorschriften der §§ 2, 3, 4 und 5 des Artikels II des Gesetzes Nr. 10 des Kontrollrats anzuwenden.

#### ARTIKEL II

##### Vergehen oder Verbrechen nach deutschem Recht

3. Ist ein Verbrechen gem. Ziffer c), § 1, Artikel II des Gesetzes Nr. 10 des Kontrollrats auch als ein Verbrechen nach den geltenden deutschen Gesetzen anzusehen, so kann gegen den Angeklagten die Alternativklage erhoben werden. Die Vorschriften des § 5, Artikel II des Gesetzes Nr. 10 des Kontrollrats sind bei einem Verbrechen nach den geltenden deutschen Gesetzen mutatis mutandis anzuwenden.

#### ARTIKEL III

##### Verfahrensvorschriften

4. Deutsche Richter, Staatsanwälte, Polizeibehörden und andere für die Durchführung von Gesetzen und Befehlen verantwortliche Behörden haben in bezug auf alle Verfahrensvorschriften, Verhaftungen, Untersuchungen und andere Maßnahmen, die zur Durchführung dieser Verordnung notwendig sind, die gleichen Vollmachten wie sie ihnen nach dem geltenden deutschen Gesetz zustehen.

#### ARTIKEL IV

##### Tag des Inkrafttretens

5. Diese Verordnung tritt in Kraft am 30. August 1946.

IM AUFTRAGE DER MILITÄRREGIERUNG.

## ORDINANCE No. 48

### Importation of Literature

#### ARTICLE I

##### Prohibition against Importation

1. No person shall, without authority from Military Government, import into the British Zone of Control any books, newspapers or other printed matter.

#### ARTICLE II

##### Regulations

2. Military Government will make regulations for carrying this Ordinance into effect.

#### ARTICLE III

##### Definition

3. For the purpose of this Ordinance the term "printed matter" shall include matter reproduced by any mechanical method.

#### ARTICLE IV

##### Penalties

4. Any person who contravenes any of the provisions of this Ordinance, shall upon conviction by a Military Government Court, suffer such punishment (other than death), as the Court may determine.

#### ARTICLE V

##### Effective Date

5. This Ordinance shall come into force on 25th Sept., 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

## VERORDNUNG Nr. 48

### Einfuhr von Literatur-Erzeugnissen

#### ARTIKEL I

##### Einfuhrverbot

1. Es ist verboten, ohne Erlaubnis der Militärregierung Bücher, Zeitungen oder andere Drucksachen in die Britische Zone einzuführen.

#### ARTIKEL II

##### Bestimmungen

2. Die Militärregierung wird die Durchführungsbestimmungen für diese Verordnung erlassen.

#### ARTIKEL III

##### Erklärung

3. Für die Zwecke dieser Verordnung schließt der Begriff „Drucksachen“ alles auf mechanischem Wege hergestellte Material ein.

#### ARTIKEL IV

##### Strafen

4. Wer gegen die Vorschriften dieser Verordnung verstößt, wird, wenn er von einem Gericht der Militärregierung für schuldig befunden wird, zu einer von diesem Gericht zu bestimmenden Strafe verurteilt. Die Todesstrafe ist ausgeschlossen.

#### ARTIKEL V

##### Tag des Inkrafttretens

5. Diese Verordnung tritt am 25. September 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.

### PART III

MILITARY GOVERNMENT NOTICES, REGULATIONS, ETC.,  
APPLICABLE TO THE WHOLE OF THE BRITISH ZONE

## REGULATION No. 1

(Pursuant to Military Government Ordinance No. 31)

### Retirement of Councillors

1. Where an electoral area is not divided into electoral divisions one third of the directly elected councillors and one third of the reserve list councillors shall retire every year.
2. Where an electoral area is divided into electoral divisions, one third of the directly elected councillors for each division and one third of the reserve list councillors for such shall retire every year.
3. The one third due to retire shall be those councillors who have been longest in office without being re-elected.
4. At the 1947 and 1948 elections of councillors:—
  - (a) The one third due for retirement shall in respect of the directly elected councillors who have been in office for the same period, other than councillors in accordance with Article XI of Military Government Ordinance No. 32 be determined as follows:—
    - (i) Where their election was contested, a councillor elected by a smaller number of votes shall retire before a councillor elected by a larger number of votes.
    - (ii) Where their election was not contested, or where their election was contested and they received the same number of votes, the order of their retirement shall be determined by lots drawn at the first meeting of the council held after such elections, the drawing being conducted under the direction of the person presiding at the meeting.
  - (b) In respect of the reserve list councillors who have been in office for the same period, and councillors elected in accordance with Article XI of Ordinance No. 32, the one third whose names appeared lowest on the declaration of poll shall retire before the immediately preceding one-third and these shall next retire.

## REGULATION No. 1

(Pursuant to Military Government Ordinance No. 24)

Pursuant to paragraph 5 of Article III of Military Government Ordinance No. 24 entitled "Establishment of Head Office for Tax Administration in the British Zone" the following enactments are hereby added to the list contained in the Schedule to that Ordinance:—

Gesetz über das Branntweinmonopol of 8 April, 1922 (RGBl. I 405);

Zündwarenmonopolgesetz of 29 January, 1930 (RGBl. I 11).

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT

## GENERAL ORDER No. 7

(Pursuant to Military Government Law No. 52 — Blocking and Control of Property)

### Iron and Steel Undertakings

1. Pursuant to paragraph 1(g) of Article 1 of Military Government Law No. 52 all property within the British Zone

### TEIL III

BEKANNTMACHUNGEN, VERFUGUNGEN USW. DER  
MILITARREGIERUNG, DIE IM GANZEN BRITISCHEN  
KONTROLLGEBIET GELTUNG HABEN

## ANWEISUNG Nr. 1

(Gem. Verordnung Nr. 31 der Militärregierung)

### Rücktritt von Vertretern

1. Wo ein Wahlgebiet (Wahlkreis) nicht in Wahlbezirke eingeteilt ist, muß ein Drittel der direkt gewählten Vertreter und ein Drittel der aus der Reserveliste gewählten Vertreter jährlich zurücktreten.
2. Wo ein Wahlgebiet (Wahlkreis) in Wahlbezirke eingeteilt ist, muß ein Drittel der direkt gewählten Vertreter und ein Drittel der aus der Reserveliste gewählten Vertreter eines jeden Wahlbezirkes jährlich zurücktreten.
3. Das ausscheidende Drittel hat jeweils aus jenen Vertretern zu bestehen, die bereits, ohne wiedergewählt zu werden, die längste Amtsdauer haben.
4. Bei den Wahlen der Vertreter für 1947 und 1948 ist die Regelung wie folgt:
  - a) Das erste Drittel der direkt gewählten Vertreter mit gleicher Amtsdauer, das zur Ausscheidung fällig ist, wird wie folgt bestimmt, sofern es sich nicht um Vertreter handelt, die gem. Art. XI der Verordnung Nr. 32 der Militärregierung gewählt werden:
    - I. Wo die Wahl angefochten wurde, muß der Vertreter, der mit der kleineren Stimmenzahl gewählt wurde, früher als der Vertreter zurücktreten, der mit der höheren Stimmenzahl gewählt wurde.
    - II. Wo die Wahl nicht angefochten wurde, oder wo die Wahl angefochten wurde und die gleiche Stimmenzahl erzielt wurde, ist die Reihenfolge der Ausscheidung durch das Los zu bestimmen. Die Auslosung erfolgt in der ersten nach der Wahl stattfindenden Versammlung unter der Leitung des Vorsitzenden.
  - b) Bei den aus der Reserveliste gewählten Vertretern mit gleicher Amtsdauer und bei Vertretern, die gem. Art. XI der Verordnung Nr. 32 gewählt wurden, hat das Drittel auszuscheiden, das auf der Liste der Wahlergebnisse an unterster Stelle steht, wobei die nächst höhere Gruppe an zweiter Stelle auszuscheiden hat.

## ANORDNUNG Nr. 1

(Auf Grund der Verordnung Nr. 24 der Militärregierung)

Auf Grund des Abs. 5, Artikel III der Verordnung Nr. 24 der Militärregierung, betreffend „Errichtung einer Leitstelle für die Finanzverwaltung in der Britischen Zone“, werden die folgenden Rechtsvorschriften dem im Anhang dieser Verordnung enthaltenen Verzeichnis hinzugefügt:

Gesetz über das Branntweinmonopol vom 8. April 1922 (RGBl. I, 405);

Zündwarenmonopolgesetz vom 29. Januar 1930 (RGBl. I, 11).

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG

## ALLGEMEINE VERFÜGUNG Nr. 7

(gemäß dem Gesetz Nr. 52 der Militärregierung — Sperre und Kontrolle von Vermögen)

### Eisen- und Stahlunternehmen

1. Gemäß Artikel 1, Absatz 1(g) des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung wird sämtliches Vermögen innerhalb des



of Control in Germany owned, possessed or controlled directly or indirectly by Iron and Steel Undertakings, is declared to be subject to seizure of possession or title, direction, management, supervision or otherwise being taken into control by Military Government.

2. A Controller has been appointed who will issue or cause to be issued all necessary instructions.

3. The undertakings covered by paragraph 1 of this Order will be notified.

4. This General Order shall become effective at 12.00 hours on 20th August, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT

Britischen Kontrollgebietes in Deutschland, das unmittelbar oder mittelbar im Besitz, Eigentum oder unter der Kontrolle der Eisen- und Stahlunternehmen steht, der Beschlagnahme des Besitzes oder des Eigentums sowie der Weisung, Verwaltung, Aufsicht oder sonstigen Kontrolle durch die Militärregierung unterworfen.

2. Ein Beauftragter (Controller) ist ernannt worden, der die Herausgabe aller notwendigen Anweisungen veranlassen wird.

3. Den unter Absatz 1 dieser Verfügung fallenden Unternehmen wird eine besondere Benachrichtigung zugehen.

4. Diese Allgemeine Verfügung tritt um 12 Uhr mittags am 20. August 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG

## NOTICE

### Control of Iron and Steel Stocks

1. This Notice applies to all stocks of Alloy and Non-Alloy Iron and Steel materials listed in the Schedule hereto, including stocks already taken under control by Military Government.

2. On and after 14 September, 1946, no Iron or Steel materials to which this Notice applies will be sold, transferred, consumed or otherwise disposed of except as permitted by the Iron and Steel Quota Scheme regulations issued by Verwaltungsamt für Stahl und Eisen (hereinafter called "V.S.E.") dated 12 December, 1945, or by instructions given by or on behalf of Metallurgy Branch, Trade and Industry Division, C.C.G. (B.E.).

3. The following stocks are exempted from the provisions of paragraph 2 of this Notice:-

- (a) Stocks at Iron and Steel dealers licensed by Military Government;
- (b) Stocks at works in the Iron and Steel producing industry;
- (c) Stocks of all firms working under a permit issued by or on behalf of Military Government, so far as such stocks do not exceed the amount required for operating purposes; such amount shall not exceed a maximum stock of six months' requirements based on present consumption as limited by existing conditions of production.

4. Any person in possession or control of a stock of 50 tons or more of Iron and Steel to which this Notice applies shall on or before the 14 October, 1946, make a return thereof to V.S.E., 27 Breite Strasse, Dusseldorf, in such form as may be prescribed by V.S.E.

5. Notwithstanding anything contained in paragraph 2 of this Notice, controlled stocks may be used for normal processing work by firms at present in possession of such stocks, but only if prior specific instructions have been given to the firm concerned by Metallurgy Branch through V.S.E.

6. Any person who fails to comply with any of the provisions of this Notice shall, upon conviction by a Military Government Court, suffer such penalty (excluding death but including confiscation of any stocks to which the offence relates) as the Court may determine.

7. In this Notice the word "person" includes any natural person, collective person and any juristic person under public or private law.

8. The effective date of this Notice is 14 September, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

## BEKANNTMACHUNG

### Kontrolle der Vorräte an Eisen und Stahl

1. Diese Bekanntmachung bezieht sich auf alle Vorräte an legierten und nichtlegierten Eisen- und Stahlwaren, wie sie im Anhang zu dieser Bekanntmachung aufgeführt sind. Vorräte, die bereits unter Kontrolle der Militärregierung stehen, sind einbegriffen.

2. Eisen- und Stahlwaren, auf die sich diese Bekanntmachung bezieht, dürfen am und nach dem 14. September 1946 nur noch verkauft, übertragen, verbraucht oder anderweitig verwendet werden in Übereinstimmung mit den „Anweisungen für die Verwendung von Stahl und Eisen“, die vom Verwaltungsamt für Stahl und Eisen (hierin künftig VSE genannt) am 12. Dezember 1945 herausgegeben wurden oder in Übereinstimmung mit Anweisungen, die von oder im Auftrage der Hauptabteilung Handel und Industrie, Abt. Metalle, der Kontroll-Kommission (Britisches Gebiet) erlassen sind.

3. Folgende Vorräte sind von den Bestimmungen des Abs. 2 dieser Bekanntmachung ausgenommen:

- a) Vorräte bei Eisen- und Stahlhändlern, die Handelserlaubnis von der Militärregierung haben;
- b) in Bearbeitung befindliche Vorräte in der eisen- und stahlschaffenden Industrie;
- c) Vorräte bei allen Firmen, die mit Erlaubnis oder im Auftrage der Militärregierung arbeiten, soweit solche Vorräte nicht die erforderliche Menge für die laufenden Arbeiten übersteigen. Die Menge darf höchstens den Bedarf für sechs Monate auf der Grundlage des gegenwärtigen Verbrauchs, wie er durch die jetzigen Produktionsverhältnisse bedingt ist, umfassen.

4. Jedermann, der im Besitz oder Verfügungsberechtigt ist über einen Vorrat an Eisen- und Stahlwaren, wie sie in dieser Bekanntmachung genannt sind, im Gewicht von mehr als 50 t, muß darüber am oder vor dem 14. Oktober 1946 einen Fragebogen beim VSE, Düsseldorf, Breite Straße 27, abgeben. Die Vorschriften für diese Fragebogen erläßt das VSE.

5. Ungeachtet aller Bestimmungen in Abs. 2 dieser Bekanntmachung können die überprüften Vorräte für die üblichen Arbeiten der Firmen, in deren Besitz sie sich zur Zeit befinden, verwendet werden. Dies gilt nur, wenn vorher den betreffenden Firmen besondere Anweisungen der Abt. Metalle durch das VSE gegeben sind.

6. Jedermann, der eine Bestimmung dieser Bekanntmachung mißachtet, wird nach Verurteilung durch ein Militärgericht mit einer von diesem Gericht zu bestimmenden Strafe belegt. Die Todesstrafe ist ausgeschlossen; die Beschlagnahme aller Vorräte, auf die sich der Verstoß bezieht, ist einbegriffen.

7. In dieser Bekanntmachung umfaßt der Ausdruck Person jede natürliche Person, Personengesamtheit und jede juristische Person öffentlichen oder privaten Rechts.

8. Diese Bekanntmachung tritt am 14. September 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.

## Schedule

### Materials Covered by the Regulations

- Group 1 Semi-finished material  
Ingots, blooms, slabs, billets, sheet bars, tinplate bars.
- Group 2 Permanent-way material  
Mainline, grooved, mine and colliery, light rly. and other rails; frogs, steel sleepers, fishplates, sole-plates and other connecting plates; guard rails and gauge rods.
- Group 3 Sections  
Joists and channels 80 mm. web and up, including pit props, colliery arch and funnel bars.  
Broad flange beams; beams differing from normal profiles, i.e. with flanges the width of which is at least equal to the web in the case of sections up to 300 or with flanges at least 300 mm. in the case of sections over 300 mm. Sheet piling sections used for the construction of continuous walls, bifurcation pieces and wedge pieces, also special sections for canals and mine-adits.
- Group 4 Hot Rolled Bars  
Rounds and squares 5 mm. and up.  
Flats 10—150 mm. wide and 5 mm. thick and up; all half rounds, hexagons, octagons, angles, tees Z's; joists and channels up to 80 mm. web; all other sections in bars.
- Group 5 Universals (Broad Flats)  
Steel strip over 150 mm. wide and over 3 mm. thick, rolled on four sides by grooved rolls or in a Universal Mill.
- Group 6 Hot rolled hoop and strip  
Including hoop and strip with rolled-in pattern; strip for tubes. (N.B. Cold rolled strip is NOT included.)
- Group 7 Heavy and medium plates  
Plain plates with rough edges or cut to size, 3 mm. thick and over in all shapes.  
Processed plates in similar thicknesses delivered by a rolling mill in the condition in which they are to be used. Chequered plates, ruffle plates, padded plates, nipple plates and plates rolled with other pattern in these dimensions.
- Group 8 Sheets  
Plain sheets under 3 mm. thick, uncut and cut in any shape or stamped out;  
Chequered sheets, ruffle sheets, nipple sheets, padded sheets and sheets rolled with other patterns under 3 mm. thick.
- Group 9 Galvanised and lead-coated Material.  
Plain or corrugated, roofing sheets. Galvanised and lead-coated hoop and strip.
- Group 10 Tinplate and tinned strip  
Also sheets and strip with a substitute coating instead of a tin coating, in so far as they are to be used in place of tinplate or tinned strip.
- Group 11 Hot rolled wire rod  
Round, square, oval, half-round, flat, rhomboid or in any other sections all in coils.
- Group 12 Steel Tubes and Accessories  
Hot rolled, hot drawn and welded steel tubes up to and including 318 mm. o.d. hot rolled, hot drawn and welded steel tubes above 318 mm. o.d., if supplied by the mills in that condition in which they are finally consumed.

## Verzeichnis

### der Erzeugnisse, auf die sich diese Anordnung bezieht

- Materialgruppe 1: Halbzeug  
Rohblöcke, Vorblöcke, Brammen, Knüppel, Platten, Weißblech-Platten.
- Materialgruppe 2: Eisenbahnoberbaumaterial  
Eisenbahn-, Rillen-, Gruben-, Zechen-, Feldbahn- und andere Schienen, Herzstücke, Eisenschwellen, Laschen, Unterlagsplatten und sonstige Verbindungsplatten, Radlenker und Spurstangen.
- Materialgruppe 3: Formstahl  
I- und U-Stahl von 80 mm Steghöhe und mehr einschl. Kappen- und Streckenbogeneisen, Belagstahl.
- Materialgruppe 4: Warm gewalzter Stabstahl  
Rundstahl und Vierkantstahl von 5 mm Durchmesser und stärker; Flachstahl von 10 bis 150 mm Breite und 5 mm Dicke und mehr; Halbbrundstahl, Sechskantstahl, Achtkantstahl, Winkelstahl, T-Stahl, Z-Stahl, I- und U-Stahl bis 80 mm Steghöhe, sonstiger Profilstahl in Stäben.
- Materialgruppe 5: Universaleisen (Breitflachstahl)  
Stahlstreifen mit mehr als 150 mm Breite und einer Dicke über 3 mm, gewalzt auf 4 Seiten in Kaliberwalzen oder auf Universalstraße.
- Materialgruppe 6: Bandstahl, warm gewalzt  
In Walzlängen oder Stäben, auch mit eingewalzten Mustern; Röhrenstreifen.
- Materialgruppe 7: Grob- und Mittelbleche  
Glatte Bleche mit rohen Kanten oder auf Maß geschnitten, 3 mm dick und mehr in allen Formaten; bearbeitete Bleche in gleichen Dicken, die von den Walzwerken in dem Zustand geliefert werden, in dem sie Verwendung finden; Riffel-, Waffel-, Warzen-, Raupen- und mit anderen Mustern gewalzte Bleche in diesen Abmessungen.
- Materialgruppe 8: Feinbleche  
Glatte Bleche unter 3 mm Dicke, unbeschnitten und auf irgendein Format geschnitten oder ausgestanzt; Riffel-, Waffel-, Warzen-, Raupen- und mit anderen Mustern gewalzte Bleche unter 3 mm Dicke.
- Materialgruppe 9: Verzinkte und verbleite Bleche  
Glatte Bleche, Wellbleche und Bedachungsbleche; verzinktes oder verbleites Band.
- Materialgruppe 10: Weißbleche und Weißband  
sowie Blech und Band, das an Stelle von Weißblech und Weißband für den Ernährungssektor verwendet wird.
- Materialgruppe 11: Warm gewalzter Walzdraht  
rund, vierkant, oval, halbrund, flach, rhomboid oder in anderen Profilen, alles in Ringen.
- Materialgruppe 12: Stahlrohre und Formstücke  
warm gewalzte, warm gezogene und feuergeschweißte bis 318 mm äußeren Durchmesser, warm gewalzte, warm gezogene und geschweißte Stahlrohre über 318 mm äußeren Durchmesser, auch bearbeitete, wenn sie von den Walzwerken in dem Zustand geliefert werden, in dem sie Verwendung finden.



## NOTICE

### Communication with Military Government by private persons or firms

The method of initial approach to any member, unit or branch of the Forces of Occupation or of the Control Commission by a private individual or firm, whether by correspondence or direct contact, will be through the Military Government Kreis Detachment, or Kreis Group Headquarters within whose locality the individual resides, or the firm is situated.

No such approach will be made unless it has first been ascertained that no German authority is competent to deal with the question being put forward.

Letters will be written in Latin script, and if possible typed, and will have surname, Christian name, address and occupation of sender in block letters.

Where any private individual or firm approaches the Forces of Occupation or the Control Commission without complying with the above conditions, the letter will be destroyed and any application for an interview will be refused.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

## BEKANNTMACHUNG

### Fühlungnahme deutscher Privatpersonen und Firmen mit Dienststellen der Militärregierung

Gesuche von Privatpersonen oder Firmen dürfen an einen Angehörigen, eine Einheit oder eine Formation der Besatzungstruppen oder Kontrollkommission, sei es durch Korrespondenz oder unmittelbar, in erster Linie nur durch die Kreisstelle der Militärregierung oder durch die Kreisgruppenkommandostelle gerichtet werden, in deren Amtsbereich die betreffende Person wohnt oder die Firma niedergelassen ist.

Ansuchen an die genannten Stellen dürfen nur gestellt werden, wenn vorher festgestellt worden ist, daß keine deutsche Behörde für die Bearbeitung der Angelegenheit zuständig ist.

Briefe müssen in lateinischer Schrift, wo möglich, mit der Schreibmaschine geschrieben sein und Namen, Vornamen, Adresse und Beschäftigung des Absenders in Druckbuchstaben enthalten.

Wenn eine Privatperson oder Firma an die Besatzungstruppen oder Kontrollkommission herantritt, ohne die obengenannten Anweisungen zu beachten, wird der Brief vernichtet und ein Ansuchen auf mündliche Rücksprache abgelehnt.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.

## NOTICE

### Obligation to Report of Members and Ex-Members of the German Armed Forces

1. Pursuant to the Notice entitled "Registration and Discharge of Members of the German Armed Forces and Para-Military Organisations" which became effective on the 22nd August 1945, all male members or ex-members of the German Army, the German Navy, the German Air Force, the Waffen SS, the NSKK (NS-Kraftfahrkorps) the NSFK (NS-Fliegerkorps) the RAD (Reichsarbeitsdienst) and the OT (Organisation Todt) who are not in possession of an official British Discharge Certificate (Form D2) will report on or before the 15th October 1946 to the Bürgermeister or Landrat in the Stadt or Landkreis respectively in which they reside or to which they have returned on or before the said date, in order that arrangements may be made for their regular discharge by an authorised Discharge Unit which will visit their Kreis at a date to be notified. This is the last occasion upon which it will be possible for such persons to obtain a regular discharge and all men falling in the above categories must therefore present themselves without fail.

2. Any person complying with this Notice will not be subject to disciplinary action for desertion from the organisations specified in paragraph 1 hereof, provided that such desertion took place prior to 16 June 1945.

3. Any person who fails to comply with this Notice is liable to prosecution and upon conviction to any lawful penalty (other than death) as a Military Government Court may determine.

4. This Notice becomes effective on the 1st October 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

## BEKANNTMACHUNG

### Meldepflicht von Angehörigen und ehemaligen Angehörigen der Deutschen Wehrmacht

1. Gemäß der Bekanntmachung „Registrierung und Entlassung von Angehörigen der Deutschen Wehrmacht und von militärähnlichen Organisationen“, welche am 22. August 1945 in Kraft trat, haben sich alle männlichen Angehörigen oder ehemaligen Angehörigen des Deutschen Heeres, der Deutschen Kriegsmarine, der Deutschen Luftwaffe, der Waffen-SS, des NSKK (NS-Kraftfahrkorps), des NSFK (NS-Fliegerkorps), des RAD (Reichsarbeitsdienst) und der OT (Organisation Todt), die sich nicht im Besitz eines offiziellen britischen Entlassungspapiers (Form D 2) befinden, bis zum 15. Oktober 1946 bei dem Bürgermeister oder Landrat der Stadt oder des Landkreises, in welchem sie wohnen oder in welchen sie zurückgekehrt sind, bis zu dem genannten Datum, zu melden. Die Meldung hat aus dem Grunde zu erfolgen, damit Vorkehrungen für ihre ordnungsgemäße Entlassung durch eine beauftragte Entlassungsstelle, welche ihren Kreis an einem noch bekanntzugebenden Tage aufsuchen wird, erfolgen kann.

Hiermit ist die letzte Gelegenheit gegeben, ordnungsgemäß entlassen zu werden. Jeder, der unter die obengenannten Kategorien fällt, muß daher ohne Ausnahme anwesend sein.

2. Eine disziplinarische Verfolgung wegen Desertierung von einer der in § 1 aufgeführten Organisationen wird gegen niemanden, der unter diese Verordnung fällt, erfolgen, vorausgesetzt, daß er vor dem 16. Juni 1945 desertiert ist.

3. Wer gegen diese Bekanntmachung verstößt, setzt sich der Strafverfolgung aus und wird nach Schuldigsprechung durch ein Gericht der Militärregierung nach dessen Ermessen bestraft. Todesstrafe ist ausgeschlossen.

4. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Oktober 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.



**MILITARY GOVERNMENT GAZETTE**  
**GERMANY**  
BRITISH ZONE OF CONTROL

---

**AMTSBLATT DER MILITÄRREGIERUNG**  
**DEUTSCHLAND**  
BRITISCHES KONTROLLGEBIET

---

No. 14

## CONTENTS

### PART I

#### LEGISLATION OF THE CONTROL COUNCIL FOR GERMANY

Date		Page
10. 10. 46	LAW No. 36 — Administrative Courts . . . . .	315

### PART II

#### MILITARY GOVERNMENT ORDINANCES APPLICABLE TO THE WHOLE OF THE BRITISH ZONE

1. 7. 46	ORDINANCE No. 49 — Establishment of a German Zonal Authority to Administer Inland Waterways and Inland Shipping in the British Zone . . . . .	316
1. 7. 46	ORDINANCE No. 50 — Control of Seaports, Estuaries and Coastal Waters of the British Zone . . . . .	317
28. 9. 46	ORDINANCE No. 51 — Detention of British Nationals sentenced in Austria . . . . .	318
8. 10. 46	ORDINANCE No. 52 — Constitution and Functions of the German Economic Administration for the British Zone . . . . .	319
30. 9. 46	ORDINANCE No. 53 — Identity Cards . . . . .	321
22. 10. 46	ORDINANCE No. 54 — Compulsory Direction to Work . . . . .	327

### PART III

#### MILITARY GOVERNMENT NOTICES, REGULATIONS, ETC., APPLICABLE TO THE WHOLE OF THE BRITISH ZONE

28. 9. 46	GENERAL ORDER No. 8 — (Pursuant to Military Government Law No. 52 Blocking and Control of Property) . . . . .	329
24. 10. 46	NOTICE — Surrender of Prohibited Frontier Zone Permits (Law No. 161) . . . . .	329
20. 9. 46	NOTICE — Registration of former Members of the German Armed Forces and persons formerly employed in Civil Aviation . . . . .	330

## INHALT

### TEIL I

#### GESETZE USW. DES KONTROLLRATS IN DEUTSCHLAND

Tag		Seite
10. 10. 46	GESETZ Nr. 36 — Verwaltungsgerichte . . . . .	315

### TEIL II

#### VERORDNUNGEN DER MILITARREGIERUNG, DIE IM GANZEN BRITISCHEN KONTROLLGEBIET GELTUNG HABEN

1. 7. 46	VERORDNUNG Nr. 49 — Schaffung einer Obersten Deutschen Behörde zur Verwaltung der Binnenwasserwege und der Binnenschifffahrt innerhalb des Britischen Kontrollgebietes . . . . .	316
1. 7. 46	VERORDNUNG Nr. 50 — Überwachung der Seehäfen, Flußmündungen und Küstengewässer des Britischen Kontrollgebietes . . . . .	317
28. 9. 46	VERORDNUNG Nr. 51 — Gefangenhaltung von in Österreich verurteilten britischen Staatsangehörigen . . . . .	318
8. 10. 46	VERORDNUNG Nr. 52 — Grundgesetz und Befugnisse der Deutschen Wirtschaftsverwaltung für das Britische Kontrollgebiet . . . . .	319
30. 9. 46	VERORDNUNG Nr. 53 — Personal-Ausweise . . . . .	321
22. 10. 46	VERORDNUNG Nr. 54 — Dienstverpflichtung . . . . .	327

### TEIL III

#### BEKANNTMACHUNGEN, VERFUGUNGEN USW. DER MILITARREGIERUNG, DIE IM GANZEN BRITISCHEN KONTROLLGEBIET GELTUNG HABEN

28. 9. 46	ALLGEMEINE VERFUGUNG Nr. 8 — (Zur Ausführung des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung — Sperre und Kontrolle von Vermögen) . . . . .	329
24. 10. 46	BEKANNTMACHUNG — Rückgabe der Erlaubnisscheine für die verbotenen Grenzbezirke (Gesetz Nr. 161) . . . . .	329
20. 9. 46	BEKANNTMACHUNG — Registrierung früherer Mitglieder der Deutschen Wehrmacht und der früher in der Zivilluftfahrt beschäftigten Personen . . . . .	330



## **PART I**

### **LEGISLATION OF THE CONTROL COUNCIL FOR GERMANY**

#### **CONTROL COUNCIL**

## **LAW No. 36**

### **Administrative Courts**

The Control Council enacts as follows:—

#### **ARTICLE I**

For decisions of administrative matters, administrative courts shall be re-organized in all the zones of occupation and in Berlin.

#### **ARTICLE II**

The structure, jurisdiction and procedure of such courts to be established in the several zones in pursuance of this Law shall be determined by the respective Zone Commanders and in Berlin by the Allied Kommandatura.

#### **ARTICLE III**

Administrative Courts shall be guided by legislation not in conflict with legislation and policy of the Control Council.

#### **ARTICLE IV**

Zone Commanders and the Allied Kommandatura shall have the right to issue ordinances implementing the present law.

#### **ARTICLE V**

The following German legal enactments are hereby repealed:

- (1) Decree of the Fuehrer and Reich Chancellor concerning the Simplification of the Administration of 28 August 1939 (RGBl. I. p. 1535).
- (2) Second Decree concerning the Simplification of the Administration of 6 November 1939 (RGBl. I. p. 2168).
- (3) Decree of the Fuehrer and Reich Chancellor concerning the establishment of the Reich Administrative Court of 3 April 1941 (RGBl. I. p. 201).

#### **ARTICLE VI**

This Law shall come into force on the date of its publication.

Done at Berlin on the 10th day of October 1946.

P. KOENIG, Général d'Armée

V. SOKOLOVSKY, Marshal of the Soviet Union

JOSEPH T. McNARNEY, General

SHOLTO DOUGLAS, Marshal of the Royal Air Force.

## **TEIL I**

### **GESETZE USW. DES KONTROLLRATS IN DEUTSCHLAND**

#### **KONTROLLRAT**

## **GESETZ Nr. 36**

### **Verwaltungsgerichte**

Der Kontrollrat erläßt das folgende Gesetz:

#### **ARTIKEL I**

Zur Entscheidung von Verwaltungssachen werden Verwaltungsgerichte in den einzelnen Zonen und in Berlin wieder errichtet.

#### **ARTIKEL II**

Die Verfassung und die Zuständigkeit dieser in den einzelnen Zonen in Durchführung dieses Gesetzes zu errichtenden Gerichte wie auch das von ihnen anzuwendende Verfahren sollen von den Zonenbefehlshabern und in Berlin von der Alliierten Kommandatur festgesetzt werden.

#### **ARTIKEL III**

Die Verwaltungsgerichte sollen die Gesetze anwenden, die weder mit der Gesetzgebung noch mit den richtungsgebenden Grundsätzen des Kontrollrats im Widerspruch stehen.

#### **ARTIKEL IV**

Die Zonenbefehlshaber und die Alliierte Kommandatur sind berechtigt, Ausführungsverordnungen zu diesem Gesetz zu erlassen.

#### **ARTIKEL V**

Durch dieses Gesetz werden die unten aufgeführten deutschen Gesetzgebungsakte aufgehoben:

1. Verordnung des Führers und Reichskanzlers zur Vereinfachung der Verwaltung vom 28. August 1939 (RGBl. I, Seite 1535).
2. Zweite Verordnung zur Vereinfachung der Verwaltung vom 6. November 1939 (RGBl. I, Seite 2168).
3. Verordnung des Führers und Reichskanzlers bezüglich der Gründung des Reichsverwaltungsgerichts vom 3. April 1941 (RGBl. I, Seite 201).

#### **ARTIKEL VI**

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Ausgefertigt in Berlin, am 10. Oktober 1946.

(Die in den drei offiziellen Sprachen abgefaßten Originaltexte dieses Gesetzes sind von P. Koenig, General der Armee, V. Sokolowsky, Marschall der Sowjetunion, Joseph T. McNarney, General, Sholto Douglas, Marschall der Royal Air Force, unterzeichnet).

## PART II

MILITARY GOVERNMENT ORDINANCES APPLICABLE TO  
THE WHOLE OF THE BRITISH ZONE

# ORDINANCE No. 49

## Establishment of a German Zonal Authority to Administer Inland Waterways and Inland Shipping in the British Zone

In order to provide for the administration and supervision of navigable Inland Waterways and Inland Shipping by a competent German authority, it is HEREBY ORDERED AS FOLLOWS:—

### ARTICLE I

#### Zonal Authority

1. A Zonal Authority for Inland Waterways and Inland Shipping (Generaldirektion für Wasserstrassen und Binnenschifffahrt) for the British Zone (hereinafter called the 'Generaldirektion') is established for the purpose of administering and supervising inland waterways and inland shipping within the British Zone of Control.

2. The existing offices, organisations and personnel of the Wasserstrassen Branch of the German Civil Service, which are concerned with inland waterways and inland shipping in the British Zone, will be responsible to the Generaldirektion.

### ARTICLE II

#### Location

3. The head office of the Generaldirektion will be situated at Windelsbleiche, near Bielefeld, or at such other place as Military Government may determine.

### ARTICLE III

#### Staff

4. The staff of the Generaldirektion and any subordinate offices will be appointed by Military Government and will serve on such terms and conditions as may be prescribed by Military Government.

### ARTICLE IV

#### Powers and Duties

5. The Generaldirektion shall have the following powers and duties insofar as they do not conflict with any laws, enactments, regulations or instructions issued or to be issued by Military Government:—

- subject to the exception in sub-para (d) below, the powers conferred upon the Inspector-General for Water and Power, insofar as they relate to navigable inland waterways and inland shipping by the Ordinance concerning the competencies of the Inspector-General for Water and Power and of the Minister of Transport dated the 23rd September 1941 and published in the Reichsministerialblatt No. 33 Annual 69 of the 27th September 1941;
- the powers in the said Ordinance reserved to the Reichsminister of Transport in respect of navigable inland waterways and inland shipping;
- such other powers as Military Government may from time to time confer;
- there shall be excluded the powers relating to river and water police contained in II i (d) of the said Ordinance.

## TEIL II

VERORDNUNGEN DER MILITARREGIERUNG  
DIE IM GANZEN BRITISCHEN KONTROLLGEBIET  
GELTUNG HABEN

# VERORDNUNG Nr. 49

## Schaffung einer obersten deutschen Behörde zur Verwaltung der Binnen-Wasserwege und der Binnen- Schifffahrt innerhalb des Britischen Kontrollgebiets

Zwecks Schaffung einer zuständigen deutschen Behörde für die Verwaltung und Überwachung der Binnenschifffahrtswege und der Binnenschifffahrt wird hiermit folgendes bestimmt:

### ARTIKEL I

#### Behörde für das Kontrollgebiet

1. Für das britische Kontrollgebiet wird zur Verwaltung und Überwachung der Binnenwasserwege und der Binnenschifffahrt eine oberste Behörde für Binnenwasserwege und Binnenschifffahrt (Generaldirektion für Wasserstraßen und Binnenschifffahrt) für das britische Kontrollgebiet (künftig kurz Generaldirektion genannt) eingerichtet.

2. Die Behörden, Dienststellen und Einrichtungen sowie das im Wasserstraßenwesen beschäftigte Personal aller mit Binnenwasserwegen und Binnenschifffahrt befaßten deutschen Dienststellen innerhalb des britischen Kontrollgebiets werden der Generaldirektion unterstellt.

### ARTIKEL II

#### Behördensitz

3. Windelsbleiche bei Bielefeld wird der Sitz der Hauptstelle der Generaldirektion sein, sofern die Militärregierung keinen anderen Ort bestimmt.

### ARTIKEL III

#### Personalangelegenheiten

4. Das Personal der Generaldirektion und der ihr nachgeordneten Dienststellen wird durch die Militärregierung ernannt und unter noch von der Militärregierung festzusetzenden Bedingungen und Verhältnissen dienen.

### ARTIKEL IV

#### Befugnisse und Pflichtenkreis

5. Der Generaldirektion werden folgende Befugnisse und Aufgaben, soweit sie nicht mit gesetzlichen Vorschriften, Anordnungen und Erlassen der Militärregierung im Widerspruch stehen, obliegen:

- vorbehaltlich der in Unterabschnitt (d) erwähnten Ausnahmen, die dem Generalinspektor für Wasser und Energie durch die Verordnung über die Befugnisse des Generalinspektors für Wasser und Energie und des Reichsverkehrsministers vom 2. September 1941 (veröffentlicht im RMBL Nr. 33 lfd. Nr. 69, vom 27. September 1941) in Bezug auf die Wasserwege und die Binnenschifffahrt übertragenen Befugnisse;
- die in der vorstehend angeführten Verordnung dem Reichsverkehrsminister hinsichtlich der Binnenwasserwege und der Binnenschifffahrt vorbehaltenen Befugnisse;
- weitere von der Militärregierung im Laufe der Zeit zu übertragende Befugnisse.
- Von der Übertragung ausgenommen sind die in der angeführten Verordnung unter II d) aufgezählten Befugnisse der Strom- und Wasserpolizei.



## ARTICLE V

### Issue of Regulations and Instructions

6. Subject to the approval of Military Government, Regulations and Instructions may be issued by the Generaldirektion within the scope of their functions.

## ARTICLE VI

### Finance

7. Military Government will issue instructions for the provision of funds required for the execution of this Ordinance.

## ARTICLE VII

### Effective

8. This Ordinance will come into force on the 1st July, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

## ARTIKEL V

### Durchführungsvorschriften

6. Vorbehaltlich der Genehmigung der Militärregierung darf die Generaldirektion innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften erlassen.

## ARTIKEL VI

### Kostenaufbringung

7. Für den Erlaß von Anordnungen und über die Beschaffung der zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Gelder bleibt die Militärregierung zuständig.

## ARTIKEL VII

### Zeitpunkt des Inkrafttretens

8. Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.

# ORDINANCE No. 50

## Control of Seaports, Estuaries and Coastal Waters of the British Zone

In order to facilitate the control of seaports and estuarial and coastal administration in the British Zone by a competent German authority, IT IS HEREBY ORDERED AS FOLLOWS:-

## ARTICLE I

### Zonal Authority

1. A Zonal Authority for Seaports (Seehafen General Direktion) for the British Zone is established for the purpose of facilitating the control of all seaports and estuarial and coastal administration in the British Zone.

2. The existing offices, organisations, and personnel of the Wasserstrassen Branch of the German Civil Service, which are concerned with ports, estuarial and coastal administration will be responsible to the Generaldirektion.

## ARTICLE II

### Location

3. The head office of the Seehafen General Direktion will be situated at Hamburg or such other place as Military Government may determine.

## ARTICLE III

### Staff

4. The staff of the Seehafen General Direktion and any subordinate offices will be appointed by Military Government, and will serve on such terms and conditions as may be prescribed by Military Government.

## ARTICLE IV

### Powers and Duties

5. The Seehafen General Direktion shall have the following powers and duties insofar as they do not conflict with any laws, enactments, regulations or instructions issued by Military Government:-

(a) subject to the exception in sub-paragraph (d) below, the powers conferred upon the Inspector General for Water and Power by the Ordinance concerning the competencies of the Inspector General for Water and Power of the Ministry of Transport dated 23rd September 1941, and

# VERORDNUNG Nr. 50

## Überwachung der Seehäfen, Flußmündungen und Küstengewässer des Britischen Kontrollgebiets

Zur Vereinfachung der Überwachung der Seehäfen-, Flußmündungs- und Küstenverwaltung im Britischen Kontrollgebiet durch eine zuständige deutsche Behörde wird hiermit folgendes bestimmt:

## ARTIKEL I

### Behörde für das Kontrollgebiet

1. Für das Britische Kontrollgebiet wird zwecks Erleichterung der Überwachung aller Seehäfen-, Flußmündungs- und Küstenverwaltungen eine Seehäfen-Generaldirektion eingerichtet.

2. Die vorhandenen Dienststellen und Einrichtungen sowie das im Wasserstraßenwesen beschäftigte Personal aller mit Häfen-, Flußmündungs- und Küstenverwaltung befaßten deutschen Dienststellen werden der Seehäfen-Generaldirektion unterstellt.

## ARTIKEL II

### Behördensitz

3. Die Hauptstelle der Seehäfen-Generaldirektion wird in Hamburg oder einem anderen von der Militärregierung zu bestimmenden Orte liegen.

## ARTIKEL III

### Personalien

4. Das Personal der Seehäfen-Generaldirektion und der ihr nachgeordneten Dienststellen wird durch die Militärregierung ernannt und unter noch von der Militärregierung festzusetzenden Bedingungen und Verhältnissen dienen.

## ARTIKEL IV

### Befugnisse und Pflichtenkreis

5. Der Seehäfen-Generaldirektion werden folgende Befugnisse und Aufgaben, soweit sie nicht mit Gesetzesbestimmungen, Anordnungen und Erlassen der Militärregierung im Widerspruch stehen, obliegen:

a) vorbehaltlich der Ausnahmen unter Absatz d) die dem Generalinspektor für Wasser und Energie durch die Verordnung über die Befugnisse des Generalinspektors für Wasser und Energie und des Reichsverkehrsministers vom 23. September 1941 (veröffentlicht im Reichs-

published in the Reichsministerialblatt, No. 33 Annual 69 of the 27th September 1941, relating to seaports and estuarial and coastal administration;

- (b) the powers in the said Ordinance reserved to the Reichsminister of Transport in respect of seaports and estuarial and coastal administration;
- (c) such other powers as Military Government may from time to time confer;
- (d) there shall be excluded the powers relating to river and water police contained in II i (d) of the said Ordinance.

#### ARTICLE V

##### Issue of Regulations and Instructions

6. Subject to the approval of Military Government, regulations and instructions may be issued by the General Direktion within the scope of their functions.

#### ARTICLE VI

##### Finance

7. Military Government will issue instructions for the provision of funds required for the execution of this Ordinance.

#### ARTICLE VII

##### Effective Date

8. This Ordinance will come into force on 1st July, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT

ministerialblatt Nr. 33, lfd. Nr. 69, vom 27. September 1941) in bezug auf die Seehäfen-, Flußmündungs- und Küstenverwaltung übertragenen Befugnisse;

- b) die in der vorstehend angeführten Verordnung dem Reichsverkehrsminister hinsichtlich der Seehäfen-, Flußmündungs- und Küstenverwaltung vorbehaltenen Befugnisse;
- c) weitere von der Militärregierung im Laufe der Zeit zu übertragende Befugnisse.
- d) Von der Übertragung ausgenommen sind die in der angeführten Verordnung unter II i d) aufgezählten Befugnisse der Strom- und Wasserpolizei.

#### ARTIKEL V

##### Durchführungsvorschriften

6. Vorbehaltlich der Genehmigung der Militärregierung darf die Seehäfen-Generaldirektion innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs Verordnungen und Verwaltungsvorschriften erlassen.

#### ARTIKEL VI

##### Kostenaufbringung

7. Für den Erlaß von Anweisungen über die Beschaffung der zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Gelder bleibt die Militärregierung zuständig.

#### ARTIKEL VII

##### Zeitpunkt des Inkrafttretens

8. Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG

## ORDINANCE No. 51

### Detention of British Nationals sentenced in Austria

Whereas no suitable accommodation exists in Austria for the detention of British nationals sentenced by Military Government Courts in Austria:

And Whereas it is expedient to make provision for the detention of such persons in the British Zone of Control of Germany:

NOW IT IS HEREBY ORDERED AS FOLLOWS:—

#### ARTICLE I

##### Authority to Detain

- 1. It shall be lawful for the Governor of any civil prison in the British Zone of Control to receive and detain any British national who shall have been sentenced to imprisonment by a Military Government Court in Austria.
- 2. The production of a warrant of committal purporting to be signed by the President of the Military Government Court in Austria imposing the sentence shall be sufficient warrant for his detention.

#### ARTICLE II

##### Administration

3. All persons kept in custody under Article I of this Ordinance shall be treated in all respects as though they had been committed from a Military Government Court in the British Zone of Control of Germany.

#### ARTICLE III

##### Effective Date

4. This Ordinance shall take effect on the 28th September 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

## VERORDNUNG Nr. 51

### Gefangenhaltung von in Österreich verurteilten britischen Staatsangehörigen

Infolge des Mangels an geeignetem Raum in Österreich für die Gefangenhaltung von britischen Staatsangehörigen, die in Österreich von britischen Militärgerichtshöfen verurteilt wurden und infolge der Notwendigkeit, Maßnahmen zu treffen, die die Gefangenhaltung solcher Personen in dem britischen Kontrollgebiet Deutschlands gewährleisten sollen, wird hiermit folgendes verordnet:

#### ARTIKEL I

##### Vollmacht zur Gefangenhaltung

- 1. Die Gouverneure von Zivilgefängnissen in der britischen Zone haben die Vollmacht, britische Staatsangehörige, die von einem Militärgerichtshof in Österreich zu einer Gefängnisstrafe verurteilt sein müssen, aufzunehmen und gefangen zu halten.
- 2. Die Vorlage einer Bescheinigung über die Inhaftnahme, die von dem Vorsitzenden des Militärgerichtshofes in Österreich unterzeichnet und die das Urteil enthalten muß, ist ausreichend für die Gefangenhaltung und Aufnahme in das Gefängnis.

#### ARTIKEL II

##### Verwaltung

3. Alle Personen, die gemäß Artikel I dieser Verordnung in Haft gehalten werden, sind in jeder Beziehung so zu behandeln, als wenn sie vor einem Militärgerichtshof in der britischen Zone Deutschlands gestanden hätten.

#### ARTIKEL III

##### Tag des Inkrafttretens

4. Die Verordnung tritt am 28. September 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.



## ORDINANCE No. 52

### Constitution and Functions of the German Economic Administration for the British Zone

In order to ensure the direction and co-ordination of economic administration in the British Zone and to provide a legal basis for the transfer of executive powers from the Control Commission for Germany (British Element) (hereinafter called the Control Commission) to a German Economic Authority and pending the establishment of a joint Economic Executive Authority for the British and American Zones, IT IS HEREBY ORDERED AS FOLLOWS:—

#### ARTICLE I

##### Establishment of a Central Economic Office

1. A Central Economic Office (Zentralamt für Wirtschaft), (hereinafter called Z.A.W.), is established to direct the economic administration in the British Zone which shall be the highest German economic authority in the Zone.
2. The Chief of the Z.A.W. will be appointed by the Control Commission and will be subject to the directions and instructions of the Control Commission.
3. The Z.A.W. will be subject to the provisions of German Budgetary Law.

#### ARTICLE II

##### Staff

4. Subject to the approval of the Control Commission, the Chief of the Z.A.W. will be responsible for the appointment of the staff who will serve on such terms and conditions as may be prescribed from time to time.

#### ARTICLE III

##### Method of Transfer of Powers

5. The Control Commission will transfer to the Z.A.W. the powers necessary for the direction of economic administration in respect of the matters enumerated in the schedule to this Ordinance and in respect of such other matters as may hereafter be specified. Such powers will be transferred from time to time by administrative instructions addressed to the Chief of the Z.A.W.
6. The transfer of powers shall take effect on the day following the publication of a notification thereof by the Z.A.W. in any German official Gazette or German newspaper. The Z.A.W. will ensure that publicity is sufficient throughout the Zone.

#### ARTICLE IV

##### Effect of Transfer of Powers

7. Subject to any contrary instruction of the Control Commission, the transfer of executive powers in any field of economic administration shall have the following effects:—
  - (a) Subject to the supervision of the Control Commission the Z.A.W. will exercise in that particular field all the functions previously exercised by the Control Commission. The Division or Branch of the Control Commission previously responsible for the administration will at the same time become an Inspectorate.
  - (b) The Z.A.W. will be empowered to issue decrees and regulations (Verordnungen und Erlasse) for the purpose of carrying into effect the powers transferred pursuant to this Ordinance. Such decrees and regulations shall supersede any existing provisions of German Law which are inconsistent therewith.
  - (c) Such decrees and regulations may comprise penalties which shall not, without the approval of the Legal Division of the Control Commission, exceed five years'

## VERORDNUNG No. 52

### Verfassung und Befugnisse der deutschen Wirtschaftsverwaltung für die britische Zone

Um die Lenkung und Vereinheitlichung der Wirtschaftsverwaltung in der britischen Zone sicherzustellen und eine gesetzliche Grundlage für die Übertragung von Zuständigkeiten von der britischen Kontrollkommission für Deutschland — nachstehend Kontrollkommission genannt — auf eine deutsche Wirtschaftsbehörde bis zur Errichtung einer gemeinschaftlichen Wirtschaftsbehörde für die britische und amerikanische Zone zu schaffen, wird folgendes verordnet:

#### ARTIKEL I

##### Errichtung des Zentralamtes für Wirtschaft

1. Das Zentralamt für Wirtschaft — im folgenden Z.A.W. genannt — wird errichtet, um die Wirtschaftsverwaltung in der britischen Zone zu leiten. Es ist die oberste deutsche Wirtschaftsbehörde in der Zone.
2. Der Leiter des Z.A.W. wird durch die Kontrollkommission ernannt und ist an die Weisungen und Richtlinien der Kontrollkommission gebunden.
3. Das Z.A.W. unterliegt den Bestimmungen des deutschen Haushaltsrechts.

#### ARTIKEL II

##### Angestellte.

4. Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Kontrollkommission hat der Leiter des Z.A.W. das Recht zur Anstellung der Angestellten. Die Regelung der Dienstverhältnisse der Angestellten richtet sich nach den jeweils in Kraft befindlichen Vorschriften.

#### ARTIKEL III

##### Übertragung von Zuständigkeiten.

5. Die Kontrollkommission wird dem Z.A.W. die für die Lenkung der Wirtschaftsverwaltung erforderlichen Befugnisse auf den in der Anlage zu dieser Verordnung genannten und etwaigen weiteren Gebieten übertragen. Die Übertragung erfolgt jeweils durch eine an den Leiter des Z.A.W. gerichtete Verwaltungsanordnung.
6. Die Übertragung der Zuständigkeit ist vom Z.A.W. in einem deutschen Amtsblatt oder einer deutschen Tageszeitung bekannt zu machen und tritt an dem auf die Bekanntmachung folgenden Tage in Kraft. Das Z.A.W. sorgt für die erforderliche Verbreitung innerhalb der britischen Zone.

#### ARTIKEL IV

##### Folgen der Zuständigkeitsübertragung.

7. Vorbehaltlich anderweitiger Bestimmung durch die Kontrollkommission hat die Übertragung von Zuständigkeiten die nachstehenden Folgen:—
  - a) Das Z.A.W. wird auf dem betreffenden Sachgebiet unter Aufsicht der Kontrollkommission die vor der Übertragung durch die Kontrollkommission selbst ausgeübten Befugnisse ausüben. Die bis zur Übertragung zuständige Abteilung oder Unterabteilung der Kontrollkommission wird gleichzeitig zur bloßen Aufsichtsbehörde.
  - b) Das Z.A.W. wird zum Erlass von Verordnungen und Erlassen zur Ausübung der ihm in Verfolg dieser Verordnung übertragenen Befugnisse ermächtigt. Die Verordnungen und Erlasse heben widersprechende Bestimmungen des deutschen Rechts auf.
  - c) Die Verordnungen und Erlasse können Strafvorschriften enthalten, die Androhung von Gefängnisstrafe von mehr als fünf Jahren oder von Geldstrafe von mehr als

imprisonment or fines of 100,000 RM., three times the amount of the profit resulting from the offence or three times the value of the subject matter of the offence. Such penalties may include disciplinary fines (Ordnungsstrafen) not exceeding 100,000 RM., provided that:—

- (i) no such disciplinary fine exceeding 10,000 RM. may be imposed except by an ordinary court of law and
  - (ii) the imposition of any such disciplinary fine not exceeding 10,000 RM. shall be subject to appeal to an ordinary court of law.
- (d) The Z.A.W. shall, in respect of all matters transferred to it, have the right to issue orders and directions to the German authorities of the land and provincial administration in the British Zone competent in such matters.

### ARTICLE V

#### Fees and Charges

8. The Z.A.W. may, with the consent of the German Financial Authority, issue directions and regulations imposing fees or other charges for the purpose of defraying the costs of the economic administration.

### ARTICLE VI

#### Effective Date

9. This Ordinance shall come into force on the 8th October, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

#### SCHEDULE

Subject Matter	Powers
A. Full administrative competence.	The issue of Ordinances. Control of administration.
1. Public, semi-public and private economic administration	Building up of public administration. Organisation and supervision of semi-public and private economic administration.
2. Economic planning.	General plans for industry and trade. Advice on economic policy, rationalisation, standardisation.
3. Industrial and Commercial statistics.	Building up and supervision.
4. Co-operative Societies.	Supervision of Co-operative Societies.
5. Consultant engineers. Industrial auditing and accountancy.	Supervision of professional organisation. Directives on principles.
6. Prices and wages.	Price formation, supervision of price control, recommendations regarding legislation in price matters.
7. Consumer Goods. (Textiles, clothing, leather, shoes, furs, paper, pulp, printing, rubber, plastic, furniture and related timber industries, Iron — steel — tin and other metal goods, tobacco, jewellery, sports articles, Musical instruments, cosmetics, glass, ceramics).	Within the reparations and level of industry plan, production planning, co-ordination of requirements. Allocation of production tasks; allocation of raw materials, directives regarding licensing, transfer or closing down of manufacturing plants and factories.
8. Basic raw materials (a) Iron, steel and mineral oils.	(a) Allocation of raw materials within the British Zone. Production and consumption statistics. General policy planning.

100 000,— Reichsmark oder mehr als dem dreifachen Betrage des durch die strafbare Handlung erzielten Gewinnes oder des Wertes des Gegenstandes der strafbaren Handlung bedarf der Zustimmung der Rechtsabteilung der Kontrollkommission.

Die Androhung von Ordnungsstrafen bis zu Reichsmark 100 000,— ist zulässig, jedoch muß

1. jede Ordnungsstrafe von mehr als 10 000,— Reichsmark von einem ordentlichen Gericht festgesetzt und
  2. das Recht gegeben werden, gegen die Festsetzung von Ordnungsstrafen von weniger als 10 000,— Reichsmark auf gerichtliche Entscheidung anzutragen.
- d) Das Z.A.W. erhält auf allen ihm übertragenen Sachgebieten das Weisungsrecht gegenüber den für die betreffenden Sachgebiete zuständigen Verwaltungsbehörden der Länder und Provinzen in der britischen Zone.

### ARTIKEL V

#### Gebühren und Abgaben.

8. Das Z.A.W. kann im Einvernehmen mit der zuständigen deutschen Finanzbehörde durch Verordnungen oder Erlasse Gebühren oder sonstige Abgaben zur Aufbringung der Kosten der Wirtschaftsverwaltung festsetzen.

### ARTIKEL VI

#### Zeitpunkt des Inkrafttretens.

9. Diese Verordnung tritt am 8. Oktober 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.

#### ANHANG

Sachgebiet.	Befugnisse
A. Volle Zuständigkeit.	Erlaß von Verordnungen Ausübung der Verwaltung.
1. Wirtschaftsverwaltung. Selbstverwaltung der Wirtschaft, Private Wirtschafts-Organisation.	Wirtschaftsverwaltung, Überwachung der Selbstverwaltung und der privaten Wirtschaftsorganisation.
2. Wirtschaftsplanung.	Aufstellung von Gesamtplänen für die gewerbliche Wirtschaft. Wirtschaftspolitik, Rationalisierung, Normung.
3. Industrie- und Handelsstatistik.	Aufbau und Überwachung der Statistik.
4. Genossenschaftswesen.	Überwachung der Genossenschaften.
5. Beratende Ingenieure, Wirtschaftsprüfung und Buchprüfung.	Überwachung der Berufsorganisationen, Grundsätzliches.
6. Preise und Löhne.	Preisbildung, Preisüberwachung, Preisgesetzgebung.
7. Gebrauchs- und Verbrauchsgüter. (Textilien, Bekleidung, Leder, Schuhe, Rauchwaren, Papier und Papiermasse, Druck, Kautschuk, Kunststoffe, Möbel und verwandte Holzindustrie, Eisen-, Stahl-, Blech- und sonstige Metallwaren, Tabak, Schmuck, Sportartikel, Musikinstrumente, kosmetische Artikel, Glas, Keramik.)	Produktions- und Bedarfsplanung im Rahmen des Reparations- und Wirtschaftsplanes. Erteilung von Produktionsaufgaben, Zuteilung von Rohstoffen. Richtlinien betreffend Genehmigung zur Errichtung, Verlegung oder Stilllegung von Produktionsstätten.
8. Grundstoffe. a) Eisen, Stahl und Mineralöle.	Zuteilung von Rohmaterial in der britischen Zone, Erzeugung und Verbrauchstatistik, allgemeine Planung.



Subject Matter	Powers	
(b) Non-Ferrous metals, machinery and vehicle construction, ship-building and repairing. Electrical industry, instruments and signals equipment, chemical industries, building materials.	(b) As 7.	b) Nichteisenmetalle, Maschinen- und Fahrzeugbau, Schiff-Bau- und Instandsetzung, elektr. Industrie, Werkzeugindustrie, Schwachstrom-industrie, chemische Industrie, Baustoffe.
(c) Building industries.	(c) As 7 including building standardisation and supervision.	c) Bauindustrie.
9. Public Utilities Electricity, gas, water, sewerage.	Supervision and control of public utility undertakings, supervision of rates, control over licensing, transfer or closing down of power plant.	9. Betriebe der öffentlichen Versorgung. Elektrizität, Gas, Wasser und Abwässer.
10. Commerce Wholesale and retail trade. Restaurant and Hotel trade, Inter-zonal trade. Handicrafts.	Principles of commercial structure. Tourist trade and licensing. Closing down of commercial undertakings, restaurants and hotels. Planning of inter-zonal trade, and inter-zonal trade negotiations.	10. Handel. Groß- und Einzelhandel-Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, Interzonenhandel und Handwerk.
11. Foreign trade	Regulation of foreign trade, the licensing of imports and exports. Prices and payment insofar as they are not reserved to the Control Commission. Supervision of Fairs and Exhibitions held in connection with foreign trade.	11. Außenhandel.
12. Rationing and rationing laws.	All matters regarding rationing and allocation of consumer goods including tobacco and soap.	12. Bewirtschaftung und Bewirtschaftungsrecht.
13. Industrial Building.	General direction of building and industrial accommodation. Allocation of industrial and commercial premises.	13. Gewerbliche Räume.
14. Mining.	Inspection of mines and safety regulations.	14. Bergbau.
15. Laws governing the licensing of trade, inspection of factories and business premises. Weights and Measures. Testing of materials. Plants subject to licensing and public inspection.	General principles and supervision.	15. Gewerberecht, Gewerbeaufsicht, Eichwesen, Materialprüfung, Genehmigung und Aufsicht über Gewerbeanlagen.
<b>B. Right of participation.</b> Matters of commercial and company law. Law of negotiable instruments. Rates of discount and interest. Direction of labour, wages. Reparations and restitution deliveries. Commercial treaties. Building legislation. Municipal real property legislation. Vocational training (including mining schools).	Right of consultation with other authorities concerned.	<b>B. Mitwirkungsrecht.</b> Handels- und Gesellschaftsrecht, Recht der Wertpapiere. Diskont- und Zinsregelung. Arbeitseinsatz, Löhne. Reparationen und Ablieferungen, Handelsverträge, Baugesetzgebung, Städtische Bodengesetzgebung, Berufsschulwesen einschließlich Bergschulen.)
		wie zu 7. wie zu 7 einschließlich Bautypisierung und Bauüberwachung. Überwachung und Lenkung der öffentlichen Versorgungsbetriebe, Überwachung der Tarife, Genehmigung zur Errichtung und Verlegung, Stilllegung von Kraftwerken. Regelung des Aufbaues des Handels. Genehmigung für das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe, Schließung von Handelsstätten, Gast- und Beherbergungsstätten, Planung des Interzonenhandels. Interzonenhandelsabkommen. Regelung des Außenhandels. Genehmigung der Ein- und Ausfuhr, Preise und Entgelte, soweit sie nicht der Kontrollkommission vorbehalten sind. Überwachung von Ausstellungen und Messen im Zusammenhang mit dem Außenhandel. Bewirtschaftungsfragen, Regelung der Verteilung der Verbrauchsgüter, einschließlich Tabak und Seife. Regelung der gewerblichen Bauwirtschaft, Raumzuweisung für Handel und Industrie. Aufsicht über Bergbau und bergbauliche Sicherungsmaßnahmen. Grundsätzliches und Überwachung.
		Beratungsrecht mit anderen zuständigen Behörden.

## ORDINANCE No. 53

### Identity Cards

#### ARTICLE I

##### Possession of Identity Cards

- Subject to the exceptions hereinafter contained:
  - Every person of fifteen years of age or over having his residence, as hereinafter defined, in the British

## VERORDNUNG Nr. 53

### Personalausweise

#### ARTIKEL I

##### Besitz von Personal-Ausweisen

- a) Soweit nicht im Nachfolgenden Ausnahmen zugelassen sind, müssen Personen im Alter von 15 Jahren und darüber, die im Sinne von § 2 dieser Verordnung in

Zone of Occupation shall, on or before the 30th September 1946 have in his possession an identity card in the form set out in the first schedule to this Ordinance and issued by the competent German authorities.

- (b) Every such person, being the parent or guardian of, or other person responsible for, a person under 15 years of age (hereinafter referred to as a child) shall within the period mentioned in sub-paragraph (a) provide himself with an identity card relating to such child. Such identity card shall be in the form set out in the second schedule hereto and shall be issued by the competent German authorities.
- (c) Every child in respect of whom an identity card has been issued in pursuance of sub-paragraph (b) of this paragraph, shall, within seven days of attaining the age of fifteen years, personally present his identity card to the competent German authority and exchange the said card for an identity card in the form set out in the first schedule to this Ordinance.

2. For the purpose of this Ordinance a person shall be deemed to have his residence in the British Zone if he is obliged to register his presence under the provisions of the Verordnung über das Meldewesen (Reichsmeldeordnung) of the 6th January 1938 (RGBl. I. 13) as amended by the Verordnung über zusätzliche Bestimmungen zur Reichsmeldeordnung of the 6th September 1939 (RGBl. I. 838).

3. Every person taking up his residence in the British Zone after the effective date of this Ordinance shall provide himself with an identity card at the time when he registers with the German authorities under the provisions of German Law specified in paragraph 2.

4. An identity card shall be issued free of charge except as provided in Article VI, paragraph 15.

## ARTICLE II

### Exceptions

5. The following persons are exempt from the provisions of this Ordinance:-

- (a) Non-German civilians in possession of identity cards issued by the Allied Control Authorities or the Allied Armed Forces and valid for one of the zones of occupation;
- (b) displaced persons and persons formerly in German captivity as prisoners of war (P.W.X.) who are in possession of a Displaced Persons' identity card and are registered at a Displaced Persons' Assembly Centre;
- (c) prisoners of war in the custody of, and members of Dienstgruppen employed by, the British Forces of Occupation;
- (d) civilian internees detained in camps in custody of Military Government;
- (e) German civilians from other zones of Germany who are in possession of identity cards valid within the zone in which they are ordinarily resident and who are exempted from registration by Order of Military Government;
- (f) all other persons who are in possession of a document issued on the authority of the Commander-in-Chief of the Zone exempting them from registration.

6. All persons mentioned in paragraph 5 above who cease to fall within categories (a)-(f) shall provide themselves with identity cards within seven days of their ceasing to be exempt.

## ARTICLE III

### Regulations and Instructions

7. The German Registration and Planning Organisation (Planungsbehörde für Registrierung und Bestandsaufnahme der Bevölkerung) may issue regulations in pursuance of I.A. & C. Division Military Government Instruction No. 18 dated 15th November 1945, for carrying this Ordinance into effect.

8. The Local Registration Authorities shall, within the scope of such regulations, issue such instructions as are necessary for the issue and replacement of Identity Cards.

der Britischen Zone wohnhaft sind, bis zum 30. September 1946 im Besitz eines Personal-Ausweises, der von der zuständigen deutschen Behörde ausgestellt ist, sein. Die Form des Ausweises ist in dem ersten Anhang zu dieser Verordnung zu finden;

- b) Eltern oder Vormünder oder andere verantwortliche Personen für Personen unter 15 Jahren (im Nachfolgenden als „Kinder“ bezeichnet) bis zu dem in Ziffer a) genannten Termin einen auf den Namen des Kindes ausgestellten Personal-Ausweis beschaffen.

Dieser Ausweis ist von den zuständigen deutschen Behörden auszustellen. Die Form des Ausweises ist in dem zweiten Anhang zu dieser Verordnung zu finden.

- c) Jedes Kind für das ein Personal-Ausweis gemäß Ziffer b) dieses Paragraphen ausgegeben ist, hat sich binnen sieben Tagen nach Vollendung des fünfzehnten Lebensjahres persönlich mit seinem Personal-Ausweis bei der zuständigen deutschen Behörde zu melden und den genannten Ausweis gegen einen Personal-Ausweis, wie er in dem ersten Anhang zu dieser Verordnung zu finden ist, einzutauschen.

2. Für die Zwecke dieser Verordnung gilt als in der Britischen Zone wohnhaft, wer sich gemäß den Bestimmungen der Verordnung über das Meldewesen (Reichsmeldeordnung) vom 6. Januar 1938 (RGBl. I, S. 13), abgeändert durch die Verordnung über zusätzliche Bestimmungen zur Reichsmeldeordnung vom 6. September 1939 (RGBl. I, S. 1688), bei den Meldebehörden zu melden hat.

3. Wer nach Inkrafttreten dieser Verordnung seinen Wohnsitz in der Britischen Zone nimmt, hat sich zu dem Zeitpunkt, an dem er sich bei den deutschen Meldebehörden gemäß den in § 2 bezeichneten Vorschriften des deutschen Rechts meldet, einen Personalausweis zu verschaffen.

4. Die Ausgabe der Personalausweise ist mit Ausnahme der Bestimmungen in § 15 Art. VI gebührenfrei.

## ARTIKEL II

### Ausnahmen

5. Die folgenden Personen fallen nicht unter die Vorschriften dieser Verordnung:

- a) nichtdeutsche Zivilisten, die im Besitz von Personalausweisen sind, die von alliierten Kontrollbehörden oder von alliierten Streitkräften ausgegeben sind und Gültigkeit für eine der Besatzungszonen haben;
- b) verschleppte Personen und Personen, die sich ehemals in deutscher Kriegsgefangenschaft befanden, die im Besitz eines Ausweises für verschleppte Personen sind und bei einer Sammelstelle für verschleppte Personen registriert sind;
- c) Kriegsgefangene in Gewahrsam der britischen Besatzungsmacht und Angehörige der Dienstgruppen, die im Auftrage der britischen Besatzungsmacht arbeiten;
- d) Zivilinternierte, die in Lagern der Militärregierung in Gewahrsam gehalten werden;
- e) deutsche Zivilisten aus anderen Zonen Deutschlands, die im Besitz eines in ihrer Zone gültigen Personalausweises sind, wo sie ihren Wohnsitz haben und von der Meldung auf Grund einer Anordnung der Militärregierung befreit sind;
- f) alle sonstigen Personen, die im Besitz einer im Auftrag des Oberbefehlshabers der Zone ausgegebenen Urkunde sind, das sie von der Meldung befreit.

6. Wer aufhört einer der in § 5(a) bis (f) aufgeführten Kategorien anzugehören und nicht mehr unter die Ausnahmegesetzvorschrift fällt, muß sich binnen sieben Tagen einen Personalausweis beschaffen.

## ARTIKEL III

### Anordnungen und Anweisungen

7. Die deutsche Planungsbehörde zur Registrierung und Bestandsaufnahme der Bevölkerung kann gemäß Instruktion Nr. 18 der I.A. und C. Division der Militärregierung vom 15. November 1945 Anordnungen zur Ausführung dieser Verordnung erlassen.

8. Die örtlichen Meldebehörden haben im Rahmen derartiger Anordnungen Anweisungen zu erlassen, die für die Ausgabe und den Ersatz von Personalausweisen notwendig sind.



#### ARTICLE IV

##### Validity of Identity Cards

9. No identity card shall be valid which contains any additions (other than those authorised by Article 5 paragraph 11 sub-paragraph (b) (i) and (ii) hereof) deletions or alterations or from which the signature, in the space provided, of the holder, or in the case of a child, of his parent or guardian, or any other required particular has been omitted.

#### ARTICLE V

##### Production of Identity Cards

10. On and after 1st October 1946 the identity card shall be carried at all times by the holder provided that the child's identity card need not be carried but shall be retained by the parent or guardian who is responsible for its safe custody and shall be made available for inspection when required.

11. The identity card shall be produced:-

- (a) on demand to any member of the Forces of Occupation or Control Commission for Germany, any members of the Civil Police, any Registration Authority or such other officials as may be authorised by the Local German Authorities acting in the course of their official duty, and
- (b) on the following specific occasions:-
  - (i) for the addition of a change of address when registering arrival at the Local Registration Office;
  - (ii) for endorsement for special purposes when so required;
  - (iii) when presenting an external message for transmission at a Telegraph Office of the Reichspost;
  - (iv) when obtaining lodgings in an hotel or boarding house.

12. The identity card number to be quoted when required shall be the three letters shown on the identity card under "Kennbuchstaben der ausstellenden Behörde" followed by the letters and figures under "Laufende Nummer".

#### ARTICLE VI

##### Loss and Replacement of Identity Cards

13. Any person who loses by theft, destruction, neglect or by any other cause his identity card or that of a child for whom he is responsible, shall immediately report such loss to the nearest Registration Office.

14. Any person obtaining possession, by finding or other means, of an identity card of which he is not the holder shall return it immediately to the nearest Registration Office.

15. An identity card in replacement of a previous issue will be obtained from the Local Registration Office:

- (a) without fee —
  - (i) on a change of name by marriage or other legal process;
  - (ii) on change of address if all the spaces provided for the insertion of such changes have been filled;
  - (iii) if the card issued contains a mistake of an essential particular entered thereon;
  - (iv) when it is so worn as to render essential particulars illegible if such wear is not caused by the negligence of the holder;
  - (v) when lost, by theft or other cause, if such loss is not due to the negligence of the holder; and
- (b) in all other cases on payment of a sum not exceeding RM. 2.

#### ARTIKEL IV

##### Gültigkeit der Personalausweise

9. Kein Personalausweis hat Gültigkeit, wenn er irgendwelche Zusätze (ausgenommen die gem. Art. V § 11 Ziff. b (i) und (ii)) Streichungen oder Änderungen enthält oder wenn die Unterschrift des Inhabers oder im Falle eines Kinder ausweises die Unterschrift der Eltern oder Vormünder oder anderer Einzelheiten in der vorgesehenen Spalte fehlen.

#### ARTIKEL V

##### Vorzeigen der Personalausweise

10. Ab 1. Oktober 1946 haben die Inhaber von Personalausweisen diesen jederzeit bei sich zu tragen. Kinder brauchen ihren Ausweis nicht mit sich zu tragen, derselbe soll von den Eltern oder Vormündern in sicherem Gewahrsam gehalten werden und jederzeit für eine Prüfung bereit liegen.

11. Der Personalausweis muß vorgezeigt werden:

- a) auf Verlangen jedem Mitglied der Besatzungsmacht oder der Kontrollkommission für Deutschland, jedem Mitglied der zivilen Polizei, jeder Meldebehörde oder sonstige Beamten, die im Auftrage der örtlichen deutschen Behörde ihr Amt ausüben;
- b) bei folgenden Gelegenheiten:
  - I. zur Eintragung eines Wohnungswechsels, wenn der Zuzug bei der örtlichen Meldebehörde gemeldet wird,
  - II. wenn erforderlich, für die Eintragung besonderer Vermerke,
  - III. bei der Aufgabe eines Auslandstelegramms zur Beförderung durch ein Telegraphenamt der Reichspost,
  - IV. bei Quartiernahme in einem Hotel oder in einer Pension.

12. Wenn die Angabe der Nummer des Personalausweises erfordert wird, sind die drei Buchstaben, die auf dem Ausweis als „Kennbuchstaben der ausstellenden Behörde“ bezeichnet sind, sowie die Buchstaben und Ziffern unter „laufender Nummer“ anzugeben.

#### ARTIKEL VI

##### Verlust und Ersatz von Personalausweisen

13. Wer seinen Ausweis oder den Ausweis eines Kindes, für das er verantwortlich ist, durch Diebstahl, Vernichtung, Fahrlässigkeit oder aus anderen Gründen verliert, hat diesen Verlust sofort der nächsten Meldebehörde anzuzeigen.

14. Wer einen Ausweis findet oder auf andere Weise in den Besitz eines Ausweises gelangt, dessen Inhaber er nicht ist, hat den Ausweis sofort der nächsten Meldebehörde zu übergeben.

15. Von der örtlichen Meldebehörde kann ein Ausweis ersetzt werden:

- a) ohne Gebühren
  - I. bei Namenswechsel durch Heirat oder durch ein anderes gesetzliches Verfahren;
  - II. wenn durch häufigen Wohnungswechsel die in dem Ausweis vorgesehenen Spalten vollkommen ausgefüllt sind;
  - III. wenn der ausgegebene Personalausweis Unrichtigkeiten bezüglich einer der wesentlichen Eintragungen enthält;
  - IV. wenn der Ausweis so abgetragen ist, daß wichtige Angaben unleserlich sind und diese Abnutzung nicht durch Nachlässigkeit des Inhabers verursacht ist;
  - V. bei Verlust durch Diebstahl oder aus anderen Gründen, wenn dieser Verlust nicht auf Fahrlässigkeit des Inhabers zurückzuführen ist und
- b) gegen Zahlung einer Gebühr von höchstens RM. 2,— in allen anderen Fällen.

## ARTICLE VII

### Death of Holder

16. In the case of the death of the holder, the next of kin or other person registering such death, shall return the identity card of the deceased to the Registration Office of the last address registered on the card.

## ARTICLE VIII

### Other Documents of Identity

17. No document of identity other than the identity card issued in pursuance of this Ordinance will be recognised unless supported by such identity card.

## ARTICLE IX

### Offences

18. Any person who:-

- (a) fails to keep in safe custody any identity cards officially entrusted to him for that purpose;
- (b) issues an identity card to any person not included on the registers of the Local Registration Authority or to any person who is otherwise known not be entitled to such issue;
- (c) issues an identity card knowing any particular contained therein to be false;
- (d) issues an identity card to which an alteration, deletion or addition, other than as authorised by this Ordinance or any regulation made thereunder, has been made;
- (e) makes use of an identity card not issued to him;
- (f) falsely represents himself to be the person named on an identity card;
- (g) defaces or alters an identity card otherwise than by the addition of his signature in the space provided;
- (h) fails to take reasonable care of an identity card of which he is the holder;
- (i) fails to present his identity card for alteration on change of address or for endorsement when the same is required;
- (j) provides board or lodging to any person, other than one exempted under Article II of this Ordinance, without first inspecting the identity card of such person;
- (k) gives false information for the purpose of registration in any matter relating to an identity card;
- (l) allows an identity card of which he is the holder to be used by any other person;
- (m) forges an identity card;
- (n) has in his possession a document so closely resembling an identity card as to be calculated to deceive;

or who contravenes or fails to comply with any provision of this Ordinance or of any Regulation or Instruction made thereunder shall, upon conviction by a Military Government Court, suffer such penalty (other than death) as the Court may determine.

19. German Courts shall have concurrent jurisdiction to try offences against this Ordinance.

## ARTICLE X

### Definition

20. The term "holder" as used in this Ordinance means a person to whom an identity card has been issued either in his own name or in the name of a child for whom he is responsible.

## ARTIKEL VII

### Tod des Inhabers

16. Stirbt der Inhaber eines Ausweises, so hat der nächste Verwandte des Toten oder eine sonstige Person, die den Todesfall meldet, den Personalausweis des Toten der Meldebehörde des letzten auf dem Ausweis verzeichneten Wohnsitzes zurückzugeben.

## ARTIKEL VIII

### Andere Personalausweise

17. Personalausweise, die nicht auf Grund dieser Verordnung ausgegeben sind, haben nur Gültigkeit, wenn sie zusammen mit einem auf Grund dieser Verordnung ausgestellten Personalausweis vorgezeigt werden.

## ARTIKEL IX

### Vergehen

- a) Wer es unterläßt, einen ihm amtlich anvertrauten Personalausweis in sicherer Verwahrung zu halten;
- b) wer einen Personalausweis an Personen ausgibt, die nicht im Melderegister der amtlichen Meldebehörden geführt sind oder an Personen, von denen er weiß, daß sie kein Anrecht auf die Ausstellung eines Personalausweises haben;
- c) wer Personalausweise ausgibt mit dem Wissen, daß eine darin enthaltene Angabe falsch ist;
- d) wer einen Personalausweis ausgibt, in dem Änderungen, Streichungen oder Zusätze — außer den auf Grund dieser Verordnung oder einer Anordnung zu dieser Verordnung gestatteten — gemacht sind;
- e) wer einen Personalausweis benutzt, obwohl er nicht der berechnete Inhaber ist;
- f) wer sich fälschlicherweise als die in einem Personalausweis genannte Person ausgibt;
- g) wer einen Ausweis fälscht oder abändert (die Hinzusetzung seiner Unterschrift in der vorgeschriebenen Spalte ausgenommen);
- h) wer seinen eigenen Personalausweis nicht mit der notwendigen Sorgfalt behandelt;
- i) wer es unterläßt, seinen Personalausweis zur Eintragung der Änderung seiner Adresse oder anderer erforderlicher Eintragungen vorzulegen;
- j) wer jemanden in Pension oder in Quartier — mit Ausnahme der in Artikel II dieser Verordnung genannten — ohne den Personalausweis eingesehen zu haben, aufnimmt;
- k) wer falsche Angaben macht bei der Meldung in Dingen, die einen Personalausweis betreffen;
- l) wer einer dritten Person den eigenen Ausweis zur Benutzung überläßt;
- m) wer einen Ausweis nachmacht;
- n) wer eine Urkunde bei sich führt, die einem Personalausweis so ähnelt, daß sie für Täuschungszwecke berechnet erscheint,

oder wer gegen die Bestimmungen dieser Verordnung oder einer Anordnung oder einer Anweisung — erlassen auf Grund der Verordnung — verstößt oder ihr nachzukommen unterläßt, wird nach Schuldigsprechung durch ein Gericht der Militärregierung mit einer von dem Gericht zu bestimmenden Strafe (mit Ausnahme der Todesstrafe) bestraft.

19. Deutsche Gerichte haben gleichfalls Gerichtsbarkeit in Sachen betreffend Vergehen gegen diese Verordnung.

## ARTIKEL X

### Erklärung

20. „Inhaber“ im Sinne dieser Verordnung sind Personen, denen ein Personalausweis, sei es auf ihren eigenen Namen oder auf den Namen eines Kindes, für das sie verantwortlich sind, erteilt ist.



# ARTICLE XI

## Repeals

21. Paragraph 25 of Article II of Military Government Ordinance No. 1 and the Military Government Notice entitled "Carrying of Identity Card:" (Military Government Gazette No. 5 Page 71) are hereby repealed with effect from 1st October 1946.

# ARTIKEL XI

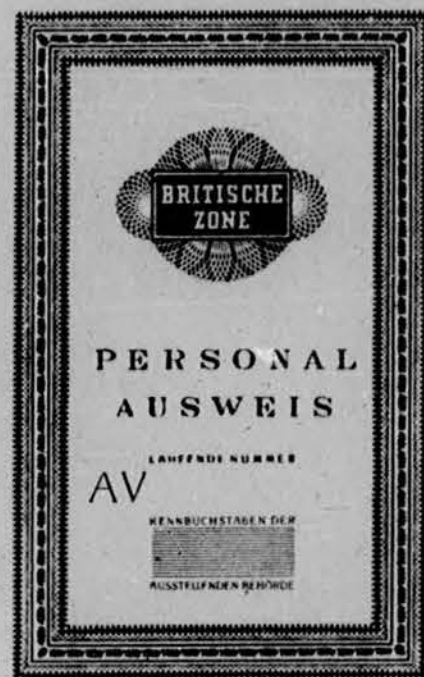
## Außerkraftsetzung

21. § 25 des Artikels II der Verordnung Nr. 1 der Militärregierung und die Bekanntmachung der Militärregierung „Tragen der Ausweiskarte“ (Amtsblatt der Mil. Reg. Nr. 5 S. 71) werden mit Wirkung vom 1. Oktober 1946 außer Kraft gesetzt.

### Raum für amtliche Eintragungen

### Zur Beachtung!

1. Der Inhaber hat diesen Ausweis jederzeit bei sich zu tragen und auf Verlangen alliierter oder deutscher Dienststellen und ihrer Beauftragten sowie sonstiger dazu berechtigter Personen vorzuzeigen.
2. Der Inhaber ist für diesen Ausweis verantwortlich und darf ihn niemand anderem überlassen. Verlust, Vernichtung, Beschädigung oder Unkenntlichwerden des Ausweises ist umgehend der zuständigen Meldebehörde anzuzeigen.
3. Wer einen verlorenen Ausweis findet oder einen Ausweis besitzt, der nicht ihm selbst oder einer seiner Obhut unterstehenden Person gehört, hat ihn bei einer Meldebehörde oder einer Polizeibehörde abzuliefern.
4. Jeder Verstoß gegen diese Vorschriften ist strafbar.



PSS.1487. K.A.D.

### THE FIRST SCHEDULE

(Form of Personal Ausweis for Adults)

### Erster Anhang

(Form des Personal-Ausweises für Erwachsene)

Familienname			Stempel der Ausgabebehörde	Unterschrift des Inhabers
Vorname				
Geburtsort				
Geburtsdatum	Geschlecht			
Wohnort und Wohnung				

Stempel der Meldebehörde		Stempel der Meldebehörde		Stempel der Meldebehörde	
Zugezogen in (Wohnort und Wohnung)		Zugezogen in (Wohnort und Wohnung)		Zugezogen in (Wohnort und Wohnung)	

Stempel der Meldebehörde		Stempel der Meldebehörde		Stempel der Meldebehörde	
Zugezogen in (Wohnort und Wohnung)		Zugezogen in (Wohnort und Wohnung)		Zugezogen in (Wohnort und Wohnung)	

LAUFENDE NR.


# PERSONAL AUSWEIS

BRITISCHE ZONE

**FÜR PERSONEN UNTER 15 JAHREN**

**Zur Beachtung!** Eltern, Vormünder oder andere sorgepflichtige Personen haben mit ihrem Namen in der obersten freien Spalte zu unterschreiben.

Die sorgepflichtigen Personen sind für die sichere Aufbewahrung und, falls verlangt, Vorzeigung dieses Ausweises solange verantwortlich, bis das Kind 15 Jahre alt ist.

Die sorgepflichtigen Personen sind dafür verantwortlich, daß jede Änderung der Anschrift der Person, für die der Ausweis ausgestellt ist, gemeldet wird.

Die Person, für die dieser Ausweis ausgestellt ist, hat innerhalb von sieben Tagen nach ihrem 15. Geburtstag den Ausweis bei der Meldebehörde zwecks Ausstellung eines neuen Ausweises vorzulegen.

**THE SECOND SCHEDULE**  
(Form of Personal Ausweis for Children)

**Zweiter Anhang**  
(Form des Personal-Ausweises für Kinder)

UNBEFUGTE EINTRAGUNGEN SOWIE ANDERUNGEN, ANBRINGEN VON ZEICHEN ODER RASUREN WERDEN MIT GELDSTRAFE ODER GFFANGNIS ODER MIT BEIDEN BESTRAFT.

FAMILIENNAME		GESCHLECHT	
VORNAMEN			
WOHNORT UND WOHNUNG		<div>Stempel der Ausgabe- behörde</div>	
DIESER AUSWEIS IST NUR BIS ZUM			
19		GÜLTIG	
ZUGEZOGEN IN (WOHNORT UND WOHNUNG)		<div>Stempel der Meldebehörde</div>	
ZUGEZOGEN IN (WOHNORT UND WOHNUNG)		<div>Stempel der Meldebehörde</div>	
ZUGEZOGEN IN (WOHNORT UND WOHNUNG)		<div>Stempel der Meldebehörde</div>	

**ARTICLE XII**  
**Effective Date**

22. This Ordinance shall come into effect on 30th Sept., 1946.  
BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT

## ARTIKEL XII

ARTIKEL XII  
Tag des Inkrafttretens  
22. Diese Verordnung tritt am 30. September 1946 in Kraft.  
IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG



## ORDINANCE No. 54

### Compulsory Direction to Work

In order that labour is available for work of special urgency and importance,

IT IS HEREBY ORDERED AS FOLLOWS:—

#### ARTICLE I

##### Application of Ordinance

1. This Ordinance applies to all persons who are required to register at local Labour Offices (Arbeitsämter) under the terms of Control Council Order No. 3.

#### ARTICLE II

##### Issue of Directions by Labour Offices

2. Any persons subject to the provisions of this Ordinance may by direction of the Local Office (Arbeitsamt) be required:—

- (a) to take up new work; or
- (b) to continue in his present work.

#### ARTICLE III

##### Regulations

3. Subject to the approval of Military Government, Presidents of the Landesarbeitsämter are authorised to issue such regulations under this Ordinance as are necessary:—

- (a) for defining the circumstances in which and the periods for which directions may be issued by Local Labour Offices (Arbeitsämter);
- (b) for the preservation or dissolution of the work contracts of persons already in employment who are required to take up new work; or
- (c) to provide for the right of appeal to and the hearing of appeals by committees to be set up under Article IV of this Ordinance.

#### ARTICLE IV

##### Appeals

4. In accordance with instructions issued by Military Government, Presidents of Landesarbeitsämter shall set up Committees composed of representatives of both workers and employers to whom appeals may be made by any person to whom a direction has been issued pursuant to Article II hereof if aggrieved:

- (a) by reason that such direction is not in accordance with any regulation made pursuant to Article III paragraph 3 sub-paragraph (a) hereof; or
- (b) by the application in his case of any regulation made pursuant to Article III paragraph 3 sub-paragraph (b) hereof.

#### ARTICLE V

##### Prosecutions

5. Prosecutions in respect of any contravention of the provisions of this Ordinance or of any regulation made thereunder may be instituted by the Manager of Local Labour Offices (Arbeitsämter).

#### ARTICLE VI

##### Penalties

6. Any person who contravenes any of the provisions of this Ordinance or of the regulations made thereunder or who

## VERORDNUNG Nr. 54

### Dienstverpflichtung

Um Arbeitskräfte für Aufgaben von besonderer Dringlichkeit und Wichtigkeit verfügbar zu machen, wird hiermit folgendes verordnet:

#### ARTIKEL I

##### Geltungsbereich der Verordnung

1. Diese Verordnung findet Anwendung auf alle Personen, die nach den Bestimmungen des Befehls Nr. 3 des Kontrollrates zur Registrierung bei den örtlichen Arbeitsämtern verpflichtet sind.

#### ARTIKEL II

##### Dienstverpflichtungen durch die Arbeitsämter

2. Jedermann, der den Bestimmungen dieser Verordnung unterliegt, kann durch Anordnung des örtlichen Arbeitsamtes gezwungen werden:

- a) eine neue Beschäftigung aufzunehmen, oder
- b) seine gegenwärtige Beschäftigung fortzusetzen.

#### ARTIKEL III

##### Ausführungsbestimmungen

3. Vorbehaltlich der Zustimmung der Militärregierung sind die Präsidenten der Landesarbeitsämter ermächtigt, Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung herauszugeben, soweit sie notwendig sind

- a) die Voraussetzungen zu bestimmen, unter denen und die Zeiträume, für die Dienstverpflichtungen durch die örtlichen Arbeitsämter ausgesprochen werden können;
- b) um die Arbeitsverhältnisse der bereits in Beschäftigung stehenden Personen fortzusetzen oder aufzulösen, soweit sie zur Aufnahme einer neuen Beschäftigung gezwungen werden; oder
- c) um das Recht der Berufung und das Berufungsverfahren bei den Ausschüssen zu bestimmen, die nach Art. IV dieser Verordnung eingerichtet werden.

#### ARTIKEL IV

##### Berufungen

4. In Übereinstimmung mit den von der Militärregierung herausgegebenen Anweisungen müssen die Präsidenten der Landesarbeitsämter Ausschüsse aus Vertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber einsetzen. Bei diesen Ausschüssen kann jedermann Berufung einlegen, dem eine Dienstverpflichtung nach Art. II dieser Verordnung auferlegt wurde, wenn er sich dadurch benachteiligt fühlt:

- a) daß diese Dienstverpflichtung nicht in Übereinstimmung mit dem Art. III Abs. 3a) steht; oder
- b) daß die Anwendung einer Bestimmung nach Art. III Abs. 3b) in seinem Fall erfolgte.

#### ARTIKEL V

##### Strafgerichtliche Verfolgung

5. Anträge auf strafgerichtliche Verfolgung wegen Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung oder eine auf ihrer Grundlage erlassene Bestimmung sind durch den Leiter des örtlichen Arbeitsamtes zu stellen.

#### ARTIKEL VI

##### Strafbestimmungen

6. Wer einer Bestimmung dieser Verordnung oder einer auf ihrer Grundlage erlassenen Anweisung zuwiderhandelt oder

disobeys a direction to work shall, upon conviction by a Military Government Court or by a German Court be punished:—

- (a) in the case of persons disobeying a Direction by a fine not exceeding 1,000 R.M. or by imprisonment for a term not exceeding three months or both such fine and imprisonment;
- (b) in the case of all other contraventions by a fine not exceeding 500 R.M. or by imprisonment for a term not exceeding two months or by both such fine and imprisonment.

#### ARTICLE VII

##### Conflicting Laws

7. All German legislation inconsistent with the provisions of this Ordinance or any regulation made thereunder is hereby superseded.

#### ARTICLE VIII

##### Effective Date

8. This Ordinance shall come into force on the 22 October 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

wer einer Dienstverpflichtung nicht Folge leistet, wird nach Verurteilung durch ein Militärgericht oder ein deutsches Gericht bestraft:

- a) Bei Nichtbeachtung einer Dienstverpflichtung mit einer Geldstrafe bis zu RM. 1000,— oder Gefängnis bis zu drei Monaten oder sowohl mit Geldstrafe als auch Gefängnis;
- b) bei allen anderen Zuwiderhandlungen mit einer Geldstrafe bis zu RM. 500,— oder Gefängnis bis zu zwei Monaten oder sowohl mit Geldstrafe als auch Gefängnis.

#### ARTIKEL VII

##### Entgegenstehende Bestimmungen

7. Alle Bestimmungen des deutschen Rechtes, die mit dieser Verordnung oder einer auf ihrer Grundlage erlassenen Anweisung nicht übereinstimmen, treten hiermit außer Kraft.

#### ARTIKEL VIII

##### Inkrafttreten

8. Diese Verordnung tritt am 22. Oktober 1946 in Kraft.

IN AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.



### PART III

MILITARY GOVERNMENT NOTICES, REGULATIONS ETC.  
APPLICABLE TO THE WHOLE OF THE BRITISH ZONE

## GENERAL ORDER No. 8

Pursuant to Military Government Law No. 52 —  
Blocking and Control of Property

In Pursuance of paragraph 4(b) (i) of Article III of  
Military Government Law No. 52: IT IS HEREBY ORDERED  
AS FOLLOWS:

1. This General Order supplements the provisions of  
General Order No. 4 (issued pursuant to Military Government  
Law No. 52) and relates to all property within the occupied  
territory owned or controlled, directly or indirectly, in whole  
or in part, by any of the following, namely:

- (a) Any person or organization, which, at any time since  
1st December 1945, has fallen within any of the  
categories specified in Article I of General Order No. 4  
and remains on the date hereof within any of such  
categories;
- (b) Any person or any organization, which at any time  
after the date hereof, falls within any of the categories  
specified in Article I of General Order No. 4.

2. All persons, who own or have possession, custody or  
control of any of the property to which this General Order  
relates, or who are under any legal obligation to transfer  
or deliver any property to any person or organization  
referred to in paragraph 1 above, shall on or before 30th day  
of October 1946 or within one calendar month from the date  
on which such property or such person or organization falls  
within the provisions of this General Order (whichever date  
is the later) file with the Reichsbank, or with any other  
bank for forwarding to the Reichsbank, a report in triplicate  
on Military Government Finance Section Form No. MGAF (I)  
in respect of such property. Copies of this form may be  
obtained from any branch of the Reichsbank.

3. The provisions of paragraphs 3 and 4 of Article II and  
of Articles III and IV of General Order No. 4 shall be  
deemed to be incorporated in this General Order.

4. The date of this General Order is 28th September 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

### NOTICE

#### Surrender of Prohibited Frontier Zone Permits (Law No. 161)

1. Every person in possession of a Permit to enter the  
Prohibited Frontier Zone shall, on the expiry of the validity  
of such Permit, or on leaving the said Zone, whichever shall  
first happen, surrender such Permit to an official of the  
Customs Frontier Protection Service (Zollgrenzschutz).

2. Every person in possession of a Permit to reside in the  
Prohibited Frontier Zone, shall, on ceasing to reside in the  
said Zone, surrender such permit to an official of the Zoll-  
grenzschutz.

3. Every person in possession of a Military Frontier  
(Frontalier) Pass (Form 225) shall on expiry of its validity  
surrender such pass to the nearest British Passport Officer  
or his representative.

### TEIL III

BEKANNTMACHUNGEN, VERFUGUNGEN USW.  
DER MILITARREGIERUNG, DIE IM GANZEN BRITISCHEN  
KONTROLLGEBIET GELTUNG HABEN

## ALLGEMEINE VERFÜGUNG Nr. 8

zur Ausführung des Gesetzes Nr. 52 der Militär-  
regierung — Sperre und Kontrolle von Vermögen

Gemäß Art. III, Abs. 4(b) (i) des Gesetzes Nr. 52 der  
Militärregierung wird hiermit folgendes verordnet:

1. Diese Allgemeine Verfügung ergänzt die Bestimmungen  
der Allgemeinen Verfügung Nr. 4 (zur Ergänzung des Gesetzes  
Nr. 52 der Militärregierung) und findet Anwendung auf  
Vermögen innerhalb des besetzten Gebietes, welches unmittel-  
bar oder mittelbar, ganz oder teilweise, im Eigentum oder  
unter der Kontrolle der folgenden Körperschaften und Personen  
steht:

- a) Einer Person oder Organisation, die zu irgendeinem  
Zeitpunkt seit dem 1. Dezember 1945 unter eine der in  
Art. I der Allgemeinen Verfügung Nr. 4 genannten  
Gruppen fiel und zum Zeitpunkt der Veröffentlichung  
dieser Allgemeinen Verfügung noch darunter fällt;
- b) einer Person oder Organisation, die zu irgendeinem  
Zeitpunkt nach Veröffentlichung dieser Allgemeinen Ver-  
fügung unter eine der in Art. I der Allgemeinen Ver-  
fügung Nr. 4 genannten Gruppen fallen wird.

2. Alle Personen, in deren Eigentum, Besitz, Gewahrsam  
oder Kontrolle sich Vermögen befindet, das von dieser Allge-  
meinen Verfügung betroffen wird, oder die rechtlich ver-  
pflichtet sind, Vermögen an eine der in Absatz 1 bezeich-  
neten Personen oder Organisationen herauszugeben oder zu  
übereignen, müssen dieses Vermögen am oder vor dem  
30. Oktober 1946 oder innerhalb eines Monats nach dem  
Zeitpunkt, an dem dieses Vermögen oder diese Person oder  
Organisation unter die Bestimmungen dieser Allgemeinen  
Verfügung fällt (der spätere Zeitpunkt ist maßgebend) bei  
der Reichsbank oder bei einer sonstigen Bank zwecks Über-  
mittlung an die Reichsbank in dreifacher Ausfertigung auf  
dem Formular MGAF (I) anmelden. Abdrucke dieses For-  
mulars sind bei jeder Zweigstelle der Reichsbank erhältlich.

3. Die Bestimmungen des Artikels II, Absatz 3 und 4 und  
der Artikel III und IV der Allgemeinen Verfügung Nr. 4  
werden Bestandteil dieser Allgemeinen Verfügung.

4. Diese Allgemeine Verfügung ist am 28. September 1946  
erlassen.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.

### BEKANNTMACHUNG

#### Rückgabe der Erlaubnisscheine für die verbotenen Grenzbezirke (Gesetz Nr. 161)

1. Wer im Besitz eines Erlaubnisscheines zum Betreten des  
verbotenen Grenzbezirkes ist, hat diesen Erlaubnisschein  
einem Beamten des Zollgrenzschutzes (Customs Frontier  
Protection Service) auszuhändigen, wenn er den Grenzbezirk  
verläßt oder die Gültigkeitsdauer des Erlaubnisscheines  
abläuft, wobei maßgebend ist, welcher dieser beiden Fälle  
zuerst eintritt.

2. Wer im Besitz eines Erlaubnisscheines zum Wohnen in  
dem verbotenen Grenzbezirk ist, hat bei Aufgabe seiner Woh-  
nung im Grenzbezirk diesen Erlaubnisschein einem Beamten  
des Zollgrenzschutzes auszuhändigen.

3. Wer im Besitz eines militärischen Grenz- (Frontalier-)  
Passes (Formular Nr. 225) ist, hat ihn bei Ablauf seiner  
Gültigkeitsdauer dem nächsten britischen Paßoffizier oder  
dessen Stellvertreter auszuhändigen.

4. Contraventions of any of the provisions of this Notice are punishable in a Military Government Court.

5. The date of this Notice is 24 October 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

4. Zuwiderhandlungen gegen Bestimmungen dieser Bekanntmachung werden von einem Militärgericht bestraft.

5. Diese Bekanntmachung trägt das Datum 24. Oktober 1946.

IM AUFTRAGE DER MILITÄRREGIERUNG.

## NOTICE

### Registration of Former Members of the German Armed Forces and Persons formerly employed in Civil Aviation

1. The time limited by paragraph 1 of the Military Government Notice entitled as above to register at any German Police Station, is hereby extended from 21st August 1946 to the 9th November 1946.

2. The date of this Notice is 20th September 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

## BEKANNTMACHUNG

### Registrierung früherer Mitglieder der deutschen Wehrmacht und der früher in der Zivil-Luftfahrt beschäftigten Personen

1. Die in § 1 der oben bezeichneten Bekanntmachung der Militärregierung für die Registrierung bei der Polizei-Dienststelle bestimmte Frist wird hiermit vom 21. August 1946 bis zum 9. November 1946 verlängert.

2. Diese Bekanntmachung trägt das Datum 20. September 1946.

IM AUFTRAGE DER MILITÄRREGIERUNG.



MILITARY GOVERNMENT GAZETTE  
**GERMANY**  
BRITISH ZONE OF CONTROL

---

AMTSBLATT DER MILITÄRREGIERUNG  
**DEUTSCHLAND**  
BRITISCHES KONTROLLGEBIET

---

No. 15

# CONTENTS

## PART I

### LEGISLATION OF THE CONTROL COUNCIL FOR GERMANY

Date		Page
5. 11. 46	LAW No. 37 -- Repeal of Certain Statutory Provisions Relating to Successions . . . . .	337
5. 12. 46	LAW No. 38 -- Amendment of Section 204 of the Code of Civil Procedure . . . . .	337
17. 1. 47	LAW No. 39 -- Distinguishing Flag to be worn by German and ex-German ships operating under Allied Control Authority . . . . .	338
20. 11. 46	AMENDMENT TO LAW No. 25 -- Control of Scientific Research . . . . .	340

## PART II

### MILITARY GOVERNMENT ORDINANCES APPLICABLE TO THE WHOLE OF THE BRITISH ZONE

1. 11. 46	ORDINANCE No. 55 -- Creation of Land Niedersachsen . . . . .	341
4. 11. 46	ORDINANCE No. 56 -- Restrictions on Dealings . . . . .	342
1. 12. 46	ORDINANCE No. 57 -- Powers of the Lander within the British Zone . . . . .	344
1. 12. 46	ORDINANCE No. 58 -- Zonal Budget Office . . . . .	347
1. 12. 46	ORDINANCE No. 59 -- Regulations of Budgets of Public Authorities . . . . .	348
1. 12. 46	ORDINANCE No. 60 -- Financial competence of Land Governments and abolition of Reich Grants . . . . .	353
1. 12. 46	ORDINANCE No. 61 -- Rules with regard to Kassen in the British Zone . . . . .	355
1. 12. 46	ORDINANCE No. 62 -- Establishment of a Zonal Rechnungshof . . . . .	356
1. 12. 46	ORDINANCE No. 63 -- Zonal Debt Administration . . . . .	357
30. 11. 46	ORDINANCE No. 64 -- Deportation . . . . .	359
31. 12. 46	ORDINANCE No. 65 -- Rhine Navigation Courts (German Courts) . . . . .	359
31. 12. 46	ORDINANCE No. 66 -- Military Government Rhine Navigation Courts . . . . .	360
1. 12. 46	ORDINANCE No. 67 -- Delegation of Powers to Land Ministries of Justice in the British Zone . . . . .	362
1. 1. 47	ORDINANCE No. 68 -- Control Commission Courts . . . . .	363

## PART III

### MILITARY GOVERNMENT NOTICES, REGULATIONS, ETC., APPLICABLE TO THE WHOLE OF THE BRITISH ZONE

1. 12. 46	REGULATION No. 1 -- Rationing of Gas and Electricity . . . . .	371
	(Amended 1)	
5. 11. 46	REGULATION No. 1 -- (Pursuant to Mil. Gov. Ordinance No. 31) Retirement of Councillors . . . . .	374
5. 11. 46	NAVIGATION ORDER No. 2 . . . . .	375
18. 11. 46	NOTICE -- Formation of Yacht Clubs in Germany . . . . .	376
2. 1. 47	Rules of Procedure of the Military Government Rhine Navigation Courts . . . . .	377

# INHALT

## TEIL I

### GESETZE USW. DES KONTROLLRATS IN DEUTSCHLAND

Tag		Seite
5. 11. 46	GESETZ Nr. 37 -- Aufhebung einiger gesetzlicher Bestimmungen auf dem Gebiet des Erbrechts . . . . .	337
5. 12. 46	GESETZ Nr. 38 -- Änderung des § 204 der Zivilprozeßordnung . . . . .	337
17. 1. 47	GESETZ Nr. 39 -- Erkennungsflagge, welche alle deutschen und ehemals deutschen Schiffe zu führen haben, die der Alliierten Kontrollbehörde unterstehen . . . . .	338
20. 11. 46	ÄNDERUNG DES GESETZES Nr. 25 -- Regelung und Überwachung der naturwissenschaftlichen Forschung . . . . .	340

## TEIL II

### VERORDNUNGEN DER MILITARREGIERUNG, DIE IM GANZEN BRITISCHEN KONTROLLGEBIET GELTUNG HABEN

1. 11. 46	VERORDNUNG Nr. 55 -- Bildung des Landes Niedersachsen . . . . .	341
4. 11. 46	VERORDNUNG Nr. 56 -- Handelsbeschränkungen . . . . .	342
1. 12. 46	VERORDNUNG Nr. 57 -- Befugnisse der Länder in der britischen Zone . . . . .	344
1. 12. 46	VERORDNUNG Nr. 58 -- Zonen-Haushaltsamt . . . . .	347
1. 12. 46	VERORDNUNG Nr. 59 -- Bestimmungen über Haushaltspläne der öffentlichen Körperschaften . . . . .	348
1. 12. 46	VERORDNUNG Nr. 60 -- Finanzielle Zuständigkeit der Länderregierungen und Einstellung von Reichszuschüssen . . . . .	353
1. 12. 46	VERORDNUNG Nr. 61 -- Kassenvorschriften in der britischen Zone . . . . .	355
1. 12. 46	VERORDNUNG Nr. 62 -- Errichtung eines Zonen-Rechnungshofes . . . . .	356
1. 12. 46	VERORDNUNG Nr. 63 -- Zonen-Schuldenverwaltung . . . . .	357
30. 11. 46	VERORDNUNG Nr. 64 -- Ausweisung . . . . .	359
31. 12. 46	VERORDNUNG Nr. 65 -- Rheinschiffahrtsgerichte (Deutsche Gerichte) . . . . .	359
31. 12. 46	VERORDNUNG Nr. 66 -- Rheinschiffahrtsgerichte der Militärregierung . . . . .	360
1. 12. 46	VERORDNUNG Nr. 67 -- Übertragung von Befugnissen auf die Justizministerien der Länder . . . . .	362
1. 1. 47	VERORDNUNG Nr. 68 -- Gerichte der Kontrollkommission . . . . .	363

## TEIL III

### BEKANNTMACHUNGEN, VERFUGUNGEN USW. DER MILITARREGIERUNG, DIE IM GANZEN BRITISCHEN KONTROLLGEBIET GELTUNG HABEN

1. 12. 46	ANORDNUNG Nr. 1 (abgeänderte Fassung 1) -- Rationierung von Gas und Elektrizität . . . . .	371
	ANWEISUNG Nr. 1 -- (Gem. Verordnung Nr. 31 der Militärregierung) Rücktritt von Vertretern . . . . .	374
5. 11. 46	SCHIFFFAHRTSBEFEHL Nr. 2 . . . . .	375
18. 11. 46	BEKANNTMACHUNG -- Bildung von Segelsportvereinen in Deutschland . . . . .	376
2. 1. 47	VERFAHRENSVORSCHRIFTEN des Rheinschiffahrtsgerichts der Militärregierung . . . . .	377



**PART I**  
**LEGISLATION OF THE CONTROL COUNCIL FOR GERMANY**

**CONTROL COUNCIL**

**LAW No. 37**

**Repeal of Certain Statutory Provisions Relating to Successions**

The Control Council enacts as follows:

**ARTICLE I**

The following statutory provisions are repealed:

- (a) Article 48 para 2 of the law of 31 July, 1938 relating to the making of wills and testamentary contracts (Gesetz über die Errichtung von Testamenten und Erbverträgen, RGBl. 1938, I, page 973).
- (b) The decree of 4 October, 1944 relating to the settlement of intestate succession in special cases (Erbregelungsverordnung, RGBl. 1944, I, page 242).
- (c) The decree of 4 October, 1944 relating to the carrying out of the decree concerning the settlement of intestate succession in special cases (Erbregelungsdurchführungsverordnung, RGBl. 1944, I, page 243).

**ARTICLE II**

This law shall apply to such successions as have not been finally settled (geregelt) at the date of its publication.

**ARTICLE III**

This law shall take effect on 5 November, 1946.

Done at Berlin on 30 October, 1946.

P. KOENIG, General d'Armee  
V. SOKOLOVSKY, Marshal of the Soviet Union  
JOSEPH T. McNARNEY, General  
SHOLTO DOUGLAS, Marshal of the Royal Air Force.

**CONTROL COUNCIL**

**LAW No. 38**

**Amendment of Section 204 of the Code of Civil Procedure**

The Control Council enacts as follows:

**ARTICLE I**

Paragraph 2 of Section 204 of the Code of Civil Procedure is amended to read as follows:

"Service by publication is carried out by posting at the bulletin board of the court the official certification to be served or a certified copy of the instrument to be served and, if the instrument contains a summons, by inserting an extract of the instrument in a periodical to be determined by the Allied Control Authority, or, until such determination is made, by the Zone Commander. The Court may, in its discretion, order that additional publications be made through the press, the radio, the town crier, or some other similar means."

**TEIL I**

**GESETZE USW. DES KONTROLLRATS IN DEUTSCHLAND**

**KONTROLLRAT**

**GESETZ Nr. 37**

**Aufhebung einiger gesetzlicher Bestimmungen auf dem Gebiet des Erbrechts**

Der Kontrollrat erläßt das folgende Gesetz:

**ARTIKEL I**

Folgende gesetzliche Vorschriften werden hiermit aufgehoben:

- a) § 48, Absatz 2 des Gesetzes über die Errichtung von Testamenten und Erbverträgen vom 31. Juli 1938 (RGBl. 1938 I, Seite 973).
- b) Verordnung vom 4. Oktober 1944 zur Regelung der gesetzlichen Erbfolge in besonderen Fällen (Erbregelungsverordnung, RGBl. 1944 I, Seite 242).
- c) Verordnung vom 4. Oktober 1944 zur Durchführung der Verordnung zur Regelung der gesetzlichen Erbfolge in besonderen Fällen (Erbregelungsdurchführungsverordnung, RGBl. 1944 I, Seite 243).

**ARTIKEL II**

Dieses Gesetz ist anwendbar auf Erbfälle, die bei Verkündung dieses Gesetzes noch nicht endgültig geregelt sind.

**ARTIKEL III**

Dieses Gesetz tritt am 5. November 1946 in Kraft.

Ausgefertigt in Berlin, am 30. Oktober 1946.

(Die in den drei offiziellen Sprachen abgefaßten Originaltexte dieses Gesetzes sind von P. Koenig, General der Armee, V. Sokolowsky, Marschall der Sowjetunion, Joseph T. McNarney, General, Sholto Douglas, Marschall der Royal Air Force, unterzeichnet.)

**KONTROLLRAT**

**GESETZ Nr. 38**

**Änderung des § 204 der Zivilprozeßordnung**

Der Kontrollrat erläßt das folgende Gesetz:

**ARTIKEL I**

Absatz II des § 204 der Zivilprozeßordnung erhält die folgende Fassung:

"Die öffentliche Zustellung erfolgt durch Anheftung der Ausfertigung oder einer beglaubigten Abschrift des zuzustellenden Schriftstücks an die Gerichtstafel. Enthält das Schriftstück eine Ladung, so ist außerdem ein Auszug dieses Schriftstücks in ein Mitteilungsblatt einzurücken, das von der Alliierten Kontrollbehörde zu bezeichnen oder bis zu einer solchen Bezeichnung von dem Zonenbefehlshaber zu bestimmen ist. Das Gericht kann anordnen, daß zusätzliche Veröffentlichungen in der Presse, über den Rundfunk, durch den öffentlichen Ausruf oder auf einem anderen entsprechenden Wege zu erfolgen haben."

## ARTICLE II

Paragraph 3 of Section 204 of the Code of Civil Procedure is repealed.

## ARTICLE III

Wherever, by the terms of a provision contained in any enactment, publication in the Deutsche Reichsanzeiger is required or provided for, publication shall be effected by insertion in a periodical to be determined by the Allied Control Authority or, until such determination is made, by the Zone Commander.

## ARTICLE IV

The power to be exercised under this Law by the Zone Commander will be exercised in Berlin by the Allied Kommandatura.

## ARTICLE V

Every publication which has been carried out between 1 May, 1945 and the effective date of this Law in a form admitted by Military Government or deemed by the competent court to be sufficient under the circumstances then existing shall have the same effect as if it had been published in the Deutsche Reichsanzeiger.

## ARTICLE VI

This Law shall come into force on 5 December, 1946.

DONE AT BERLIN ON 30 October, 1946.

P. KOENIG, General de Corps d'Armée  
V. SOKOLOVSKY, Marshal of the Soviet Union  
JOSEPH T. McNARNEY, General  
SHOLTO DOUGLAS, Marshal of the Royal Air Force

## ARTIKEL II

Absatz 3 des § 204 der Zivilprozeßordnung wird aufgehoben.

## ARTIKEL III

In allen Fällen, in denen nach den Bestimmungen einer gesetzlichen Vorschrift die Veröffentlichung in dem Deutschen Reichsanzeiger erforderlich oder vorgesehen ist, ist diese Veröffentlichung durch Einrückung in ein Mitteilungsblatt zu bewirken, das von der Alliierten Kontrollbehörde zu bezeichnen und bis zu einer solchen Bezeichnung von dem Zonenbefehlshaber zu bestimmen ist.

## ARTIKEL IV

Die den Zonenbefehlshabern auf Grund dieses Gesetzes zustehende Befugnis wird in Berlin von der Alliierten Kommandatur ausgeübt.

## ARTIKEL V

Jede Veröffentlichung, die zwischen dem 1. Mai 1945 und dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in einer von der Militärregierung zugelassenen Form erfolgt ist oder die von dem zuständigen Gericht als unter den obwaltenden Umständen für ausreichend erachtet wurde, hat die gleichen Rechtswirkungen, wie wenn die Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger erfolgt wäre.

## ARTIKEL VI

Dieses Gesetz tritt am 5. Dezember 1946 in Kraft.

Ausgefertigt in Berlin, am 30. Oktober 1946.

(Die in den drei offiziellen Sprachen abgefaßten Originaltexte dieses Gesetzes sind von P. Koenig, General der Armee, V. Sokolowsky, Marschall der Sowjetunion, Joseph T. McNarney, General, Sholto Douglas, Marschall der Royal Air Force, unterzeichnet.)

## CONTROL COUNCIL

# LAW No. 39

### Distinguishing Flag to be Worn by German and Ex-German Ships Operating Under Allied Control Authority

The Control Council Enacts as follows:—

## ARTICLE I

1. In all cases, except as provided in Article III, every German or ex-German vessel operating under the Allied Control Authority shall at all times wear the Allied Control Authority distinguishing flag which shall consist of International Flag "C" with a triangle cut from the fly, as shown in the Schedule hereto. (Appendix "A".)

2. This flag shall be worn at the masthead, or in cases of vessels that have no masthead, at the place prescribed by usage or custom; it shall be worn continuously day and night and shall be treated as a distinguishing flag.

3. No ceremonial shall be accorded this flag which shall not be dipped in salute to warships or merchant ships of any nationality.

4. No other distinguishing flag shall be worn by any vessel covered by paragraph 1 of this Article.

## ARTICLE II

The provisions of this Law shall not apply to requisitioned craft which are operated by or under the direct control of one of the Occupying Powers.

## ARTICLE III

Craft operating on inland waterways may, as an alternative to wearing the Allied Control Authority flag as prescribed in paragraph 2 of Article I, have the colours of this flag painted on both sides of the craft as a distinguishing mark. Zone Commanders may, however, provide that inland water-

## KONTROLLRAT

# GESETZ Nr. 39

### Erkennungsflagge, welche alle deutschen und ehemals deutschen Schiffe zu führen haben, die der Alliierten Kontrollbehörde unterstehen

Der Kontrollrat erläßt das folgende Gesetz:

## ARTIKEL I

1. Sämtliche deutschen oder ehemals deutschen Schiffe, die der Alliierten Kontrollbehörde unterstehen, haben jederzeit, mit Ausnahme der in Artikel III vorgesehenen Fälle, die Erkennungsflagge der Alliierten Kontrollbehörde zu führen. Diese besteht aus der internationalen Signalfarbe "C", aus der ein Dreieck in der aus der beigefügten Zeichnung ersichtlichen Weise herausgeschnitten ist. (Anlage A).

2. Diese Flagge ist am Masttopp zu führen, oder bei Schiffen ohne Mast an der durch Brauch oder Gewohnheit bestimmten Stelle; sie ist ständig Tag und Nacht zu führen und als Erkennungsflagge anzusehen.

3. Dieser Flagge sind keine Ehrenbezeugungen zu erweisen, und sie ist nicht zum Gruß von Kriegs- oder Handelsschiffen irgendeiner Nation zu dippen.

4. Keine andere Erkennungsflagge darf von einem der unter Absatz 1 dieses Artikels fallenden Schiffe geführt werden.

## ARTIKEL II

Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden keine Anwendung auf beschlagnahmte Schiffe, die unter dem Befehl oder unter der unmittelbaren Kontrolle einer der Besatzungsmächte fahren.

## ARTIKEL III

An Stelle der in Artikel I, Absatz 2 vorgeschriebenen Weise der Führung der Flagge der Alliierten Kontrollbehörde können Binnenwasserschiffe die Farben dieser Flagge an beide Bordwände des Schiffes gemalt als Erkennungszeichen tragen.



way vessels operating exclusively within their respective Zones shall not be required to wear or display any distinguishing flag or mark.

ARTICLE IV

- 1. The Master or any other person actually in command of any German or ex-German vessel operating under the Allied Control Authority who violates any of the provisions of Article I of this Law, shall, without prejudice to any criminal liability which he may have incurred under the provisions of any other Law or Laws, be liable to prosecution before a Military Government or German Court and be punishable with a fine of not less than RM 300 and not more than RM 10,000.
- 2. In grave cases, the Court may impose imprisonment (Gefängnis) for a term not exceeding five years, with or without the fine provided by paragraph 1 of this Article.

ARTICLE V

This Law shall come into force on 17 January, 1947.

DONE AT BERLIN, the 12th Day of November, 1946.

V. SOKOLOVSKY, Marshal of the Soviet Union  
JOSEPH T. McNARNEY, General  
SHOLTO DOUGLAS, Marshal of the Royal Air Force.  
R. J. NOIRET, General de Division

Appendix "A"

CONTROL COUNCIL

Allied Control Authority Distinguishing Flag to be Worn by German and Ex-German Vessels

Jeder Zonenbefehlshaber kann jedoch anordnen, daß Binnenwasserschiffe, die ausschließlich in seiner Zone fahren, zur Führung weder einer Erkennungsflagge noch eines Erkennungszeichens verpflichtet sind.

ARTIKEL IV

- 1. Der Kapitän oder jeder andere, der die Befehlsgewalt auf einem deutschen oder ehemals deutschen, der Alliierten Kontrollbehörde unterstehenden Schiff ausübt und gegen eine der Vorschriften des Artikels I dieses Gesetzes verstößt, setzt sich unbeschadet seiner etwaigen Strafbarkeit auf Grund anderer Gesetze, der Strafverfolgung vor einem Gericht der Militärregierung oder einem deutschen Gericht aus und kann mit einer Geldstrafe von 300 RM. bis 10 000 RM. bestraft werden.
- 2. In schweren Fällen kann das Gericht auf Gefängnisstrafe bis zu fünf Jahren erkennen, daneben kann auf die in Absatz 1 dieses Artikels vorgesehene Geldstrafe erkannt werden.

ARTIKEL V

Dieses Gesetz tritt am 17. Januar 1947 in Kraft.

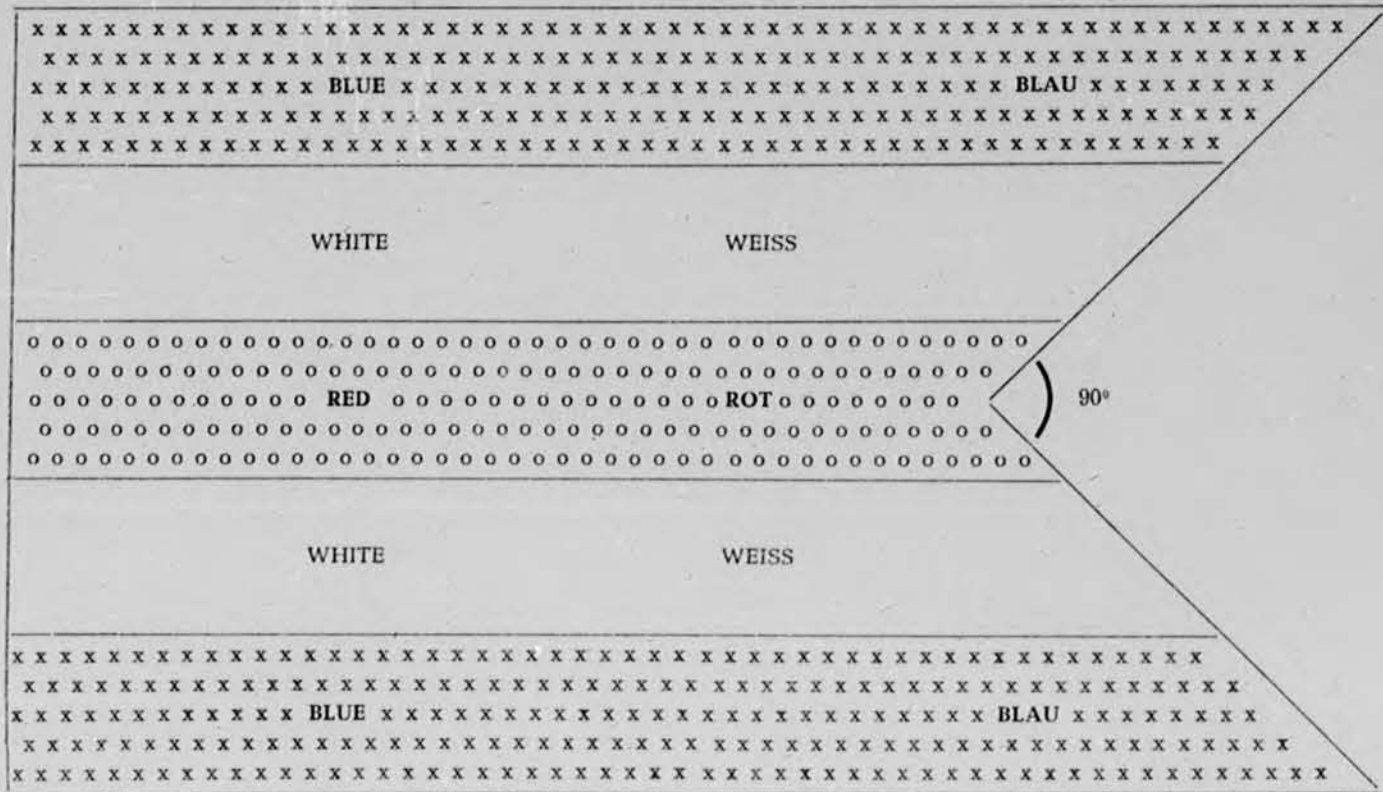
Ausgefertigt in Berlin, am 12. November 1946.

(Die in den drei offiziellen Sprachen abgefaßten Originaltexte dieses Gesetzes sind von V. Sokolowski, Marschall der Sowjetunion, Joseph T. McNarney, General, Sholto Douglas, Marschall der Royal Air Force, und R. Noiret, Generalleutnant, unterzeichnet.)

Anlage „A“ — Gesetz Nr. 39

KONTROLLRAT

Erkennungsflagge, welche alle deutschen und ehemals deutschen Schiffe zu führen haben, die der Alliierten Kontrollbehörde unterstehen



CONTROL COUNCIL

AMENDMENT TO LAW No. 25

Control of Scientific Research

THE CONTROL COUNCIL ENACTS AS FOLLOWS:

In schedule "C" appended to Law No. 25: under "Rocket Fuels" replace 50% by 37%.

In schedule "D" appended to Law No. 25: under "Hydrogen peroxide" replace 50% by 37%.

The above amendments shall come into force on 20 November, 1946.

DONE AT BERLIN ON 12 NOVEMBER, 1946.

V. Sokolovsky, Marshal of the Soviet Union

Joseph T. McNarney, General

Sholto Douglas, Marshal of the Royal Air Force

R. J. Noiret, General de Division.

KONTROLLRAT

ÄNDERUNG DES GESETZES Nr. 25

Regelung und Überwachung  
der naturwissenschaftlichen Forschung

Der Kontrollrat hat das folgende Gesetz beschlossen:

Verzeichnis „C“, beigelegt dem Gesetz Nr. 25:

Unter „Raketentreibstoffe“

Ist 50 % durch 37 % zu ersetzen.

Verzeichnis „D“, beigelegt dem Gesetz Nr. 25:

Unter „Wasserstoffperoxyd“

Ist 50 % durch 37 % zu ersetzen.

Diese Änderung tritt am 20. November 1946 in Kraft.

Ausgefertigt in Berlin, am 12. November 1946.

(Die in den drei offiziellen Sprachen abgefaßten Originaltexte dieser Änderung sind von V. SOKOLOWSKI, Marschall der Sowjetunion, Joseph T. McNARNEY, General, SHOLTO DOUGLAS, Marschall der Royal Air Force, und R. NOIRET, Generalleutnant, unterzeichnet.)



## PART II

MILITARY GOVERNMENT ORDINANCES APPLICABLE  
TO THE WHOLE OF THE BRITISH ZONE

# ORDINANCE No. 55

## Creation of Land Niedersachsen

WHEREAS IT IS EXPEDIENT to re-organise the Länder within the British Zone of Occupation, IT IS HEREBY ORDERED as follows:—

### ARTICLE I

As from the effective date of this Ordinance the Länder specified in the Schedule to this Ordinance shall cease to exist as separate Länder and shall become parts of a new Land which shall be known as Lower Saxony (Niedersachsen).

### ARTICLE II

The capital of Lower Saxony (Niedersachsen) shall be Hanover.

### ARTICLE III

Subject to the provisions of any legislation which may be enacted pursuant to this Ordinance, the executive authority in Lower Saxony shall be exercised by a Cabinet, the Head of which shall be known as Ministerpräsident.

### ARTICLE IV

The Ministerpräsident and the other members of the Cabinet shall, for the time being, be nominated by the Military Governor.

### ARTICLE V

A Land Legislature shall be established in Lower Saxony. As an interim measure, the Military Governor will determine its composition and nominate its members.

### ARTICLE VI

Legislation to provide for such constitutional, titular, administrative, financial or other changes as may be necessary or desirable in order to implement this Ordinance shall be enacted by Military Government or by the Land Legislature with the consent of Military Government.

### ARTICLE VII

Subject to the provisions of this Ordinance and of any legislation which may be enacted pursuant thereto, the loss by the Länder specified in the Schedule thereto of their status as separate Länder shall not affect:—

- (a) the powers, functions, duties, rights, obligations, or liabilities of any governmental, administrative or other official body or of any official or employee therein, or
- (b) the validity of any law, ordinance, decree, regulation or other provision in force therein.

### ARTICLE VIII

This Ordinance shall become effective on 1st November, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

#### THE SCHEDULE

BRUNSWICK  
HANOVER  
OLDENBURG  
SCHAUMBURG-LIPPE

## TEIL II

VERORDNUNGEN DER MILITARREGIERUNG, DIE IM  
GANZEN BRITISCHEN KONTROLLGEBIET GELTUNG HABEN

# VERORDNUNG Nr. 55

## Bildung des Landes Niedersachsen

Zwecks Umgestaltung der Länder innerhalb der britischen Besatzungszone wird hiermit folgendes verordnet:

### ARTIKEL I

Mit Inkrafttreten dieser Verordnung verlieren die in der Anlage zu dieser Verordnung bezeichneten Länder ihre Selbständigkeit als Länder und werden Teile eines neuen Landes, welches die Bezeichnung „Niedersachsen“ führt.

### ARTIKEL II

Die Hauptstadt Niedersachsens ist Hannover.

### ARTIKEL III

Vorbehaltlich der Vorschriften gesetzlicher Bestimmungen, die auf Grund dieser Verordnung erlassen werden, wird die vollziehende Gewalt in Niedersachsen von einem Ministerium ausgeübt, dessen Vorsitzender die Bezeichnung „Ministerpräsident“ führt.

### ARTIKEL IV

Der Ministerpräsident und die übrigen Mitglieder des Ministeriums werden vorläufig vom Militärgouverneur ernannt.

### ARTIKEL V

Im Lande Niedersachsen wird eine gesetzgebende Körperschaft errichtet. Einstweilig bestimmt der Militärgouverneur die Zusammensetzung dieser Körperschaft und ernennt deren Mitglieder.

### ARTIKEL VI

Die gesetzlichen Bestimmungen über Änderung auf dem Gebiet der Verfassung, der Amtsbezeichnungen, der Verwaltung und der Finanzen, sowie auf sonstigen Gebieten, die zur Ausführung dieser Verordnung erforderlich oder angebracht sind, werden von der Militärregierung oder mit deren Zustimmung von der gesetzgebenden Körperschaft des Landes erlassen.

### ARTIKEL VII

Vorbehaltlich der Bestimmungen dieser Verordnung und anderer gesetzlicher Vorschriften, die auf Grund dieser Verordnung erlassen werden sollten, werden durch den Verlust der Selbständigkeit der Länder, die in der Anlage zu dieser Verordnung aufgeführt sind, nicht berührt:

- a) die Befugnisse, Aufgaben, Pflichten, Rechte, Verbindlichkeiten sowie die Haftung von Regierungs-, Verwaltungs- und sonstigen öffentlichen Behörden und von Beamten und Angestellten der Länder,
- b) die Rechtsgültigkeit von Gesetzen, Verordnungen, Erlassen, Bestimmungen und sonstigen Vorschriften, die in den Ländern in Kraft sind.

### ARTIKEL VIII

Diese Verordnung tritt am 1. November 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.

#### Anlage

Braunschweig  
Hannover  
Oldenburg  
Schaumburg-Lippe

ORDINANCE No. 56

Restrictions on Dealings

ARTICLE I

Prohibited Transactions

1. (a) The sale or transfer of any goods or articles specified in the schedule to this Ordinance by any natural or juristic person in the British Zone of Germany to any member of, or person serving with the Navy, Army or Air Force of any of the United Nations or of the Control Commission (British Element) or to any other person not in possession of a German Ration Card is prohibited unless the intending purchaser or transferee shall at the time of such sale or transfer, produce to the vendor or transferor a licence issued by Military Government.

(b) The said schedule may be varied from time to time by Military Government.

ARTICLE II

Void Transactions

2. Any prohibited transaction effected without the production of a licence as provided in Article I hereof and any contract or other arrangement made with intent to defeat or evade the provisions of this Ordinance is null and void.

3. No property in or right or claim to any goods or articles the subject of a prohibited transaction shall pass to the purchaser or transferee.

ARTICLE III

Exceptions

4. Nothing in this Ordinance shall affect any transaction entered into with any member of the Forces of the United Nations or of the Control Commission (British Element) acting in his official capacity as agent for the Forces of Occupation or Control Commission.

ARTICLE IV

Penalties

5. Any person violating any of the provisions of this Ordinance shall, upon conviction by a Military Government Court, suffer such lawful punishment (including confiscation of any goods or articles to which the offence relates) as the court may determine.

ARTICLE V

Effective Date

6. This Ordinance comes into force on 4 November, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

No.	Description of Goods	Whether a Licence is Issuable	Authority Issuing Licence
1.	Food and Agricultural Produce	NO	
2.	Fodder	YES	Nearest Regional Food Team C.C.G. (B.E.)
3.	Cattle	NO	
4.	Horses and Ponies not suitable for employment for Agriculture	YES	F & A Division, Hamburg. NOTE: Horses may not be exported except under the terms of G.R.O. & C.C.G. R.O. to be issued shortly

VERORDNUNG Nr. 56

Handelsbeschränkungen

ARTIKEL I

Verbotene Geschäfte

1. a) Der Verkauf oder die Uebertragung von Gütern oder Artikeln wie sie in dem Anhang zu dieser Verordnung aufgeführt sind, durch eine natürliche oder eine juristische Person in der britischen Zone Deutschlands an Angehörige der Marine, des Heeres oder der Luftwaffe der Vereinten Nationen oder an Personen, die in der Marine, dem Heer oder der Luftwaffe der Vereinten Nationen dienen, oder an Angehörige der Kontrollkommission (British Element) oder an andere Personen, die nicht im Besitz von deutschen Lebensmittelkarten und Bezugscheinen sind, ist verboten. Hiervon ausgenommen ist, wer eine Sache zu kaufen oder anzunehmen beabsichtigt und zur Zeit des Verkaufs oder der Uebertragung dem Verkäufer oder dem Uebertragenden eine von der Militärregierung erteilte Erlaubnis vorlegen kann.

b) Der genannte Anhang kann von Zeit zu Zeit von der Militärregierung geändert werden.

ARTIKEL II

Nichtige Geschäfte

2. Verbotene Geschäfte, die ohne Vorlage einer Erlaubnis, wie sie in Artikel I oben vorgesehen ist, getätigt wurden und Verträge oder andere Abmachungen, die abgeschlossen wurden, in der Absicht gegen die Bestimmungen dieser Verordnung zu verstoßen oder sie zu umgehen, sind nichtig.

3. An Gütern oder Artikeln, die Gegenstand eines verbotenen Geschäfts sind, erwirbt der Käufer oder der Annehmende weder Eigentum, Rechte noch Ansprüche.

ARTIKEL III

Ausnahmen

4. Die Vorschriften dieser Verordnung berühren nicht Geschäfte, die getätigt wurden mit Angehörigen der Streitkräfte der Vereinten Nationen oder der Kontrollkommission (British Element), wenn diese in offizieller Eigenschaft im Auftrag der Besatzungstreitkräfte oder der Kontrollkommission tätig sind

ARTIKEL IV

Strafen

5. Wer die Bestimmungen dieser Verordnung verletzt, wird nach Schuldigsprechung durch ein Gericht der Militärregierung mit der gesetzlichen Strafe belegt, wie sie das Gericht für angemessen hält. (Die Einziehung der Güter oder Artikel, worauf sich die Zuwiderhandlung bezieht, ist eingeschlossen.)

ARTIKEL V

Tag des Inkrafttretens

6. Die Verordnung tritt in Kraft am 4. November 1946.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG

Lfd. Nr.	Beschreibung der Güter	Kann Erlaubnis erteilt werden	Erlaubnis erteilende Behörde
1.	Lebensmittel und landwirtschaftliche Erzeugnisse	nein	
2.	Futter	ja	das nächste Food Team C.C.G. (B.E.)
3.	Vieh	nein	
4.	Pferde und Ponys, die sich nicht nur die Arbeit in der Landwirtschaft eignen	ja	F. & A. Division Hamburg. — Bemerkung: Pferde können nicht ausgeführt werden, mit Ausnahme gem. den Bedingungen der G.R.O. and C.C.G. R.O., die in Kürze herauskommen



No.	Description of Goods	Whether a Licence is Issuable	Authority Issuing Licence
5.	Agricultural Machinery, Tools, Equipment and Appliances	NO	NOTE: These items may be purchased, when available, only in N.A.A.F.I. Shops and C.C.G. Civilian Shops
6.	Real Property	NO	
7.	Foreign Exchange, i.e. currency other than German currency, cheques, drafts, bills of exchange and other instruments drawn on or issued by persons outside Germany	NO	
8.	Commodities having a value in international dealings, including gold, silver, platinum, precious stones, antiques, works of art and trinkets of value exceeding RM 250	NO	
9.	Collections of Stamps having a philatelic value other than their face value for a total exceeding RM 500	NO	
10.	Securities of all sorts, whether German or Foreign and any participations in German businesses	NO	
11.	Property which falls within the definition of restitution and any capital equipment or other assets which are required for reparations	NO	
12.	All Powered Craft (including Pleasure Launches and Yachts)	YES	I.W.T. Branch, Transport Division, C.C.G. (B.E.) Bielefeld. Export not permitted
13.	Yachts, non-powered, of under 10 tons displacement or 30 ft. overall length	No Licence Required	Export not permitted
14.	Canoes	No Licence Required	Export not permitted
15.	Motor Vehicles, Motor Vehicle Tyres and Batteries for Internal Combustion Engines	YES	Transport Division, H & H.T. Branch, C.C.G. (B.E.), Herford

Lfd. Nr.	Beschreibung der Güter	Kann Erlaubnis erteilt werden	Erlaubnis erteilende Behörde
5.	Landwirtschaftliche Maschinen, Werkzeuge, Einrichtungen und Geräte	nein	Diese Dinge werden, soweit vorhanden, nur in Naafi Shops und C.C.G. Civilian Shops verkauft
6.	Grundbesitz	nein	
7.	Devisen, d. h. gesetzliche Zahlungsmittel außer den deutsch. Zahlungsmitteln, Schecks, Wechsel u. andere Dokumente, die bezogen sind auf oder ausgestellt sind von Personen außerhalb Deutschlands	nein	
8.	Waren, die einen internationalen Handelswert haben, einschließlich Gold, Silber, Platin, wertvolle Steine, Antiquitäten, Kunstwerke u. Schmucksachen, deren Wert RM. 250,— übersteigt	nein	
9.	Briefmarkensammlungen mit Sammlerwert (nicht Nominalwert), wenn dieser insgesamt RM. 500,— übersteigt	nein	
10.	Wertpapiere aller Art, entweder deutsche oder fremde, u. Anteile an deutschen Geschäftsunternehmungen	nein	
11.	Eigentum, das unter den Begriff der Rückerstattung fällt, und wichtige Anlagen oder andere Vermögenmassen, die als Reparationsleistung gefordert sind	nein	
12.	Alle mit Motorenkraft betriebenen Schiffe (einschließl. Vergnügungsboote und Yachten)	ja	I.W.T.-Branch, Transport Division C.C.G. (B.E.) Bielefeld, Export nicht erlaubt
13.	Yachten, die nicht mit Motorenkraft betrieben werden, mit einer Wasserverdrängung unter 10 t oder mit einer Gesamtlänge von 30 Fuß	Erlaubnis nicht erforderlich	Export nicht erlaubt
14.	Paddelboote	Erlaubnis nicht erforderlich	Export nicht erlaubt
15.	Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeugreifen und Batterien für Verbrennungsmotoren	ja	Transport Division H. & H.T.Branch C.C.G. (B.E.) Herford

No.	Description of Goods	Whether a Licence is Issuable	Authority Issuing Licence	Lfd. Beschreibung der Nr. Güter	Kann Erlaubnis erteilt werden	Erlaubnis erteilende Behörde
16.	All commodities which German civilians can only purchase against ration cards or permits including Tobacco, Soap and Solid and Liquid Fuels	NO		16. Alle Waren, die deutsche Zivilisten nur gegen Lebensmittelkarten oder Bezugscheine erwerben können, einschließl. Tabak, Seife, feste und flüssige Brennstoffe	nein	
17.	Textile Goods, clothing and footwear, blankets, bicycles, perambulators, medical and sanitary supplies, metal household goods, furniture, wireless sets and cameras	NO	NOTE: May be purchased, when available, only in N.A.A.F.I. Shops, C.C.G. Civilian Shops, R.A.O.C. Officers' Shops and R.A.F. Officers' Shops	17. Textilien, Kleidung u. Schuhzeug, Decken, Fahrräder, Kinderwagen, medizinische und sanitäre Artikel, Haushaltswaren aus Metall, Möbel, Radioapparate und Kameras	nein	Können, soweit vorhanden, nur in NAAFI Shops, C.C.G. Civilian Shops, R.A.C.C. Officers Shops und RAF-Officers Shops verkauft werden
18.	Trinkets of value not exceeding RM 250	No Licence Required		18. Schmucksachen, deren Wert RM. 250,— nicht übersteigt	Erlaubnis nicht erforderlich	
19.	Collections of stamps having a philatelic value other than their face value for a total not exceeding RM 500	No Licence Required		19. Briefmarkensammlungen mit Sammlerwert (nicht Nominalwert), wenn dieser insgesamt RM. 500,— nicht übersteigt	Erlaubnis nicht erforderlich	
20.	Any item not mentioned above which is purchased at over RM 250	NO	NOTE: Excludes any item not mentioned above though priced over RM 250 which is bought in N.A.A.F.I. Shops, C.C.G. Civilian Shops, R.A.O.C. Officers' Shops and R.A.F. Officers' Shops	20. Oben nicht erwähnte Dinge, die zu einem höheren Preise als RM. 250,— verkauft werden	nein	Es sind ausgeschlossen oben nicht erwähnte Dinge, obgleich sie mehr als RM. 250,— kosten, aber in NAAFI Shops, C.C.G. Civilian Shops, R.A.O.C. Officers Shops und RAF Officers Shops gekauft werden können.

## ORDINANCE No. 57

### Powers of Länder in the British Zone

WHEREAS IT IS NECESSARY to define provisionally the powers of the Governments and Legislatures of the Länder within the British Zone of Occupation.

IT IS HEREBY ORDERED AS FOLLOWS:—

#### ARTICLE I

1. Subject to the legislative action of the Control Council and the provisions of this Ordinance, the Legislature of a Land shall have exclusive power to make laws for the Land or any part thereof.

2. Provided that the Legislature of a Land:—

- shall not make laws with respect to any of the subjects specified in Schedules A and B or, as an interim measure, with respect to any of the subjects specified in Schedule C to this Ordinance;
- shall, with respect to the subjects specified in Schedule D, implement fundamental principles which shall be laid down by or under the authority of Military Government.

#### ARTICLE II

3. The executive authority of a Land Government shall extend:—

- to all subjects with respect to which the Land Legislature has power to make laws;

## VERORDNUNG Nr. 57

### Befugnisse der Länder in der britischen Zone

Um die Befugnisse der Regierungen und der gesetzgebenden Körperschaften der Länder in der britischen Besatzungszone einstweilen abzugrenzen, wird hiermit folgendes verordnet:

#### ARTIKEL I

1. Vorbehaltlich der gesetzgeberischen Maßnahmen des Kontrollrats und der Bestimmungen dieser Verordnung hat die gesetzgebende Körperschaft eines Landes die ausschließliche Gesetzgebung für das Land oder eines seiner Teile.

2. Dies gilt mit folgender Maßgabe:

- die gesetzgebende Körperschaft eines Landes hat keine Gesetzgebung über die in Anhang A und B noch — als vorläufige Maßnahme — über die in Anhang C zu dieser Verordnung aufgeführten Angelegenheiten;
- sie hat in den in Anhang D aufgeführten Angelegenheiten die von der Militärregierung oder Kraft ihrer Ermächtigung niedergelegten Grundsätze zu befolgen.

#### ARTIKEL II

3. Die vollziehende Gewalt einer Landesregierung erstreckt sich auf:

- alle Angelegenheiten, in denen der gesetzgebenden Körperschaft des Landes die Gesetzgebung zusteht;



- (ii) to the administration of the subjects specified in the Schedules A, B, C and D to this Ordinance save as otherwise provided by Military Government;
- (iii) to all matters with respect to which the Land Government is required to take action by Military Government.

### ARTICLE III

4. When a Law has been passed by a Land Legislature it shall be presented to the Regional Commissioner, and the Regional Commissioner may, in his discretion, assent to the Law or withhold his assent therefrom. He may also return the Law to the Land Legislature for reconsideration and amendment.

5. No Law passed by a Land Legislature shall become effective until it has received the assent of the Regional Commissioner.

### ARTICLE IV

6. Nothing in this Ordinance shall be deemed to limit the power of the Military Governor to disallow any Land Legislation.

### ARTICLE V

7. This Ordinance shall become effective on the 1st December, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

### Schedule A

#### List of Subjects Excluded from the Competence of Land Legislatures

1. Foreign affairs and Implementation of Treaties
2. Defence.
3. Nationality and naturalisation.
4. External frontier control including immigration, emigration and quarantine; extradition.
5. Currency, coinage, note issue and legal tender.
6. Foreign exchange control.
7. National public debt and guarantees.
8. Central banking and the reserve requirements of other banks.
9. Posts and telegraphs; Post Office money order and cheque services; Post Office savings banks.
10. Shipping navigation and pilotage regulations; lighthouses, lightships, beacons, buoys and other provision for the safety of ships; regulations for the handling and storage of dangerous and perishable cargoes; regulations for the safety of port installations and equipment.
11. Inland waterways and inland water shipping and transport.
12. Railways.
13. Highway legislation relating to the use of highways and the provision of traffic direction and warning signs on highways, the licensing and registration of highway vehicles and drivers, the design, construction, use and speed of highway vehicles; international road services.
14. Copyright, patents and trademarks.
15. Foreign and inter-Land trade.
16. Negotiable instruments, bills of lading and other documents of title to goods.
17. Weights and measures.
18. Taxes on income and profits, on the transfer of property at death or by way of gift and on the movement of goods; customs.

- II. die Verwaltung in den im Anhang A, B, C und D zu dieser Verordnung aufgeführten Angelegenheiten mit Ausnahme gegenteiliger Bestimmungen der Militärregierung;
- III. alle Angelegenheiten, in denen die Landesregierung zur Tätigkeit von der Militärregierung aufgefordert wird.

### ARTIKEL III

4. Ein von der gesetzgebenden Körperschaft eines Landes angenommenes Gesetz ist dem Gebietsbeauftragten (Regional Commissioner) vorzulegen. Der Gebietsbeauftragte kann nach eigenem Ermessen dem Gesetz zustimmen oder seine Zustimmung versagen. Er hat auch die Möglichkeit, das Gesetz zur Wiederberatung und Abänderung an die gesetzgebende Körperschaft eines Landes zurückzuverweisen.

5. Ein von der gesetzgebenden Körperschaft eines Landes angenommenes Gesetz tritt nicht eher in Kraft, bis die Zustimmung des Gebietsbeauftragten erfolgt ist.

### ARTIKEL IV

6. Durch die Vorschriften dieser Verordnung wird die Befugnis des Militärgouverneurs, Landesgesetze außer Kraft zu setzen, nicht berührt.

### ARTIKEL V

7. Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG

### Anhang A

#### Aufstellung der von der Gesetzgebung der gesetzgebenden Körperschaften der Länder ausgenommenen Angelegenheiten

1. Auswärtige Angelegenheiten und Erfüllung von Verträgen.
2. Landesverteidigung.
3. Staatsangehörigkeitsfragen und Einbürgerung.
4. Grenzkontrolle zum Ausland hin einschl. Einwanderung, Auswanderung und Quarantäne; Auslieferung.
5. Währungsfragen, Münzrecht, Notenausgabe und gesetzliche Zahlungsmittel.
6. Devisenkontrolle.
7. Öffentliche Schulden und Bürgschaften.
8. Zentralbankwesen und die erforderlichen Rücklagen anderer Banken.
9. Post- und Telegraphenwesen; Postzahlungs- und Postscheckdienst; Postsparkassenämter.
10. Schifffahrt; Vorschriften für Schifffahrts- und Lotsenwesen; Leuchttürme, Feuerschiffe, Baken, Bojen und andere Sicherheitsmaßnahmen für Schiffe; Vorschriften für die Behandlung und Lagerung von gefährlichen und leicht verderblichen Schiffs Ladungen; Sicherheitsvorschriften für Hafenanlagen und -einrichtungen.
11. Binnengewässer, Binnenschifffahrt und Transport.
12. Eisenbahnen.
13. Gesetzgebung über das Straßenwesen, besonders über die Benutzung von Straßen über die Vorschriften für Verkehrslenkung und Anbringung von Hinweisschildern, die Zulassung und Registrierung von Straßenfahrzeugen und von Fahrern, die Beschriftung, Bauweise, Benutzung und Geschwindigkeit von Straßenfahrzeugen; internationaler Straßendienst.
14. Urheberrecht, Patente und Warenzeichen.
15. Außenhandel und Handel zwischen den Ländern.
16. Wertpapiere, Konossamente und andere Urkunden, durch deren Übergabe Rechte an Gütern übertragen werden.
17. Maße und Gewichte.
18. Einkommen- und Gewinnsteuer, Steuern für Vermögensübertragung von Todeswegen oder durch Schenkung, Beförderungssteuer; Zölle.

19. Criminal Law and Procedure; Civil Law and Procedure, including Status; Constitution and Jurisdiction of Courts; Companies and Partnerships; Commercial Law; Land Registration; Bankruptcy and Insolvency; Property Law, including Expropriation.
20. Direction of Basic industries and distribution of materials in critically short supply, as defined from time to time by Military Government.

#### Schedule B

##### List of Subjects in Respect of which Emergency Powers are Exercised by Military Government

1. War debts, occupation costs, reparations, restitution, demilitarisation, displaced persons.
2. Blocked property.
3. Price Formation and Price Control.
4. Wages and wages regulations.
5. Direction to work.
6. Establishment of priorities for labour supply.
7. Social Insurance including Unemployment Insurance.
8. Registration, placing and recruitment of labour; Trade Unions; Conciliation and Arbitration.
9. Timber felling and wood cutting.
10. Refugees.

#### Schedule C

##### List of Subjects Temporarily Excluded from the Competence of Land Legislatures

1. Land Reform.
2. Taxes in the proceeds of which the Reich formerly participated.
3. Insurance.
4. Industrial Standardisation.
5. Collection, delivery, processing, distribution, rationing and import of foods.
6. Planning of food production; allocation of fertilisers, agricultural machines, seeds, insecticides and pesticides; establishment of necessary organisation for these purposes.

#### Schedule D

##### List of Subjects with Respect to which the Implementation of Fundamental Principles laid down by Military Government is Incumbent on Land Legislatures

1. Ecclesiastical affairs.
2. Development and ownership of Industries.
3. Housing and Town Planning.
4. Food and Agriculture (subject to Schedule C items 5 and 6).
5. Construction and maintenance of highways of national importance.
6. Certain taxes specified by Military Government, the proceeds of which will accrue to the Länder.
7. Factory legislation.
8. Press, associations and meetings.

19. Strafrecht und Verfahrensrecht, bürgerliches Recht und Verfahrensrecht einschl. Personenstandsrecht; Gerichtsverfassung, Gesellschaftsrecht, Handelsrecht, Grundbuchrecht, Konkurs- und Zwangsvergleichsrecht, Grundeigentumsrecht einschl. Enteignung.

20. Leitung der Grundindustrien und Verteilung von Mangelwaren, wie es von Zeit zu Zeit durch die Militärregierung bestimmt wird.

#### Anhang B

##### Aufstellung der Angelegenheiten, in denen die Militärregierung infolge der Notlage die Gesetzgebungsbefugnisse ausübt

1. Kriegsschulden, Besatzungskosten, Reparationen, Wiedererstattung, Entmilitarisierung, verschleppte Personen.
2. Blockiertes Eigentum.
3. Preisbildung und Preiskontrolle.
4. Löhne und Lohngesetzgebung.
5. Arbeitslenkung.
6. Zuerteilung von Vorrechten für die Beschaffung von Arbeitskräften.
7. Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung.
8. Registrierung, Einsetzung und Beschaffung von Arbeitskräften; Gewerkschaften; Vermittlung und Schlichtungsverfahren.
9. Fällung von Nutzhölzern und Holzschnitt.
10. Flüchtlinge.

#### Anhang C

##### Aufstellung der Angelegenheiten, die auf eine gewisse Zeit von der Gesetzgebung der gesetzgebenden Körperschaften der Länder ausgenommen sind.

1. Bodenreform.
2. Steuern, deren Erträge zum Teil dem ehemaligen Reich zufließen.
3. Versicherungswesen.
4. Industrienormung.
5. Sammlung, Ausgabe, Verarbeitung, Verteilung, Rationierung und Einfuhr von Lebensmitteln.
6. Planung der Lebensmittelerzeugung, Zuteilung von Kunstdünger, landwirtschaftlichen Maschinen, Saatgut, Insektenbekämpfungsmitteln und Seuchenbekämpfungsmitteln; Errichtung der für diese Zwecke notwendigen Organisationen.

#### Anhang D

##### Aufstellung der Angelegenheiten, in Bezug auf welche die gesetzgebenden Körperschaften der Länder verpflichtet sind, die von der Militärregierung niedergelegten Grundsätze zu befolgen

1. Kirchliche Angelegenheiten.
2. Entwicklung und Eigentumsverhältnisse der Industrie.
3. Wohnungswesen und Stadtplanung.
4. Lebensmittel und Landwirtschaft (vorbehaltlich der Ziffer 5 und 6 in Anhang C).
5. Bau und Unterhaltung von Verkehrsstraßen, die von staatlicher Bedeutung sind.
6. Bestimmte Steuern, die von der Militärregierung bestimmt sind und deren Erträge den Ländern zufließen.
7. Betriebsgesetzgebung.
8. Pressewesen, Vereinswesen und Versammlungswesen.



## ORDINANCE No. 58

### Zonal Budget Office

In order to improve the financial administration in the British Zone it is hereby ordered as follows:—

#### ARTICLE I

##### Establishment of a Budget Office for the British Zone

1. A Budget Office (Haushaltsamt) for the British Zone is hereby established. It shall be situated at Hamburg or at such other place as Military Government may from time to time determine. The Head of the office shall be appointed by Military Government and shall serve on the terms laid down by Military Government from time to time.

2. The Head of the Budget Office shall lay down its organisation and establishment and appoint persons to positions on this establishment according to instructions received from Military Government.

3. The powers formerly exercisable by the Reich Minister of Finance (Reichsfinanzminister) under the enactments set out in the Schedule hereto, including those exercisable jointly with other Ministers, shall within the British Zone of Control be exercised by the Head of the Budget Office so far as

- (a) they do not conflict with any enactments or instructions from time to time issued by the Control Council or Military Government, and
- (b) their exercise is necessary for the purpose of performing the duties imposed by this Ordinance or any other enactment of Military Government on the Head of the Budget Office.

The Military Governor or the officer appointed by him for the purpose shall discharge the functions of the former Reich Cabinet, Reichstag or Reichsrat under these enactments.

4. The Schedule to Military Government Ordinance No. 24 shall be read and construed as if the reference to the Reichshaushaltsordnung of the 14th April, 1930 (RGBl. II-693) were omitted therefrom.

5. Military Government may by regulations issued under this Ordinance vary the list of enactments set out in the Schedule hereto.

#### ARTICLE II

##### Appointment of Regional Budget Controllers

6. A Budget Controller will be appointed by Military Government in each Military Government Region. He shall serve on the terms laid down by Military Government from time to time.

7. Subject to such directions as may from time to time be given by Military Government through the Budget Office, Regional Budget Controllers shall, within their respective Regions, exercise such of the powers of the former Reich Minister of Finance under the Reichshaushaltsordnung as may be necessary to enable them to perform the duties laid on them by this Ordinance or any other enactment of Military Government.

#### ARTICLE III

##### Emoluments and Conditions of Service

8. Subject to the directions of Military Government the Head of the Budget Office shall deal with all matters affecting the pay, pensions, travelling expenses, allowances and other matters affecting the remuneration of all civil servants or government employees, whether temporary or permanent or engaged for a specific purpose only, who are not employed by a Land or subordinate authority.

#### ARTICLE IV

##### Entry Into Force

9. This Ordinance shall come into force on the 1st December, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

## VERORDNUNG Nr. 58

### Zonen-Haushaltsamt

Zur Verbesserung der Finanzverwaltung in der britischen Zone wird hiermit folgendes verordnet:

#### ARTIKEL I

##### Errichtung eines Haushaltsamtes für die britische Zone

1. Hierdurch wird ein Haushaltsamt für die britische Zone errichtet. Es hat seinen Sitz in Hamburg oder einem anderen, von der Militärregierung jeweils zu bestimmenden Ort. Der Leiter des Amtes wird durch die Militärregierung ernannt und ist an die durch die Militärregierung jeweils gegebenen Weisungen gebunden.

2. Der Leiter des Haushaltsamtes kann den Aufbau und die Einrichtung der Behörde bestimmen und in Übereinstimmung mit den von der Militärregierung gegebenen Anweisungen Personen zu Ämtern in dieser Behörde berufen.

3. Die früher dem Reichsfinanzminister auf Grund der in der Anlage aufgeführten Bestimmungen übertragenen Zuständigkeiten, einschl. derer, die ihm in Verbindung mit anderen Ministern zustanden, gehen innerhalb des britischen Kontrollgebietes auf den Leiter des Haushaltsamtes über, soweit

- a) sie nicht mit den jeweils vom Kontrollrat oder von der Militärregierung gegebenen Verordnungen und Anweisungen in Widerspruch stehen, und
- b) ihre Ausübung zur Erfüllung der dem Leiter des Haushaltsamtes auf Grund dieser Verordnung oder anderer Weisungen der Militärregierung übertragenen Pflichten notwendig ist.

Der Militärgouverneur oder der von ihm für diesen Zweck ernannte Beamte übt die Zuständigkeiten des früheren Reichskabinetts, des Reichstages oder des Reichsrates auf Grundlage dieser Verordnungen aus.

4. Der Anhang zur Verordnung Nr. 24 der Militärregierung ist zu lesen und auszulegen, als wenn darin der Hinweis auf die Reichshaushaltsordnung vom 14. April 1930 (RGBl. II S. 693) fortgefallen wäre.

5. Die Militärregierung kann durch Anordnungen auf Grund dieser Verordnung das Verzeichnis der im Anhang hierzu aufgeführten Bestimmungen ändern.

#### ARTIKEL II

##### Einsetzung von regionalen Haushaltsverwaltern

6. Durch die Militärregierung wird in jedem Bezirk der Militärregierung ein Haushaltsverwalter eingesetzt. Er ist an die durch die Militärregierung jeweils gegebenen Weisungen gebunden.

7. Vorbehaltlich der jeweils durch die Militärregierung auf dem Wege über das Haushaltsamt gegebenen Anweisungen haben die regionalen Haushaltsverwalter innerhalb der ihnen unterstehenden Gebiete die Vollmachten des früheren Reichsfinanzministers auf Grund der Reichshaushaltsordnung, soweit dies notwendig ist, um ihnen die Erfüllung ihrer in dieser Verordnung oder anderer Verordnungen der Militärregierung übertragenen Pflichten zu ermöglichen.

#### ARTIKEL III

##### Besoldung und Bedingungen des öffentlichen Dienstes

8. Vorbehaltlich der Weisungen der Militärregierung ist der Leiter des Haushaltsamtes zuständig für alle Fragen betr. Besoldung, Ruhegehälter, Reisekosten, Zuschüsse und sonstige Angelegenheiten, die die Besoldung aller Beamten oder öffentlichen Angestellten betreffen, gleichgültig, ob es sich um zeitweilige oder dauernde oder nur für einen bestimmten Zweck angestellte Personen handelt, soweit sie nicht von einem Land oder einer nachgeordneten Körperschaft beschäftigt werden.

#### ARTIKEL IV

##### Inkrafttreten

9. Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG

#### Schedule

The Reichshaushaltsordnung of 14th April, 1930 (RGBl. II, 693).  
Sections 3, 4 and 22 of the Reichsschuldenordnung of the 13th February, 1924 (RGBl. I, 95).

The Besoldungsgesetz of 16th December, 1927 (RGBl. I, 349).

The Allgemeine Tarifordnung für Gefolgschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst of 1st April, 1938 (Reichsarbeitsblatt VI, 471).

Gesetz über die ergänzende Regelung der Dienstverhältnisse bei öffentlichen Verwaltungen und Betrieben of the 17th February, 1938 (RGBl. I, 206).

Gesetz über das Verfahren für die Erstattung von Fehlbeträgen an öffentlichen Vermögen of 18th April, 1937 (RGBl. I, 461).

All other Reich laws governing the salaries, pensions and allowances of public servants.

All other budgetary Reich laws the administration of which has not been specifically allocated to other agencies by Military Government.

Together with all subsequent amendments of the above mentioned enactments and all regulations issued under them.

#### Anhang

Reichshaushaltsordnung vom 14. April 1930 (RGBl. II S. 693).  
Reichsschuldenordnung vom 13. Februar 1924 (RGBl. I S. 95) §§ 3, 4 und 22.

Besoldungsgesetz vom 16. Dezember 1927 (RGBl. I S. 349).

Allgemeine Tarifordnung für Gefolgschaftsmitglieder im öffentlichen Dienst vom 1. April 1938 (RARb. Bl. VI, S. 471).

Gesetz über die ergänzende Regelung der Dienstverhältnisse bei öffentlichen Verwaltungen und Betrieben vom 17. Februar 1938 (RGBl. I, S. 206).

Gesetz über das Verfahren für die Erstattung von Fehlbeträgen an öffentlichen Vermögen vom 18. April 1937 (RGBl. I, S. 461).

Alle anderen Reichsgesetze betr. Besoldung, Ruhegehälter und Zuschüsse für öffentliche Beamten und Angestellten.

Alle anderen Reichsgesetze, die den Haushalt betreffen, soweit deren Anwendung nicht von der Militärregierung ausdrücklich anderen Behörden übertragen wurde.

Außerdem alle Abänderungen der oben genannten Gesetze und aller auf ihrer Grundlage ergangenen Bestimmungen.

## ORDINANCE No. 59

### Regulations of Budgets of Public Authorities

In order to improve the financial administration in the British Zone and to provide for the better regulations of Budgets of Public Authorities therein, it is hereby ordered as follows:—

#### ARTICLE I

##### Budgets to be maintained in the British Zone

1. The following Budgets shall be drawn up in the British Zone:—

(a) Budget for the former Reich, divided as follows:—

- (i) the Zonally administered element;
- (ii) the Regionally administered element;
- (iii) the special element;

(b) The Emergency Budget.

(c) The Budget of the former Reichspost.

(d) The Budget of the former Reichsbahn.

(e) The Budgets of Länder.

(f) The Budgets of Gemeinden and Gemeindeverbände.

#### ARTICLE II

##### The Zonally administered element of the former Reich Budget

2. The Zonally administered element of the former Reich Budget shall consist of those items of the Reich Budget which are already administered by the Zonal Agencies specified in Schedule A hereto, together with such other items as may be added from time to time.

3. The responsibilities of the Budget Office with respect to the Zonally administered element of the former Reich Budget shall be:—

- (a) To ensure that estimates and supplementary estimates are prepared by the due date by the agencies concerned in accordance with the provisions of the Reichshaushaltsordnung and on the basis of instructions issued by Military Government.
- (b) To scrutinize estimates and supplementary estimates and to ensure that all economies which are compatible with the policy approved for the agency in question by Military Government are affected.
- (c) To submit the finally agreed estimates and supplementary estimates with its comments to Military Government for approval.

## VERORDNUNG Nr. 59

### Bestimmungen über Haushaltspläne der öffentlichen Körperschaften

Um die Finanzverwaltung in der britischen Zone zu verbessern und bessere Bestimmungen über Haushaltspläne der öffentlichen Körperschaften in diesem Gebiet zu schaffen, wird hiermit folgendes verordnet:

#### ARTIKEL I

##### Aufzustellende Haushaltspläne in der britischen Zone

1. In der britischen Zone sind folgende Haushaltspläne aufzustellen:

- a) Haushaltsplan für das frühere Reich mit folgender Unterteilung:
  - I. zonenmäßig verwalteter Teil,
  - II. gebietsmäßig verwalteter Teil,
  - III. besonderer Teil;
- b) Notstandshaushaltsplan;
- c) Haushaltsplan der früheren Reichspost;
- d) Haushaltsplan der früheren Reichsbahn;
- e) Haushaltspläne der Länder;
- f) Haushaltspläne der Gemeinden und Gemeindeverbände.

#### ARTIKEL II

##### Der zonenmäßig verwaltete Teil des früheren Reichshaushaltsplans

2. Der zonenmäßig verwaltete Teil des früheren Reichshaushaltsplans soll aus den Titeln des Reichshaushalts bestehen, die bereits durch die im Anhang A zu dieser Verordnung genannten Behörden der Zone verwaltet werden, zusammen mit solchen anderen Titeln, die jeweils hinzuzufügen sind.

3. Die Verantwortlichkeit des Haushaltsamtes hinsichtlich des zonenmäßig verwalteten Teils des früheren Reichshaushalts soll bestehen in:

- a) sicherzustellen, daß Voranschläge und ergänzende Voranschläge zur gegebenen Zeit durch die betreffenden Behörden in Übereinstimmung mit den Vorschriften der Reichshaushaltsordnung und auf Grundlage der von der Militärregierung gegebenen Weisungen aufgestellt werden.
- b) Voranschläge und ergänzende Voranschläge zu prüfen und sicherzustellen, daß alle Ersparungen durchgeführt werden, die sich mit dem für die in Frage stehende Behörde von der Militärregierung festgesetzten Aufgabenkreis vereinbaren lassen.
- c) Den endgültig bewilligten Haushaltsplan und ergänzenden Haushaltsplan mit seinen Anmerkungen der Militärregierung zur Bestätigung vorzulegen.



(d) To perform such acts in relation to the estimates as approved by Military Government as are required under the Reichshaushaltsordnung to take such action in regard to excess and extra budgetary expenditure as is required by the Reichshaushaltsordnung and the instructions of Military Government, to report such action to Military Government, and to ensure the economical administration of the budget.

(e) To ensure that appropriation accounts are presented to Military Government and to the Rechnungshof and that they conform with the provisions of the Reichshaushaltsordnung.

(f) To receive monthly demands for cash allotments from the agencies concerned, to approve them with or without amendment, and to make the necessary notifications.

4. Cash offices responsible for payments in respect of the Zonally administered element of the Reich Budget shall account monthly either directly or through the appropriate superior Cash Office to the Zonal Hauptkasse in the manner prescribed by German law, subject to any modifications ordered by Military Government.

### ARTICLE III

#### Regionally administered element of the former Reich Budget

5. The Regionally administered element of the former Reich Budget shall consist of those items which are neither Zonally administered nor contained in the special element.

6. The responsibilities of the Regional Budget Controllers in respect of the Regionally administered element of the former Reich Budget shall correspond to the responsibilities of the Budget Office in respect of the Zonally administered element of the Reich Budget, except that:—

(i) Regional budget controllers are bound by the general directions issued to them by the Budget Office;

(ii) estimates, after scrutiny, and appropriation accounts shall be submitted through the Budget Office to Military Government and, where required by German budgetary Law, to the Rechnungshof;

(iii) the approval of the Budget Office shall be obtained, where required by the Budget Office, before excess or extra budgetary expenditure is sanctioned;

(iv) monthly estimates of cash requirements shall be submitted to the Budget Office, whose approval shall be required.

7. The responsibilities of the Budget office in respect of the regionally administered element of the Reich Budget shall be:—

(i) to issue directives in respect thereof to Regional Budget Controllers;

(ii) to receive, amalgamate and present to Military Government the estimates and supplementary estimates forwarded by the Regional Budget Controllers;

(iii) to notify Regional Budget Controllers of the Budget and of any supplement to the Budget, as approved by Military Government, in so far as it relates to their respective regions;

(iv) to receive, amalgamate and submit to Military Government and to the Rechnungshof appropriation accounts received from Regional Budget Controllers;

(v) to make rules providing for reference to it of applications for sanction of excess and extra budgetary payments and to pass orders on such references;

(vi) to receive monthly estimates of cash requirements from the Regional Budget Controllers to approve them with or without amendments and to make the necessary notifications.

8. Cash Offices responsible for payments in respect of the regionally administered elements of the former Reich budget will account monthly either directly or through the appropriate superior cash office to the Regional Hauptkasse in the manner

d) Alle Handlungen in bezug auf den so von der Militärregierung bewilligten Haushaltsplan durchzuführen, wie dies nach der Reichshaushaltsordnung erforderlich ist; alle Handlungen hinsichtlich überplanmäßiger und außerplanmäßiger Ausgaben durchzuführen, wie dies nach der Reichshaushaltsordnung und den Anweisungen der Militärregierung erforderlich ist, über solche Handlungen an die Militärregierung zu berichten und die sparsame Verwaltung des Haushaltsplanes sicherzustellen.

e) Zu bewirken, daß Verwendungsnachweise der Militärregierung und dem Rechnungshof vorgelegt werden und daß sie mit den Bestimmungen der Reichshaushaltsordnung übereinstimmen.

f) Monatliche Anforderungen an Barmitteln von den betreffenden Behörden zu empfangen, sie mit oder ohne Abänderung zu bestätigen und die notwendigen Vermerke zu machen.

4. Kassendienststellen, die für Zahlungen aus dem zonenmäßig verwalteten Teil des Reichshaushalts verantwortlich sind, sollen monatlich entweder direkt oder über die zuständig höhere Kassendienststelle mit der Zonenhauptkasse abrechnen in der Weise, wie dies durch deutsche Bestimmungen vorbehaltlich irgendwelcher von der Militärregierung angeordneter Abänderungen vorgeschrieben ist.

### ARTIKEL III

#### Gebietsmäßig verwalteter Teil des früheren Reichshaushaltsplans

5. Der gebietsmäßig verwaltete Teil des früheren Reichshaushaltsplans soll aus den Titeln bestehen, die weder zonenmäßig verwaltet noch im besonderen Teil enthalten sind.

6. Die Verantwortlichkeit der Gebietshaushaltsverwalter hinsichtlich des gebietsmäßig verwalteten Teils des früheren Reichshaushaltsplans soll der Verantwortlichkeit des Haushaltsamtes in bezug auf den zonenmäßig verwalteten Teil des Reichshaushalts entsprechen, ausgenommen daß:

I. die gebietsmäßigen Haushaltsverwalter an allgemeine ihnen vom Haushaltsamt gegebene Weisungen gebunden sind;

II. Voranschläge, Nachprüfung und Verwendungsnachweise durch das Haushaltsamt der Militärregierung und, soweit dies nach deutschem Haushaltsrecht notwendig ist, dem Rechnungshof vorgelegt werden;

III. die Zustimmung des Haushaltsamtes eingeholt werden muß, wenn das Haushaltsamt dies verlangt, bevor überplanmäßige oder außerplanmäßige Ausgaben bewilligt werden;

IV. monatliche Anforderungen an Barmitteln dem Haushaltsamt vorzulegen sind, dessen Zustimmung erforderlich ist.

7. Die Zuständigkeit des Haushaltsamtes in bezug auf den gebietsmäßig verwalteten Teil des Reichshaushaltsplans besteht darin:

I. Weisungen hierüber an die gebietsmäßigen Haushaltsverwalter zu geben;

II. die von den gebietsmäßigen Haushaltsverwaltern vorgelegten Voranschläge und ergänzenden Voranschläge entgegen zu nehmen, zu sammeln und der Militärregierung vorzulegen;

III. die gebietsmäßigen Haushaltsverwalter vom Haushaltsplan und von jeder Ergänzung zum Haushaltsplan, nach Bestätigung durch die Militärregierung in Kenntnis zu setzen, soweit sich dies auf die ihnen übertragenen Gebiete bezieht;

IV. die von den gebietsmäßigen Haushaltsverwaltern vorgelegten Verwendungsnachweise zu empfangen, zu sammeln und der Militärregierung und dem Rechnungshof vorzulegen;

V. Vorschriften zu erlassen über die Einholung der Genehmigung überplanmäßiger und außerplanmäßiger Zahlungen und Vorschriften über solche Nachweise herauszugeben;

VI. monatliche Anforderungen an Barmitteln von den gebietsmäßigen Haushaltsverwaltern zu empfangen, sie mit oder ohne Abänderung zu bestätigen und die notwendigen Vermerke zu machen.

8. Die für die Zahlungen aus dem gebietsmäßig verwalteten Teil des früheren Reichshaushaltsplans verantwortlichen Kassendienststellen müssen monatlich entweder direkt oder über die entsprechende höhere Kassendienststelle mit der gebietsmäßigen Hauptkasse in der Weise abrechnen, wie dies durch deutsche Bestimmungen vorbehaltlich der von der

prescribed by German law, subject to any modifications ordered by Military Government. Regional Hauptkassen will account monthly to the Zonal Hauptkasse.

9. The Regionally administered element of the former Reich Budget, after the transfer of those items which Military Government may require to be transferred to the Zonally administered element, may, in due course, be incorporated in the appropriate Land Budget by orders issued in this regard by the Budget Office on the instructions of Military Government.

#### ARTICLE IV

##### The special element of the former Reich Budget

10. The special element of the former Reich Budget shall consist of those items which are administered by the agencies set out in Schedule B hereto, or which may be specified from time to time by Military Government. It shall be administered in the same manner as the Zonally administered element of the former Reich Budget with the additional provisions that:—

- (i) estimates shall be prepared in accordance with the instructions of Military Government;
- (ii) the administration of the Budget shall be subject to such supervision and approval as may be required by Military Government;
- (iii) in particular, cash requirements shall not be sent to the Budget Office before being approved by Military Government.

#### ARTICLE V

##### The Emergency Budget

11. The Emergency Budget shall consist:—

(a) on the "receipts" side, of:—

- (i) the Reichsmark proceeds or the sale to Germans of property of the Occupying Forces and of material captured from the German armed forces;
- (ii) the proceeds of the sale to Germans of goods imported into Germany by the Occupying Power;
- (iii) the reimbursement due from Germans for services performed for them by the Occupying Power;
- (iv) any other claims of the Occupying Forces against Germans (including Military Government fines) the payment of which into the Emergency Budget is ordered by Military Government.

(b) on the "payments", side of:—

- (i) payments to compensate Germans for goods delivered or services rendered on the orders of the Occupying Authorities whether for the maintenance of the Occupying Forces or for the carrying out of Military Government or for the performance of tasks laid on Germany under the terms of the Declaration regarding the defeat of Germany and of additional requirements imposed on Germany, or for reconstruction essential to the maintenance of life, or for export to provide foreign exchange for costs incurred in securing imports into Germany or for other costs incurred outside Germany for the purposes specified above;
- (ii) payments by way of compensation for damage or loss caused by members of the Occupying Forces as a result of accidents or other causes for which the Occupying Authorities accept responsibility and order compensation to be paid;
- (iii) payments to the Occupying Authorities in reimbursement of sums expended by them in cash for the purposes set out above.

12. The responsibilities of the Budget Office with respect to the Emergency Budget shall be:—

- (i) to ensure that payments are promptly received and compensation promptly paid for goods delivered and services rendered on the authority of the Occupying Power;

Militärregierung angeordneten Abänderungen bestimmt ist. Die Gebiets-Hauptkassen rechnen monatlich mit der Zonen-Hauptkasse ab.

9. Der gebietsmäßig verwaltete Teil des früheren Reichshaushaltsplans kann nach Übertragung solcher Titel, für die die Militärregierung die Übertragung in den zonenmäßig verwalteten Teil anordnet, zur gegebenen Zeit durch vom Haushaltsamt nach Weisungen der Militärregierung erlassenen Anordnungen in den entsprechenden Landeshaushaltsplan übernommen werden.

#### ARTIKEL IV

##### Der besondere Teil des früheren Reichshaushaltsplans

10. Der besondere Teil des früheren Reichshaushaltsplans besteht aus jenen Titeln, die durch die im Anhang B zu dieser Verordnung aufgeführten Stellen oder nach jeweils von der Militärregierung gegebenen Ergänzungen hierzu verwaltet werden. Er soll in der gleichen Weise verwaltet werden, wie der zonenmäßig verwaltete Teil des früheren Reichshaushaltsplans mit ergänzenden Bestimmungen, daß:

- I. Voranschläge in Übereinstimmung mit den Weisungen der Militärregierung aufgestellt werden;
- II. die Verwaltung des Haushaltsplans soll solcher Überwachung und Bestätigung bedürfen, wie dies von der Militärregierung verlangt wird;
- III. insbesondere sollen Baranforderungen nicht an das Haushaltsamt eingereicht werden, bevor sie durch die Militärregierung bestätigt sind.

#### ARTIKEL V

##### Der Notstandshaushaltsplan

11. Der Notstandshaushaltsplan besteht aus:

a) auf der Einnahmeseite aus

- I. den Reichsmark-Erträgen vom Verkauf von Vermögenswerten der Besatzungsmächte und Kriegsbeute von den deutschen Streitkräften an Deutsche;
- II. den Erträgen aus dem Verkauf von Gütern, die die Besatzungsmacht nach Deutschland einfuhrte, an Deutsche;
- III. der Wiedererstattung von Beträgen durch Deutsche für Dienste, die für sie durch die Besatzungsmacht geleistet wurden;
- IV. irgendwelchen anderen Ansprüchen der Besatzungstreitkräfte gegen Deutsche (einschl. der Geldstrafen der Militärregierung), deren Bezahlung an den Notstandshaushaltsplan durch die Militärregierung angeordnet wurde.

b) auf der Ausgabenseite aus

- I. Zahlungen, um Deutsche für gelieferte Güter oder für auf Anordnung der Besatzungsbehörde geleistete Dienste zu entschädigen, sei es für den Unterhalt der Besatzungstreitkräfte oder für Ausführung von Weisungen der Militärregierung oder für die Erfüllung von Bedingungen, die Deutschland nach den Bestimmungen über die Erklärung betr. die Niederlage Deutschlands auferlegt wurden und auf zusätzlichen Anforderungen, die an Deutschland gestellt werden oder für den notwendigen Wiederaufbau für die Erhaltung des Lebens oder für den Export zur Beschaffung von Devisen, um die entstandenen Kosten zur Sicherung der Einfuhr nach Deutschland oder für andere außerhalb Deutschlands entstandene Kosten für die oben aufgeführten Zwecke zu beschaffen;
- II. Zahlungen als Ausgleich für Schäden oder Verluste, die durch Mitglieder der Besatzungstreitkräfte als Folge eines Unfalls oder aus anderen Gründen verursacht wurden, wenn die Besatzungsbehörden die Haftung übernehmen und die Zahlung eines Ausgleichs anordnen;
- III. Zahlungen an die Besatzungsbehörden zur Wiedererstattung von Beträgen, die sie bar für die oben genannten Zwecke geleistet haben.

12. Die Verantwortlichkeiten des Haushaltsamtes hinsichtlich des Notstandshaushaltsplans erstrecken sich darauf:

- I. sicherzustellen, daß Zahlungen pünktlich geleistet und Ausgleich pünktlich gezahlt wird für gelieferte Waren und geleistete Dienste auf Anweisung der Besatzungsmacht;



- (ii) to ensure that payments are made and receipts given only in respect of transactions authorised in accordance with Military Government instructions;
- (iii) to ensure that no payments are made in excess of the amounts approved by Military Government for the purpose in question;
- (iv) to ensure that payments and receipts are properly accounted for in accordance with Military Government instructions and the German budgetary law applicable;
- (v) to ensure that all other legal requirements are fulfilled in respect of the Emergency Budget, and that the appropriation accounts are submitted for audit to the Rechnungshof;
- (vi) to assist Military Government in the preparation of estimates for expenditure and receipts under the Emergency Budget;
- (vii) to approve and regulate cash allocations in respect of the Emergency Budget.

13. To facilitate the performance by the Budget Office of the duties laid on it, Kriegsschadenfeststellungsbehörden at Kreis or higher levels are hereby placed under its administrative control. The Budget Office shall discharge to the extent to which this may be necessary the administrative duties incumbent on the former Reichsminister des Innern under the legislation administered through the Kriegsschadenfeststellungsbehörden.

#### ARTICLE VI

##### The Budgets of the Reichspost and the Reichsbahn

14. Subject to such modifications as may be required to enable the Reichspost and the Reichsbahn in the British Zone to be administered jointly with the Reichspost and the Reichsbahn in other zones, the Budget Office shall exercise in regard to their respective budgets, such powers as were formerly exercisable by the Reichsfinanzminister.

#### ARTICLE VII

##### Länder Budgets and Budgets of Gemeinden and Gemeindeverbände

15. Subject to the provisions of paragraph 16 below, the powers exercisable in respect of budgets of Länder by the former Reichsfinanzminister under the Gesetz über die Haushaltsführung, Rechnungslegung und Rechnungsprüfung der Länder und über die vierte Abänderung der Reichshaushaltsordnung of 17th June, 1936 (RGBl. II 209) shall be exercised by the Ministers of Finance in the respective Länder. The powers exercisable in respect of such budgets by the Reich Cabinet Reich Ministers, Reichstag or Reichsrat under the Reichshaushaltsordnung shall be exercised by the Land Cabinet, the appropriate Land Minister or the appropriate Chamber of the Land Legislature, as the case may be. The Legislature of a Land may amend or revise the Gesetz über die Haushaltsführung, Rechnungslegung und Rechnungsprüfung der Länder und über die vierte Abänderung der Reichshaushaltsordnung and the Reichshaushaltsordnung for the purpose of their application to the Land.

16. No Land shall incur any debt or give any guarantee without the authority of the Budget Office acting on the instructions of Military Government. This authority is required in respect of the total amount of loans to be raised or guarantees to be given during the budget year, including the amount of short term credits, as well as in respect of individual loans and guarantees. Authorizations given by the Budget Office lapse at the close of the Budget year for which they have been given.

The provisions of this paragraph do not apply to debts incurred and guarantees given for administrative purposes, where such debts or guarantees are of a regularly recurrent nature and have been agreed to in principle by the Budget Office.

- II. sicherzustellen, daß Zahlungen lediglich geleistet und Quittungen lediglich gegeben werden hinsichtlich solcher Vorgänge, die in Übereinstimmung mit Anweisungen der Militärregierung genehmigt sind;
- III. sicherzustellen, daß Zahlungen nicht in Überschreitung der von der Militärregierung für den in Frage stehenden Zweck bewilligten Höhe geleistet werden;
- IV. sicherzustellen, daß Zahlungen und Quittungen ordnungsgemäß verrechnet werden in Übereinstimmung mit Anweisungen der Militärregierung und den anwendbaren Bestimmungen des deutschen Haushaltsrechtes;
- V. sicherzustellen, daß alle anderen gesetzlichen Erfordernisse hinsichtlich des Notstandshaushaltsplans erfüllt und daß die Verwendungsnachweisungen zur Prüfung dem Rechnungshof vorgelegt werden;
- VI. der Militärregierung bei der Vorbereitung von Voranschlägen für Einnahme und Ausgabe im Notstandshaushaltsplan behilflich zu sein;
- VII. Barauszahlungen hinsichtlich des Notstandshaushaltsplans zu bestätigen und durchzuführen.

13. Um dem Haushaltsamt die Erfüllung der ihm auferlegten Pflichten zu erleichtern, werden die Kriegsschaden-Feststellungs-Behörden auf der Stufe des Kreises oder auf höheren Stufen hiermit seiner verwaltungsmäßigen Aufsicht unterstellt. Das Haushaltsamt soll in dem Umfang, in dem dies notwendig ist, die Verwaltungsaufgaben übernehmen, die dem früheren Reichsminister des Innern nach der Gesetzgebung über die Kriegsschaden-Feststellungs-Behörden übertragen waren.

#### ARTIKEL VI

##### Die Haushaltspläne der Reichspost und der Reichsbahn

14. Vorbehaltlich solcher Änderungen, die sich daraus ergeben, daß Reichspost und Reichsbahn in der britischen Zone gemeinsam mit Reichspost und Reichsbahn in anderen Zonen verwaltet werden müssen, soll das Haushaltsamt hinsichtlich der betreffenden Haushaltspläne solche Zuständigkeiten haben, wie sie früher dem Reichsfinanzminister zustanden.

#### ARTIKEL VII

##### Länderhaushaltspläne und Haushaltspläne der Gemeinden und Gemeindeverbände

15. Vorbehaltlich der Bestimmungen des Abs. 16 unten sollen die dem früheren Reichsfinanzminister auf Grund des Gesetzes über die Haushaltsführung, Rechnungslegung und Rechnungsprüfung der Länder und über die 4. Abänderung der Reichshaushaltsordnung vom 17. Juli 1936 (RGBl. II S. 209) übertragenen Zuständigkeiten auf die Finanzminister der entsprechenden Länder übergehen. Die Vollmachten, die hinsichtlich solcher Haushaltspläne dem Reichskabinett, den Reichsministern, dem Reichstag oder dem Reichsrat auf Grund der Reichshaushaltsordnung übertragen waren, gehen auf die entsprechenden Länderkabinette, den entsprechenden Landesminister oder die entsprechenden Kammern der gesetzgebenden Landesorgane über je nach Lage des Falles. Durch die Gesetzgebung eines Landes kann das Gesetz über die Haushaltsführung, Rechnungslegung und Rechnungsprüfung der Länder und über die vierte Abänderung der Reichshaushaltsordnung und die Reichshaushaltsordnung für die Zwecke ihrer Anwendung auf das Land abgeändert oder verbessert werden.

16. Kein Land soll irgendwelche Schulden machen oder eine Bürgschaft übernehmen ohne Zustimmung des Haushaltsamtes, das dabei an Anweisungen der Militärregierung gebunden ist. Diese Ermächtigung ist erforderlich hinsichtlich der Gesamtsumme der auszugebenden Anleihen oder übernommenen Bürgschaften während des Haushaltsjahres, einschließlich der Summe der kurzfristigen Schuldverschreibungen als auch in Hinsicht auf einzelne Anleihen und Bürgschaften. Die vom Haushaltsamt gegebenen Ermächtigungen erlöschen am Ende des Haushaltsjahres, für welches sie gegeben wurden.

Die Bestimmungen dieses Absatzes beziehen sich nicht auf solche ausgegebenen Schuldverschreibungen und übernommenen Bürgschaften für verwaltungsmäßige Zwecke, wenn solche Schulden oder Bürgschaften von fortdauernder Art sind und ihnen grundsätzlich vom Haushaltsamt die Genehmigung gegeben wurde.

17. The Budget Office may require returns from the Finance Ministry of any Land regarding receipts, expenditure and indebtedness under the Land Budget or the budgets of Gemeinden and Gemeindeverbände in the Land.

18. This Ordinance shall come into force on the 1st December, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

#### Schedule A

##### Agencies referred to in Article II, paragraph 2

Zonal Advisory Council.  
German Economic Advisory Board and its subsidiary offices.  
German Labour and Housing Agency.  
German Building Control Office.  
Central Legal Office.  
Zonal German Penal Advisory Board.  
Special Legal Advice Bureau.  
Control Office for Food and Agriculture.  
Hauptamt Strassenverkehr.  
General Direktion für Wasserstrassen und Binnenschifffahrt.  
Seehafen Generaldirektion.  
Seeschiffahrtsamt.  
Rechnungshof.  
Haushaltsamt.  
Kriegsschadenfeststellungsbehörden.  
Leitstelle der Finanzverwaltung.  
Debt Administration Office.  
Frontier Control Service.  
Hauptamt für Vermögensverwaltung.  
Aufsichtsamt für Versicherungswesen.  
German Forestry and Timber Advisory Board.  
Reichsboard of Statistics.  
N.W.D. Rundfunk.  
Zonal Postal Enquiry Bureau.  
Zonal Crime Record Bureau.  
Zonal Police Training Schools.  
Zonal Record Office (Standesamt).  
Bi-Zonal Bodies.  
Zonal Research Institutes.  
Navigation School, Hamburg.  
Training College for Agriculture Teachers.  
Zonal Fine Arts Repository, Celle.  
Zonal Archives Repository, Goslar.  
Zonal Archivists Training School.  
Zonal Survey Executive Committee.  
Working Party on Electoral Procedure.  
Planning Staff for Census Registration, etc.  
Zonal Advisory Committee on German Administration.  
Zonal Nursing Advisory Committee.  
Zonal Welfare Advisory Committee.  
Zonal Public Health Advisory Committee.  
Zonal Veterinary Advisory Committee.  
Zonal Education Advisory Committee and Specialist sub-Committees.  
Zonal Universities Association.  
Zonal Police Advisory Committee.

#### Schedule B

##### Agencies referred to in Article IV paragraph 10

Agencies responsible for dealing with the following subjects:—

German Hydrographic Institute.  
German Meteorological Service.  
Liquidation of German Armed Forces Accounts.  
Repatriation of German Prisoners of War.  
Minesweeping.  
Die Welt.  
Deutsche Presse Dienst.  
Die Neue Illustrierte.

17. Das Haushaltsamt kann vom Finanzministerium jedes Landes Auskunft verlangen über Einnahmen, Ausgaben und Verschuldung auf Grund des Länderhaushaltsplanes oder der Haushaltspläne der Gemeinden und Gemeindeverbände in diesem Land.

18. Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG

#### Anhang A

##### Dienststellen, auf die sich Artikel II Absatz 2 bezieht

Zonenbeirat.  
Deutsches Zentralamt für Wirtschaft und seine nachgeordneten Dienststellen.  
Deutsches Amt für Arbeit und Wohnungswesen.  
Deutsches Beaufsichtigungsamt. (German Building Control Office).  
Zentral-Justizamt.  
Deutscher Zonenausschuß für Strafrecht.  
Besondere Rechtsberatungsstelle (Special Legal Advice Bureau).  
Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft.  
Hauptamt Straßenverkehr.  
Generaldirektion für Wasserstraßen und Binnenschifffahrt.  
Seehafen-Generaldirektion.  
Seeschiffahrtsamt.  
Rechnungshof.  
Haushaltsamt.  
Kriegsschaden-Feststellungsbehörden.  
Leitstelle der Finanzverwaltung.  
Schuldenverwaltungsamt.  
Grenzkontrolldienst. (Frontier Control Services).  
Hauptamt für Vermögensverwaltung.  
Aufsichtsamt für Versicherungswesen.  
Deutscher Beratungsausschuß für Forst und Holz.  
Reichsamt für Statistik.  
Nordwestdeutscher Rundfunk.  
Zonen-Postnachforschungsbureau.  
Kriminalstatistisches Amt. (Zonal Crime Record Bureau).  
Zonen-Polizeiausbildungs-Schulen.  
Zonen-Standesamt (Zonal Record Office).  
Zweizonen-Behörden.  
Zonen-Forschungs-Institute.  
Seefahrtsschule Hamburg.  
Schulungseinrichtung für landwirtschaftliche Lehrer.  
Zonal Fine Arts Repository Celle.  
Zonal Archives Repository, Goslar.  
Zonen-Ausbildungsschule für Archivare.  
Zonen-Ausschuß für Landesvermessung.  
Arbeitsgemeinschaft für Wahlrechtsfragen.  
Planungstab für Volkszählung usw.  
Zonen-Beratungsausschuß für deutsche Verwaltung.  
Zonen-Beratungsausschuß für Pflegefragen.  
Zonen-Beratungsausschuß für das Wohlfahrtswesen.  
Zonen-Beratungsausschuß für Volksgesundheit.  
Zonen-Beratungsausschuß für das Veterinärwesen.  
Zonen-Beratungsausschuß für Erziehungsfragen und Fachunter-ausschüsse.  
Zonen-Universitätsvereinigung.  
Zonen-Beratungsausschuß für Polizeifragen.

#### Anhang B

##### Dienststellen auf die sich Artikel IV Abs. 10 bezieht

Dienststellen, die für die Beschäftigung mit folgenden Gebieten verantwortlich sind:  
Deutsches Hydrographisches Institut.  
Deutscher Wetterdienst.  
Abwicklung von Rechnungen der deutschen Wehrmacht.  
Einführung deutscher Kriegsgefangener.  
Minenräumung.  
Die Welt.  
Deutscher Pressedienst.  
Die Neue Illustrierte.



## ORDINANCE No. 60

### Financial competence of Land Governments and abolition of Reich Grants

In order to improve the financial administration in the British Zone and to prepare the way for a greater devolution of financial responsibility to the Governments of Länder, it is hereby ordered as follows:—

#### ARTICLE I

##### Amendment of the Law relating to War Contributions

1. War contributions payable under existing law by Länder to Reich funds (including those in respect of Gemeinden and Gemeindeverbände) will be discontinued with effect from 1st April, 1946. Länder may discontinue, reduce or maintain the amounts receivable by them under the existing law as war contributions from Gemeinden and Gemeindeverbände. War Contribution C, hitherto collected by the Reich by deduction from the proceeds of the Gewerbesteuer, is hereby abolished.

#### ARTICLE II

##### Amendment of the Law relating to Grants

2. Grants to be made from Reich under the existing German Law to the budgets of Länder, Gemeinden and Gemeindeverbände will also be discontinued with effect from 1st April, 1946.

3. Each Land will receive, in lieu of the grants to which it was hitherto entitled, a sum made up as follows:—

- (a) the amounts collected within its boundaries or attributed to it from the taxes specified in Schedule A hereto; plus
- (b) that part of a sum specified from time to time by Military Government Ordinance as being payable to all Länder in the British Zone to which it is entitled on a division of the sum among Länder in proportion to their population or in accordance with any other characteristics or combination of characteristics as may from time to time be laid down by Military Government Ordinance less
- (c) the sums spent from Zonal funds within its boundaries on the services specified in Schedule B hereto after deduction of administration receipts connected with such service.

4. It shall be the duty of the Leitstelle of the Finanzverwaltung to issue, with the approval of Military Government, regulations governing the attribution of the revenue from the taxes enumerated in Schedule A hereto between different Länder. In principle these regulations shall provide that excise duties (Verbrauchssteuern) are deemed to accrue when the goods subject to tax pass to the consumer.

5. It shall be the duty of the Budget Office in conjunction with the Finance Ministries of the respective Länder to determine the individual items of expenditure (Zweckbestimmungen) and related administrative receipts assignable to the services enumerated in Schedule B hereto. The Budget Office shall also ascertain the net sums disbursed from central funds on such services in the course of the financial year.

6. The governments of Länder are responsible for making grants to Gemeinden and Gemeindeverbände in lieu of the grants previously made to them by the Reich. The principles on which such grants shall be made shall be decided by each Land which shall take into account the situation for the time being of the Land and the financial responsibilities of the Gemeinden and Gemeindeverbände and their revenues. The total amount of the grants made to Gemeinden and Gemeindeverbände shall also be determined by the Land.

## VERORDNUNG Nr. 60

### Finanzielle Zuständigkeit der Länderregierungen und Einstellung von Reichszuschüssen

Um die Finanzverwaltung in der britischen Zone zu verbessern und den Weg für eine stärkere Übertragung finanzieller Verantwortlichkeit auf die Länderregierungen vorzubereiten, wird hiermit folgendes verordnet:

#### ARTIKEL I

##### Abänderung der Gesetzgebung über Kriegsbeiträge

1. Kriegsbeiträge, die nach bestehendem Recht von den Ländern an das Reich (einschließlich derer hinsichtlich Gemeinden und Gemeindeverbände) gezahlt werden müssen, werden mit Wirkung vom 1. April 1946 eingestellt. Die Länder können die Beträge, die ihnen nach gegenwärtigem Recht als Kriegsbeiträge von den Gemeinden und Gemeindeverbänden zustehen, einstellen, herabsetzen oder beibehalten. Kriegsbeitrag C, der bis jetzt vom Reich durch Abzug von den Erträgen der Gewerbesteuer einbehalten wurde, wird hiermit eingestellt.

#### ARTIKEL II

##### Abänderung der Gesetzgebung über Zuschüsse

2. Zuschüsse, die nach gegenwärtigem deutschen Recht vom Reich an die Haushalte der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbänden zu leisten sind, werden ebenfalls mit Wirkung vom 1. April 1946 eingestellt.

3. Jedes Land erhält anstelle der Zuschüsse, zu denen es bisher berechtigt war, einen Betrag, der sich folgendermaßen errechnet:

- a) aus den Erträgen der in Anhang A zu dieser Verordnung aufgeführten Steuern, soweit sie innerhalb seiner Grenzen eingezogen werden oder ihm zustehen, dazu
- b) jenen Teil eines Betrages, der jeweils durch Verordnung der Militärregierung als zahlbar an alle Länder in der britischen Zone festgesetzt wird, in dem Ausmaß, zu dem das Land bei einer Teilung der Summe zwischen den Ländern im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl oder im Verhältnis anderer Schlüsselzahlen oder Verbindung von Schlüsselzahlen (wie diese jeweils durch Verordnung der Militärregierung bestimmt wird) berechtigt ist, abzüglich
- c) der Summen, die aus Vermögen der Zone innerhalb seiner Grenzen für die im Anhang B zu dieser Verordnung aufgeführten Dienste gezahlt werden nach Abzug der Verwaltungseinnahmen, die sich aus solchen Diensten ergeben.

4. Es fällt in den Aufgabenbereich der Leitstelle für die Finanzverwaltung, mit Zustimmung der Militärregierung Bestimmungen über die Verteilung der Erträge aus dem Anhang A zu dieser Verordnung genannten Steuern zwischen den einzelnen Ländern herauszugeben. Grundsätzlich sollen diese Bestimmungen dafür sorgen, daß Verbrauchssteuern dann zu fallen, wenn die der Steuer unterliegenden Güter an den Verbraucher abgegeben werden.

5. Es fällt in den Aufgabenbereich des Haushaltsamtes, in Verbindung mit den Finanzministerien der betreffenden Länder die Zweckbestimmungen und entsprechenden Verwaltungseinnahmen festzulegen, die sich aus den in Anhang B zu dieser Verordnung genannten Diensten ergeben. Das Haushaltsamt soll ebenso die Nettoausgaben feststellen, die im Laufe des Haushaltsjahres aus zentralen Fonds für solche Dienste verausgabt wurden.

6. Die Länderregierungen sind dafür verantwortlich, daß anstelle der ihnen bisher vom Reich gewährten Zuschüsse den Gemeinden und Gemeindeverbänden Zuschüsse gegeben werden. Die Grundsätze zur Gewährung solcher Zuschüsse werden von jedem Land ausgestellt, das dabei die gegenwärtige Lage des Landes und die finanziellen Verantwortlichkeiten der Gemeinden und Gemeindeverbände und ihrer Einkünfte in Rechnung zu stellen hat. Die Gesamtsumme der den Gemeinden und Gemeindeverbänden zu gewährenden Zuschüsse wird ebenfalls von dem Land festgesetzt.

### ARTICLE III

#### Amendment of the Law Relating to Municipal Taxes

7. The legislative authorities of each Land are exclusively competent for determining in that Land the legal basis of the municipal taxes which are enumerated in Schedule C hereto. In particular they may determine:—

- (a) the persons, property or transactions to be taxed;
- (b) the maximum or minimum rates of tax to be levied;
- (c) the exemptions, abatements, or reliefs to be allowed;
- (d) the rules for assessment, collection, recovery and remission of tax;
- (e) the respective competencies of Gemeinden and Gemeindeverbände in regard to each or any of the taxes listed in Schedule C.

8. Subject to any amendment by Land authorities under paragraph 7 above, the existing laws governing the taxes enumerated in Schedule C shall remain in force including those enacted by the former Reich or the former State of Prussia.

9. Municipal taxation authorities may use for the purpose of assessments the valuations of real property made by Finanzämter under the provisions of the Reichsbewertungsgesetz and may require Finanzämter to furnish free of charge any information necessary for the assessments, collection or recovery of any of the taxes enumerated in Schedule C hereto. Finanzämter may require municipal authorities to furnish free of charge any information necessary for the assessment, collection or recovery of any of the taxes within the competence of Finanzämter.

10. Nothing in this Ordinance shall be deemed to permit any Land or Municipal authority to impose any tax in respect of any person, property or transaction taxed by virtue of any of the enactments set out in the Schedule to Military Government Ordinance No. 24 other than the Grundsteuergesetz of 1st December, 1936 or the Grunderwerbsteuergesetz of 29th March, 1940.

### ARTICLE IV

#### Financial Settlement for the Fiscal Year 1945

11. The Budget Office, in consultation with the Finance Ministries of the Governments of Länder, shall recommend to Military Government the principles of a financial settlement between the Zonal Hauptkasse and the Länder in respect of the sums paid to Länder, Gemeinden and Gemeindeverbände in excess of their entitlement in the financial year 1945.

### ARTICLE V

#### Cash Advances to Länder

12. The Zonal Hauptkasse on the instructions of the Budget Office may make advances to the governments of Länder to meet their cash requirements. These advances, if not repayable from the accruing receipts of the Länder, shall be repayable from the proceeds of the loans authorised by the Budget Office with the approval of Military Government to be issued by Länder governments from time to time.

### ARTICLE VI

#### Transfer of Financial Powers of Länder

13. With the approval of Military Government the Budget Office may issue orders transferring to the appropriate Ministers and authorities of Länder governments financial powers and responsibilities previously exercised or discharged by Ministers or authorities of the former Reich and giving rise to expenditure under the services specified in Schedule B hereto.

### ARTICLE VII

#### Entry into force

14. This Ordinance shall come into force on the 1st December, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

### ARTIKEL III

#### Abänderung der Gesetzgebung betr. Gemeindesteuern

7. Die gesetzgebenden Körperschaften jedes Landes sind ausschließlich dafür verantwortlich, in dem Lande die gesetzliche Grundlage für die in Anhang C zu dieser Verordnung aufgeführten Gemeindesteuern festzusetzen. Insbesondere können sie feststellen:

- a) die Personen, das Vermögen oder die Vorgänge, die zu besteuern sind,
- b) die Höchst- oder Mindestbeträge der zu erhebenden Steuer,
- c) die Ausnahmen, Steuernachlässe oder Vergünstigungen, die zu gewähren sind,
- d) die Vorschriften für Veranlagung, Einzug, Eintreibung und Erleichterung der Steuer,
- e) die entsprechenden Zuständigkeiten der Gemeinden und Gemeindeverbände hinsichtlich jeder oder irgendeiner der im Anhang C aufgeführten Steuern.

8. Vorbehaltlich von Abänderungen durch die Landesbehörden auf Grund von Absatz 7 oben bleiben die bestehenden Gesetze über die im Anhang C aufgeführten Steuern in Kraft, einschließlich derer, die vom früheren Reich oder dem früheren Land Preußen erlassen wurden.

9. Die Gemeindesteuerbehörden können für Zwecke der Veranlagung die Bewertungen des Grundvermögens benutzen, die die Finanzämter nach den Bestimmungen des Reichsbewertungsgesetzes gemacht haben und können von den Finanzämtern gebührenfrei jegliche Auskunft verlangen, die für die Veranlagung, den Einzug oder die Eintreibung irgendeiner der im Anhang C zu dieser Verordnung genannten Steuern notwendig ist. Die Finanzämter können von den Gemeinde-Steuerbehörden gebührenfrei jegliche Auskunft verlangen, die für die Veranlagung, den Einzug oder die Eintreibung einer Steuer innerhalb der Zuständigkeit der Finanzämter notwendig ist.

10. In dieser Verordnung ist nichts so auszulegen, als wäre es einer Landes- oder Gemeindebehörde erlaubt, eine Person, ein Vermögen oder einen Vorgang zu besteuern, der auf Grund von Verordnungen im Anhang zu Verordnung Nr. 24 der Militärregierung besteuert ist, mit Ausnahme des Grundsteuergesetzes vom 1. Dezember 1936 oder des Grunderwerbsteuergesetzes vom 29. März 1940.

### ARTIKEL IV

#### Finanzielle Regelung für das Haushaltsjahr 1945

11. Das Haushaltsamt soll nach Beratung mit den Finanzministerien der Länder der Militärregierung die Grundsätze für eine finanzielle Regelung zwischen der Zonen-Hauptkasse und den Ländern hinsichtlich der Summen, die an Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände in Überschreitung ihrer Anteile im Haushaltsjahr 1945 gezahlt wurden, vorlegen.

### ARTIKEL V

#### Barvorschüsse an Länder

12. Die Zonen-Hauptkasse kann nach Richtlinien des Haushaltsamtes den Länderregierungen Vorschüsse geben, um ihren Anforderungen an Barmitteln zu entsprechen. Diese Vorschüsse sollen aus den Erträgen der Anleihen zurückgezahlt werden, die die Länder jeweils mit Genehmigung des Haushaltsamtes unter Zustimmung der Militärregierung ausgeben dürfen, wenn diese Vorschüsse nicht aus den laufenden Einnahmen der Länder zurückgezahlt werden können.

### ARTIKEL VI

#### Übertragung finanzieller Vollmachten an die Länder

13. Mit Zustimmung der Militärregierung kann das Haushaltsamt Vorschriften erlassen, um an die entsprechenden Minister und Behörden der Länder finanzielle Vollmachten und Verantwortlichkeiten zu übertragen, die bisher von den Ministern oder Behörden des früheren Reiches ausgeübt wurden oder ihnen zustanden und durch die Ausgaben für die in Anhang B zu dieser Verordnung geleisteten Dienste hervorgerufen sind.

### ARTIKEL VII

#### Inkrafttreten

14. Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 1946 in Kraft  
IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG



#### Schedule A

Taxes referred to in Article II Para 3 (a) of the Ordinance

- |                            |                                |
|----------------------------|--------------------------------|
| 1. Property Tax            | (Vermögenssteuer)              |
| 2. Turnover Tax            | (Umsatzsteuer)                 |
| 3. Motor Vehicle Tax       | (Kraftfahrzeugsteuer)          |
| 4. Insurance Tax           | (Versicherungssteuer)          |
| 5. Fire Protection Tax     | (Feuerschutzsteuer)            |
| 6. Betting and Lottery Tax | (Rennwett- und Lotteriesteuer) |
| 7. Sugar Tax               | (Zuckersteuer)                 |
| 8. Beer Tax                | (Biersteuer)                   |
| 9. Vinegar Tax             | (Essigsäuresteuer)             |
| 10. Match Tax              | (Zündwarensteuer)              |
| 11. Illuminants Tax        | (Leuchtmittelsteuer)           |
| 12. Playing Cards Tax      | (Spielkartensteuer)            |
| 13. Mineral Oil Tax        | (Mineralölsteuer)              |
| 14. Wine Tax               | (Wein- und Schaumweinsteuer)   |
| 15. Tobacco Tax            | (Tabaksteuer)                  |
| 16. Spirit Tax             | (Spiritussteuer)               |

#### Schedule B

Services referred to in Article II paragraph 3 (c) and Article VI

1. All services paid for from the regionally administered element of the Reich Budget with the exception of:—
  - (a) those administering the subjects specified in the schedule to Ordinance No. 57 (Powers of Länder in the British Zone)
  - (b) services previously paid for from the Reichsstock für Arbeitseinsatz.
2. The Administration of Justice, in so far as it is transferred to Länder by Military Government Ordinance.
3. Länder organisations charged by Military Government with the execution of policy in the field of Economics, Industry, Food and Agriculture to the extent of administrative costs only.

#### Schedule C

Taxes referred to in Article III paragraph 7

- |                                      |                                   |
|--------------------------------------|-----------------------------------|
| 1. Land and Building Tax             | (Grund- und Gebäudesteuer)        |
| 2. Entertainments Tax                | (Vergnügungssteuer)               |
| 3. Liquor Licences Tax               | (Schankerlaubnissteuer)           |
| 4. Beverage Tax                      | (Getränkesteuer)                  |
| 5. Surcharge on Land Acquisition Tax | (Zuschlag zur Grunderwerbssteuer) |
| 6. Dogs Tax                          | (Hundesteuer)                     |
| 7. Hunting Tax                       | (Jagdsteuer)                      |

#### Anhang A

Steuern, auf die sich Art. II, Abs. 3a der Verordnung bezieht

- |                                 |
|---------------------------------|
| 1. Vermögenssteuer              |
| 2. Umsatzsteuer                 |
| 3. Kraftfahrzeugsteuer          |
| 4. Versicherungssteuer          |
| 5. Feuerschutzsteuer            |
| 6. Rennwett- und Lotteriesteuer |
| 7. Zuckersteuer                 |
| 8. Biersteuer                   |
| 9. Essigsäuresteuer             |
| 10. Zündwarensteuer             |
| 11. Leuchtmittelsteuer          |
| 12. Spielkartensteuer           |
| 13. Mineralölsteuer             |
| 14. Wein- und Schaumweinsteuer  |
| 15. Tabaksteuer                 |
| 16. Spiritussteuer              |

#### Anhang B

Dienstleistungen, die in Art. II, Abs. 3c und Art. VI erwähnt sind

1. Alle Dienste, die aus dem gebietsmäßig verwalteten Teil des Reichshaushalts bezahlt werden, mit Ausnahme von:
  - a) jenen, die in den Anhängen zu Verordnung Nr. 57 (Befugnisse der Länder in der britischen Zone) aufgeführten Angelegenheiten betreffen,
  - b) Dienste, die bisher aus dem Reichsstock für Arbeitseinsatz bezahlt wurden.
2. Justizverwaltung, insoweit sie durch Verordnung der Militärregierung den Ländern übertragen ist.
3. Landeseinrichtungen, denen durch die Militärregierung die Durchführung von Richtlinien auf dem Gebiete der Wirtschaft, der Industrie, der Ernährung und Landwirtschaft aufgegeben wurde, lediglich bis zu dem Ausmaß der Verwaltungskosten.

#### Anhang C

Steuern, auf die sich Art. III, Abs. 7 bezieht

- |                                     |
|-------------------------------------|
| 1. Grund- und Gebäudesteuer         |
| 2. Vergnügungssteuer                |
| 3. Schankerlaubnissteuer            |
| 4. Getränkesteuer                   |
| 5. Zuschläge zur Grunderwerbssteuer |
| 6. Hundesteuer                      |
| 7. Jagdsteuer                       |

## ORDINANCE No. 61

### Rules with regard to Kassen in the British Zone

In order to improve the financial administration in the British Zone and the regulation of the Kassen of public authorities therein, it is hereby ordered as follows:—

#### ARTICLE I

Establishment of a Zonal Hauptkasse in the British Zone

1. A Zonal Hauptkasse is hereby established. It shall be situated at Hamburg, or at such other place as Military Government may from time to time determine. The head of the Hauptkasse shall be appointed by Military Government and shall serve on the terms laid down by Military Government from time to time.

2. Subject to the approval of the Budget Office the Head of the Zonal Hauptkasse shall lay down its organization and establishment and appoint persons to positions on this establishment, according to instructions received from Military Government.

3. The powers formerly exercisable by the Reich Minister of Finance (Reichsfinanzminister) under the Reichskassen-

## VERORDNUNG Nr. 61

### Kassenvorschriften in der britischen Zone

Zur Verbesserung der Finanzverwaltung in der britischen Zone und der Kassengebarung der öffentlichen Körperschaften in diesem Gebiet wird hiermit folgendes verordnet:

#### ARTIKEL I

Errichtung einer Zonenhauptkasse in der britischen Zone

1. Hiermit wird eine Zonenhauptkasse errichtet. Sie hat ihren Sitz in Hamburg oder an einem anderen, von der Militärregierung jeweils zu bestimmenden Ort. Der Leiter der Hauptkasse wird durch die Militärregierung ernannt und ist an die durch die Militärregierung jeweils gegebenen Weisungen gebunden.

2. Vorbehaltlich der Zustimmung des Haushaltsamtes und in Übereinstimmung mit den von der Militärregierung gegebenen Weisungen kann der Leiter der Zonenhauptkasse ihren Aufbau und ihre Einrichtung bestimmen und Personen zu Ämtern in dieser Behörde berufen.

3. Die früher dem Reichsfinanzminister auf Grund der Reichskassenordnung übertragenen Zuständigkeiten gehen

ordnung shall, within the British Zone of Control, be exercised by the Head of the Zonal Hauptkasse so far as:—

- (a) they do not conflict with any enactments or instructions from time to time issued by the Control Council or Military Government, and
- (b) their exercise is necessary for the purpose of performing the duties imposed by this Ordinance or any other enactment of Military Government or the Head of the Zonal Hauptkasse.

4. The schedule to Military Government Ordinance No. 24 shall be read and construed as if the reference to the Reichskassenordnung of the 6th of August, 1927 (Reichsministerialblatt — page 357) were omitted therefrom.

## ARTICLE II

5. In conjunction with the head of the Budget Office and subject to the approval of Military Government, the Head of the Zonal Hauptkasse shall arrange that payments formerly made by the Kassen of Land and other authorities on behalf of the Reich shall henceforth be made by Kassen subordinate to zonal authorities.

## ARTICLE III

### Entry into Force

6. This Ordinance shall come into force on the 1st Dec. 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT

innerhalb des britischen Kontrollgebietes auf den Leiter der Zonenhauptkasse über, soweit sie

- a) nicht mit anderen, jeweils durch den Kontrollrat oder die Militärregierung erlassenen Verordnungen und Anordnungen in Widerspruch stehen, und
- b) soweit ihre Ausübung notwendig ist zur Erfüllung der Pflichten, die dem Leiter der Zonenhauptkasse auf Grund dieser Verordnung oder anderer Anordnungen der Militärregierung übertragen sind

4. Der Anhang zur Verordnung Nr. 24 der Militärregierung ist zu lesen und auszulegen, als wenn darin der Hinweis auf die Reichskassenordnung vom 6. August 1927 (RMinBl. S. 357) fortgefallen wäre.

## ARTIKEL II

5. In Verbindung mit dem Leiter des Haushaltsamtes und vorbehaltlich der Zustimmung der Militärregierung soll der Leiter der Zonenhauptkasse Anordnungen treffen, daß früher von Kassen eines Landes und anderer Behörden im Namen des Reiches ausgeführte Zahlungen fortan von Kassen ausgeführt werden, die Behörden der Zone unterstellt sind.

## ARTIKEL III

### Inkrafttreten

6. Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.

# ORDINANCE No. 62

## Establishment of a Zonal Rechnungshof

In order to improve the financial administration in the British Zone and to make better provision for the auditing of accounts of Public Authorities therein and of such other bodies as may be specified by Military Government from time to time, it is hereby ordered as follows:—

## ARTICLE I

### Establishment of a Zonal Rechnungshof

1. The establishment of a Rechnungshof in the British Zone is hereby confirmed. It shall be situated at Hamburg or at such other place as Military Government may from time to time determine.

## ARTICLE II

### Rights and Duties of Zonal Rechnungshof

2. In the British Zone of occupation the Rechnungshof shall have the powers, rights, duties and responsibilities of the former Rechnungshof des Deutschen Reiches and of the Preussische Oberrechnungskammer in the former State of Prussia, so far as is compatible with the enactments and instructions of Military Government. The functions of the former Reichspräsident, Reichsrat, Reichstag or Reichsschuldenausschuß in connection with the Rechnungshof will be discharged by the Military Governor or the officer appointed by him for the purpose.

## ARTICLE III

### Appointment of Officers of Rechnungshof

3. The President of the Rechnungshof shall be appointed by Military Government and shall serve on the terms laid down by Military Government from time to time. Subject to the approval of Military Government, the President of the Rechnungshof shall lay down its organisation and establishment and have the same powers of appointment to positions on the establishment as were formerly vested in the President of the Rechnungshof des Deutschen Reiches. Officers not covered by these powers will be appointed by Military Government. Neither the President of the Rechnungshof nor any of its officers will be removed from office except by order of Military Government.

# VERORDNUNG Nr. 62

## Errichtung eines Zonen-Rechnungshofes

Zur Verbesserung der Finanzverwaltung in der britischen Zone und zur Herbeiführung einer besseren Prüfung der Rechnungen der Behörden dieses Gebietes und der durch die Militärregierung von Zeit zu Zeit genannten Körperschaften, wird hiermit folgendes verordnet:

## ARTIKEL I

### Errichtung eines Zonen-Rechnungshofes

1. Hiermit wird ein Rechnungshof für die britische Zone errichtet. Er hat seinen Sitz in Hamburg oder an solchem anderen Ort, den die Militärregierung von Zeit zu Zeit bestimmen kann.

## ARTIKEL II

### Rechte und Pflichten des Zonenrechnungshofes

2. Der Rechnungshof hat innerhalb der britischen Besatzungszone die Vollmachten, Rechte, Pflichten und Verantwortlichkeiten des früheren Rechnungshofes des Deutschen Reiches und der Preussischen Oberrechnungskammer des früheren Staates Preußen, soweit dies mit den Verordnungen und Anweisungen der Militärregierung vereinbart ist. Die Zuständigkeit des früheren Reichspräsidenten, Reichsrats, Reichstags oder Reichsschuldenausschusses hinsichtlich des Rechnungshofes werden vom Militärgouverneur oder von dem durch ihn für diesen Zweck ernannten Beamten wahrgenommen.

## ARTIKEL III

### Ernennung von Beamten des Rechnungshofes

3. Der Präsident des Rechnungshofes wird von der Militärregierung ernannt und hat sich nach den von Zeit zu Zeit durch die Militärregierung gegebenen Weisungen zu richten. Vorbehaltlich der Zustimmung der Militärregierung kann der Präsident des Rechnungshofes den Aufbau und die Einrichtung bestimmen und hat hinsichtlich der Ernennung zu Ämtern in dieser Behörde die gleichen Vollmachten, die früher dem Präsidenten des Rechnungshofes des Deutschen Reiches übertragen waren. Beamte, die nicht unter diese Vollmachten fallen, werden von der Militärregierung ernannt. Der Präsident des Rechnungshofes und alle seine Beamten können nur durch Befehl der Militärregierung aus ihren Ämtern abberufen werden.



#### ARTICLE IV

##### Branch Offices of the Rechnungshof

4. The Zonal Rechnungshof may set up Branch Offices. In principle Branch Offices will be so set up and organised that accounts of the Länder and those of the former Reich which may in due course be transferred to the Länder are audited separately from those of the former Reich, so that the offices concerned can be transferred to the full control of the Länder.

#### ARTICLE V

##### Audit of Land Accounts

5. It shall be within the competence of Land Governments by Legislation approved by Military Government to set up auditing authorities exclusively competent to audit Land accounts. Such legislation may provide for reference of questions of principle to the Zonal Rechnungshof; it may also provide that the Branch Offices of the Rechnungshof shall be incorporated in the administrative structure of the Land in accordance with transitional provisions which shall require the agreement of the Zonal Rechnungshof.

#### ARTICLE VI

##### Entry into Force

6. This Ordinance shall come into force on the 1st December, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

#### ARTIKEL IV

##### Zweigstellen des Rechnungshofes

4. Der Zonen-Rechnungshof kann Zweigstellen einrichten. Grundsätzlich werden Zweigstellen so eingerichtet und aufgebaut, daß Rechnungen der Länder und solche Rechnungen des früheren Reiches, die zur gegebenen Zeit auf die Länder übergehen, getrennt von den Rechnungen des früheren Reiches geprüft werden, so daß die betreffenden Stellen der ausschließlichen Kontrolle der Länder unterstellt werden können.

#### ARTIKEL V

##### Prüfung von Rechnungen der Länder

5. Die Landesregierungen können mit Zustimmung der Militärregierung durch Landesgesetze, Prüfungsbehörden einsetzen, die ausschließlich zur Prüfung von Rechnungen der Länder zuständig sind.

Solche Landesgesetze können vorsehen, daß Fragen von grundsätzlicher Bedeutung an den Zonen-Rechnungshof gehen. Sie können ebenso vorsehen, daß die Zweigstellen des Rechnungshofes in den Behördenaufbau des Landes eingegliedert werden in Übereinstimmung mit Übergangsbestimmungen die der Bestätigung des Zonen-Rechnungshofes bedürfen.

#### ARTIKEL VI

##### Inkrafttreten

6. Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.

### ORDINANCE No. 63

#### Zonal Debt Administration

In order to improve the financial administration in the British Zone and to provide for the issue and service of Public Debt as may be required and for the issue of guarantees to Credit Institutions with the consent of Military Government, it is hereby ordered as follows:—

#### ARTICLE I

##### Establishment of a Zonal Debt Administration

1. A Debt Administration for the British Zone is hereby established. It shall be situated at Hamburg or at such other place as Military Government may from time to time determine. The President of the Administration shall be appointed by Military Government and shall serve on the terms laid down by Military Government from time to time.

2. Subject to the approval of Military Government, the President of the Debt Administration shall lay down its organisation and establishment and appoint persons to positions on this establishment. Neither the President of the Debt Administration nor any of its officers will be removed from office except by order of Military Government.

#### ARTICLE II

##### Powers of Zonal Debt Administration

3. The Debt Administration is hereby empowered to issue short term debts and guarantees, which shall be a charge on the revenue of the Tax Administration in the British Zone. No debt will be created and no guarantees given except with the consent of Military Government. The total amount of the debt which may be created will be prescribed from time to time by Military Government Ordinance which will also prescribe the purposes for which the amounts authorised may be used.

4. The proceeds of the issue of debt shall be paid into the Zonal Hauptkasse.

5. To the extent and for the purposes specified by an Ordinance of Military Government, the Debt Administration, on the instructions of the Budget Office given with the approval of Military Government, may give guarantees to approved

### VERORDNUNG Nr. 63

#### Zonen-Schuldenverwaltung

Um die Finanzverwaltung in der britischen Zone zu verbessern und Vorkehrungen für die Ausgabe und Bedienung öffentlicher Schuldverschreibungen im notwendigen Umfang und für die Übernahme von Bürgschaften für Kreditinstitute mit Zustimmung der Militärregierung zu treffen, wird hiermit folgendes verordnet:

#### ARTIKEL I

##### Errichtung einer Zonen-Schuldenverwaltung

1. Hiermit wird eine Schuldenverwaltung für die britische Zone errichtet. Sie hat ihren Sitz in Hamburg oder an einem anderen jeweils von der Militärregierung zu bestimmenden Ort. Der Präsident der Verwaltung wird durch die Militärregierung ernannt und sein Dienstverhältnis jeweils von der Militärregierung bestimmt.

2. Vorbehaltlich der Zustimmung der Militärregierung kann der Präsident der Schuldenverwaltung ihren Aufbau und ihre Einrichtung bestimmen und Personen zu Ämtern in dieser Behörde berufen. Der Präsident der Schuldenverwaltung und ihre sämtlichen Beamten können lediglich durch Weisung der Militärregierung aus ihren Ämtern entlassen werden.

#### ARTIKEL II

##### Vollmachten der Zonen-Schuldenverwaltung

3. Die Schuldenverwaltung wird hiermit ermächtigt, kurzfristige Schuldverschreibungen auszugeben und Bürgschaften zu übernehmen, für die die Einnahmen der Steuerverwaltung in der britischen Zone belastet werden. Schuldverschreibungen können nur ausgeben und Bürgschaften nur übernommen werden, wenn die Militärregierung ihre Zustimmung gibt. Die Gesamtsumme der auszugebenden Schuldverschreibungen wird jeweils durch Verordnung der Militärregierung bestimmt, in der außerdem die Zwecke festgelegt werden, für die die bewilligten Beträge verausgabt werden dürfen.

4. Der Ertrag der ausgegebenen Schuldverschreibungen ist an die Zonen-Hauptkasse zu zahlen.

5. Die Schuldenverwaltung kann in dem Umfang und für die Zwecke, die durch Verordnung der Militärregierung festgelegt sind, nach den mit Zustimmung der Militärregierung vom Haushaltsamt gegebenen Weisungen Bürgschaften für zugelassene Kreditinstitute übernehmen, um das Kapital der von

credit institutions that the principal of loans granted by such institutions and the interest thereon shall be met out of the revenues of the Zonal Tax Administration.

6. Military Government may require any Land or other authority subsequently empowered by Military Government or the Allied Control Authority to receive revenue now accruing to the Zonal Tax Administration to accept liability for debts or guarantees issued by the Debt Administration in an equitable proportion, having regard to the purpose for which the debt was raised and guarantees issued and the extent of the revenue transferred.

7. The powers formerly exercisable by the Reichsschuldenverwaltung under the Reichsschuldenordnung of the 13th February, 1924 (RGBl. I 95), as amended by the Law of 5th July, 1934 (RGBl. I 574) and the Ordinance of the 29th December, 1936 (RGBl. I 1156), and the Reichsschuldbuchgesetz of the 31st May, 1910 (RGBl. 840), as amended by the Ordinance of the 17th November, 1939 (RGBl. I 2298), and the regulations issued thereunder shall within the British Zone of Control be exercised by the Debt Administration so far as:—

- (a) they do not conflict with any enactments or instructions from time to time issued by the Control Council or Military Government, and
- (b) their exercise is necessary for the purpose of performing the duties imposed by this Ordinance or any other enactments of Military Government on the Debt Administration.

8. The Debt Administration may, with the approval of Military Government, issue regulations for carrying out the provisions of the Reichsschuldenordnung and Reichsschuldbuchgesetz.

### ARTICLE III

#### Audit of the Zonal Debt Administration

9. The Audit of the Zonal Debt Administration shall be the responsibility of the Zonal Rechnungshof. The audit of companies for whose benefit the Debt Administration issues guarantees to credit institutions shall also be the responsibility of the Rechnungshof.

### ARTICLE IV

#### Rights and Duties of the Zonal Debt Administration

10. It shall be the duty of the Debt Administration to see that debts are created and guarantees given under Article II of this Ordinance only under the authority of a Military Government Ordinance. For this purpose it may request information from any German administrative authority in the British Zone.

11. With the agreement of the Budget Office the Debt Administration may take over the administration of debts of corporations of public law.

12. The funds for paying interest on and redeeming the debts shall be placed at the disposal of the Debt Administration by the Zonal Hauptkasse in good time. If under any law or the terms of a loan, revenues from certain taxes are to be applied to the payment of the interest on the loan or the redemption thereof, the officers responsible for collecting such taxes shall forthwith hand them over to the Debt Administration.

13. The Debt Administration shall annually furnish Military Government with a report on its activities during the preceding financial year and send copies thereof to the Budget Office and the Rechnungshof. It shall also publish in such manner and at such times as Military Government may direct, a statement of the debts and guarantees which it administers.

14. The Debt Administration shall prepare its budget in consultation with the Budget Office.

### ARTICLE V

#### Entry into Force

15. This Ordinance shall come into force on the 1st December, 1946

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

diesen Instituten ausgegebenen Anleihen und den Zinsendienst hierfür aus Einkünften der Zonen-Steuerverwaltung sicherzustellen.

6. Die Militärregierung kann ein Land oder eine andere Behörde, die später durch die Militärregierung oder den Alliierten Kontrollrat zur Einnahme nunmehr der Zonen-Steuerverwaltung zufallende Einkünfte ermächtigt werden, auffordern, die Haftung für von der Schuldenverwaltung ausgegebene Schuldverschreibungen oder Bürgschaften zu übernehmen, soweit dies im billigen Verhältnis zum Zweck der ausgegebenen Schuldverschreibungen und übernommenen Bürgschaften und zum Umfang der übertragenen Einkünfte steht.

7. Die früher der Reichsschuldenverwaltung nach der Reichsschuldenordnung vom 13. Februar 1924 (RGBl. I, S. 95), abgeändert durch Gesetz vom 5. Juli 1934 (RGBl. I, S. 574) und Verordnung vom 29. Dezember 1936 (RGBl. I, S. 1156), sowie dem Reichsschuldbuchgesetz vom 31. Mai 1910 (RGBl. S. 840), abgeändert durch Verordnung vom 17. November 1939 (RGBl. I, S. 2298) und den auf Grund dieser gesetzlichen Maßnahmen erlassenen Vorschriften ausgeübten Befugnisse stehen innerhalb des britischen Kontrollgebietes der Schuldenverwaltung zu, soweit sie

- a) nicht mit den vom Kontrollrat oder der Militärregierung jeweils erlassenen Verfügung oder Anweisungen in Widerspruch stehen, und
- b) ihre Ausübung notwendig ist zur Erfüllung der Pflichten, die der Schuldenverwaltung durch diese Verordnung oder andere Verfügungen der Militärregierung auferlegt sind.

8. Die Schuldenverwaltung kann mit Zustimmung der Militärregierung Ausführungsbestimmungen für die Vorschriften der Reichsschuldenordnung und des Reichsschuldbuchgesetzes herausgeben.

### ARTIKEL III

#### Prüfung der Zonen-Schuldenverwaltung

Die Prüfung der Zonen-Schuldenverwaltung fällt unter die Zuständigkeit des Zonenrechnungshofs. Die Prüfung von Gesellschaften, für die die Schuldenverwaltung Bürgschaften bei Kreditinstituten übernommen hat, fällt gleichfalls unter die Zuständigkeit des Rechnungshofes.

### ARTIKEL IV

#### Rechte und Pflichten der Zonen-Schuldenverwaltung

10. Die Schuldenverwaltung ist verpflichtet, dafür zu sorgen, daß im Sinne des Art. II dieser Verordnung Schuldverschreibungen nur ausgegeben und Bürgschaften nur übernommen werden auf Grundlage einer Verordnung der Militärregierung. Zu diesem Zweck kann die Schuldenverwaltung Auskunft von jeder deutschen Verwaltungsbehörde in der britischen Zone verlangen.

11. Mit Zustimmung des Haushaltsamtes kann die Schuldenverwaltung die Verwaltung der Schulden von Körperschaften öffentlichen Rechts übernehmen.

12. Die Beträge zur Bezahlung der Zinsen und zur Tilgung der Schuldverschreibungen sind rechtzeitig zur Verfügung der Schuldenverwaltung von der Zonen-Hauptkasse bereitzustellen. Wenn nach einem Gesetz oder den Bedingungen einer Anleihe die Erträge bestimmter Steuern zur Bezahlung der Zinsen einer Anleihe oder deren Tilgung vorgesehen sind, müssen die für den Einzug dieser Steuern verantwortlichen Beamten sie sofort der Schuldenverwaltung aushändigen.

13. Die Schuldenverwaltung muß der Militärregierung alljährlich einen Bericht über ihre Tätigkeit im abgelaufenen Haushaltsjahr überreichen und Abschriften davon dem Haushaltsamt und dem Rechnungshof übersenden. Sie muß außerdem in einer Form und zu solchen Zeiten, wie sie die Militärregierung bestimmt, ein Verzeichnis der von ihr verwalteten Schulden und Bürgschaften veröffentlichen.

14. Die Schuldenverwaltung muß ihren Haushaltsplan in Zusammenarbeit mit dem Haushaltsamt vorbereiten.

### ARTIKEL V

#### Inkrafttreten

15. Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 1946 in Kraft

IM AUFTRAGE DER MILITÄRREGIERUNG



## ORDINANCE No. 64

### Deportation

#### ARTICLE I

##### Deportation and Expulsion Orders

1. It shall be lawful for Military Government in any of the cases mentioned in paragraph 4 of this Article to make an order (in this Ordinance referred to as a deportation order) requiring a person not being of German nationality to leave and to remain thereafter out of the British Zone of Control of Germany (hereinafter referred to as the British Zone).

2. A person with respect to whom a deportation order is made shall leave the British Zone in accordance with the order and shall thereafter, so long as the order is in force, remain out of the British Zone.

3. A person with respect to whom a deportation order is made, or a certificate is given by a Military Government Court with a view to the making of a deportation order, may be detained until he is placed on a train, ship or aeroplane about to leave the British Zone and shall be deemed to remain in legal custody until the train, ship or aeroplane finally leaves the British Zone.

4. The deportation order may be made in any of the following cases:—

- (a) if a person not of German nationality is convicted by a Military Government Court and that Court recommends that a deportation order should be made in his case either in addition to or in lieu of sentence; or
- (b) if Military Government deems it in the interest of the peace, order or good government of the British Zone to make a deportation order against the person concerned.

#### ARTICLE II

##### Offences

5. Any person in respect of whom a deportation order is in force who is found in the British Zone shall be guilty of an offence and shall, upon conviction by a Military Government Court, be liable to such punishment (not including death) as the court may determine.

#### ARTICLE III

##### Regulations

6. Military Government may make regulations for carrying this Ordinance into effect.

#### ARTICLE IV

##### Effective Date

7. This Ordinance shall become effective on 30 November, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

## VERORDNUNG Nr. 64

### Ausweisung

#### ARTIKEL I

##### Ausweisungs- und Abschiebungsbefehle

1. Der Militärregierung steht das Recht zu, in einem der in § 4 dieses Artikels genannten Fälle, gegen einen Ausländer einen Befehl (in dieser Verordnung Ausweisungsbefehl genannt) zu erlassen mit der Aufforderung, das britische Kontrollgebiet von Deutschland (im weiteren britische Zone genannt) zu verlassen und es späterhin nicht mehr zu betreten.

2. Derjenige, gegen den ein Ausweisungsbefehl erlassen wurde, hat entsprechend diesem Befehl die britische Zone zu verlassen und darf späterhin, solange dieser Befehl in Kraft ist, die britische Zone nicht mehr betreten.

3. Derjenige, gegen den ein Ausweisungsbefehl erlassen wurde oder gegen den auf Ersuchen eines Gerichts der Militärregierung ein Ausweisungsbefehl erlassen werden soll, kann solange in Gewahrsam gehalten werden, bis er in einen Zug, in ein Schiff oder in ein Flugzeug zum Verlassen der britischen Zone gebracht worden ist, und soll solange im amtlichen Gewahrsam gehalten werden, bis der Zug, das Schiff oder das Flugzeug die britische Zone endgültig verläßt.

4. Der Ausweisungsbefehl kann in einem der folgenden Fälle erlassen werden:

- a) wenn ein Ausländer durch ein Gericht der Militärregierung für schuldig befunden wurde und dieses Gericht empfiehlt, daß in seinem Fall ein Ausweisungsbefehl zu erlassen sei, und zwar entweder als Nebenstrafe oder an Stelle der Strafe; oder
- b) wenn es nach Ansicht der Militärregierung im Interesse des Friedens, der Ordnung oder der ungestörten Verwaltung der britischen Zone liegt, gegen den Betreffenden einen Ausweisungsbefehl zu erlassen.

#### ARTIKEL II

##### Zu widerhandlungen

5. Wer in der britischen Zone angetroffen wird, obwohl gegen ihn ein Ausweisungsbefehl in Kraft ist, macht sich einer Zu widerhandlung schuldig und wird nach Schuldigsprechung durch ein Gericht der Militärregierung mit der Strafe belegt, wie es das Gericht entscheidet. Die Todesstrafe ist ausgeschlossen.

#### ARTIKEL III

##### Anordnungen

6. Die Militärregierung kann zur Inkraftsetzung dieser Verordnung die notwendigen Anordnungen erlassen.

#### ARTIKEL IV

##### Tag des Inkrafttretens

7. Diese Verordnung tritt am 30. November 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.

## ORDINANCE No. 65

### Rhine Navigation Courts (German Courts)

#### ARTICLE I

1. Rhine Navigation Courts of first and second instance (Rheinschiffahrtsgerichte und Rheinschiffahrtsbergerichte) are hereby reconstituted in the form in which they existed before the publication of the Note concerning German waterways dated 14 November, 1936 (RGBl. II p. 361).

2. Such Courts shall sit at the places and exercise jurisdiction in the areas specified by Military Government.

## VERORDNUNG Nr. 65

### Rheinschiffahrtsgerichte (Deutsche Gerichte).

#### ARTIKEL I

1. Rheinschiffahrtsgerichte erster und zweiter Instanz (Rheinschiffahrtsgerichte und Rheinschiffahrtsbergerichte) werden hierdurch in der Form wiederhergestellt, in der sie vor der Veröffentlichung der Note über die deutschen Wasserstraßen vom 14. November 1936 (RGBl. II, S. 361) bestanden.

2. Die Militärregierung bestimmt den Sitz der Gerichte und die Gebiete, in denen sie die Gerichtsbarkeit ausüben.

## ARTICLE II

3. Except where otherwise provided herein or directed by Military Government, the functions, jurisdiction and procedure (including rights of appeal) of the Courts reconstituted by this Ordinance shall be exercised and regulated in accordance with the Revised Rhine Navigation Act (Revidierte Rheinschiffahrts-Akte) of 17 October, 1868 (Preussische G.S. 1869 p. 798) as subsequently amended, the Gesetz über die Rheinschiffahrtsgerichte of 5 September, 1935 (RGBl. I p. 1142) and all other relevant Reich and Prussian legislation applicable to the Rhine Navigation Courts, immediately before 14 November, 1936.

4. Rhine Navigation Courts may impose fines of not less than 50 Reichsmarks and not more than 1,000 Reichsmarks.

## ARTICLE III

5. The provisions of all Control Council and Military Government enactments concerning German Courts (including in particular the restrictions placed upon such jurisdiction by Article III of Control Council Law No. 4 and Article VI, paragraph 10 of Military Government Law No. 2 (as amended)) shall apply to the Courts reconstituted by this Ordinance.

## ARTICLE IV

6. The Gesetz über das Verfahren in Binnenschiffahrtssachen of 30 January, 1937 (RGBl. I p. 97) together with its carrying out ordinances are hereby repealed so far only as they relate to the River Rhine.

## ARTICLE V

7. This Ordinance comes into force on 31st December, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

## ARTIKEL II

3. Mit Ausnahme gegenteiliger Bestimmungen dieser Verordnung oder gegenteiliger Anweisungen der Militärregierung richten sich die Tätigkeit, die Rechtsprechung und das Verfahren (einschl. des Berufungsrechtes) der durch diese Verordnung wiederhergestellten Gerichte nach der Revidierten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868 (Preuß. Gesetzes-sammg. 1869 S. 798) mit ihren späteren Abänderungen, nach dem Gesetz über die Rheinschiffahrtsgerichte vom 5. 9. 1935 (RGBl. I, S. 1142) und allen anderen entsprechenden Reichs- und Preuß. Gesetzen, die vor dem 14. November 1936 erlassen und auf die Rheinschiffahrtsgerichte anwendbar sind.

4. Die Rheinschiffahrtsgerichte können Geldstrafen von mindestens RM. 50,— bis höchstens RM. 1000,— verhängen.

## ARTIKEL III

5. Die Bestimmungen sämtlicher Gesetze des Kontrollrats und der Militärregierung bezgl. deutscher Gerichte (einschl. insbes. der Beschränkung, die ihrer Gerichtsbarkeit durch Artikel III des Gesetzes Nr. 4 und § 10 des Artikels VI des Gesetzes Nr. 2 der Militärregierung (wie abgeändert) auferlegt sind), sind anzuwenden auf die durch diese Verordnung wiederhergestellten Gerichte.

## ARTIKEL IV

6. Das Gesetz über das Verfahren in Binnenschiffahrtssachen vom 30. Januar 1937 (RGBl. I, S. 97) und seine Durchführungsverordnungen werden, nur insoweit sie sich auf den Rhein-strom beziehen, hiermit aufgehoben.

## ARTIKEL V

7. Diese Verordnung tritt am 31. Dezember 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG

## ORDINANCE No. 66

### Military Government Rhine Navigation Courts

In order to provide Courts to exercise jurisdiction in Rhine navigation cases, which by reason of the provisions of Article III of Control Council Law No. 4, of Article VI of Military Government Law No. 2 (as amended) and of any other relevant Control Council or Military Government legislation cannot be tried in German Courts without the express authority of Military Government or are otherwise withdrawn from the jurisdiction of such Courts, IT IS HEREBY ORDERED as follows:—

## ARTICLE I

### Establishment of Courts

1. Military Government Courts constituted in accordance with Military Government Ordinance No. 2 are hereby established to exercise jurisdiction within the British Zone of Control in Rhine navigation matters. Such Courts shall be called Military Government Rhine Navigation Courts.

2. Military Government Rhine Navigation Courts shall be Intermediate Military Government Courts, and shall sit at such places as may be specified by Military Government. They shall be composed in the manner prescribed in Article IV of Military Government Ordinance No. 2 as amended by Military Government Ordinance No. 27.

3. Such Courts shall be competent Rhine Navigation Tribunals for the purposes of the Revised Rhine Navigation Convention of 17 October, 1868 (Preussische G.S. 1869 p. 798) as amended (herein referred to as the Convention of Mannheim).

## ARTICLE II

### Jurisdiction

4. Military Government Rhine Navigation Courts shall possess jurisdiction over all persons who are subject to the

## VERORDNUNG Nr. 66

### Rheinschiffahrtsgerichte der Militärregierung

Auf Grund der Bestimmungen des Artikels III des Gesetzes Nr. 4 des Kontrollrats, des Artikels VI des Gesetzes Nr. 2 (mit den Abänderungsbestimmungen) und anderer entsprechenden Gesetze des Kontrollrats oder der Militärregierung können bestimmte Rheinschiffahrtssachen ohne ausdrückliche Erlaubnis der Militärregierung vor deutschen Gerichten nicht zur Verhandlung kommen oder sind aus anderen Gründen von der Gerichtsbarkeit dieser Gerichte ausgenommen. Zur Bildung von Gerichten, die in diesen Rheinschiffahrtssachen die Gerichtsbarkeit ausüben, wird deshalb folgendes verordnet:

## ARTIKEL I

### Einsetzung von Gerichten

1. Gerichte der Militärregierung, die gemäß Verordnung Nr. 2 der Militärregierung errichtet sind, werden hiermit zur Ausübung der Gerichtsbarkeit in Rheinschiffahrtssachen in der britischen Zone eingesetzt. Diese Gerichte heißen Rheinschiffahrtsgerichte der Militärregierung.

2. Die Rheinschiffahrtsgerichte der Militärregierung sind Mittlere Militärgerichte. Die Militärregierung bestimmt die Orte, wo sie ihren Sitz haben. Ihre Zusammensetzung richtet sich nach Artikel IV der Verordnung Nr. 2 der Militärregierung in der Abänderung gemäß Verordnung Nr. 27 der Militärregierung.

3. Diese Gerichte sind zuständige Rheinschiffahrtsgerichte im Sinne der Revidierten Rheinschiffahrtsakte vom 17. Oktober 1868 (Preuß. Gesetzessammg. 1869, S. 798), mit ihren Abänderungen (im weiteren Mannheimer Akte genannt).

## ARTIKEL II

### Gerichtsbarkeit

4. Die Rheinschiffahrtsgerichte der Militärregierung haben die Gerichtsbarkeit über alle Personen, die der Gerichtsbarkeit



jurisdiction of Military Government Courts under the provisions of paragraph 1 of Article II of Military Government Ordinance No. 2, except over personnel of the Allied Control authorities and over other persons graded as members of the Allied Forces.

5. Military Government Rhine Navigation Courts shall have jurisdiction in matters specified in Article 34 of the Convention of Mannheim, that is to say:—

- (a) In penal matters, to examine and try all violations of the regulations regarding navigation and river bye-laws;
- (b) In civil matters, to deal summarily with disputes regarding:—
  - (i) The quota of dues for pilotage, cramage, weighing and port and dock dues;
  - (ii) Obstructions placed by private individuals on the use of the tow-paths;
  - (iii) Damage caused by boatmen or raftsmen while navigating or while landing;
  - (iv) Complaints lodged against the owners of draught horses used for towing boats or for damage caused to property.

### ARTICLE III

#### Powers of Sentence

6. A Military Government Rhine Navigation Court may impose fines of not less than 50 Reichsmarks and not more than 1,000 Reichsmarks for the offences specified in Article II, paragraph 5(a). In default of payment of the fine imposed the Court may award a term of imprisonment not exceeding one month. Imprisonment may not be awarded in any other case.

### ARTICLE IV

#### Procedure

7. Subject to the provisions of Article III and except in so far as may be otherwise prescribed by Military Government either generally or in specific cases:—

- (a) Penal jurisdiction of the Military Government Rhine Navigation Courts shall be exercised in accordance with Articles III and V of Military Government Ordinance No. 2, and with the rules of procedure for Military Government Courts promulgated under Article VIII of that Ordinance.
- (b) The civil jurisdiction of such Courts shall be exercised in accordance with such rules of procedure as may be laid down by Military Government and, subject thereto, and so far as any such rules shall not extend, in accordance with the ordinary rules of German law concerning civil procedure in so far as they are applicable to the Rhine Navigation Courts reconstituted by Military Government Ordinance No. 65.

8. Military Government Rhine Navigation Courts shall exercise jurisdiction at first instance only.

### ARTICLE V

#### Review and Appeals

9. All decisions of Military Government Rhine Navigation Courts in penal cases shall be subject to review in the manner specified in Article VI of Military Government Ordinance No. 2 and in Rules Nos. 24 and 25 of the Rules of Procedure for Military Government Courts.

10. An appeal from the decision of a Military Government Rhine Navigation Court may be made in every case to the Central Commission for the Navigation of the Rhine only. The procedure to be adopted for such appeals shall be as prescribed in Article 37 of the said Convention.

der Gerichte der Militärregierung gemäß den Bestimmungen des § 1 Artikel II der Verordnung Nr. 2 der Militärregierung unterliegen. Ausgenommen hiervon ist das Personal der Alliierten Kontrollbehörden und andere Personen, die Angehörigen der Alliierten Streitkräfte gleichgestellt sind.

5. Die Rheinschiffahrtsgerichte der Militärregierung haben die Gerichtsbarkeit in den Angelegenheiten, die in Artikel 34 der Mannheimer Akte aufgeführt sind, und zwar wie folgt:

- a) in Strafsachen, zur Untersuchung und Bestrafung aller Zuwiderhandlungen gegen die schiffahrts- und strompolizeilichen Vorschriften;
- b) in Zivilsachen zur Entscheidung im gesamten Prozeßverfahren über Klagen:
  - I. wegen Zahlung der Lotsen-, Kran-, Wiege-, Hafen- und Dockgebühren und ihres Betrages;
  - II. wegen der von Privatpersonen vorgenommenen Hemmungen des Leinplades;
  - III. wegen der Beschädigungen, welche Schiffer und Flößer während ihrer Fahrt oder beim Anlanden anderen Personen verursacht haben;
  - IV. wegen der den Eigentümern der Zugpferde beim Herausziehen der Schiffe zur Last gelegten Beschädigungen an Grundeigentum.

### ARTIKEL III

#### Strafbefugnisse

6. Ein Rheinschiffahrtsgericht der Militärregierung kann bei Zuwiderhandlungen gegen § 5a Artikel II Geldstrafen von mindestens RM. 50,— bis höchstens RM. 1000,— verhängen. Im Nichtbeitreibungsfalle der Geldstrafe kann das Gericht Gefängnis bis zu einem Monat verhängen. In anderen Fällen kann Gefängnis nicht verhängt werden.

### ARTIKEL IV

#### Verfahren

7. Vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels III und mit Ausnahme der Fälle, wo von der Militärregierung im Allgemeinen oder im Besonderen andere Vorschriften erlassen sind, richtet sich:

- a) die Rechtsprechung der Rheinschiffahrtsgerichte der Militärregierung in Strafsachen nach Artikel III und Artikel V der Verordnung Nr. 2 der Militärregierung und nach den Verfahrensvorschriften für Gerichte der Militärregierung, wie sie in Artikel VIII dieser Verordnung bekanntgegeben sind;
- b) die Rechtsprechung dieser Gerichte in Zivilsachen nach den Verfahrensvorschriften, wie sie von der Militärregierung festgelegt sind, und für den Fall, daß diese Vorschriften nicht ausreichen, nach den ordentlichen Vorschriften des deutschen Rechts betr. den Zivilprozeß, insoweit als diese Vorschriften auf die durch die Verordnung Nr. 65 der Militärregierung wiederhergestellten Rheinschiffahrtsgerichte anwendbar sind.

8. Die Rheinschiffahrtsgerichte der Militärregierung üben Gerichtsbarkeit nur in erster Instanz aus.

### ARTIKEL V

#### Nachprüfung und Berufung

9. Alle Entscheidungen der Rheinschiffahrtsgerichte der Militärregierung in Strafsachen unterliegen der Nachprüfung wie dies in Artikel VI der Verordnung Nr. 2 der Militärregierung und in den Vorschriften 24 und 25 der Verfahrensvorschriften für Gerichte der Militärregierung vorgesehen ist.

10. Eine Berufung gegen eine Entscheidung eines Rheinschiffahrtsgerichts der Militärregierung ist in jedem Falle nur an die Zentralkommission für die Rheinschiffahrt zu richten. In Berufungsfällen ist das Verfahren anzuwenden, wie es der Artikel 37 der genannten Akte vorschreibt.

**ARTICLE VI**  
**General Provisions**

11. In all matters not expressly covered by this Ordinance or by other directions or regulations of Military Government the functions, jurisdiction and procedure of Military Government Rhine Navigation Courts shall be exercised and regulated in accordance with the Convention of Mannheim, the Gesetz über die Rheinschiffahrtsgerichte of 5 September, 1935 (RGBl. I p. 1142) and all other relevant Reich and Prussian legislation applicable to the Rhine Navigation Courts immediately before 14 November, 1936.

**ARTICLE VII**  
**Effective Date**

12. This Ordinance shall come into force on 31 December, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

**ARTIKEL VI**  
**Allgemeine Vorschriften**

11. In allen Fällen, die nicht ausdrücklich durch diese Verordnung oder durch andere Vorschriften oder Anordnungen der Militärregierung erfaßt sind, richten sich die Tätigkeit, die Rechtsprechung und das Verfahren der Rheinschiffahrtsgerichte der Militärregierung nach den Bestimmungen der Mannheimer Akte, nach dem Gesetz über die Rheinschiffahrtsgerichte vom 5. Sept. 1935 (RGBl. I, S. 1142) und allen anderen entsprechenden Reichs- und Preußischen Gesetzen, die vor dem 14. November 1936 erlassen und auf die Rheinschiffahrtsgerichte anwendbar sind.

**ARTIKEL VII**  
**Tag des Inkrafttretens**

12. Diese Verordnung tritt am 31. Dezember 1946 in Kraft

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.

**ORDINANCE No. 67**

**Delegation of Powers to Land Ministries of Justice  
in the British Zone**

WHEREAS it is expedient to provide gradually for the decentralization of the administration of justice NOW IT IS HEREBY ORDERED as follows:—

**ARTICLE I**  
**Land Ministry of Justice**

1. The Minister of Justice in each Land shall be empowered to form a Land Ministry of Justice and to appoint such staff as may be necessary for the purpose.

**ARTICLE II**  
**Appointment of Judges and Public Prosecutors**

2. Subject to the provisions of Section 8 of the Gerichtsverfassungsgesetz of 27 January, 1877, in the form in force in virtue of Military Government Ordinance No. 15, the Land Ministry of Justice shall appoint, transfer and promote all judges and Public Prosecutors in the German Ordinary Courts within the Land except those in respect of whom the appointment is reserved to the Central Legal Office by Article IV, paragraph 9, of Ordinance No. 41.

3. For the purpose of Section 8 of the Gerichtsverfassungsgesetz the Land Minister of Justice shall be the Oberste Justizverwaltung (highest legal administrative authority) in each Land.

**ARTICLE III**  
**Administration of German Ordinary Courts**

4. The Land Ministry of Justice shall be responsible for the financial, domestic and internal administration of the German Ordinary Courts within the Land.

**ARTICLE IV**  
**Prisons and the Execution of Sentences**

5. Subject to such provision as may be made from time to time by Military Government with respect to prisons wholly or partly required for Military Government purposes, the Land Ministry of Justice shall be responsible for the administration, supervision and control of all German prisons within the Land.

**VERORDNUNG Nr. 67**

**Übertragung von Befugnissen auf die  
Justizministerien der Länder in der britischen Zone**

Um die zur stufenweisen Dezentralisierung der Verwaltung der Justiz notwendigen Maßnahmen zu treffen, wird nunmehr hierdurch folgendes verordnet:

**ARTIKEL I**  
**Landesjustizministerium**

1. Der Justizminister in jedem Land hat die Befugnis, ein Landesjustizministerium zu bilden und die für diesen Zweck notwendigen Beamten und Angestellten zu ernennen.

**ARTIKEL II**  
**Ernennung von Richtern und Staatsanwälten**

2. Vorbehaltlich der Bestimmungen des § 8 des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 27. Januar 1877, in der Form, wie es auf Grund der Verordnung Nr. 15 der Militärregierung in Kraft ist, ernannt, versetzt und befördert das Landesjustizministerium alle Richter und Staatsanwälte an den ordentlichen deutschen Gerichten in dem Land, mit Ausnahme der, deren Ernennung dem Zentraljustizamt gemäß § 9 Art. IV der Verordnung Nr. 41 vorbehalten ist.

3. Der Landesjustizminister ist oberste Justizverwaltung in jedem Lande im Sinne des § 8 des Gerichtsverfassungsgesetzes.

**ARTIKEL III**  
**Verwaltung der ordentlichen deutschen Gerichte**

4. Das Landesjustizministerium ist verantwortlich für die Finanz-, Haushalts- und inneren Verwaltungsfragen der ordentlichen deutschen Gerichte in dem Land.

**ARTIKEL IV**  
**Strafanstalten und Strafvollzug**

5. Vorbehaltlich von Bestimmungen, wie sie jeweils von der Militärregierung für Strafanstalten, die ganz oder teilweise für die Zwecke der Militärregierung mit Beschlag belegt sind, erlassen werden, ist das Landesjustizministerium für die Verwaltung, Beaufsichtigung und Kontrolle aller deutschen Strafanstalten in dem Land verantwortlich.



## ARTICLE V

### Prerogative of Mercy

6. The Ministerpräsident shall be responsible for exercising the prerogative of mercy within the Land in the case of sentences passed by German Courts subject to such exceptions as may be prescribed by Military Government.

The Minister of Justice shall be responsible for advising the Ministerpräsident in the exercise by him of the prerogative of mercy.

## ARTICLE VI

### Legal Education

7. The Land Ministry of Justice shall be responsible within the Land for the administration, organisation and supervision of legal education subsequent to the Referendar examinations.

## ARTICLE VII

### The Staatsanwaltschaft

8. The Land Ministry of Justice shall issue instructions to the Generalstaatsanwälte in the Land with respect to the prosecution of crime and the preferment of appeals.

## ARTICLE VIII

### Legal Advice

9. The Land Ministry of Justice shall give legal advice and shall draft legislation in respect of all matters referred to it by the Land Government.

## ARTICLE IX

### Additional Functions

10. The Land Ministry of Justice shall exercise such additional powers and functions as may from time be conferred upon or transferred to it by Military Government.

## ARTICLE X

### Settlement of Differences

11. If any difference shall arise between the Ministerpräsident or the Land Minister of Justice on the one hand and any German Central Authority or the Government or any German authority of another Land on the other hand, concerning the powers conferred by this Ordinance on the Ministerpräsident or the Minister of Justice, relating to the administration of Justice in the Land, such difference shall be referred to Military Government for adjudication.

## ARTICLE XI

### Effective Date

13. This Ordinance shall come into force on the 1st of December, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

## ARTIKEL V

### Begnadigungsrecht

6. Der Ministerpräsident übt das Begnadigungsrecht in dem Land für von deutschen Gerichten verhängte Strafen aus, vorbehaltlich der Ausnahmen, die von der Militärregierung vorgeschrieben sind.

Der Justizminister berät den Ministerpräsidenten bei der Ausübung des Begnadigungsrechts.

## ARTIKEL VI

### Justizausbildung

7. Das Landesjustizministerium ist verantwortlich für die Verwaltung, Organisation und Beaufsichtigung der Justizausbildung nach der ersten juristischen Staatsprüfung.

## ARTIKEL VII

### Die Staatsanwaltschaft

8. Das Landesjustizministerium erläßt Anweisungen an die Generalstaatsanwälte in dem Land für die Strafverfolgung und die Einlegung von Rechtsmitteln.

## ARTIKEL VIII

### Rechtsberatung

9. Das Landesjustizministerium berät die Landesregierung in Rechtsfragen und entwirft die Gesetze in allen Angelegenheiten, die ihm von der Landesregierung vorgelegt werden.

## ARTIKEL IX

### Zusätzliche Aufgaben

10. Das Landesjustizministerium übt zusätzliche Befugnisse und Aufgaben aus, wie sie ihm jeweils von der Militärregierung gegeben oder übertragen werden.

## ARTIKEL X

### Beilegung von Streitigkeiten

11. Streitigkeiten zwischen dem Ministerpräsidenten oder dem Landesjustizminister einerseits und einer deutschen Zentralbehörde oder der Regierung oder einer deutschen Behörde eines anderen Landes andererseits, die sich auf die durch diese Verordnung dem Ministerpräsidenten oder dem Justizminister bezüglich der Justizverwaltung des Landes gegebenen Befugnisse beziehen, werden der Militärregierung zur Entscheidung vorgelegt.

## ARTIKEL XI

### Tag des Inkrafttretens

12. Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 1946 in Kraft.  
IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG.

## ORDINANCE No. 68

### Control Commission Courts

## ARTICLE I

### Establishment of Courts

1. The following Courts are hereby established for the administration of justice in the British Zone:—

- (a) The Supreme Court, comprising the High Court, exercising original criminal and civil jurisdiction, and the Court of Appeal;
- (b) Summary Courts.

All such Courts shall be known as Control Commission Courts.

## VERORDNUNG Nr. 68

### Gerichte der Kontrollkommission

## ARTIKEL I

### Errichtung von Gerichten

1. Für die Ausübung der Gerichtsbarkeit in der britischen Zone werden hiermit folgende Gerichte errichtet:

- a) der Oberste Gerichtshof (Supreme Court), er umfaßt das Obergericht (High Court) mit Zuständigkeit für Straf- und Zivilsachen in erster Instanz (original jurisdiction) und das Berufungsgericht (Court of Appeal);
- b) Niedergerichte (Summary Courts).

Alle diese Gerichte heißen Gerichte der Kontrollkommission.

## ARTICLE II

### Jurisdiction over persons in the British Zone

2. Control Commission Courts shall have jurisdiction over all persons in the British Zone except persons, other than civilians, who are subject to Military, Naval or Air Force law and are serving under the command of the Commander-in-Chief or any other commander of any forces of the United Nations.

## ARTICLE III

### Criminal Jurisdiction

3. Control Commission Courts shall have jurisdiction to try:—

- (a) All offences against the laws and usages of war;
- (b) All offences under any proclamation, law, Ordinance, Notice or Order issued by or under the authority of the Allied Control Council for Germany in force in the British Zone, or by or under the authority of the Supreme Commander of the Allied Forces or of the Commander-in-Chief;
- (c) All offences against German law.

### Civil Jurisdiction

4. The Control Commission Courts shall exercise such jurisdiction in civil matters as the Commander-in-Chief may, by order published in the Gazette, from time to time direct.

## ARTICLE IV

### The Supreme Court — Appointment and qualification of Judges

5. The Supreme Court shall consist of the Chief Judge and such other Judges as the Commander-in-Chief shall, by commission under his hand and seal, appoint, provided that no person shall be appointed to be, or to act temporarily as, Chief Judge or Judge of the Court of Appeal, or to be a Judge of the High Court unless he is qualified to practise as an advocate in a Court having unlimited jurisdiction either in civil or criminal matters in any part of His Majesty's dominions, and has been qualified for not less than ten years to practise as an advocate or a solicitor or has held judicial office therein.

## ARTICLE V

### Temporary Appointments to the High Court

6. Whenever the office of any judge of the High Court becomes vacant by death or otherwise, and in the case of temporary illness or absence of any judge, the Commander-in-Chief may, by commission under his hand and seal, appoint a person to fill the office of such judge temporarily; provided that no person shall be so appointed unless he shall possess the qualifications prescribed by paragraph 5 hereof. Any person so appointed shall have the powers, duties and liabilities of a judge of the High Court.

## ARTICLE VI

### Sittings of the High Court

7. The High Court shall sit in as many Divisions as may be necessary and at such places and at such times as may be directed from time to time by the Chief of the Legal Division.

### Exercise of Criminal Jurisdiction

8. Subject to the provisions of paragraph 10 and 12 hereof, the jurisdiction of the High Court in criminal matters shall be exercised by a single judge.

### Powers of Sentence

9. Subject to the provisions of paragraph 10 hereof and of any Control Council or Military Government legislation imposing a special penalty for any offence, a judge of the High Court may impose the following sentences:—

## ARTIKEL II

### Gerichtsbarkheit über Personen in der britischen Zone

2. Den Gerichten der Kontrollkommission sind alle Personen im britischen Kontrollgebiet unterworfen mit Ausnahme derjenigen, welche nicht Zivilpersonen sind und der Gerichtsbarkheit der Heeres-, See- oder Luftstreitkräfte und dem Befehl des Oberbefehlshabers oder eines anderen Befehlshabers von Streitkräften der Vereinten Nationen unterstehen.

## ARTIKEL III

### Strafgerichtsbarkheit

Die Gerichte der Kontrollkommission sind zuständig für die Untersuchung und Verhandlung

- a) aller Verstöße gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges;
- b) aller strafbaren Handlungen nach den Proklamationen, Gesetzen, Verordnungen, Bekanntmachungen oder Anordnungen, welche vom Alliierten Kontrollrat für Deutschland oder in seinem Namen erlassen worden und in der britischen Zone in Kraft sind, oder welche vom Obersten Befehlshaber der alliierten Streitkräfte oder vom Oberbefehlshaber oder in ihrem Namen erlassen worden sind.
- c) aller Verstöße gegen das deutsche Recht.

### Zivilgerichtsbarkheit

4. Die Zuständigkeit der Gerichte der Kontrollkommission für Zivilsachen bestimmt der Oberbefehlshaber jeweils durch Anordnung, die im Amtsblatt zu veröffentlichen ist.

## ARTIKEL IV

### Das Oberste Gericht — Ernennung und Befähigung der Richter

5. Das Oberste Gericht setzt sich aus dem Oberrichter (Chief Judge) und denjenigen anderen Richtern zusammen, welche der Oberbefehlshaber unter seinem Brief und Siegel dazu ernennt. Der Oberrichter und die Richter des Berufungsgerichts, und wer auf Zeit mit ihrer Tätigkeit betraut wird, und die Richter des Obergerichts müssen befähigt sein, als Rechtsanwalt (advocate) vor einem Gericht mit unbeschränkter Gerichtsbarkheit entweder in Zivil- oder in Strafsachen in irgendeinem Teil der Gebiete Seiner Majestät aufzutreten, und müssen dort wenigstens zehn Jahre zur Praxis als Rechtsanwalt (advocate oder solicitor) befähigt gewesen sein oder ein Richteramt bekleidet haben.

## ARTIKEL V

### Ernennungen auf Zeit beim Obergericht

6. Wenn die Stelle eines Richters des Obergerichts durch Tod oder auf andere Weise frei wird oder wenn ein Richter vorübergehend erkrankt oder abwesend ist, kann der Oberbefehlshaber unter seinem Brief und Siegel einen anderen dazu bestellen, die Richterstelle vorläufig zu versehen. Der Bestellte muß die im § 3 vorgeschriebenen Befähigungen besitzen. Er hat die Befugnisse, Aufgaben und Pflichten eines Richters des Obergerichts.

## ARTIKEL VI

### Sitzungen des Obergerichts

7. Das Obergericht tagt in soviel Abteilungen, wie notwendig sind, und an den Orten und zu den Zeiten, welche der Leiter der Rechtsabteilung (Chief of the Legal Division) jeweils bestimmt.

### Ausübung der Strafgerichtsbarkheit

8. Vorbehaltlich der Bestimmungen in den §§ 10 und 12 übt die Strafgerichtsbarkheit des Obergerichts ein Einzelrichter aus.

### Strafbefugnisse

9. Vorbehaltlich der Bestimmungen im § 10 dieser Verordnung oder in einer Gesetzgebung des Kontrollrats oder der Militärregierung, worin für eine strafbare Handlung eine bestimmte Strafe angedroht wird, kann ein Richter des Obergerichts folgende Strafen verhängen:



- (a) death;
- (b) penal servitude or imprisonment for life or for a term or, in the case of a young person or juvenile, for an indeterminate period;
- (c) detention or Jugendarrest of juveniles;
- (d) fine, either alone or combined with any of the sentences specified in sub-paragraphs (b) and (c).

## ARTICLE VII

### Trial by jury of a British Subject

10. Subject to the provisions of paragraph 13, when a British subject, or a person entitled by the law for the time being in force in the British Zone to be treated as such for the purpose of his trial, is charged before the High Court with an offence which would render him liable upon conviction to sentence of death, and in such other cases as the Commander-in-Chief shall from time to time specify, the trial shall be held before a judge and a jury of seven persons who shall be British subjects.

## ARTICLE VIII

### Power to make an order in the nature of a Habeas Corpus

11. A petition for an order that any person illegally or improperly detained in public or private custody within the limits of the British Zone be set at liberty shall be heard and determined by a judge of the High Court. If the judge shall refuse to make the order prayed, the petitioner shall be at liberty to present his petition to the Court of Appeal constituted under paragraph 15 hereof.

## ARTICLE IX

### Commissioners of the High Court

12. The Commander-in-Chief may by commission under his hand and seal appoint so many commissioners of the High Court as he thinks fit, provided that no person shall be so appointed unless he is qualified to practise as an advocate or solicitor in one of the Courts specified in paragraph 5 hereof and has been qualified for not less than five years to practise as an advocate or as a solicitor or has held judicial office therein.

### Assignment of cases for trial by a Commissioner

13. Where an accused person has been committed by a Summary Court to the High Court for trial and a judge of the High Court, upon perusal of the record of proceedings in the Summary Court, is of the opinion that the accused, if found guilty, may be adequately punished by the imposition of a penalty not exceeding the maximum penalty which may be imposed by a Commissioner of the High Court under paragraph 14 hereof, the judge may make an order directing that the accused person shall be tried by a Commissioner of the High Court. The power conferred by this paragraph may be exercised notwithstanding that the offence charged is one for which the maximum penalty prescribed by law is death.

### Sentences

14. A Commissioner of the High Court may impose any sentence allowed by law not exceeding penal servitude or imprisonment for a term of five years or a fine of £1,000 or 40,000 Reichsmark or both such penal servitude or imprisonment and fine.

## ARTICLE X

### Court of Appeal

15. The Court of Appeal shall consist of the Chief Justice and such other judges as the Commander-in-Chief shall, by commission under his hand and seal, appoint, and of such other judges as may from time to time be appointed by virtue of paragraph 16 hereof.

- a) Todesstrafe;
- b) Zuchthaus (penal servitude) oder Gefängnis, lebenslanglich oder auf bestimmte Zeit oder, im Falle eines Jugendlichen (young person or juvenile), auf unbestimmte Zeit;
- c) Haft oder Jugendarrest;
- d) Geldstrafe, und zwar allein oder neben einer der Strafen unter (b) und (c).

## ARTIKEL VII

### Verhandlung gegen einen britischen Untertanen vor Geschworenen

10. Wird ein britischer Untertan oder jemand, der einem solchen nach dem im britischen Kontrollgebiet geltenden Recht als Beschuldigter im Strafverfahren gleichzustellen ist, vor dem Obergericht wegen einer strafbaren Handlung angeklagt, wegen deren er nach Schuldigsprechung zum Tode verurteilt werden kann und in anderen Fällen, wie es der Oberbefehlshaber jeweils bestimmt, so findet — vorbehaltlich der Bestimmungen im § 13 — die Verhandlung vor einem Richter und sieben Geschworenen statt, die britische Untertanen sein müssen.

## ARTIKEL VIII

### Befugnis zum Erlaß einer Verfügung „Habeas Corpus“

11. Der Antrag auf Erlaß einer Anordnung, eine innerhalb des britischen Kontrollgebiets gesetzwidrig oder zu Unrecht in amtlichem oder privatem Gewahrsam gehaltene Person zu entlassen, ist vor einem Richter des Obergerichts zu verhandeln und von ihm zu entscheiden. Wenn der Richter den Erlaß der beantragten Anordnung ablehnt, steht es dem Antragsteller frei, seinen Antrag dem gem. § 15 errichteten Berufungsgericht vorzulegen.

## ARTIKEL IX

### Beauftragte Richter des Obergerichts

12. Der Oberbefehlshaber kann unter seinem Brief und Siegel eine angemessene Zahl von beauftragten Richtern des Obergerichts bestellen. Die beauftragten Richter des Obergerichts müssen zur Praxis als Rechtsanwalt (advocate or solicitor) bei einem der im § 5 bezeichneten Gerichte befähigt sein und wenigstens fünf Jahre dazu befähigt gewesen sein oder ein Richteramt bekleidet haben.

### Übertragung von Fällen zur Aburteilung durch einen beauftragten Richter

13. Hat ein Niedergericht einen Angeklagten zur Aburteilung an das Obergericht überwiesen und gelagt der Richter des Obergerichts nach Durchsicht der Akten des Niedergerichts zu der Überzeugung, daß der Angeklagte im Falle seiner Schuldigsprechung durch Verhängung einer Strafe angemessen bestraft ist, welche die Höchststrafe nicht überschreitet, die von einem beauftragten Richter des Obergerichts gem. § 14 verhängt werden kann, so kann der Richter eine Verfügung erlassen, nach welcher der Angeklagte durch einen beauftragten Richter des Obergerichts abzuurteilen ist. Diese Befugnis kann auch dann ausgeübt werden, wenn die gesetzliche Höchststrafe für die zur Anklage stehende strafbare Handlung die Todesstrafe ist.

### Strafen

14. Ein beauftragter Richter des Obergerichts kann jede nach dem Gesetz zulässige Strafe verhängen, soweit sie fünf Jahre Zuchthaus (penal servitude) oder Gefängnis oder eine Geldstrafe in Höhe von 1,000 Pfund Sterling oder 40,000 Reichsmark oder solche Freiheits- und Geldstrafe nebeneinander nicht übersteigt.

## ARTIKEL X

### Das Berufungsgericht

15. Das Berufungsgericht setzt sich aus dem Oberrichter (Chief Judge) und denjenigen anderen Richtern zusammen, welche der Oberbefehlshaber unter Brief und Siegel ernannt, und aus denjenigen sonstigen Richtern, wie sie jeweils auf Grund des § 16 ernannt werden können.